

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

39

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am 8.
September 1921.

Tagesordnung:

1. Beihilfe an den Kindergarten Petrihof aus der Jüdelstiftung.
2. Antrag Stegmann auf Erhöhung der Mieten für das Bürgerpark- und Ratskellerrestaurant.
3. Antrag Gräf auf Erhöhung der als Beihilfen an Turn- und Sportvereine ausgeworfenen Summe.
4. Antrag Gartung, betreffend die Aufhebung ~~des~~ städtischen Fleischverkaufs in der Markthalle.
5. Antrag Stegmann auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für den Verein Volkslesehalle.
6. Antrag Graef auf pachtweise Überlassung von Gelände am Hopfengarten an die Freie Turnerschaft.

Summe 35.

7. Antrag Nessenius auf Sonderbesteuerung der parkartigen Gärten.
8. Antrag Nessenius, betreffend Maßnahmen gegen die Unsicherheit in hiesiger Stadt.
9. Antrag Sievers, betreffend Nachzahlungen an die städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinmachefrauen.
10. Antrag Maaß, betreffend baldige Inangriffnahme der Ausbesserungen auf der West-, Kramer- und Bergfeldstraße.
11. Antrag Schmerbach, betreffend die baldige Instandsetzung der Marienstraße und eines Teils der Rosenstraße.
12. Erhöhung der Vergütung für Benutzung des Stadtverordnetensitzungssaals.
13. Verwilligung von Kosten für Anbringung von Heizkörpern in einigen Zimmern des Rathauses.
14. Erhebung einer städtischen Grundsteuer in Höhe von 25 % des Grundsteuerkapitals schon vom 1. April d.J. an.
15. Errichtung eines Brausebades im städtischen Schlachthause.
16. Erhöhung der Armenunterstützungssätze.
17. Erhöhung des städtischen Zuschusses an das Schwestern- und Krankenhaus vom Roten Kreuz.

18. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Kriegshilfsskassenausschusses.
19. Beteiligung der Stadt an der Kulturfilm-bühne, G.m.b.H.
20. Instandsetzung des städtischen Hauses Leopoldstr.10.
21. Aufnahme eines Rechtsstreits (Schneiders Erben).
22. Instandsetzung des Daches einer Wohnbaracke auf dem Großen Exerzierplatze.
23. Legung eines Wasserhauptrohrs in der Siedlung Altpetritor.
24. Instandsetzung der Dampfkesselanlage im städtischen Schlachthause.
25. Ersatzwahl von Mitgliedern der Kommission zur Vertilgung des Franzosenkrauts.
26. Auswechselung des Gashauptrohrs in der Kastanienallee.
27. Abänderung des Entwurfs einer Satzung gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze.
28. Beschaffung von 2 Trichiniskopen für das städtische Schlachthaus.

29. Antrag Sauerbier, betreffend eine Erhöhung des Ausgleichszuschlages und der Kinderzulagen für die städtischen Beamten und Lehrer.

In Verbindung damit: Antrag Marth, die Prüfung der Besoldungsordnung umgehend vorzunehmen.

30. Antrag Stukenberg auf Zahlung eines Vorschusses an die städtischen Angestellten.

31. Antrag Maaß auf stadtseitige Beschaffung von Kartoffeln und

Anfrage Schmerbach, betreffend zu ergreifende Maßnahmen seitens des Rats zur Beschaffung von Kartoffeln.

====

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper (nur ~~zu Beginn~~ und am Schluß der Sitzung), Stadtrat Vogler, Rechtsanwalt Philipps, sowie die Stadträte Füermann, Pinnow, Ralfs, Rüter, Langemann.

Es

Es fehlen die Stadtverordneten Drews, Mädge,
Munte, Schmidt und Stadtver. Fr. Walters.

=====

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die Versammlung und wünsche, daß sich die Herrschaften in den Ferien erholt haben und daß hinreichende Kräfte vorhanden sind, um die etwas reichhaltig gewordene Tagesordnung spielend erledigen zu können. Material zur Verhandlung liegt außer den in der Tagesordnung angegebenen Punkten noch in ziemlichem Umfange vor.

Zunächst ist ein Schreiben des Staatsministeriums mitzuteilen, aus welchem hervorgeht, daß ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Abgabe für Erteilung von Jagdscheinen der Landesversammlung vorgelegt ist. Bekanntlich hatte

hatte hier bei der Beratung des Etats ein Antrag Annahme gefunden, die Gebühr für die Jagdscheine zu erhöhen. Wir sind ja für die Bemessung der Gebühr nicht zuständig, haben also das Ergebnis der Beratungen im Landtage über diese Frage abzuwarten.

Der Vorstand der Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes hat folgendes Schreiben eingesandt :

„Der sehr geehrten Stadtverordnetenversammlung erlaubt sich die Gesellschaft der Freunde Wilhelm Raabes ihren aufrichtigen Dank für die ihr bewilligte Beihilfe auszusprechen, die es ihr ermöglicht, den 90. Geburtstag Raabes würdig zu begehen. Zu

dieser Feier beehre ich mich, den Herren Stadtverordneten anbei 4 Karten und Festordnungen zu überreichen. ”

Ich

Ich lege die Karten hier aus und stelle sie denen zur Verfügung, die davon Gebrauch machen wollen.

Weiter ist eingegangen ein Schreiben des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, in dem es heißt : „daß die Not dieser Ärmsten der Armen sehr groß ist, indem die meisten von ihnen mit ihrer Rente im Betrage von monatlich 80 - 90 M nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Es ist deshalb Pflicht jedes Menschenfreundes, hier g helfend einzugreifen .. Wie Sie aus der beiliegenden Zeitung ersehen, werden in anderen Städten für die notwendigsten Lebensmittel größere Beträge zur Verfügung gestellt, ich möchte deshalb bitten, hier helfend einzugreifen. Paul Holdorf, 1.Vorsitzender. ”

Die

Die Leute bitten also um eine Unterstützung seitens der Stadt und haben als Material die Deutsche Invalidenzeitung, das Organ ihres Verbandes in verschiedenen Exemplaren beigelegt. Ich überweise die Angelegenheit dem Finanzausschuß, der die Sache eingehend prüfen kann.

Derselbe Verband hat noch folgendes Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet :

„Aus Anlaß unserer uns vom Staatsministerium genehmigten, in der Zeit vom 11. - 25. September 1921 stattfindenden Opferwoche haben wir hier in der Stadt eine Listensammlung geplant. Wir wollen durch die Sammlung die Not der Ärmsten der Armen lindern Wir bitten die wohlllöbliche Stadtverordnetenversammlung hierzu eine Unterstützung aussetzen zu wollen.“

Die Sache ist so : Für diese Opferwoche erbitten die Leute eine besondere Unterstützung

und

und im übrigen eine ^{a/} ~~Allgemein~~^{Leff}unterstützung.
Ich überweise auch dieses Schreiben dem Finanz-
ausschuß.

Von der Leitung des städtischen Schul-
museums sind mir für die Stadtverordneten-
versammlung eine Anzahl Berichte übersandt,
die den Herrschaften hier zur Verfügung stehen.

Ein Dringlichkeitsantrag liegt von Herrn
Sauerbier vor :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle
beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen,
den städtischen Beamten und Lehrern in Rücksicht
auf die in den letzten Monaten eingetretene
erhebliche Verteuerung aller notwendigsten
Lebensmittel und in ferner Rücksicht darauf,
daß die Revision des Gehaltsstatuts, wodurch
die Schlechterstellung der städtischen Beamten

und

und Lehrer gegenüber den Staatsbeamten aus-
geglichen werden soll, immer noch verzögert
werden mußte, ihnen die den Reichsbeamten
bewilligte und bereits in Auszahlung befindliche
Erhöhung des Ausgleichszuschlages ~~in~~ und der
Kinderzulagen für die Zeit vom 1. August bis
31. Dezember d.J. sofort auszuzahlen."

Herr Sauerbier wird nachher Gelegenheit
haben, den Antrag zu begründen.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag liegt
seitens des Herrn Stukenberg vor :

„Der Rat wird ersucht, angesichts der
steigenden Verteuerung der Lebenshaltung den
städtischen Angestellten, soweit sie sich in
ungekündigter Stellung befinden, sofort einen
Vorschuß in Höhe von 1000 M für Verheiratete ,
100 M für jedes Kind und 600 M für Ledige zu
zahlen. Dieser Vorschuß soll es den Angestell-

ten

ten ermöglichen, ihren notwendigsten Bedarf an Kartoffeln und Kohlen zu beschaffen. "

Der Antrag wird ebenso behandelt wie der vorhergehende.

Ein Antrag von Frau Böhm lautet :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, für die hungernde Bevölkerung Rußlands 20 000 M dem Komitee Arbeiterhilfe zu überweisen. "

Auch der Antrag wird nachher behandelt werden.

Von Herrn Stukenberg liegt noch folgender Antrag vor :

„Die nächtliche Beleuchtung auf den Höfen der städtischen Wohngrundstücke und Baracken an der Korfesstraße ist unzulänglich und liegt es im Interesse der Ruhe und Ordnung, nicht

zu=

zuletzt auch der Sicherheit der Anwohner, wenn umgehend hier eine Verbesserung eintritt. Ich beantrage daher, daß fortan eine Beleuchtung während der ganzen Nacht erfolgt, und daß zu diesem Zwecke in der Mitte der Hofanlagen eine Bogenlampe angebracht wird, wodurch eine hinreichende Beleuchtung aller zu den Bauten gehörigen Höfe gewährleistet wird. "

Herr Dr. S c h u l t z e hat folgenden Antrag eingebracht :

„Es wird beantragt, der vom Verein für Gesundheitspflege geleiteten Fürsorgestelle für Lungenkranke (Tuberkulose-Fürsorgestelle) geeignetere Räumlichkeiten als bisher stadtseitig zur Verfügung zu stellen. "

Weiter eine Anfrage des Herrn Steinert : „Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß von den Kindern, welche zur Erholung in Salzdorfurth waren

waren, ein siebenjähriges Mädchen als geschlechtskrank zurückgeschickt worden ist, und was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, daß derartige Fälle ✓ in Zukunft vermieden werden ?”

Eine Anfrage des Herrn Schmerbach :

„Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um die Beschaffung der diesjährigen Kartoffeln für die Einwohner der Stadt, besonders die minderbemittelten Klassen, zu einem erträglichen Preise herbeiführen zu können ? ”

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Maaß:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, für die städtische Bevölkerung zu einem annehmbaren Preise Kartoffeln zu beschaffen und ihm den hierzu erforderlichen Kredit zu bewilligen. ”

Diese beiden letzten Sachen behandeln die gleiche Angelegenheit; wir können die Besprechung nach-

nachher jedenfalls in eins vornehmen.

Eine Anfrage des Herrn Nessenius:

„Die Wohnungsnot bedingte u.a. auch, daß in den Nachbar~~f~~gemeinden Siedelungen errichtet wurden, welche jetzt von den Stadtbraunschweigern bezogen werden. Da es aus Platzmangel in den Schulen dieser Orte nicht möglich ist, die Kinder der Verziehenden dort unterzubringen, wird der Rat ersucht, dieselben in den hiesigen Bürgerschulen zu belassen, ohne aber erhöhte Schulgelder zu erheben. ”

Der Schutzverein für Handel und Gewerbe hat ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet, in dem eine Resolution mitgeteilt wird, die in seiner Versammlung am 2. September gefaßt wurde. Sie lautet :

„Die am 1. September tagende große Versamm-

lung

lung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe erhebt Einspruch gegen die geplante Gewerbe- und Grundsteuer-Erhöhung in der Stadt Braunschweig. Handel und Gewerbe sind bereit, zu ihrem Teil zu den finanziellen Bedürfnissen der städtischen Finanzen beizutragen, müssen aber erwarten, daß zu diesen Anforderungen nicht immer wieder vorzugsweise Handel, Gewerbe und Grundbesitz herangezogen werden. Eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlasten zur Deckung der Fehlbeträge der Stadt auf alle steuerzahlenden Einwohner muß unbedingt gefordert werden. Die Versammlung wendet sich entschieden insbesondere gegen die beabsichtigte rückwirkende Kraft der Steuererhöhungen ab 1. April d. J., die jede kaufmännische Berechnung und vorherige Festsetzung der möglichen Unkosten verhindert. Die Versammlung erwartet sowohl vom Rat der

Stadt

Stadt wie von der Stadtverordnetenversammlung,
daß bei Festsetzung und Erhöhung von Steuern
die größeren Organisationen der betroffenen
Berufsstände zur gutachtlichen Äußerung vorher
herangezogen werden. "

Stadtv. S t e g m a n n (zur Geschäfts-
ordnung) : Meine Damen und Herren ! Angesichts
der überaus reichen Tagesordnung, welche uns
heute beschäftigen soll, und der Fülle von
Anträgen, die zum Teil weittragende Bedeutung
haben, möchte ich meiner Meinung Ausdruck geben,
daß es ausgeschlossen erscheint, diese Tages-
ordnung heute zu erledigen, auch wenn wir bis
nach 9 Uhr tagen wollten. Deshalb beantrage
ich, daß von vornherein alle weniger wichtigen
Punkte übergangen werden, damit wenigstens
die wichtigsten Anträge nachher noch erledigt
werden können.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe noch eine Anregung mitzuteilen. Es haben sich einige Male dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß Herr Sekretär Müller bei Abwesenheit ~~des~~ der Vorsitzenden der einzelnen Kommissionen nicht wußte, an wen er die zu versendenden Schriftstücke schicken sollte. Ich bitte deshalb, daß die Hauptausschüsse einen zweiten Vorsitzenden wählen und darüber Herrn Müller oder mir Mitteilung machen, damit unser Schriftführer in der Lage ist, den zu versendenden Stoff an die Betreffenden gelangen zu lassen.

Was die Anregung des Herrn Stegmann betrifft, so ist ^{sie} ~~es~~ an und für sich richtig. Wer aber soll nun beurteilen, ob dem betreffenden Punkt ein wichtiger Charakter zuzuerkennen ist oder nicht. Wir müßten uns dabei auf den Rat der Stadt verlassen. Im übrigen glaube

ich,

ich, daß die Verhandlungen sich nicht zu sehr in die Länge ziehen werden; es handelt sich mehrfach um Anträge, die schon ihre Erledigung gefunden haben. Merken wir, daß wir mit der Zeit nicht auskommen, dann könnten wir ja unserer Gepflogenheit gemäß vom Rat die wichtigen Punkte bezeichnen lassen. ^{*zunächst*} ~~Erst einmal~~ können wir ja in die Beratung nach der aufgestellten Tagesordnung eintreten.

1. Beihilfe an den Kindergarten Petrihof
aus der Jüdelstiftung.

(Zuruf des Herrn Oberbürgermeisters Retemeyer :
„Ist erledigt !“)

2. Antrag Stegmann auf Erhöhung der Mieten
für das Bürgerpark- und Ratskeller-Restaurant.

(Zuruf : „Ist erledigt!“)

3. Antrag Gräf auf Erhöhung der als Beihilfe
an Turn- und Sportvereine ausgeworfenen
Summe.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r (zur
Geschäftsordnung): Herr Stadtrat Schaper ist
behindert, rechtzeitig zu erscheinen, da er
an einer dringenden Sitzung teilnehmen muß.
Ich bitte, die Beratung der Sache auszusetzen,
bis er ~~wieder~~ erschienen ist.

4. Antrag Gartung, betreffend die Aufhebung
des städtischen Fleischverkaufs in der
Markthalle.

V o r s i t z e n d e r : Die Sache ist insofern erledigt, als der Antrag zurückgezogen ist, doch wird die Materie demnächst wieder aufgenommen werden, und zwar nicht durch den bisherigen Antragsteller, sondern durch die Schlachterinnung.

5. Antrag S t e g m a n n auf Erhöhung des städtischen Zuschusses für den Verein Volkslesehalle

Stadt v. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren! In der Sitzung vom 14. Juli ist von Herrn Stegmann der Antrag gestellt: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, an den Verein Volkslesehalle für das Etatjahr 1921/22 100 000 Mark Zuschuß zu gewähren.“ Wie Ihnen bekannt ist, sieht der Haushaltsplan bereits einen Zuschuß von 40 000 Mark an den Verein Volkslesehalle vor, aber dieser Betrag reicht bei weitem nicht aus, um die notwendigen Ausgaben für die Volkslesehalle auch nur annähernd zu decken. Der Haushaltsausschuß hat sich sehr eingehend mit dem Antrag des Herrn Stegmann beschäftigt. Von allen Seiten wurde anerkannt, wie groß der Wert der Lese-^{Ein-}halle für die hiesigen ~~Neu~~wohner ist. Er besteht ja in erster Linie darin, den weniger Bemittelten einen Einblick in die schöngeistige Literatur zu ermöglichen ~~und den~~ und den Wissensdurst manch anderer in wissenschaftlicher Beziehung zu befrie-

digen. Es ist bei der Vorberatung im Ausschuß auch hervorgehoben, und erwogen, was geschehen würde, wenn dieses Institut nicht mehr durch den Verein Volkslesehalle unterhalten werden könnte, wenn es also nicht aus sich selbst heraus mehr lebensfähig sein würde. Ich will aus bestimmten Gründen nicht im einzelnen näher auf die Sache eingehen. Der Ausschuß schlägt vor, dem Antrage des Herrn Stegmann zuzustimmen und darnach den Rat zu ersuchen, dem Verein Volkslesehalle für das laufende Etatsjahr ein Zuschuß von 100 000 Mark zu gewähren.

Dem Ausschußantrag gemäß, stimmt die Versammlung dem Antrage Stegmann zu.

(Punkt 5.)

6. Antrag G r ä f auf pachtweise Überlassung
von Gelände am Hopfengarten an die freie Turner-
schaft.

Zuruf: Erledigt!

Stadtv. S t e g m a n n : (Zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren: So kann es nicht weitergehen, daß einfach gesagt wird, der Antrag sei erledigt. Die Versammlung und auch die Presse weiß dann ja gar nicht, was mit dem betreffenden Antrage angefangen ist, ob er angenommen, abgelehnt oder was sonst damit geschehen ist. Das müßte hier doch gesagt werden.

V o r s i t z e n d e r : Herr Stegmann hat
recht; es muß hier gesagt werden, in welcher Weise
der Antrag erledigt ist. - Der Antrag G r ä f
ist zurückgezogen.

7. Antrag N e s s e n i u s auf Sonderbesteuerung der parkartigen Gärten.

Stadtverordneter : Meine Damen und Herren! Herr Nessenius hat folgenden Antrag gestellt:

„Sonderbesteuerung aller parkartigen Gärten und zwar in der Weise:

Jeder Morgen Park 1 000 Mark (ein Grundstück mit nur 1 Morgen Inhalt bleibt frei), [über 5 Morgen Größe, jeder weitere Morgen 2 000 Mark.

Die Steuern werden nicht erhoben, wenn der fragliche Park dem Publikum frei gegeben wird.“

Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt, war aber der Meinung, daß eine solche Sondersteuerung nicht erhoben werden kann. Der Antrag ist darauf zurückgezogen worden und der Rechtsausschuß schlägt Ihnen an Stelle des Antrages Nessenius folgenden Antrag zur Annahme vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat/^{der Stadt} zu ersuchen, bei der Landesre-

gierung

gierung auf schleunige Einführung der Grundsteuer
nach gemeinem Wert hinzuwirken."

Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Joh. Gräf.

V o r s i t z e n d e r : Darnach ist
der Antrag Nessenius erledigt. Ist jemand
gegen den Antrag des Ausschusses ? -

Das ist nicht der Fall.

8. Antrag Nessenius, betreffend Maßnahmen
gegen die Unsicherheit in hiesiger Stadt.

Stadtv. J a h n s : Meine Damen und Herren !
Herr Stadtverordneter N e s s e n i u s hat folgenden Antrag gestellt : „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln der durch die jüngsten Ereignisse bewiesenen Unsicherheit in hiesiger Stadt zu steuern.“ Der Antrag war von verschiedenen der Herrschaften unterstützt und wir haben im Rechtsausschuß uns mit dem Antrage befaßt und die Sache des weiteren besprochen. Es war schon vor längerer Zeit, im Jahre 1919, von mir beantragt worden, die Nachtschutzleute mit Schußwaffen zu versehen, und soweit ich mich entsinne, ist seinerzeit von der Versammlung dem Antrage stattgegeben, aber

aber bis heute ist eine Durchführung der Forderung nicht zu verzeichnen. Ich glaube, ich brauche nicht mehr auf die Verhältnisse hinzuweisen, die Herrn Nessenius Veranlassung gegeben haben, seinen Antrag zu stellen, da jetzt die Attentate zum Teil aufgeklärt sind und die Presse - mit Ausnahme der Links - stehenden - ausreichend darüber geschrieben hat. (Widerspruch. Zurufe: Lesen Sie doch diese Presse!) Jedenfalls ist genügend geklärt, daß mit diesen Attentaten einige ihr Gesellenstück haben machen müssen, wer es aber gewesen ist, der sie veranlaßt hat, ihr Gesellenstück zu machen, weiß ich nicht. Jedenfalls ist im Rechtsausschuß einwandfrei festgestellt worden, daß die Unsicherheit in der Stadt groß ist. Ich hatte schon früher Mitteilung davon gemacht, daß vor einigen Wochen auch bei mir eingebrochen werden sollte und daß zu dem

Zwecke

Zweck eine Fensterscheibe im Waschhause eingeschlagen worden ist, aber in einer Zeit von 1 1/2 Stunden war es nicht möglich, einen Nachtschutzmann heranzuholen. Erst als wir die Sipo anriefen und diese festgestellt hatte, daß ein Nachtschutzmann nicht zu haben sei, wurde uns mitgeteilt, daß der in Frage kommende Nachtschutzmann gerade seine Ruhepause gehabt hätte und daß sein Revier von einem anderen begangen werden mußte. Ich mache dem Schutzmann keinen Vorwurf, daß er nicht zur Stelle war, die Schuld liegt an dem System. Wenn einmal diese Einrichtung der Ruhepause geschaffen ist, kann man es dem Einzelnen nicht verargen, wenn er sich seine Ruhe nicht nehmen lassen will, aber die Einrichtung im ganzen müßte doch anders beschaffen sein. Wir haben ferner im Rechtsausschuß darauf hingewiesen, daß es unter den jetzigen Verhältnissen

so kommen muß, daß ein Nachtschutzmann nicht mit der nötigen Energie vorgeht, da er nicht genügend bewaffnet ist. Wir müssen auch bedenken, daß der Nachtschutzmann nicht im Beamtenverhältnis steht und deshalb er bei Unfällen nicht die Ansprüche machen kann, die einem Beamten zustehen würden. Es war schon früher ein Antrag gestellt, die Nachtschutzleute als Beamte anzustellen und sie dadurch vor evtl. Schäden an Gesundheit und Leben zu schützen und auch ihre Angehörigen in solchen Fällen sicherzustellen. Aus allen diesen Verhältnissen heraus erscheint es natürlich, daß sich die Nachtschutzleute nicht veranlaßt sehen, so vorzugehen, wie es nötig ist, und man kann es ihnen nicht einmal verdenken. Wenn man berücksichtigt, daß die Sipo am Tage bis zu den Zähnen bewaffnet auf der Straße steht, dann müssen wir erst recht die Bewaffnung

nung

nung der Nachtschutzleute fordern, die in kleinerer Anzahl und des Nachts im Dunkeln für unsere Ruhe und Sicherheit sorgen sollen. Der Rechtsausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Ereignisse in unserer Stadt es tatsächlich erfordern, daß unseren Bürgern ein größerer Schutz besonders in der Nacht gewährt wird, und ich habe den Antrag des Herrn Nessenius dahingehend erweitert, daß ich beantrage, den Rat der Stadt zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, wonach den Nachtschutzleuten Schußwaffen und Hunde beigegeben werden, und daß außerdem Mittel zur Verfügung gestellt werden zur Verpflegung der Hunde seitens des Schlachthauses. Dort ist jetzt genügend Fleisch und Fleischabfälle für diesen Zweck vorhanden. Es wurde im Rechtsausschuß darauf hingewiesen, daß vielleicht einige Hausbesitzer diese Nachtschutzleute des Hundes wegen nicht gern

gern als Mieter sehen möchten, aber es wurde auch erwähnt, daß man den Herrschaften nahelegen müßte, daß sie der Allgemeinheit etwas Entgegenkommen zu bringen hätten, so daß anzunehmen wäre, daß solche Nachtschutzleute nicht des Hundes wegen auf die Straße gesetzt würden. Kurzum, der Rechtsausschuß war der Ansicht, daß dieser Antrag des Herrn Nessenius Unterstützung verdient und ich bitte Sie, dem Antrage noch hinzuzusetzen, daß der Rat aufgefordert wird, die Nachtschutzleute mit Wachhunden und Schußwaffen zu versehen, damit sie in der Lage sind, der gesamten Bürgerschaft der Stadt Braunschweig Ordnung und Ruhe zu verschaffen.

**Der Antrag des Rechtsausschusses wird
angenommen.**

(Punkt 8)

9. Antrag Sievers, betreffend Nachzahlungen
an die städtischen Angestellten, Arbeiter
und Reinmachefrauen.

Stadtv. B u r g d e r f ~~f~~: Auf Beschluß des
Finanzausschusses sollen in dieser Angelegenheit
noch verschiedene Ermittlungen angestellt
werden. Ich bitte deshalb namens des Aus-
schusses, diesen Punkt für heute von der Tages-
ordnung abzusetzen.

10. Antrag Maaß, betreffend baldige Inangriffnahme der Ausbesserungen auf der West-, Kramer- und Bergfeldstraße.

Stadtv. T o s t m a n n : Der Bauausschuß hat sich mit dem Antrage des Herrn Maaß, die Ausbesserungen auf den genannten Straßen baldmöglichst in Angriff zu nehmen, beschäftigt. Es ist festgestellt worden, daß es unbedingt notwendig ist, diese Straßen recht bald instand zu setzen. Der Rat hat zugesagt, daß diese Straßen wieder so hergestellt werden, daß sie als ordnungsmäßig gelten können. Der Bauausschuß ersucht die geehrte Versammlung, dem Antrage des Herrn Maaß zuzustimmen.

**Dem Antrage des Bauausschusses gemäß
stimmt die Versammlung dem Antrage Maaß zu.**

(Punkt 10)

11. Antrag Schmerbach, betreffend die baldige
Instandsetzung der Marienstraße und eines
Teils der Rosenstraße.

Stadtv. R a s c h e : Der Bauausschuß hat sich auch mit diesem Antrage befaßt und ist einstimmig der Ansicht, daß auch diesem Antrage stattgegeben werden muß. Die beiden genannten Straßen haben die Ausbesserung dringend nötig; ratsseitig ist eine Berücksichtigung des Antrages zugesagt, und ich bitte Sie namens des Ausschusses, dem Antrage zustimmen zu wollen.

Ohne weitere Besprechung; der Vorsitzende
nimmt das Einverständnis der Versammlung mit
dem Antrage an.

(Punkt 11)

12. Erhöhung der Vergütung für Benutzung des
Stadtverordnetensitzungssaales.

Stadtv. S t e g m a n n : Der Stadtkirchen-
ausschuß benutzt zu seinen Sitzungen diesen
Saal und hat bisher für die jedesmalige Benut-
zung eine Gebühr von 20 M bezahlt. Auf Veran-
lassung der Stadtverordneten ist der Rat der
Stadt der Frage näher getreten, ob der bisherige
Mietpreis unter den heutigen Verhältnissen noch
angemessen ist. Das ~~Stadtverordneten-~~^{Gefühlsrat} stellte fest,
daß das nicht mehr der Fall ist, sondern der
Preis für die Benutzung des Saales erhöht
werden müßte, und zwar wird als angemessene
Entschädigung bezeichnet :

- 1) für Miete, einschließlich der Benutzung
der Einrichtungsgegenstände des Saales
12 M,
- 2) für Reinigung des Saales . . . 38 M,

3)

3) für Beleuchtung und Heizung 35 M,
sodaß für den Winter eine Gebühr von 85 M
und für den Sommer eine solche von 50 M
vorgeschlagen wird. Der Finanzausschuß stimmt
dem zu, und ich habe Sie namens des Ausschusses
auch um Ihre Zustimmung zu bitten.

Die Versammlung entspricht dem Antrage
des Finanzausschusses.

(Punkt 12)

13. Verwilligung von Kosten für Anbringung
von Heizkörpern in einigen Zimmern des
Rathauses.

Stadtv. G a r t u n g : Es sind schon seit längerer Zeit Klagen über ungenügende Erwärmung einiger Zimmer hier im Rathause geführt worden, und zwar der Zimmer Nr. 18, 16, 17 und 17a im Untergeschoß. Es sind dort nicht Heizkörper in genügender Größe vorhanden, sodaß bei außerordentlicher Kälte der Aufenthalt in den Zimmern, die an der Nordostecke des Rathauses liegen, nicht angenehm ist. Es wird nun beantragt, für die Anbringung der für nötig erachteten Heizkörper den Betrag von 5000 M zu verwilligen. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß in den ähnlich gelegenen Zimmern des Obergeschosses dieselbe Klage vorliegt und zur Abänderung dieses

Übel-

Übelstandes ist ebenfalls ein Kostenanschlag aufgestellt. Im ganzen würden darnach 17 000 M zu verwilligen sein.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und ist einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß dem Antrage des Rates nachgekommen werden muß. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrage des Rates zuzustimmen und die 17 000 M zu bewilligen.

Gartung

**Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage
zu.**

(Punkt 13)

14. Erhebung einer städtischen Grundsteuer
in Höhe von 25 % des Grundsteuerkapitals
schon vom 1. April d. J. an.

Stadtv. S a u e r b i e r : Meine Damen und Herren ! Die Erhebung der Grundsteuer in der vom Rat der Stadt gewünschten Höhe schon vom 1. April d.J. ab ist allmählich zu einem stetigen Punkt in unseren Sitzungen geworden, wie ein roter Faden zieht sich durch unsere letzten Sitzungen dieser Punkt der Tagesordnung. Ich darf deshalb als bekannt voraussetzen, um was es sich in der Hauptsache handelt, nämlich daß der Rat wünscht, daß die Steuer in der vorgeschlagenen Höhe bereits vom 1. April ab erhoben werden soll, während als Beginn für die Erhöhung der Steuer von der gegnerischen Seite der 1. Oktober gewünscht wird. Nachdem in der vorigen Sitzung der Antrag des Rates keine

keine Annahme gefunden hat, der Rat sich aber von der Unrichtigkeit seiner Ansicht nicht hat überzeugen können, wiederholt er nunmehr unter Berufung auf seine im Begleitschreiben zum Voranschlage des Stadthaushalts und in seiner Vorlage vom 21. Juli ausgesprochene Ansicht, daß das Wohl der Stadt die Erhebung der erhöhten städtischen Grundsteuer schon vom 1. April d.J. an erfordert, allerdings ohne Angabe weiterer Gründe. Aber was sollten auch weiter für Gründe angeführt werden? Der Rat glaubt, auf diese Einnahme nicht verzichten zu können und ist ferner der Ansicht, daß die Grundbesitzer die ihnen auferlegten Lasten verteilen können oder sich doch darum bemühen könnten. Er geht weiter davon aus, daß andere Städte eine weit höhere Grundsteuer erheben und stellt schließlich wiederholt den Antrag,

der Antrag der Annahme der der

„der Erhebung einer Grundsteuer in Höhe von 25 % des Grundsteuerkapitals schon vom 1. April d.J. an zuzustimmen.“

Im Haushaltsausschuß, der sich aufs neue eingehend mit der Sache beschäftigt hat, sind die Gründe des Rats als richtig anerkannt, ferner auch zugegeben, daß die Rückwirkung dieser Steuer den Grundbesitz nicht verderben könne, da unmöglich anzunehmen ist, daß der durch die halbjährige Rückwirkung erwachsende Betrag von den Grundbesitzern nicht getragen werden könnte. Von der Gegenseite wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß eine anteilmäßige Verrechnung mit den Mietern nicht im Bereich der Möglichkeit liege, daß also der Grundbesitz diese neue Belastung neben den gewaltigen Ausgaben für Reparaturen usw. nicht mehr tragen könne, und daß die notwendige Folge der Annahme des früheren Termins

die

die sein würde, daß die notwendigsten Reparaturen unterbleiben müßten, somit die Mieter den Nachteil tragen müßten, indem sie schlechtere Wohnungen benutzen müßten. Tatsache ist jedenfalls, daß die Ausgaben des Grundbesitzes eine erhebliche Steigerung dadurch erfahren haben, daß die Löhne und Materialpreise gewaltig in die Höhe geschneit sind. Wenn Handwerker für Instandsetzung der Wohnungen arbeiten müssen, so entstehen dadurch heute erhebliche Kosten, und da in der Kriegszeit ein großer Teil der Reparaturen zurückgestellt worden sind, die jetzt nachgeholt werden müssen, so sind die den Hausbesitzern erwachsenden Ausgaben oftmals sehr hoch, und mancher Hausbesitzer scheut sich, Handwerksmeister zu Reparaturen in der Wohnung anzunehmen, weil ihm die Kosten zu hoch erscheinen. Dennoch

ist

ist der Haushaltsausschuß der Meinung, daß die Hausbesitzer in der Lage sind, die durch die Steuer ~~w~~ erwachsende Last zu tragen, und schlägt Ihnen vor, die Erhebung der Grundsteuer in der vom Rat vorgeschlagenen Höhe schon vom 1. April d.J. ab zu genehmigen.

Stadt v. N 6 1 1 : Meine Damen und Herren!
Ich habe schon in der vorigen Sitzung mich dahin ausgesprochen, daß ich die Grundsteuer ablehne. Wenn ich heute noch einmal zu der Sache das Wort nehme, so sind inzwischen neue Gesichtspunkte zur Geltung gekommen, die mich dazu zwingen. Zuerst die Ausführungen des Herrn Berichterstatters, der darauf hinwies, daß wegen der enorm gestiegenen Ausgaben für die Reparaturen die Grundbesitzer die Steuer nicht mehr aufbringen könnten. Was ist denn an Reparaturen ausgeführt worden, was in der Zeit während des Krieges, was in der heutigen Zeit ? Da während der Zeit des Krieges das Geld für die nicht gemachten Reparaturen gespart worden ist, so könnten sie doch heute ausgeführt werden, aber von den meisten Hausbesitzern wird gesagt: „ Wir lassen keine Reparaturen mehr machen, auch wenn es auf die

die Grude regnet. Wenn später das Reichsmiet-
gesetz kommt, dann müßt Ihr ja die ganzen
Reparaturen doch bezahlen." Nun hat auch noch
das Mieteinigungsamt beschlossen, daß die
Grundsteuer vom 1. Oktober ab auf die Mieter
abgewälzt werden könne. Wie kommt das Miete-
einigungsamt dazu oder wer hat ihm die Direktive
gegeben, daß es diesen Beschluß fassen konnte?
Unserer Meinung nach ist das Mieteinigungsamt
zu diesem Schritte nicht befugt. Wir haben uns
in dieser Frage an das Staatsministerium ge-
wandt und um grundsätzliche Aufklärung gebeten
1) Ist das Mieteinigungsamt befugt, Steuern,
die den Hausbesitz treffen sollen, auf einen
anderen umzulegen? 2) Ist das Mieteinigungs-
amt befugt, in bestehende Mietverträge rück-
wirkend einzugreifen? Wir müssen diese beiden
Fragen ohne weiteres verneinen. Wir sind auch
noch weiter gegangen und haben uns ebenfalls

an

an das Reichswirtschaftsministerium gewandt, damit in diesen Fragen für das Reich eine Entscheidung herbeigeführt wird. Wir hoffen, daß sie so ausfällt, wie wir sie wünschen. Wohin sollte es führen, wenn die Forderungen an die Mieterschaft immer so weitergehen, wie es momentan geschieht? Denken Sie daran, daß Sie heute die Armenunterstützung erhöhen wollen. Auf der einen Seite erhöhen Sie dann die Unterstützungsgelder und auf der anderen Seite belasten Sie die Empfänger solcher Unterstützungen mit neuen Abgaben. Denken Sie an die Brandkassenbeiträge, die den Leuten schon aufgehängt sind. Es wohnen Mieter in manchen Häusern, die nicht so viel haben, daß sie ihr eigenes Mobiliar versichern können, und doch werden sie gezwungen, die erhöhten Brandkassenbeiträge für die Hausbesitzer zu bezahlen.

Bei

Bei einem Schadenfeuer bekommt der Hausbesitzer die erhöhten Versicherungsbeträge ausbezahlt, aber der Mieter, der sein Mobiliar nicht versichern kann, zieht mit dem nackten Leben auf die Straße. Daß das nicht sozial ist, wie es hier in Braunschweig gehandhabt wird, das müssen Sie doch zugeben. Sehen Sie nach Preußen; da hat man infolge der erhöhten Abgaben einen 40 %igen Aufschlag auf die Mieten zugelassen, aber nicht, wie hier, dem Grundbesitz einen 8 %igen Ertrag gewährt, und so lange der Minister Stegwald am Ruder ist, wird es dort nicht anders werden. Diese ganzen Umstände veranlassen mich, wieder grundsätzlich gegen die Grundsteuer Stellung zu nehmen, sie abzulehnen, weil sie nicht den Grundbesitzer, sondern die Mieter in ihrer Gesamtheit belastet, weil es nicht eine Grundsteuer ist, sondern eine Mietsteuer.

Rechtsanwalt P h i l i p p s :

Meine geehrten Herrschaften ! Im Anschluß an
die Debatten über die Grundsteuer sind über ~~die~~
Mieteinigungsamt^{Uhr} derartig falsche ^{Aussagen} ~~Äußerungen~~
in Wort und Schrift - ich habe hier zufällig
die erste Nummer der Mieterzeitung zur Hand -
geäußert, daß ich es für unbedingt erforderlich
halte, dem mit der nötigen Entschiedenheit
entgegentreten. Wenn Herr Nöll eben in
X seinen Ausführungen erklärt hat, der Mieter-
verein habe sich mit Eingaben nicht nur an das
Staatsministerium, sondern auch an das Reichs-
wirtschaftsministerium gewandt, so kann ich
ihm, da mir der Wortlaut der Anfragen durch
den Rat der Stadt auch bekannt ^{gegeben} geworden ist,
nur antworten : Hätte Herr Nöll den einfacheren
Weg gewählt und hätte an irgend einen Herrn
des Mieteinigungsamtes sich gewandt, auch an
einen Beisitzer desselben, dann hätte er sich
seine

seine große Eingabe sparen können, denn die Voraussetzungen zu seinem Schreiben sind vollkommen unrichtig. (Hört, hört!) Das ergibt sich auch aus dem Artikel der ^{Zeitung} ~~der~~ ~~Forderungen voraussetzt, die nicht vorhanden sind.~~ Das Mieteinigungsamt geht bei seinen Mietsteigerungen in folgender Weise vor : Irgend eine Grundlage mußte sich das Mieteinigungsamt für seine Sprüche schaffen. Dazu konnte man ~~allerdings~~ den Weg wählen, wie er in Preußen eingeschlagen ist, wo man sagt : „Auf die Friedensmiete soll ein gewisser Prozentsatz aufgeschlagen werden“ - ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn hier gesagt wird : 40 %. Das Mieteinigungsamt in Braunschweig aber hat diesen Weg für unzweckmäßig gehalten, und zwar aus dem Grunde, weil ~~die~~ ^{auf} Friedensmieten uns einen vernünftigen Weg zur Schaffung eines Ausgleichs nicht zu bieten schienen

schienen. Denken wir an folgenden Fall :
Ein Rentner hat vor langen Jahren ein Haus
gekauft und sich gesagt : „Mit deiner Rente
von 4 - 5 000 M. kannst du leben. Was sollst
du deine Mieter pisacken, es geht auch mit
einem niedrigen Mietsatz.“ Heute hat er das-
selbe Einkommen und sagt sich : „Ich muß in
^{gründlichen}
~~Erwägung~~ ziehen, daß sich das Haus mindestens
selbst erhält.“ Wenn man nun auch bei diesen
Leuten, die damals, um Streit zu vermeiden,
ihre Mieten hübsch niedrig gehalten haben,
die Mietpreise prozentweise aufschlagen würde,
so würden sie heute entsprechend schlechter
gestellt sein gegenüber denen, die ihre Miet-
preise ^(schon früher) bis an die höchstzulässige Grenze
hinaufgetrieben haben, sodaß ihnen sogar die
Gefahr entstand, ihr Haus würde leer stehen.
Man würde einen damals schon ungerechten Zu-
stand verewigen, und deshalb sind wir zu

einem

einem anderen Verfahren gekommen, indem wir uns bemüht haben, den wirklichen Wert des Grundstücks, gemessen an dem Friedensstand des Geldes, zu ermitteln. Das wird in der Regel etwa der Kaufpreis sein, der vor dem Kriege gezahlt worden ist. Wenn sich dieser Gesteuerungswert nicht ermitteln läßt, so haben wir in der Regel den Weg beschritten, die betreffenden Wohnungen ~~selbst~~ zu besichtigen und dadurch den Wohnwert der einzelnen Wohnungen zu ermitteln. Nach eingehenden, viele Stunden dauernden Beratungen haben wir eine Verzinsung des Gesteuerungswertes von 8 % als unbedingt notwendig erachtet. Ich will ohne weiteres zugeben, daß es möglich ist, über die Notwendigkeit dieses Satzes zu streiten. Wie es Personen geben mag, die der Meinung sind, daß diese Verzinsung nicht in allen Fällen notwendig ist, so gibt es auch eine ganze Anzahl Personen, die

die eine solche Verzinsung nicht für ausreichend halten. Darüber kann man stundenlang diskutieren, ohne zu einer Einigung zu kommen, aber das Mieteinigungsamt müßte sich auf einer Grundlage einigen, wenn es nicht seine Tätigkeit einstellen wollte, und ist nun einmal zu diesem Satz gekommen. Wenn dieser Satz - ich sage ausdrücklich „wenn“, um mich persönlich nicht festzulegen - richtig ist, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ^{man} ~~in dem Falle~~, daß die Kosten, die der Hausbesitzer für das Grundstück aufwenden muß, aus irgend einem Grunde, sei es durch erhöhte Steuern und Abgaben, oder durch irgendwelche anderen Ursachen, wie Verteuerung der Reparaturkosten, steigen, das Mieteinigungsamt nicht anders kann, als dem Rechnung zu tragen. Man mag das bei ~~Gelegenheit~~ der Erhöhung der Grundsteuer oder der Brandkassensätze Abwälzung nennen, das ist unerheblich, denn so

lange

lange die Praxis des Mieteinigungsamtes so gehandhabt wird wie heute, kann es nicht anders gemacht werden, als daß der höheren Belastung des Grundstücks Rechnung getragen wird. Genau so liegt es mit den Nebenabgaben. Selbstverständlich hätten wir sie genau so behandeln können, wie das früher geschehen ist und hätten sie in den Mietsatz mit einschließen können. Dann hätten wir aber jedesmal, wenn beispielsweise die Stadt das Wassergeld erhöht, im Mieteinigungsamt zusammentreten und die Frage behandeln müssen : „Inwieweit wollen wir durch den Verzinssungssatz der Erhöhung Rechnung tragen ?“ Es war die einstimmige Meinung, daß es richtiger sei, sog. Nebenabgaben zu schaffen und dahin zu rechnen alle die Dinge, die sich schnell, durch einen Federstrich, durch Beschluß der städtischen Behörden ändern können, und daß man sagt : Prozentual werden sie

ge-

getragen von denjenigen, denen sie zugute kommen. Wenn sie steigen, ist das Mieteinigungsamt nicht in der Lage, es zu verhindern, ebensowenig ihr Sinken, es tut nichts anderes als bestimmt : Anteilig werden sie getragen. Genau so liegt die Sache mit der Grundsteuer. Das Mieteinigungsamt hat keineswegs in der Form, wie es hier dargestellt ist, sofort, nachdem die Erhöhung der Grundsteuer in Aussicht stand, eine Sitzung anberaumt, um die Steuer auf die Mieter zu verteilen, sondern es hat gesagt : „Wenn die Sache so oder so kommt, so müssen die Mieter sich daran beteiligen, denn das Mieteinigungsamt muß natürlich an der Überzeugung festhalten, daß eine Verzinsung mit 8 % zurzeit die richtige ist. Wenn wir die erhöhte Grundsteuer, von der wir nicht wußten, ob sie kommen würde, nicht als Nebenabgabe behandelt hätten, dann hätten wir

uns

uns darüber klar werden müssen, ob der Verzin-
sungssatz von 8 % noch genügt. Dann hätte eine
gewaltige Diskussion angehoben darüber, ob man
sagen müßte: 8, 8 1/4, 8 1/10 oder 8 1/2 %.

Diesen Streit haben wir vermeiden wollen und ~~mir~~
haben ^{vor} ~~Wir~~ allen Dingen vermeiden wollen, daß
wegen Erhöhung dieses Prozentsatzes das Miet-
einigungsamt nochmals angerufen wurde, und
zwar dadurch, daß wir erklärt haben : Wir
werden das alles in Zukunft als Nebenabgaben
behandeln. So haben wir erreicht, daß eine
Unzahl von Fällen uns nicht wieder vorgelegt
^{zu} sind. - Das ist im wesentlichen das, was ich
zu sagen habe. Es ist die Behauptung aufge-
stellt, das Mieteinigungsamt hätte oder würde
rückläufig auf den 1. April eine Nachzahlung
festsetzen. Meine Damen und Herren ! Ich
möchte einmal denjenigen sehen, der mir einen
einzigen Fall dieser Art nachweisen kann.

Wir

Wir haben - das ^{werden mir die} ~~wird mir der~~ hier anwesenden
Beisitzer zweifellos bestätigen - in stunden=
langen Beratungen die Frage geprüft : „Ist
es möglich, irgend eine Änderung des Miet=
vertrages, und wenn es die geringfügigste ist,
durchzuführen ohne Innehaltung der von den
Parteien vereinbarten ~~Kündigungsfrist~~ oder
der gesetzlichen Kündigungsfrist“, und sind
immer wieder zu dem Ergebnis gekommen : Es
geht nicht. Ich kann mir wirklich nicht
denken, daß eine der Kammern gegen einen sol=
chen Beschluß verstoßen könnte, der schließlich
mit allgemeinem Einverständnis gefaßt worden
ist; ich wüßte nicht, von welchen Erwägungen
dann die Herrschaften ausgegangen sein sollten.
In den Verhandlungen, in denen ich den Vorsitz
geführt habe, ist ein derartiger Wunsch, gegen
die gesetzlichen Bestimmungen zu verstoßen,
soweit ich mich erinnere, nicht vorgebracht
worden

worden. Ich bitte Sie ~~meine~~ meine geehrten Herrschaften, bei der ganzen Angelegenheit das eine zu bedenken : Wenn das Mieteinigungsamt nun einmal zu dem Ergebnis gekommen ist, daß dieser Prozentsatz der zurzeit richtige, gerechte und notwendige ist, dann kann das Mieteinigungsamt nicht anders, als in dem Falle, daß irgendwelche Erhöhungen der heute besprochenen Art oder andere kommen sollten, ihnen entsprechend Rechnung zu tragen.

Stadt v. N ö l l : Ohne auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners näher einzugehen, bitte ich ihn, die eine Frage, die bisher von ihm nicht beantwortet ist, noch zu beantworten : Hat das Mieteinigungsamt beschlossen, daß die neuen Sätze vom 1. Oktober an gültig sein sollen., oder ist dafür der 1. Januar festgesetzt. Auf der Hausbesitzertagung ist festgestellt, daß die Erhöhungen sogar vom 1. Juli an übertragen werden könnten. Das hat Verwirrung in die Bevölkerung getragen, und es wäre mir lieb, Aufklärung darüber zu bekommen.

Rechtsanwalt P h i l i p p s : Ich muß leider feststellen, daß mich Herr Stadtverordneter Nöll nicht recht verstanden hat. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden \emptyset ist. Wir haben beschlossen, daß in der Verhandlung dahin gewirkt werden solle, aus Billigkeitsgründen dem Vermieter entgegenzukommen. Es ist etwas anderes, ob das Mieteinigungsamt entscheidet oder ob der Vorsitzende oder ein Beisitzer sagt : „Sie haben zwar einen festen Vertrag, der bis zum Januar 1924 läuft und in dem der Mietpreis nicht geändert werden kann, aber er erscheint offenbar vollkommen unbillig.“ Es scheint mir die Pflicht des Mieteinigungsamts zu sein, die Betreffenden in solchen Fällen auf die Billigkeit hinzuweisen. Selbstverständlich sagen wir da nur : „Ich würde vorschlagen, das so und so zu machen “, aber

es

es existiert sicherlich kein Fall, in dem der betreffende Mieter erklärt hat : „Darauf gehe ich nicht ein“ und das Mieteinigungsamt dann eingegriffen hätte. **E** Ich will ein bestimmtes Beispiel annehmen : Ein Hausbesitzer kommt jetzt nach dem 1. Oktober und verlangt eine Mietsteigerung, der Mieter aber hat einen vierteljährlichen Vertrag. Dann sagt das Mieteinigungsamt gegebenenfalls : Die geforderte Steigerung ist gerechtfertigt, sie tritt aber erst ein (wenn der Mieter sich nicht freiwillig bereit erklärt, sie vom 1. Oktober oder 1. Januar an zu tragen) vom 1. April 1922. Selbstverständlich treten auch diese Erhöhungen der Nebenabgaben, die allemal eine Abänderung des Mietvertrages sind, ebenfalls erst von diesem genannten Tage an in Kraft, doch kann auch die Sache so hart liegen, daß das Mieteinigungsamt zu der Überzeugung kommt : „Wenn

der

der Mieter sich weigert, das vom Mieteinigungsamt als billig anerkannte zu zahlen, so kann das als ein Kündigungsgrund angesehen werden."

Diese Fälle werden aber so außerordentlich selten sein, daß sie mir bisher noch nicht vorgekommen sind. Im übrigen bin ich gern bereit, weitere Aufklärungen zu geben, glaube aber doch, daß die Sache jetzt geklärt ist.

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, daß es das einfachste ist, wenn wir für die Abstimmung ~~der~~ Frage ~~auf~~stellten:

Wer ist für die Bewilligung der erhöhten Grundsteuern vom 1. April ab, wie es der Rat beantragt hat.² Es ~~liegt~~^a bekanntlich auch ~~noch~~ der Antrag Rasche vor, ~~den~~ für den die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit sich schon ausgesprochen hatten, (Zuruf Jasper: Liegt nicht mehr vor!) und ein Antrag Lehnert auf Zurückverweisung an den Rat. (Zuruf: Liegt nicht vor!). ~~Darauf~~ einzugehen, würde zu Komplikationen führen, das ~~einfachste~~^{ist}, wenn wir in der angegebenen Weise ~~ab~~stimmen. Wer ist also für Erhebung der erhöhten Grundsteuer vom 1. April 1921 ab - also ~~rück~~wirkend?

(15 Stadtverordnete melden sich dafür, und bei der Gegenprobe 11 dagegen.)

Die

- 72 -

**Die Mehrheit ist für den Antrag des Rats;
die Sache ist damit erledigt.**

15. Errichtung eines Brausebades im städtischen Schlachthause.

Stadt v. M a a ß : Es hat sich als wünschenswert erwiesen, zur Ergänzung der bisherigen Waschbecken-Anlage im städtischen Schlachthause ein Brausebad zu schaffen. Der Schlachthausausschuß hat sich in seiner Sitzung vom 29. Juni damit beschäftigt und den Beschluß gefaßt, der Errichtung von 2 Brausebadzellen zuzustimmen. Nun befindet sich auf dem Grundstück des Städtischen Marstalls ein altes Brausebad, das reparaturbedürftig ist. Da aber wegen der großen Teuerung die Reparaturen nicht ausgeführt sind, so ist dort das Baden schon seit Jahren unterblieben, und die Leute aus dem Marstall, die baden wollten, haben allwöchentlich eine Freikarte zur Benutzung der hiesigen Volksbäder erhalten. Auf dem Schlachthause läßt sich diese letztere Einrichtung nicht treffen, da dort Leute dauernd oder abwechselnd mit

schmutziger

schmutziger Arbeit, wie Kohlen abtragen, Kaldaunen reinigen und ähnlichem beschäftigt werden, und es ist deshalb beschlossen worden, Kostenanschläge für Errichtung eines Brausebades im Schlachthaus selbst einzufordern. Darnach würden sich die Kosten auf 11 800 Mark belaufen. Durch Benutzung von Teilen der im Marstall nicht mehr gebrauchten Badeinrichtung würden sich die Kosten um etwas vermindern, wenn auch nur um 800 M, so daß noch 11 000 Mark für Errichtung eines ^{ause}Bräde**bades** im Schlachthaus verwilligt werden müßten. Der Rat beantragt bei den Stadtverordneten die Zustimmung zur Errichtung des Bades unter Benutzung der dem städtischen Marstall zu entnehmenden Brausevorrichtungen zu erteilen, und die Kosten mit 11 000 M zu Lasten der Schlachthauskasse zu bewilligen.

Der Bauausschuß hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und ihm zugestimmt. Er empfiehlt der Versammlung, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

-48-

Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage zu.

(Punkt 15.)

16. Erhöhung der Armenunterstützungssätze.

Stadt v. D i e t e r m a n n : Es handelt sich um Erhöhung der Armenunterstützungssätze. Die Unterstützung für Alleinstehende ha^tben bisher 60 M pro Monat betrag^{en}, sie soll jetzt auf 100 M gesetzt werden.

Weiter wird bestimmt, daß für Kinder und Pflegekinder unter 5 Jahren daneben die nach der allgemeinen Verbrauchsregelung zustehenden Milch frei geliefert wird. Bei Arbeiterinnen, die ganz oder zu einem wesentlichen Teile Ernährerin ihrer Familien sind, soll ein Arbeitsverdienst bis zu 50 M (bisher 20 M) monatlich nicht auf den Notbedarf angerechnet werden, von dem über 50 M hinausgehenden etwaigen Mehrbetrage des Verdienstes sind nur $\frac{3}{4}$ auf die Höchstsätze anzurechnen, der Rest bleibt unberücksichtigt. Als Beispiel ist hier angeführt, daß bei 150 M Monatsverdienst ($150 \text{ M} - 50 \text{ M} = 100 \text{ M} \times \frac{3}{4} = 75 \text{ M}$) anrechnungsfähig sein sollen.

Es

Es wird empfohlen, diese neuen Grundsätze vom 1. September d.Js. ab in Kraft treten zu lassen.

Die Erhöhung beträgt im Durchschnitt etwa 80 % und verursacht eine Mehrausgabe von rund 640 000 Mark. Der Rat der Stadt richtet an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag, sich mit den vorgeschlagenen Bestimmungen einverstanden zu erklären. Der Finanzausschuß hat den neuen Sätzen zugestimmt, und ich bitte Sie namens des Ausschusses, gleichfalls ihre Zustimmung auszusprechen.

Stadtv. N ö 1 1: Meine Damen und Herren! Ich begrüße die Erhöhung, wie sie in der Ratsvorlage vorgeschlagen sind, bin aber der Meinung, daß bei der heutigen Teuerung eigentlich die Sätze in der vorgeschlagenen Höhe nur ein Minimum sind. Nun steht aber noch in der Frage, daß bei den Arbeiterinnen, die durch ihren Arbeitsverdienst etwas hinzuverdienen, ein bestimmter Satz anrechnungsfähig sein soll. Wenn Sie bei diesen Sätzen, die Sie vorgeschlagen haben, noch etwas anrechnen, was die Arbeiterinnen verdienen, wo die Sätze so wie so nicht ausreichen, um davon überhaupt einigermaßen leben zu können, dann ist die ganze Sache nicht so, wie sie gedacht werden müßte. Warum sollen bei einem Monatsverdienst von 150 M noch 75 M anrechnungsfähig sein? Wenn sie das tun, dann haben sie ja gewissermaßen eine Prämie auf die Faulheit gesetzt, denn wer wird dann noch arbeiten wollen, wenn von dem Ertrage der Arbeit ein Teil abgegeben

abgegeben werden soll. Ich bin der Ansicht, daß diese Bestimmung zu streichen ist und auch bei Arbeitsverdienst die festgesetzten Beträge voll ausbezahlen sind. Wer Armenunterstützung bezieht und daneben noch arbeiten will, der möge das tun, denn mit der Armenunterstützung, wie sie hier festgesetzt wird, kommt keiner durch. Deshalb bitte ich, die Bestimmung über die Anrechnungsfähigkeit des Arbeitsverdienstes zu streichen und die Sache auf diese Weise glatt zu erledigen, wie sie eigentlich richtig ist.

V o r s i t z e n d e r : Wer ist für den Antrag
der Kommission? - Das ist die Mehrheit. Damit ist
der Antrag des Herrn Nessenius gefallen.

(Punkt 16.)

Stadt v, L e h n e r t (zur Geschäftsordnung) :
Das ist ja eine eigenartige Praxis, die der Herr
Vorsitzende beliebt. Der weitergehende Antrag ist
der des Herrn Möll, er ging über das hinaus, was
in der Ratsvorlage gefordert ist. Deshalb mußte
meines Erachtens der Herr Vorsitzende erst über den
Antrag Möll abstimmen lassen.

- 22 -

V o r s i t z e n d e r : Sie hätten diesen
Einwand vor der Abstimmung machen müssen; jetzt
ist es damit zu spät, denn die Abstimmung ist
erfolgt.

Stadt v. L e h n e r t : Ich habe nicht die Absicht, den Herrn Vorsitzenden zu belehren, er ist ja selber Lehrer, aber als Vorsitzender mußte er wissen, daß der weitgehendere Antrag zuerst zur Abstimmung kommen mußte; das erfordert der parlamentarische Anstand.

V o r s i t z e n d e r : Ich muß mir ver-
bitten, daß Herr Lehnert ^{mir} hier gegenüber von
parlamentischem Anstand spricht. (Zuruf: Sie
haben jedenfalls hier keine Schulkinder vor sich!)
Wenn Sie an der Art der Abstimmung etwas auszu-
setzen haben, müssen Sie das sagen, bevor die Ab-
stimmung geschehen ist.

17. Erhöhung des städtischen Zuschusses
an das Schwestern- und Krankenhaus
vom Roten Kreuz.

Stadtv. Frau G ö t z e : Es liegt ein Antrag vom Schwestern- und Krankenhaus vom Roten Kreuz vor, das - wie das schon bei der vor einigen Wochen erledigten Bereitstellung der Unterstützung aus der Jüdelstiftung zur Sprache gekommen ist - sich in großer Not befindet. Die Anstalt ist verpflichtet, auf Anfordern der Stadt bedürftige Kranke auf Rechnung der Armenverwaltung aufzunehmen und darf dafür nicht mehr als 2 Mark tägliches Pflegegeld in Rechnung stellen. Es wird jedem einleuchten, daß das bei den heutigen Verhältnissen ein unmöglicher Satz ist. Außerdem sind im Städtischen Krankenhaus 20 Schwestern und Lernschwestern beschäftigt, für die neben freier Station ein Satz von 400 M für die Schwester

Schwester und von 180 M für die Lernschwester von der Stadt gezahlt wird. Der Vorstand der Anstalt hat nun unter Vorlegung seiner letzten sehr ungünstigen Jahresrechnung vorgetragen, daß die Anstalt durch die wachsende Teuerung in eine außerordentlich schwierige Lage geraten sei und um Erhöhung der obigen Zuschüsse bitten müsse. Der Rat ist, nachdem er den Oberarmenarzt und die Armendirektion in dieser Sache gehört hat, zu der Überzeugung gekommen, daß in der Tat eine Heraufsetzung der städtischen Leistungen für alle drei genannten Zwecke des Hauses angebracht ist, das auch nach dem Kriege seine wichtige Bedeutung als Ausbildungsanstalt und als Ergänzung der hiesigen Krankenpflegeeinrichtungen beibehält. Der Rat schlägt nun vor, die Stadtverordneten möchten sich damit einverstanden erklären,

1) daß der laufende widerrufliche Jahres-

zu-

zuschuß bis auf weiteres von 11 700 M auf 15 000 M mit Wirkung vom 1. April d. Js. ab erhöht werde,

2) daß ^{die} ~~der~~ Pflegesätze/vom 1. Juni d. Js. ab rückwirkend auf die der Armendirektion vom hiesigen Landeskrankenhouse in Rechnung gestellten Sätze erhöht und bei etwaiger Veränderung der Sätze des Landeskrankenhauses ebenfalls diesen angepaßt ^{werden} ~~wird~~. Sie betragen seit dem 1. Juni d. Js. 12 M für Erwachsene, 9 M für Kinder bis zu 12 Jahren;

3) daß vom 1. Juli d. Js. ab rückwirkend für die im Städtischen Krankenhause tätige Oberschwester jährlich 4500 M, für jede Schwester 3600 M, für jede Lernschwester 1200 M neben freier Station und neben Tragung der Versicherungsbeiträge unter der Bedingung gewährt werden, daß ein Wechsel bei der Oberschwester und den Schwestern nur im Einverständnisse mit dem leitenden Arzte des Städtischen Krankenhauses vorgenommen werden darf.

darf.

Wir haben uns über diese Sache im Finanzausschuß des längeren unterhalten. Es sind dabei, ehe die Finanzkommission in ihrer Gesamtheit ^{sich} für die Bewilligung erklären konnte, Einwürfe gemacht worden, und ich als Berichterstatterin bin beauftragt worden, mich mit der Leitung des Schwesternhauses in Verbindung zu setzen und mich über die Sachlage zu informieren. Ich habe das getan. Zunächst waren es Einwürfe allgemeiner Art, Klagen über die Rote Kreuz Schwestern im allgemeinen, und zwar waren sie begründet auf Erfahrungen, die während des Krieges in der Etappe gemacht waren. Es wurde gesagt, daß die Tätigkeit der Rote Kreuzschwestern auf den Kriegsfall zugeschnitten sei und daß die Erfahrungen, die während des Krieges in der Etappe über die Schwestern gemacht seien, es nicht gerechtfertigt erscheinen lassen,

lassen, eine große Erhöhung für deren Ausbildung zu verwilligen. Es ist mir von der Leitung bestätigt worden, daß auch von ihr die Erfahrungen, die in der Etappe gemacht worden sind, leider ^{empfunden} als sehr bedauerlich sind und daß sie von niemand mehr beklagt werden wie von der Leitung des Schwesternhauses vom Roten Kreuz selbst. Aber es handelt sich bei diesen unliebsamen Erfahrungen nicht um Berufsschwestern, sondern - was der Laie nicht wissen kann - um Hilfsschwestern. Als der große Bedarf an Schwestern eintrat, wurden Schwestern zu einer ganz kurzen und schnellen Ausbildung von mehreren Wochen angenommen; jede, die sich meldete und geeignet schien, wurde eingestellt und ihr eine den Berufsschwestern ähnliche Tracht verliehen, so daß die Hilfsschwestern von den Berufsschwestern nicht zu unterscheiden waren. Die Mißstände und bedauerlichen Vorkommnisse, die zweifellos in der

Etappe

Etappe vorgekommen sind, werden von den leitenden Personen aufs tiefste beklagt, und die Herrschaften, die noch daran Anstoß nehmen, werden gebeten, den Unterschied zwischen Hilfschwestern und Berufsschwestern gelten zu lassen.

Sodann wurde in der Vorberatung gefragt, wieviel die Schwestern selber von dem an die Anstalt gezahlten Zuschüssen bekämen, und es wurde die Ansicht laut: Wenn die Stadt künftig für die im Städtischen Krankenhause tätigen Schwestern mehr zahle, dann müsse auch beansprucht werden, daß die Schwestern besser bezahlt würden. Bei meinen Erkundigungen habe ich bestätigt gefunden, was der Herr Oberbürgermeister und auch ich schon sagte: daß die Bezüge, welche die Schwestern von ihrem Mutterhause bekommen, von der Zentralleitung bestimmt werden und daß darin kein Unterschied gemacht werden kann, ob

eine

-91-
-72-

eine Schwester in diesem oder jenem Krankenhause tätig ist; sie bekommen alle übereinstimmende Bezüge. Im übrigen wurde eine Zusammenstellung über die Bezüge, ~~wie ich sie bekommen gegeben,~~
die ich mitteile, wie ich sie bekommen habe.

Es wird darin vorgesehen, daß die Schwestern außer dem Taschengelde, Oberkleidung von dem Mutterhause frei bekom^{en}~~mt~~ und eine größere Summe für Sachbezüge - das bezieht sich auf Wäsche und dergleichen. Sodann werden den Schwestern, die es nötig haben, Erleichterungen bei den Anschaffungen gewährt und die Beträge für die Angestellten-, Invaliden-, Krankenkassen- und Pensionskassenversicherung bezahlt. Wenn man das alles zusammenrechnet, kommt dem Mutterhaus eine Schwester auf 7000 M, und dabei ist die freie Station mit rund 3400 M bewertet. Wenn wir die freie Station abziehen, so bleiben immer noch ziemlich 4000 M übrig, so daß bei einem

städtischen

städtischen Zuschuß von 4500 M für die Oberschwester und 3600 M für die Schwester, für die Lernschwester nur 1200 M die von der Stadt zu leistenden Beträge immer noch weit hinter dem zurückbleiben, was die Schwester dem Mutterhause kostet, und das umsomehr, da die angegebenen Zahlen jetzt, seitdem die Versicherungsbeiträge erhöht worden sind, durch die Wirklichkeit überholt sind. Es ist also ausgeschlossen, daß wir erreichen können, daß den Schwestern selber mehr gezahlt wird, es liegt das nun einmal in der ganzen Organisation, die die gleichen Beträge festgesetzt hat, ganz gleich, ob eine Rote Kreuz-Schwester im Krankenhaus, in der Gemeindepflege, in der Privatpflege oder sonstwo tätig ist.

Sodann war gefragt worden, wieviel Betten ~~von der~~ ^{für die} Armenpflege zur Verfügung gestellt werden. Darauf wurde geantwortet, daß es 50 seien

und

und daß diese nicht immer in Anspruch genommen würden, weil selbstverständlich erst das Städtische Krankenhaus belegt würde, ehe das von diesen 50 Betten im Roten Kreuz in Anspruch genommen wird, so daß sie auch mit anderen Kranken belegt werden können. Selbstverständlich stehen sie aber den städtischen Minderbemittelten zur Verfügung.

Drittens wurde gefragt, ob Rote Kreuz-Schwestern abgesandt werden zu Arbeiten, wie sie die Gemeindeschwestern ausführen, und wenn das nicht der Fall wäre, ob das Schwesternhaus vom Roten Kreuz bereit wäre, eventuell Schwestern zu diesem Dienste auszubilden. Es wurde mir von der Leitung geantwortet, es geschehe das schon immer; es seien dafür vorgebildete Schwestern schon vorhanden, die nach dem Urteil der Oberin sich auch dafür besonders eigneten. Es wäre auch ein weitgehendes Entgegenkommen in dieser

dieser Beziehung gezeigt, in dem die Gebühr bei solchen Familien, die nicht hätten zahlen können, erlassen worden wäre.

Ich habe sodann noch eine Zusammenstellung bekommen, aus der hervorgeht, in welcher Weise das große Defizit der Anstalt zu stande gekommen ist und inwiefern auch die Stadt an dem Entstehen des Defizits dadurch beteiligt ist, als sie bisher nur niedrige Beträge für die Pflege-linge gezahlt hat. Für das Jahr April 1920 bis Ende März 1921 sind 3156 Pflege-tage für Erwachsene und ¹⁵⁸³~~3500~~ für Kinder verzeichnet. Wenn die Sätze damals schon dieselben gewesen wären, wie sie jetzt festgesetzt werden sollen - 12 M für Erwachsene und 9 M für Kinder - so hätte das Krankenhaus 52119 M erhalten müssen, es hat aber nur 9478 M erhalten, mithin ⁴²⁶⁴¹~~2643~~ M zu wenig. Für die Monate Juni, Juli und August d. Js. stellt sich eine Differenz von 88~~00~~ M heraus.

Es

Es ist kein Wunder, daß bei der Teuerung das Rote Kreuz mit dem geringen Pflegesatz, den es von der Stadt erhalten hat, nicht ausgekommen ist, und es ist nicht zu verkennen, daß es nötig gewesen wäre, daß die Leitung der Anstalt schon früher mit ihren Anträgen an die Stadt hätte herantreten müssen. Ich bitte Sie aber, jetzt weiter keine Schwierigkeiten zu machen und den Anträgen des Rates zuzustimmen, obwohl kein ^{dahin-}gehender Beschluß der Finanzkommission hat gefaßt werden können. Bedenken Sie bitte die Notlage des Hauses, der wir Rechnung tragen müssen. Wir werden auf lange Zeit hinaus bei unserer städtischen Krankenpflege nicht ohne diese Pflegepersonen vom Roten Kreuz auskommen können.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Meine Damen und Herren! Es handelt sich nicht um Schwierigkeiten, die etwa im Ausschuß dem Vorschlage des Rates oder der Betätigung des Roten Kreuzes gemacht worden sind, sondern ich glaube, die Frau Berichterstatterin wird den Verhandlungen im Ausschuß gerechter werden, wenn sie sagt, daß man von allen Seiten bemüht gewesen ist, das Beste für die Stadt und die Kranken herauszuholen. Daß wir nicht ohne weiteres auf alle Wünsche des Roten Kreuzes eingehen können, erscheint nicht unberechtigt. Ich danke der Frau Berichterstatterin für die Tätigkeit, der sie sich zur Klärung der vom Ausschuß gestellten Fragen unterzogen hat, und kann für mein Teil erklären, daß nach diesen Mitteilungen die Sachlage wesentlich klarer ist, als sie früher war. Auffällig ist ja immerhin noch der Widerspruch, daß im Ausschuß anscheinend von berufener Seite

erklärt

- 72 -

erklärt werden konnte, die Schwestern des Roten Kreuzes befaßten sich ganz und gar nicht mit der sogenannten Hauspflege, also eine stundenweise Pflege ohne Aufnahme in den Haushalt der zu verpflegenden Kranken übten sie nicht aus. Erfreulich ist die Mitteilung der Frau Bericht-erstatte~~rin~~, daß diese Angabe~~n~~ im Ausschuß unrichtig war. Es läßt diese Mitteilung im Aus-
schuß aber darauf schließen, daß der Umfang der eben erwähnten Tätigkeit der Rote Kreuz-Schwester kein allzu großer sein dürfte, und ich möchte deshalb den Wunsch, der im Ausschuß von ver-
schiedenen Seiten verlautbart wurde, unterstrei-
chen, daß wir städtischerseits Wert darauf le-
gen, daß diese Tätigkeit der Rote Kreuz-Schwe-
stern mehr gepflegt werden möchte, denn auf die-
sem Gebiete ist die Not und das Bedürfnis am
größten. Die Art und Weise, wie von seiten des
Marienstifts diesem Mangel entgegengewirkt wird,

ist

~~92~~

ist doch nicht für alle Kreise die entsprechende,

Sehr interessiert hat mich auch, was die Frau Berichterstatterin über die Sätze ausgeführt hat, die die Rote Kreuz-Schwester tatsächlich bekommen. Nach dem Exempel, das die Frau Berichterstatterin aufgemacht hat, werden für die Schwester~~n~~ etwa 7000 M als Aufwand vom Mutterhause gerechnet, und dabei wird die freie Station mit 3450 M bewertet. Ich wollte gerade an der Stelle einsetzen. Wenn wir die Schwester als nicht im Mutterhause arbeitend annehmen, dann bekommt sie die freie Station nicht von diesem Mutterhause, sondern in unserem Städtischen Krankenhause, und wenn wir dann das Exempel weiter durchführen, dann müßten wir von den errechneten Bezügen der Schwester doch die freie Station abziehen, um unsern Barzuschuß richtig zu werten, oder umgekehrt zu unserm Barzuschuß

hinzuzusetzen

- 7 -

hinzuzählen, um die errechnete Summe mit den 7000 Mark zu vergleichen. Nehmen wir den mittleren Satz an, dann käme das dem vom Mutterhause geleisteten/gleich. Es sind dabei ja Schätzungen unterlaufen, und es ist möglich, bald so und bald so die Dinge zu werten, so daß es auf Heller und Pfennig nicht ankommt. Es wird von mir auch zugegeben, daß ein gewisser Beitrag zu den Generalunkosten des Mutterhauses geleistet werden muß - ich habe das im Ausschuß den Meisterlohn genannt -, es darf das nur nicht so weit gehen, daß die Schwestern vollkommen zum Nutzen des Hauses arbeiten und selber nicht auskommen aus noch ein wissen. Es scheint ja nach den Angaben der Frau Berichterstatterin, die ich durchaus nicht kritisieren will, daß es in der Beziehung gegenüber der Vergangenheit wesentlich besser geworden ist, und so will ich Bedenken gegen die Vorschläge des Rates nicht geltend

~~111~~

geltend machen. Nur möchte ich bitten, daß diese Stundenpflege mehr ausgedehnt werden möchte. Wenn das Defizit auf die Weise, wie die Frau Berichterstatterin berichtet hat, zustande gekommen ist, so ist das für die Verwaltung des Roten Kreuzes nicht gerade ein gutes Zeugnis. Wenn die Verwaltung sieht, daß das von ihren Schwestern zu Leistende von einer Stelle nicht voll beglichen wird, so mußte sie sich zeitiger rühren, die Teuerung und die höheren Ausgaben hätte die Verwaltung doch früher sehen und beachten können. Es spricht das Verhalten der Verwaltung des Roten Kreuzes nicht gerade für ihre Übersicht über das, was der Anstalt nottut.

Morgens
19/9
H. Hutter

Stadt v. Dr. S c h u l t z e : In der Vorlage des Rates der Stadt stehen als Sätze für die Schwestern die Zahlen von 4500, 3600 und 1200 M., und dadurch ist im Publikum der Eindruck erweckt, daß die Schwestern tatsächlich das hier Aufgeführte bekommen. Ich weiß, daß Kranke zu den Schwestern mit dieser Mitteilung gekommen sind, und deshalb möchte ich hier in der Öffentlichkeit richtig stellen, daß dieses nur die Summen sind, die wir seitens der Stadt an das Mutterhaus zahlen, daß wir aber keinen Einfluß darauf haben, was den Schwestern gezahlt werden soll. Die Schwestern leiden tatsächlich Not. Eine Schwester, die 10 Jahre tätig ist, bekommt im Vierteljahre bar bezahlt 262 M., das sind im Monat 87,-M. Daneben erhält sie freie Kleidung, doch gehört dazu nur die Oberkleidung, aber keine Wäsche, Strümpfe, Stiefel. Sie können sich denken, daß eine Schwester

ster

Wie auch in
Presse Nr.
ausgegeben ist

Wie zu der
Heilserhöhung
Mittheilung
sich,

ster, die neben freier Station nur diese 87 M erhält, mit ihrem Bargeld nicht weit kommen kann. Da auch die Kleinigkeiten, die zum Leben gebraucht werden, heutzutage viel ^h Kosten, so sind die Schwestern in großer Not, und deshalb möchte ich im Interesse der Schwesternschaft, die Bedeutendes geleistet hat, anregen, zu erwägen, ob es nicht möglich ist, daß wir bei Zahlung dieser höheren Sätze an das Mutterhaus herantreten und sagen: Nun gib aber auch den Schwestern einen höheren Barzuschuß. Ich halte einen solchen für nötig, sonst gehen die Schwestern ^{dem} im Mutterhause verloren, und es wäre durchaus nicht in un~~z~~erm Interesse, wenn ein Mangel an Schwestern eintreten sollte.

Nun steht in der Vorlage, daß für die im Städtischen Krankenhause tätige~~n~~ Oberschwester 4500 M und für die ordentlichen Schwestern 3600 M an das Rote Kreuz gezahlt werden sollen. Dabei

ist

- 743 -

ist mir aufgefallen, daß die Oberschwester vom ^{Mutterhause} ~~Kranken~~hause zum Roten Kreuz keine höheren Bezüge bekommt, und deshalb sehe ich nicht ein, warum wir dem Mutterhause für die Oberschwester einen höheren Betrag zahlen sollen. Ich würde es aber gerechtfertigt finden, daß die Oberschwester, die einen verantwortungsvolleren Posten hat, vom Mutterhause höher bezahlt wird. Die einzelnen Mutterhäuser stellen ihre Schwestern verschieden aus, und es scheint so, als ob unsere Schwestern in Braunschweig besonders schlecht gestellt sind. Man könnte nach diesen meinen Ausführungen annehmen, ich wollte einen Antrag stellen, daß die Bezüge noch erhöht werden, aber das halte ich nicht für richtig. Augenblicklich stellt das Rote Kreuz keine höheren Ansprüche an die Stadt, aber in kurzer Zeit wird es, wie ich denke, wohl wiederkommen, und dann würde ich es für richtig halten, daß das Rote Kreuz

~~107~~

soviel verlangt, daß es seine Schwestern besser bezahlen kann, denn mit 87 M im Monat können sie nicht auskommen. Ich möchte in aller Öffentlichkeit feststellen, daß das zu wenig ist.


-104a-

Stadt v. S t e i n e r t : Für uns lag vor allen Dingen die Frage vor, ob das Schwesternhaus vom Roten Kreuz gewillt ist, sich in Zukunft den verschiedenen Verhältnissen anzupassen. Bekanntlich ist das Rote Kreuz und die ihm unterstehenden Mutterhäuser auf den Krieg zugeschnitten, ^{sie} sind dem Kriege angepaßt und bilden Kräfte für den Krieg heran. Jetzt ist das Rote Kreuz dazu gekommen, seinen Namen zu ändern, aber das System ist das gleich geblieben. Darum ist es die Hauptsache für uns, ob das Rote Kreuz Schwestern ausbilden will in einer Weise, die den Friedensverhältnissen Rechnung tragen. Wir wissen, daß den heutigen Verhältnissen nach noch viel zu wenig Pflegepersonal ausgebildet wird, nicht allein Pflegepersonal für die Krankenhäuser, sondern auch für die Haus-Krankenpflege. Es gibt viele Familien, die nicht in der Lage sind, die kranke Frau nach dem Krankenhause zu schicken,

daß

daß sie froh sind, wenn sie sie zu Hause behalten und dort pflegen können und dadurch unnötige Unkosten ersparen. Wenn die Frau krank darnieder liegt, bleiben die Kinder unversorgt und der Haushalt geht immer mehr zugrunde. Da wäre es angebracht, Rote Kreuz-Schwestern heranzuziehen, damit sie die Hauskrankenpflege übernehmen. Unter den jetzigen Verhältnissen ist das nicht möglich, das System muß geändert werden. Die Schwestern vom Roten Kreuz haben vom Haushalt keine Ahnung, und in den Haushalt, wo die Hausfrau erkrankt ist, muß eine erfahrene Frau hineingeschickt werden, die dem Haushalte vorstehen kann. Wenn nun die Frau Bericht-
 statterin gesagt hat, daß die Rote Kreuz-Schwester teilweise auch die Hauskrankenpflege mit übernehmen, so mag das zutreffen, aber es geschieht nur in verschwindendem Maße, so daß es gar nicht der Rede wert ist. Diese Art der Pfl-

ge



ge müßte mehr ausgebaut werden, damit das
Schwesternhaus das leisten kann, was wir in
Friedenszeiten von einer derartigen Korporation
verlangen können.

107.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Zu der Anregung des Herrn Stadtverordneten Dr. Schultze möchte ich bemerken, daß die Verbesserung der Bezüge der Schwestern nicht unsere Sache ist, daß mir aber bekannt ist, wie es seit Jahren die Sorge der Oberin gewesen ist, die Schwestern besserzustellen. Gerade dieser Antrag des Schwesternhauses ist mit veranlaßt durch die geringe Besoldung der Schwestern. Die Oberin hat mir gegenüber verschiedentlich darüber geklagt, daß der heutige Wechsel in dem Personal zurückzuführen sei auf die mangelhafte Besoldung. Ich hoffe also, daß dem Wunsche des Herrn Stadtverordneten Dr. Schultze entsprochen wird, wenn die Versammlung die in der Vorlage ausgesprochenen Anträge genehmigt.

Stadt v. Frau G ö t z e : Ich wollte dasselbe sagen, was der Herr Oberbürgermeister eben vorgetragen hat. Auch mir hat die Oberin gesagt, daß es ihr dringend am Herzen liegt, die Schwestern besser zu besolden, und wenn Sie der heutigen Vorlage zustimmen, wird das Mutterhaus auch mehr Mittel zur Verfügung haben. Das Rote Kreuz ist auch bereit, mehr Schwestern in die Stadt zu schicken. Es ist nicht gerechtfertigt, wenn Herr Steinert sagt, die Schwestern hätten vom Haushalt keine Ahnung. Das ist wohl der Fall, denn sie werden im Haushalt angelernt. Ich glaube, Herr Steinert, Sie greifen noch zurück auf Ihre Erfahrungen in der Etappe. Das waren aber herangezogene Hilfskräfte. Ich will nicht wünschen, daß Sie im Hause wegen Krankheit Hilfe nötig haben, aber wenn es doch der Fall sein sollte oder in Ihrem Bekannten-Kreise~~n~~ der Fall eintreten sollte, dann kann ich Ihnen nur empfehlen, auf die Hilfe des

-1709-

des Roten Kreuzes zu rechnen und zurückzugreifen
auf das Versprechen, ⁶daß die Oberin gegeben hat,
nämlich auch in die Stadt ihre Kräfte aus dem
Roten Kreuz zu schicken; dann können Sie aufs
neue Erfahrungen sammeln.

7110-

Stadt. Frau S c h u l z e : Ich bin der Ansicht, daß die Schwestern vom Roten Kreuz mehr als bisher in die Privathaushaltungen hineingehen müssen, und wenn sie auch noch so ärmlich sind. Die Schwestern werden für ihren Beruf geprüft und in diese Prüfungen kann auch eine solche mit eingeschaltet werden, ob sie etwas vom Haushalt verstehen. Damit könnte das Mißtrauen gegen diese Schwestern behoben werden. Dadurch, daß die Schwestern in die Haushaltungen hineingehen, wird insbesondere bei der Arbeiterschaft ein gewisses Vertrauen begründet. Es wird bisher immer gemeint, daß die Schwestern im Haushalt nichts anfassen wollen. Dagegen kann ich sagen, daß mir aus der Säuglingspflege bekannt ist, daß sie sich vor keiner Arbeit scheuen. Es liegt hier mit an den Schwestern selbst, ob sie sich das Vertrauen der Einwohnerschaft erwerben. er von der ...

Ripwig Dr. Allert
19/9.

111-

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Daß so we-
/ nige von den Rote Kreuz-Schwestern nach auswärts
ic Fami- gehen, liegt zum größten Teil daran, daß überhau-
lieu
ein Mangel an Schwestern vorhanden ist. Dann
aber möchte ich doch auch hervorheben, daß die
Schwestern in der Hauswirtschaftlichen ^{und} Küche
wenig geübt sind, und ich glaube, daß in der
Beziehung noch sehr viel in der Ausbildung der
Schwestern zu tun ist. Im übrigen möchte ich
bestätigen, was schon von anderer Seite gesagt
ist. Auch wenn jetzt die städtischen Beträge
erhöht werden, so glaube ich doch nicht, daß
für die Schwestern sehr viel dabei herausprin-
gen wird. 3600 M soll jetzt für eine Schwester
im Städtischen Krankenhause bezahlt werden, und
davon muß mindestens ein Oberkleid für die Rote
Kreuz-Schwester beschafft werden, außerdem sind
die Versicherungsbeiträge erhöht, so daß ^(den Barbetrag) für die
der Schwester von der Erhöhung nicht viel übrig blei-
ben wird.

~~14~~

Stadt v. L e h n e r t : Die Hauptsache, worauf ich das Augenmerk der geehrten Versammlung richten möchte, ist bei dieser ganzen Sache das, was schon von Herrn Steinert gesagt worden ist und was von Herrn Dr. Schultze unterstrichen worden ist. Leider ist ein großer Teil der Schwestern aus Kreisen hervorgegangen, wo sie zu häuslichen Arbeiten nicht herangezogen werden, weil sie dort Leute halten, die solche Arbeiten verrichten. Wenn ein Mangel an Schwestern vorhanden ist, so leitet sich das daher ab, daß eine zu geringe Bezahlung gegeben wird, was wahrhaftig sozusagen ein Anreiz dazu sein könnte, was Herr Steinert in dem Etappen-Leben durchgemacht hat. Ich stimme mit Herrn Dr. Schultze darin überein, daß diese Bewilligung wahrscheinlich nicht die letzte ist, die wir für das Rote Kreuz vornehmen müssen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß diese Herrschaften, wenn sie

sich

~~HB~~ -

sich zu Schwestern hergeben, auch wirkliche Schwestern sein müssen und nicht glauben, als Uniformträgerinnen zu häuslichen Arbeiten zu schade zu sein. Weiter muß die Stadtverwaltung mit dazu beitragen, daß die Schwestern eine menschenwürdige Entlohnung bekommen, damit sie davon bewahrt werden, auf Abwege zu kommen.

414-

Frau Stadtverordnete G ö t z e verzichtet auf das Schlußwort als Berichterstatterin.

Die Anträge des Rates werden von der Versammlung angenommen.

18. Ersatzwahl eines Mitgliedes des
Kriegshilfskassen-Ausschusses.

Stadt v. G r ä f : Herr Steinbrecher, der früher Stadtverordneter war, hat ein Schreiben an den Rat gerichtet, in dem er bittet, da es ihm unmöglich sei, die für seine Tätigkeit in dem Kriegshilfskassen-Ausschuß nötige Zeit zu erübrigen, an seine Stelle einen anderen Herrn in den Ausschuß zu wählen. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und schlägt Ihnen den früheren Stadtverordneten Bunge zur Wahl vor.

H. Gräf

4/6 -

*Der frühere Stadtverordnete Bunge wird
von der Versammlung gewählt.*

~~117~~

19. Beteiligung der Stadt an der
Kulturfilmbühne G.m.b.H.

Stadt v. S t e g m a n n : Es dürfte den Herrschaften erinnerlich sein, daß im letzten Frühjahr eine Auswahl von kinematographischen Bildern vorgeführt wurde, um das Interesse für die Vorführung von Kulturfilmen zu wecken. Der Ausschuß für Volksbildung, der diese Sache in die Hand genommen hat, hat sich an eine Anzahl auswärtige Orte gewandt, wo derartige Kulturfilmbühnen bestehen - Hannover, Lübeck, München, Berlin-Lichtenberg und Friedenau, Königsberg -, um sich zu erkundigen, welches die Bedingungen für die Lebensmöglichkeit dieser Kulturfilmbühnen sind, wie der Besuch gewesen ist, wie die Finanzierung geschehen ist und dergleichen. Zu gleicher Zeit hat sich der Ausschuß an verschiedene Filmfabriken um Auskunft

kun ft

kunft gewandt, und überall hat man sich nur lobend über diese Kulturfilme ausgesprochen. Es wird nun beabsichtigt, daß auch Braunschweig auf diesem Wege vorgeht. Nach langen Verhandlungen zwischen den Behörden und dem Ausschuß für Volksbildung, ist man daran gegangen, die Gründung einer Kulturfilmbühne vorzunehmen - eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist's geworden - und das frühere Edison Theater zu einem Preise von 9600 M für ein Jahr zu mieten. Die Finanzierung der Gesellschaft ist so gedacht, daß der Bankier Gutkind 4000 M hergibt, die Firma Dentler ebenfalls 4000 M, der Ausschuß für Volksbildung 2000 M, und dazu soll die Stadt Braunschweig 5000 M und der Staats ebenfalls 5000 M hergeben. Mit dieser Summe glaubt man die Finanzierung zuwege bringen zu können. Nach dem Voranschlage, den der Ausschuß für Volksbildung nach den Mitteilungen aus anderen

Städten

Städten aufgestellt haben⁴, beträgt die Einnahme und Ausgabe für das erste Jahr rund 16000 M. Aus Vorstellungen für Vereine und Vermietungen des Lokals glaubt man einige 80 000 M herauszuholen. Es fehlen dem Verein für den Betrieb im ersten Jahre rund 24 000 M, und deshalb wünscht er, daß die Stadt die Hälfte dieses fehlenden Betrages leistet und der Staat ebenfalls 12000 M. Für diese 12 000 M sollen die Vorführungen auf der Kulturfilmbühne für sämtliche Schüler der Stadt, soweit sie dafür in Betracht kommen können, unentgeltlich stattfinden. Die Leiter der Schulen sind über diesen Plan gehört und haben sich einhellig dafür ~~ausgesprochen~~ ausgesprochen, daß die Kulturfilmbühne zu unterstützen ~~sei~~ und ihre Vorführungen als Unterrichtsfach aufzunehmen. Die Teilnahme der Schuljugend ist so gedacht, daß aus den Bürgerschulen die 1. und 2. Klassen hingeführt werden, aus den höheren Schulen

len

len sämtliche Klassen von Tertia aufwärts und sämtliche Schüler der Fortbildungsschulen.

Der Rat der Stadt hat die Beteiligung der Stadt an dieser Einrichtung beraten und ist, nachdem die Schulleiter sich dafür erklärt haben, nunmehr an die Stadtverordneten herangetreten mit dem Ersuchen, zuzustimmen, daß die Stadt

- 1) sich an der Kulturfilmbühne mit 5000 M beteiligt, und
- 2) für die Schulvorführungen einen Jahreszuschuß von 12 000 M bewilligt unter der Bedingung, daß sich der Staat in gleichen ~~U~~mfange an dem Unternehmen beteiligt.

Der Finanzausschuß schließt sich dem Antrage des Rates an und ersucht die Versammlung, ihm zuzustimmen. Allerdings ist im Finanzausschuß bemängelt worden, daß das gewählte Lokal durchaus ungeeignet sei. Ich selbst kenne es nicht;

nicht; es soll ein dunkles Lokal sein, und vor Einrichtung der Vorführungen müßte~~n~~ erst eine bessere Ventilation geschaffen werden. Es wurde dem aber entgegengehalten, daß in dem Falle, daß ein besseres Lokal gewählt werde, der Mietpreis ein höherer werden würde und dann das ganze Unternehmen nicht zustande kommen würde. Man will sich also mit diesem Lokal, das ungefähr 400 Personen faßt, behelfen. Der Finanzausschuß glaubt, man solle sich über/die vorgetragenen Bedenken hinwegsetzen, und bittet, dem Antrage auf Beteiligung der Stadt zuzustimmen.

Stadt v. Dr. J a s p e r : Man mag den Bestrebungen nach Schaffung der Kulturfilmbühne recht sympathisch gegenüberstehen und wird doch dieser Gründung mit einigen Bedenken und Zweifeln entgentreten. Die Beteiligung des Privatkapitals an dieser Gründung ist für uns Sozialisten nicht etwas Verlockendes. Wenn nur ein Betrag von 20 000 M aufgewandt werden muß, so ist es auffällig, daß man in der heutigen Zeit dazu noch 8 000 M an privaten Kapitalien nötig hat. Wer sind denn diese Privaten: Der eine ist eine Filmfirma, also eine Firma, die Filme erzeugt und hieraus ihren kapitalistischen Profit zieht. Die Erzeugnisse der Firma sind keine besonders kulturfördernde, im allgemeinen bewegen sie sich auf dem Niveau, wie die sonstigen Filme, die nicht von den Lehrern gepriesen werden. Noch mehr ist uns aufgefallen, daß das Wesentliche, was gerade bei den Vorführungen die-
ser

ser Ufa oder wie diese Gesellschaft heißt, die für diese Sache eintritt, bei der hiesigen Einrichtung nicht beliebt wird, nämlich der sogenannte Stillstand-Apparat, der bei Vorführungen für Lehrzwecke nach den mir gewordenen Darlegungen unerläßlich sein soll. Es haben vielleicht einige der Damen und Herren den Vorträgen und Vorführungen mit beigewohnt, bei deren Herr Dr. Sternthal als Vortragender gewirkt hat, und bei denen der Film abrollte, während der Redner über etwas anderes sprach und so der Nutzen der Vorführung vollkommen vereitelt wurde. Es ist mir einleuchtend, daß für Lehrzwecke es unerläßlich ist, an bestimmten Stellen den Apparat nicht weiterrollen zu lassen, sondern ihn zum Stillstand zu bringen und das Geschehnis langsam vollziehen zu lassen. Eine Einrichtung dafür ist nicht vorgesehen und so werden die Schüler den Flimmerkasten sich

ab-

44 -

abrollen sehen, wie sie es mit Mutter oder Vaters Groschen ohnehin schon genug sehen. Ich befürchte, daß wegen dieses Fehlens der Nutzen, den die Lehrermwelt von der Einrichtung der hiesigen Kulturfilmbühne erhofft, in gewissem Umfange in Frage gestellt wird. Es wird zum mindesten in Kürze dahin kommen, daß man sagt: So geht es nicht, ihr habt A gesagt, nun gebt auch die Mittel her, um diesem gemeinnützigen Unternehmen den Stillstand- und Verlangsamungsapparat anschaffen zu können, dessen Preis angeblich 25 000 M beträgt - andere sagen noch mehr. Das wird der Fortgang der Sache sein, es handelt sich hier nur um den ersten Anfang, mit dem wir uns heute zu befassen haben, und da muß man die Gründung und deren Zusammensetzung genau ansehen

Woher die Betriebsmittel im ganzen kommen, ist mir aus den Verhandlungen im Ausschuß nicht
klar

klar geworden, und ob die Stammanteile dazu ausreichen, ist mir zweifelhaft. Besonders bedenklich hat uns der Vorschlag gestimmt, daß zur Einrichtung der Kulturfilmbühne das Edison-Theater genommen werden soll. Ich persönlich kenne das Lokal nicht, habe mir aber von meinen Freunden sagen lassen, daß es als Kino vollkommen unzureichend sei. Das wurde auch im Ausschuß in gewissem Umfange anerkannt; insbesondere soll die Ventilation unzureichend sein. Ich kenne die Räume nur aus der Zeit her, als sie zu Wirtschaftsräumen und zum Tanzen dienten, und muß sagen, daß sie als ideale Räume, um Schulfilme vorzuführen, wohl kaum bezeichnet werden können. Es wurde in der Ausschußberatung erwähnt, daß die Einrichtung augenblicklich geschlossen sei, wir konnten aber nicht feststellen, ob das aus polizeilichen Sicherheitsgründen oder weshalb

sonst

sonst geschehen ist. Es gehört dieses Lokal zu den Kinos, die nicht sehr glänzend gehen, und die Erwartung dieses Kinos in öffentliche Hände gebracht zu sehen, ist vielleicht das Geschäft, daß der beteiligte Grundstückskapitalist oder sonst wer damit machen will. Daß diese Räume genommen werden sollen, ist um so auffälliger, als wir eine Gründung hier in der Stadt haben, die halb und halb in öffentlichen Händen ruhen soll, die sogenannte Schauburg, die in einem staatlichen Grundstücke untergebracht ist und bei deren Gründung amtlich mitgeteilt wurde, daß von seiten der Verwaltung dieses Unternehmen zugesichert sei, daß nur kulturfördernde Filme gebracht werden würden, nur deshalb würden diese staatlichen Räume dem Privatunternehmen zur Verfügung gestellt. Ich habe mir sagen lassen, daß dieses Versprechen, wenn es gegeben sei, in Wirklichkeit nicht so genau innegehalten würde;

-127-

was dort geleistet würde, gehe über den Standpunkt der sonstigen Filme nach der guten Seite nicht hinaus. Man braucht ja auch nur die draußen angebrachten Bilder zu sehen, so weiß man schon: es muß schauderbar sein, was gezeigt wird. Wir haben eine staatlich eingerichtete Schauburg und nun fängt der Staat an, sich an einer neuen Kulturfilmbühne zu interessieren?! Wenn er Einfluß hat auf die Schauburg, dann ist es das Nächstliegende, ihn dort auszuüben, statt ein neues Institut in unzureichenden Räumen mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Kosten werden auch dadurch noch entstehen, daß wir den Raum anständig ausgestalten müssen. Es erscheint doch angebracht, daß man die Frage prüft: Ist die halb staatliche Einrichtung als Kulturfilmbühne so völlig ungeeignet, oder können wir dort nicht das Angekündigte besser und billiger

billiger erreichen? Solange das Edison Theater
uns zur Bedingung gemacht wird, können meine
Freunde der Sache nicht zustimmen.

Stadtv. Frau G ö t z e : Auch ich muß
meinen Bedenken, die ich schon in der Finanz-
kommission geäußert habe, hier nochmals Ausdruck
geben. Wort für Wort unterschreibe ich das, was
Herr Dr. Jasper über das Lokal gesagt hat. Ich
war ein Mal dort, aber die Luft war so schlecht,
daß ich nie wieder hingegangen bin. Nach einem
solchen Lokal soll man Kinder zwangsweise oder
obligatorisch hinschicken? Ich möchte fragen,
ob der Vertrag schon festliegt, sonst möchte
ich die Bedingung stellen, daß ein anderes
Lokal ausgesucht wird. Es wird immer gesagt,
für die Kinder sei das Beste gut genug, und jetzt
sollen sie in dieses furchtbare Lokal mit der
schlechten Luft geführt werden? Es ist geradezu
eine ~~Reinheit~~, anders kann man es nicht bezeich-
nen. *Lach*

Stadtv. J a h n s : Nachdem der Herr
Berichterstatter seitens der Kommission die
Unterstützung dieser Einrichtung empfohlen hatte,
gedachte ich, dem Antrage des Rates zuzustimmen,
aber nach den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper
werde ich doch etwas bedenklich, obgleich ich
ganz uneingeweiht der Sache gegenüberstehe.
Die Ausführungen in der heutigen Sitzung haben
uns die Augen geöffnet, so daß wir etwas weiter
in die Materie hineinsehen. In Anbetracht der
schweren Bedenken, die heute gegen die uns unter-
breiteten Vorschläge vorgebracht sind, bitte
ich, die weitere Beratung der Sache abzusetzen,
damit weitere Informationen eingeholt werden
können. Für bedenklich würde ich es halten, wenn
heute die Anträge gleich abgelehnt würden, es
wird aber das richtige sein, die Entscheidung zu
verschieben, damit wir die Sache besser übersehen
können.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich möchte mich der Anregung des Herrn Jahns
umsomehr anschließen, als Herr Stadtrat Schaper,
der die Sache bearbeitet hat, noch nicht wieder
hier ist. Ich glaube kaum, daß einer von uns
~~anderen Ratsmitgliedern~~ so genau über die Sache
Bescheid weiß wie der Dezernent. Ich empfehle
also auch, die Beschlußfassung heute auszuset-
zen.

-132-

V o r s i t z e n d e r : Wenn die Versammlung damit einverstanden ist, daß die Beschlußfassung ausgesetzt wird, erübrigt es sich, heute die übrigen Redner zu hören. Wer ist für Aussetzung? - Das ist die Mehrheit.

(Punkt 19).

20. Instandsetzung des Städtischen
Hauses Leopoldstraße 10.

Stadtv. P i e p e r : Das Städtische Haus Leopoldstraße 10 war dermaßen baufällig, daß eine Instandsetzung ohne weiteres notwendig war. Die Arbeiten dafür sind schon in Angriff genommen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Rates entsprechend, die 4800 M für die durchaus notwendigen Arbeiten zu bewilligen.

Die angeforderten Mittel werden bewilligt.

(Punkt 20).

21. Aufnahme eines Rechtsstreits

(Schneiders Erben).

Stadtv. Dr. Röpke: Meine Damen und Herren!

Es handelt sich in diesem Rechtsstreit um den Erlös für ein abgerissenes Gewächshaus, das zum Teil auf dem Gelände gestanden hat, das der Eisenbahnfiskus im Zwangsenteignungsverfahren von Schneiders Erben erworben hat, zum Teil aber auf dem Gelände, das die Stadt gekauft hat. Der Eisenbahnfiskus hat behauptet, er sei berechtigt das ganze Gebäude zu verwerten, auch insoweit es auf städtischem Gelände gestanden hat, hat dann aber seinen Anspruch an ^{an die Erben} ~~die Erben~~ ^{des Rentner} Schneider abgetreten. Dieser behaupten nun, der Stadt sei, als sie das Gelände erworben habe, bekannt gewesen, daß das Gewächshaus vom Eisenbahnfiskus mit erworben sei. Der Vertreter der Stadt ^{hat} ~~habe~~ dagegen erklärt, das

sei

sei nicht der Fall gewesen, und es wird nun von
(die Auslieferung des Erlöses
der Stadt) ~~der Erlös~~ aus dem Abbruch des Gewächshaus-
hauses im Betrage von 9555,20 M ^{verweigert} beansprucht.

Daraufhin haben ^{4. März} ~~haben~~ Schneiders ~~Erben~~ Klage erhoben.

Der Prozeß scheint nach dieser Sachlage für die
Stadt aussichtsvoll zu sein, er wird von ihr
kaum verloren werden können. Der Rechtsausschuß
hat beschlossen, ^{Information für} ~~der~~ Aufnahme des Rechtsstreites
zuzustimmen. ~~angefallen.~~

*Die Versammlung erklärt sich mit der
Aufnahme des Rechtsstreites einverstanden.*

22. Instandsetzung des Daches einer
Wohnbaracke auf dem Großen Exer-
zierplatze.

Stadtv. E f f n e r : Das Dach der Wohnbaracke auf dem Großen Exerzierplatze (Salzdahlumerstraße 49) war derartig schadhaft geworden, daß es eine unbedingte Notwendigkeit war, es mit einer neuen Lage Dachpappe zu versehen, und der Rat der Stadt ersucht jetzt darum, die für Instandsetzung des Daches erforderlich gewordenen Mittel in Höhe von 12689,40 M nachträglich zu bewilligen. Es handelte sich gewissermaßen um eine Notstandsarbeit, die sofort ausgeführt werden mußte. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt und bittet Sie durch mich, dem Antrage des Rates stattzugeben.

*Die Mittel für Ausbesserung des Daches
werden nachverwilligt.*

(Punkt 22).

23. Legung eines Wasserhauptrohrs in der
Siedlung Altpetritor.

Stadtv. T o s t m a n n : Die Braunschweigische Siedlungsgesellschaft hat den Antrag gestellt, daß in den Straßen Lerchenfeld und Vogelsang ihre Häuser an die städtische Wasserleitung angeschlossen werden möchten. Bevor das geschehen kann, muß ein Hauptrohr gelegt werden, und zwar ein solches in der Straße Lerchenfeld von 16 m Länge und in der Straße Vogelsang von 72 m Länge. Die Kosten hierfür betragen 10 300 M und sollen - so beantragt der Rat - bewilligt werden aus dem Reservefonds der Städtischen Wasserwerke. Nach den Vereinbarungen, die mit der Siedlungsgesellschaft getroffen worden sind, muß die Legung des Hauptwasserrohrs für diese Straßenzüge auf Kosten der Stadt ausgeführt werden. Der Bauausschuß
hat

hat sich mit dieser Frage befaßt und hat der Ausführung der Arbeiten zugestimmt. Es ist ja auch selbstverständlich, daß den Leuten, die in jene Häuser ziehen, die Möglichkeit gegeben wird, von der Stadt Leitungswasser zu beziehen. Ich bitte also, dem Ratsantrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Ratsantrage zu.

(Punkt 23).

24. Instandsetzung der Dampfkesselanlage
im Städtischen Schlächthause.

Stadtv. N e s s e n i u s : Bei der Revision der Dampfkessel im Städtischen Schlächthause durch den Dampfkesselüberwachungsverein hat sich herausgestellt, daß von den 3 Kesseln zwei derartig defekt sind, daß die Erneuerung einiger inneren Teile durchaus notwendig ist, und zwar muß das bis Ausgang dieses Jahres geschehen, da sonst die Benutzung der Kessel nicht weiter gestattet werden kann. Es sind nun mehrere Anschläge durch das Städtischen Betriebsamt eingeholt, und von diesen ist der billigste - wenn auch der Unterschied im Preise nicht nennenswert ist - der der Firma David Schroll in Lehn- dorf, die früher schon Arbeiten im Schlächthause zur Zufriedenheit der Verwaltung ausgeführt hat.

Es

Es wird empfohlen, auch diesmal die notwendigen Arbeiten von der genannten Firma ausführen zu lassen. Es handelt sich um eine Summe von 68000M, die für die Instandsetzung der Dampfkesselanlage bewilligt werden muß. Der Bauausschuß empfiehlt Zustimmung zu dem Ratsantrage.

Die angeforderte Summe für Instandsetzung
der beiden Dampfkessel wird bewilligt.

25. Ersatzwahl von Mitgliedern der Kommission
zur Vertilgung des Franzosenkrautes.

Stadtv. Frau S c h u l z e : Seit dem 3. Oktober 1879 besteht ein Statut, wonach jede Feldmarksgemeinde die Verpflichtung hat, eine Kommission von 3 Mitgliedern zu wählen, die die Vertilgung des Franzosenkrautes, der Seidenpflanze und die Bekämpfung der Spargel-Schädlinge zu überwachen hat. Die letzte Wahl ist im Frühjahr 1920 vorgenommen, und es sind für die Feldmarksgemeinde Hagen die Herren Ohm, Scholkemeyer und Saue gewählt worden. Die Herren Ohm und Scholkemeyer müssen aus der Kommission leider ausscheiden; Herr Scholkemeyer ist aus Braunschweig fortgezogen und Herr Ohm ist krank geworden. Nun schlägt die Feldmarksgemeinde Hagen vor, Herrn Saue als Vorsitzenden der Kommission zu bestellen und die Herren E.H. Meyer, Hamburger-
straße

straße 19a und Hermann Hampe, Hagenring 24 neu zu wählen. In dem Statute ist festgelegt, daß die Wahl von der Stadtverordnetenversammlung vorzunehmen ist. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt Ihnen die Wahl der beiden vorgeschlagenen Herren.

**Die Stadtverordnetenversammlung stimmt
der Wahl der genannten Herren zu.**

(Punkt 25).

26. Auswechsellung des Gashauptrohrs in
der Kastanienallee.

Stadtv. T o s t m a n n : In der Kastanien-
allee ist seinerzeit ein Gashauptrohr von 80 mm
^{Lichter}~~Licht~~weite gelegt worden. Nachdem unlängst
nach dem Grundstück der Firma Grimme, Nathalis
und Co. ein Rohr mit weiterem Durchmesser gelegt
worden ist, weil diese Firma sehr viel Gas ver-
braucht, hat sich herausgestellt, daß durch das
80 mm weite Gasrohr in den dort liegenden Pri-
vathäusern nicht der nötige Druck erzeugt werden
kann, so daß die Bewohner dieser Häuser in der
Gasversorgung stark beeinträchtigt werden. Die
Deputation für die Gaswerke hat deshalb beschlos-
sen, das in der Kastanienallee liegende Rohr
durch ein solches von 150 mm ^{Lichter}~~Licht~~weite auswech-
seln zu lassen. Der Rat der Stadt empfiehlt die-
se Auswechsellung des Gashauptrohrs und gibt an-
heim,

heim, die Kosten mit 25 500 M zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke zu bewilligen. Der Bauausschuß hat dem Antrage des Rates zugestimmt und ersucht Sie, gleichfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung und bewilligt die Kosten.

(Punkt 26).

27. Abänderung des Entwurfs einer Satzung
gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze.

Stadtv. R a s c h e : Meine geehrten
 Damen und Herren ! Der Entwurf einer Satzung
 gegen die Verunstaltung der Straßen und Plätze
~~unserer~~ ~~hieriger~~ Stadt ist seinerzeit in allen Punkten
 von der Stadtverordnetenversammlung ~~angenommen~~ ^{genehmigt},
 nur wurde zu § 5 ein Antrag angenommen, nach
 welchem die Zusammensetzung des Sachverständi-
 genausschusses anders als im Entwurf vorge-
 sehen vorgenommen werden sollte. Der Rat hat
 sich dem Antrage angeschlossen und dem Mini-
 sterium das Statut zur Genehmigung eingereicht.
 Jetzt ist der Entwurf mit dem Bemerken zurück-
 gekommen, daß das Ministerium wünscht, den
 § 5 in seiner ursprünglichen Fassung aufrecht
 zu erhalten. Darnach soll der Sachverständi-
 genausschuß ~~zusammengesetzt~~ ^{zusammengesetzt} werden aus

einem

einem Ratsmitgliede,

2 Stadtverordneten,

einem Vorstande eines der städtischen Bauämter,

einem Mitgliede eines Staatsbauamts,

” ” des Lehrkörpers der Architektur-
abteilung der Technischen Hochschule,

” Vertreter des Ausschusses für Denkmals-
pflege,

” Mitglied des Lehrkörpers der Handwerker-
und Kunstgewerbeschule,

” hiesigen Privatarchitekten, gewählt vom
Architekten- und Ingenieurverein für das
Land Braunschweig.

Herr Dr. Jasper hatte bei der Beratung des
Gesetzentwurfs den Antrag gestellt, den
Paragraphen dahin abzuändern, daß der Ausschuß
sich zusammensetzen sollte aus

einem Ratsmitgliede,

dem Vorstand eines der städtischen Bauämter

und

und 7 Einwohnern, unter denen zwei Stadtverordnete sein sollen.

Es ist Herrn Dr. Jasper darin recht zu geben, daß bei der ursprünglichen Fassung der Fall eintreten kann, daß die eine oder andere Körperschaft, die das Mitglied bestellen soll, nicht mehr besteht, daß dann also diese Bestimmung des Statuts in der Luft schwebt. Deshalb wird jetzt vom Bauausschuß vorgeschlagen, der vom Ministerium gewünschten ursprünglichen Fassung des § 5 noch einen Zusatz anzufügen, der lautet :

„Geht die eine oder andere der vorgenannten Körperschaften oder Vereine ein, so wird die Zahl der von den Stadtverordneten zu wählenden Mitglieder entsprechend erhöht.“

Ich bitte die geehrte Versammlung, dieser neuen Fassung des § 5 zustimmen zu wollen.

Die Versammlung stimmt der vom Bau-
ausschuß vorgeschlagenen Fassung des § 5 zu.

28. Beschaffung von zwei Trichinoskopen für
das städtische Schlachthaus.

Stadtv. N e s s e n i u s : Auf Antrag des Rates der Stadt ist im Februar v. J. für die Fleischbeschau im städtischen Schlachthause ein Trichinoskop angeschafft. Nachdem nun aber ~~da~~ die Zahl der Schlachtungen wesentlich zugenommen hat, hat sich die Aufstellung eines zweiten Trichinoskops notwendig gemacht. Es wäre besser gewesen, wenn man seinerzeit gleich 3 dieser Apparate beschafft hätte, dann brauchte man heute nicht mit der Forderung von neuen Verwilligungen zu kommen und zwar zu einem Preise, daß uns ein einziger Apparat so teuer zu stehen kommt, als wenn damals gleich drei angeschafft wären. Die Anschaffung des zweiten Trichinoskops ist aber heute notwendig, da die Fleischbeschau durch Mikroskope zu zeitraubend

und

und auch für die Augen und das Nervensystem zu sehr anstrengend ist. Im Bauausschuß war man sich darüber einig, daß es das richtige wäre, nicht Flickwerk zu machen, sondern gleich noch die zwei zur Aufstellung vorgesehenen Trichonoskopen zu bestellen, denn es ist von dem Lieferanten schon angekündigt, daß der Preis in nächster Zeit noch mehr steigen werde. Wir sparen also, wenn wir die beiden Apparate jetzt gleich kaufen, da das dritte später einmal doch angeschafft werden müßte. Im ganzen kommen für die Anschaffung 20 000 M in Frage. Ich ersuche Sie im Namen des Ausschusses, diesen Betrag zu bewilligen, und zwar zu Lasten der Schlachthauskasse.

*Der Anschaffung der zwei Apparate wird
zugestimmt.*

(Punkt 28).

Stadtv. S t e g m a n n (zur Geschäftsordnung):
Wir haben gesehen, daß eine Fülle von Anträgen und
Anfragen vorliegt. Einem früheren Beschluß der
Stadtverordneten entsprechend, sollen die Verhand-
lungen nicht über 8 Uhr hinaus dauern, und die
Gepflogenheit der Pressevertreter ist es, zu diesem
Zeitpunkt das Lokal zu verlassen. Da es aber wich-
tig ist, daß über die in einigen Anträgen berühr-
ten Dinge in der Presse berichtet wird, so möchte
ich empfehlen, die Dringlichkeitsanträge zuerst
zu behandeln, ^{namens-} nämlich den über die Kartoffel-
beschaffung seitens des Rates.

V o r s i t z e n d e r : Natürlich kommen
die Dringlichkeitsanträge zuerst zur Verhandlung.
Zeitlich zuerst eingereicht ist der Antrag des
Herrn Sauerbier. (Wird verlesen, s.S. 9 . .)

29. Antrag S a u e r b i e r, betreffend eine
Erhöhung des Ausgleichszuschlages und der Kinder-
zulagen für die städtischen Beamten und Lehrer.

In Verbindung damit: Antrag M a r t h, die Prü-
fung der Besoldungsordnung umgehend vorzunehmen.

Stadtv. S a u e r b i e r (zur Begründung sei-
nes Antrages - Wortlaut siehe Seite 9.): Meine
Damen und Herren! Es ist Ihnen wohl allen bekannt,
daß in den letzten Monaten eine erhebliche Teuerung
in den Preisen für die notwendigen Lebensmittel
eingetreten ist, namentlich in den letzten Wochen,
wo der Brotpreis neuerdings von 5,90 M auf 6,10 M
erhöht worden ist. Es schien so, als ob der Brot-
preis gewissermaßen den Gradmesser darstellen soll
dafür, wie die Preise für die notwendigsten Lebens-
mittel gestaltet werden sollen, denn mit der Erhö-
hung des Brotpreises stiegen rapide auch die Preise
für alle anderen notwendigen Lebensmittel, und
ebenso wie für die Eß- und Fettwaren stieg auch der
Preis für Strumpf- und Wollwaren, kurz für alle

Le-

Lebensbedürfnisse. Auch die Höchstbesteuerten können die Preissteigerung merken, aber sie fühlen sie doch nicht am eigenen Leibe, wie das bei den fest-Besoldeten und bei den Arbeitern der Fall ist. Auch das Kleingewerbe kann seine Einnahmen entsprechend erhöhen, das können aber die fest-Besoldeten und die Arbeiter nicht. Die Arbeiter wieder sind insofern geschützt, als sie sich schadlos halten, indem sie in ihre Arbeitgeber dringen: „Gebt uns mehr Lohn!“ Und ihren Forderungen ist auch schon zum Teil entsprochen. (Zuruf: Sie werden ausgesperrt!) Am 3. d. M. sind die Löhne bei den städtischen Behörden schon erhöht. Aus diesen Erwägungen ist die Reichsregierung mit den Spitzen-Organisationen im Reiche – es sind das der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Beamtenbund und die Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten) – zusammengetreten, das Reichsfinanzministerium hat mit ihnen eingehende Beratungen gepflogen und sich dahin festgelegt, daß eine Erhöhung des Ausgleichs-
zu-

zuschlages um 24% und der Kinderzulage um 50% erfolgen solle. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß gerade die Arbeitnehmer-Organisationen sich besonders ins Zeug gelegt haben, daß diese Erhöhungen kaum ausreichen, und das soll den Betreffenden von Seiten der Beamten niemals vergessen werden. Fest steht, daß das Reich sich diesen Vorschlägen angeschlossen hat, die Auszahlung an sämtliche Reichsbeamte angeordnet hat, und den hiesigen Reichsbeamten an der Post und sonstigen Reichsbeamten ist schon vor einigen Tagen gezahlt worden. Wie ich von zuverlässiger Seite erfahren habe, hat das Braunschweigische Staatsministerium angeordnet, daß die gleiche Auszahlung innerhalb der nächsten Tage auch für die Braunschweigischen Staatsbeamten vorgenommen werden soll. Man kann dazu sagen: Die glücklichen Reichs- und Staatsbeamten, sie haben die Auszahlung schon! Hoffentlich wird den städtischen Beamten nun ebenso schnell gezahlt, denn Not liegt jetzt in ungeheurem Maße vor. Gerade jetzt
sind

sind die Einkäufe für den Winter vorzunehmen und die Preise für Kleider und Schuhwerk ziehen wieder erheblich an. Mein Antrag geht dahin, diesen Betrag, der an die städtischen Beamten und Lehrer als Mehrbetrag für die Monate dieses Jahres sich ergibt, rückwirkend bis zum 1. August schon in diesem Monate noch auszusahlen, wenn es irgend möglich ist. Wenn die Zahlung im Oktober geschieht, dann haben die Preise für Kartoffeln und andere Sachen noch mehr angezogen und die Wirkung der besonderen Zahlung ist zum Teil verpufft. Ich bitte, meinem Antrage stattzugeben und die Zahlung für dieses Jahr vom 1. August an in einer Summe stattfinden zu lassen, damit es den Beamten möglich ist, aus dieser Notlage, in der sie sich befinden, mit Hilfe dieser außergewöhnlichen Summe herauszukommen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden meldet sich die Mehrheit der Versammlung für dringliche Behandlung des Antrages.

(Antrag Jannobius)

Stadtv. J a h n s : Meine Damen und Herren!
Es ist für die Beamten unangenehm, wenn sie mit
Anträgen kommen müssen, um vor dem Plenum derartige
Fragen zu behandeln, und wenn sie dann die andere
Bevölkerung sagen hören, daß so etwas zu häufig
vorkomme. Die anderen Berufsschichten können sich
eine Erhöhung ihrer Einnahmen schaffen, ohne daß
sie mit Anträgen an die Plenarsitzung herantreten.
Als weitere Begründung zu dem von dem Herrn Antrag-
steller schon angeführten möchte ich darauf hinwei-
sen, daß im Reiche und in Preußen die Revision der
Gehaltsordnung schon soweit durchgeführt ist, daß
die Beamten dort in den Genuß der Summen gekommen
sind, die ihnen ihrer Gruppe nach zustehen - im
Reiche ist das jedenfalls durchgeführt. (Wider-
spruch des Stadtv. Dr. Jasper). In Stadt und Land
Braunschweig ist man schon immer etwas langweilig
mit seinen Maßnahmen gewesen, wie ich schon früher
einmal ausgeführt habe, die braunschweigische Vor-
lage

lage über die Revision der Besoldungsordnung ist erst heute beim Landtage eingegangen, also weit später als bei anderen Landesregierungen, wo die Sache schon lange vergessen ist. Aber Braunschweig geht in solchen Sachen ja immer hinten an und die Stadt folgt erst, wenn der Staat vorangegangen ist. Ich hatte erst die Absicht, einen Antrag zu stellen, daß man die Revision der Besoldungsordnung durchführen möge. Nun ist die ja für das Land erst einmal in Aussicht genommen, und wir können uns in dieser Hinsicht bescheiden. Daß aber eine dringende Notlage der Beamtenschaft vorliegt, kann keinem verborgen geblieben sein. Durch die Revision der Besoldungsordnung ist noch manches nachzuholen, was bisher nicht zur Zahlung gekommen ist. Deshalb möchte ich dringend bitten, dem Antrage des Herrn Sauerbier zuzustimmen, damit die städtischen Beamten zum Bezuge von Kohlen und Kartoffeln gesichert sind. Wenn Sie gelesen haben, wie teuer die Kartoffeln werden sollen, so werden Sie begreifen, daß

die

die meisten der Beamten nicht in der Lage sind,
von dem geringen, was sie erhalten, auch noch die
großen Ausgaben für Kartoffeln und für Feuerung
auszugeben, und deshalb glaube ich, werden auch
Sie dem Antrage zustimmen. !

Stadt v. M a r t h: Daß wir ²⁰⁰ ~~in~~ der Stadt den
Teuerungszuschlag werden erhöhen müssen, wird wohl
unvermeidlich sein. Wir haben uns auf den Stand-
punkt gestellt, daß wir selbstverständlich folgen
müssen, wenn das Reich und der Staat mit der Auf-
besserung vorgehen; das ist eine logische Folge
~~aus dem Verhalten der anderen. Aber~~ Herr Stadt v.
Jahns beschwert sich darüber, daß Braunschweig mit
der Revision und den darnach zu zahlenden Bezügen
so spät hinterher kommt. Wenn es nach uns gegangen
wäre, dann hätte die Revision schon lange stattge-
funden, denn wir haben bereits einmal den Antrag
gestellt, in dieser Sache nicht auf das Land zu
warten, sondern selbständig in der Stadt Ordnung
zu schaffen. Aber das ist von der Versammlung ab-
gelehnt, und infolgedessen kann uns von Herrn ^{Kellner} Jahns
in dieser Sache kein Vorwurf gemacht werden. Ich
stehe noch immer auf dem Standpunkt, daß die Hin-
zögererei ein Unding ist, da man immer noch nicht
weiß, wohin die Revision führen wird und was jeder
ein-

einmal zu bekommen hat. Ich wünsche ~~also~~^{mit} heute
noch, daß wir mit der Revision der Besoldungsordnung
nicht auf das Land warten, sondern bald mit der Revi-
sion vorgehen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Herr Stadtv. Marth hat von der Revision der Gehaltsordnung gesprochen. Ich gestatte mir darauf hinzuweisen, daß heute das Wort Revision in zweifachem Sinne gebraucht wird: der Herr Antragsteller meint die Gewährung einer höheren Ausgleichszulage und Kinderzulage, während Herr Marth die Revision der ganzen Gehalts^{ordnung}~~reform~~ im Auge hat. Über den Zeitpunkt für die letztere haben wir uns früher schon einmal unterhalten, und Sie haben darüber einen Beschluß gefaßt.

Sollte die Versammlung anderer Ansicht geworden sein, so bitte ich das festzustellen, indem ein Antrag gestellt wird, damit wir nicht nur erfahren, wie der einzelne über die Gehaltsreform denkt, sondern was die Meinung der ganzen Versammlung ist. Sollte die Versammlung wünschen, daß die Revision der Gehaltsordnung bald vorgenommen wird, so sind wir dazu bereit - das habe ich schon verschiedentlich erklärt.

Was

Was den Antrag des Herrn Stadtv. Sauerbier betrifft, so waren die Vorwürfe des Herrn Jahns, der auch die Stadtverwaltung freundlichst erwähnte, insofern nicht begründet, als der Rat sich heute morgen schon auf den Standpunkt gestellt hat, daß es an der Zeit sei, eine Berechnung vornehmen zu lassen, wonach wir Ihnen dann eine Vorlage hätten zugehen lassen können. Sollten Sie heute schon beschließen, ohne weiteres die Sache durchzuführen, so liegt das in Ihrer Hand, aber die Anordnung zu Vorbereitungen waren vom Rate schon getroffen.

Stadtv. S t e g m a n n: Zur Begründung des Antrages brauchen hier keine Worte weiter gemacht zu werden, und ich möchte eben auch nur einer Äußerung des Herrn Sauerbier bei seiner Begründung entgegentreten. Er sagte, die Arbeiter seien besser daran, indem sie die Teuerung bei jeder Gelegenheit durch ihre Forderungen wettmachen können. Das ist nicht so; die Arbeiter sind vielmehr schlechter daran, denn im allgemeinen müssen sie die Teuerungszuschläge, die bei den Beamten gewissermaßen automatisch sich einstellen, schwer erkämpfen. Sie sehen bei jeder Teuerungswelle, wie das Reich mit den Zuschlägen für die Beamten beginnt und die Staaten und Städte nachfolgen. Anders aber ist es bei den Arbeitern und auch bei vielen Privatangestellten. Sie wissen, daß die Unternehmervereine Deutschlands es direkt abgelehnt haben, jeder Erhöhung der Lebenshaltung nachzukommen durch erhöhte Löhne, und zwar mit der unbegreiflichen, ja unverschämten Begründung, daß eine Steigerung der Teuerung

 rung

rung, die eine Erhöhung der Löhne nötig mache, ~~sei~~
nicht eingetreten^{sei}, in vielen Punkten seien in
verschiedenen Gegenden sogar die Preise gefallen.
Dagegen weiß doch jeder, daß die Teuerung immer
mehr angezogen hat! Weiter wollen Sie bedenken,
daß es viele tausende, ja hunderttausende möchte
ich sagen, von Kurzarbeitern und Arbeitslosen gibt.
Die Arbeiter wären glücklich, wenn sie so, wie die
Beamten, gewissermaßen automatisch ihre Löhne er-
höhen könnten. Aber, wie schon zu Anfang von mir
gesagt, eine weitere Begründung des Antrages des
Herrn Sauerbier ist ja nicht nötig, ~~aber~~ die Folge
wird ^{jedoch} sein, daß auch den Arbeitern höhere Löhne
zugebilligt werden müssen, mögen auch die Arbeit-
geber noch so sehr wettern, sonst müssen die Arbeit-
ter einfach zur Selbsthilfe greifen, und hundert-
tausende werden aufs Land hinausziehen, um sich da
etwas zu holen, wo etwas ist, damit sie nicht ver-
hungern müssen. (Sehr richtig!)

Stadtv.Dr. J a s p e r: Wie schon Herr Marth sagte, haben wir sachlich gegen den Antrag des Herrn Sauerbier nichts einzuwenden, doch aber möchte ich Herrn Jahns entgegenhalten, daß seine Behauptung, im Reiche sei nach den neuen Sätzen schon gezahlt, nicht richtig ist. Ich habe eine Reichsstelle zu verwalten, habe aber noch keine Verfügung darüber erhalten, sondern habe im Gegenteil gehört, daß vom gesamten Wiederaufbau-Ministerium noch keine solche Verfügungen erlassen worden sind. Ferner ist mir in formeller etatmäßiger Beziehung auffällig, daß das Braunschw.Staatsministerium die Auszahlung der neuen Zulage angeordnet haben soll. Als Landtagsabgeordneter müßte ich dagegen entschieden Bedenken geltend machen. Es ist mir also zweifelhaft, ob diese Angaben stimmen, aber auf manchen Hintertreppen soll man mehr hören, als objektiv richtig ist.

Ich habe mich zum Wort gemeldet, um auf die

for-

formelle Sachlage hinzuweisen. Wir haben in der Stadt über die Gehaltsordnung so etwas wie eine Satzung, und diese soll nun plötzlich im Handumdrehen geändert werden. Ich weiß nicht, wie das mit der Satzung ohne weiteres in Einklang kommt. Es ist mir ferner aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Sauerbier nicht klar geworden, wie er sich die Auszahlung im voraus denkt, welche Beträge im voraus gezahlt werden sollen, etwa die Gehälter für die ganzen 4 Monate oder die Differenz, die zwischen der bisherigen Teuerungszulage und der neu-kommenden auf diese Monate entfällt. Das ist mir nicht ganz klar geworden, und wenn ein Beschluß gefaßt werden soll, muß das einwandfrei festgestellt werden. Da der Rat sich auf denselben Standpunkt gestellt hat, ist es vielleicht dem Rate klarer geworden, in welcher formellen Weise er diese Angelegenheit ordnen will. Soll das neben dem Statut hergehen oder sollen Vorschüsse gewährt werden? Das wäre etwas ganz außergewöhnliches,

be-

- 177 -

besonders wenn es sich auf die ganzen 4 Monate
erstrecken soll.

170

Oberbürgermeister R e t e m e y e r:

In einem Punkt hat wohl der Herr Vorredner getrrt. Es ist in der Satzung gesagt, daß über die Teuerungszuschläge die städtischen Behörden zu befinden haben; es würde also zulässig sein, daß die städtischen Behörden hierin einen Beschluß fassen.

In der anderen Beziehung aber stimme ich dem Herrn Vorredner bei. Es ist meiner Ansicht nach kaum angängig, daß heute die Versammlung erklärt: für die Zeit von 1. August bis 31. Dezember d.J. wird die Teuerungszulage im Laufe dieses Monats ausgezahlt. Das wäre ein Verfahren, wie es mit einer geordneten Finanzwirtschaft nicht in Einklang zu bringen wäre. So schlecht sind denn doch unsere Beamten nicht gestellt, daß eine solche Maßregel nötig wäre. Ich habe mir vorgenommen, alles was von meiner Seite möglich ist, zu tun, um die Sache zu beschleunigen, und es wäre denkbar, daß sie so gefördert wird, daß wir ihnen für die nächste Sitzung eine entsprechende Vorlage zugehen lassen könnten.

könnten. Aber ohne eine solche Vorlage kann nach meiner Ansicht die Stadtverordnetenversammlung Beschluß in dieser Sache nicht fassen. Ich bitte zu bedenken, daß die naturgemäße Folge der Aufbes-
serung der Beamten die sein wird, daß die Angestell-
ten mit Ansprüchen folgen werden. Es ist doch nicht
möglich, nur den einen Fall herauszugreifen und
die anderen unberücksichtigt zu lassen. - Ich
erkläre also: der Rat ist bereit, die Sache nach
Kräften zu fördern, möchte aber bitten, die Vorlage
des Rates abzuwarten.

Stadtv. S a u e r b i e r: Selbstverständlich habe ich in meinem Antrage nur gemeint, daß nur die Differenz zwischen den alten und neuen Sätzen, die 24% Ausgleichszuschlag und die 50% Kinderzulage, bis zum 31. Dezember gezahlt werden sollen. Der Herr Oberbürgermeister meinte eben, daß die Not der Beamtenschaft nicht so groß wäre, daß sie diese Vorauszahlungen nötig habe. Meine Damen und Herren ! Ich kann Ihnen nur sagen - ich will nicht übertreiben, das ist nicht meine Art - : Sie machen sich keinen Begriff davon, wie groß die Not ist. Man muß bedenken, daß die Beamtenschaft, wo alle die anderen Berufe ihren Verdienst verbessern und sich eindecken können, nicht in der Lage war, Anschaffungen zu machen. Es kommt hinzu, daß die Aufbesserungen den Teuerungswellen regelmäßig ein halbes Jahr später erst folgten, daß die Reichs- und Staatsbeamten immer früher in den Genuß der höheren Bezüge kamen und daß auch die Revision der ~~Gehälter~~ Gehaltsordnung im Reiche beendet ist, daß die Ein-
grup-

gruppierung jetzt dort feststeht und daß ~~in~~ⁱⁿ den
braunschweigischen Orten eine erhebliche Schlechter-
stellung der Beamten zu verzeichnen ist. Glauben
Sie mir, die Notlage ist sehr groß; selbstverständ-
lich ist sie ebenso groß bei den Angestellten wie
bei den städtischen Beamten, die sich beide nichts
haben erübrigen können. Es kommt hinzu, daß in man-
chen Familien die Kinder herangewachsen sind, daß
für sie die Leibwäsche, das Schuhwerk usw. voll-
ständig abgerissen ist, denn Neuanschaffungen haben
nicht stattfinden können, da das Gehalt nur aus-
reicht, um das Leben fristen zu können. Der Beamte
hat sich anders einrichten müssen als vor dem
Kriege, einfacher als der Arbeiter. Arbeiter sind
wir ja auch, denn wir arbeiten müssen wir alle. Nehmen
Sie die Wohnungsverhältnisse. Die Wohnungspreise
sind erhöht; wer früher 300 M zahlte, muß jetzt
glatt 600 - 700 M für seine Wohnung ausgeben. Die
Ausgabe_n steigt^{en} andauernd und dazu kommt die übrige
Teuerung. Ich möchte Sie bitten, meinem Antrage

zu-

zuzustimmen, daß diese Differenz für die Monate dieses Jahres noch in diesem Monate gezahlt wird. Sollte das nicht möglich sein, dann bitte ich Sie, dahin zu wirken, daß die Berechnungen schnell ausgeführt werden und die Auszahlung möglichst bald stattfindet.

Stadtv. J a h n s : Zur Aufklärung möchte ich bemerken, daß ich vorhin nicht etwa habe sagen wollen, daß die 24 % schon im Reiche gezahlt sind, sondern daß die Revision der ursprünglichen Be-soldungsordnung dort durchgeführt und die Beträge daraus gezahlt sind, nur im Lande Braunschweig noch nicht. Sodann hat Herr Sauerbier auch nicht sagen wollen, daß im Lande Braunschweig Anweisung gegeben sei, die Auszahlung der 24 % vorzunehmen, sondern daß sie vorbereitet sei, sodaß die Auszahlung vorgenommen werden kann, sobald der erweiterte Landtagsausschuß oder das Plenum der Landesversammlung die Genehmigung ausgesprochen hat, daß also alles dazu schon in die Wege geleitet ist.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren ! Sämtliche Redner haben nur^r Klagelieder angestimmt über die traurigen Verhältnisse der Beamten und Angestellten, aber genau unter denselben traurigen Verhältnissen müssen die Arbeiter leben. Wenn man gesagt hat, die Arbeiter hätten es leichter mit der Erhöhung ihrer Einkommen, sie könnten sie rascher erreichen, so weiß ich nicht, ob an^y Ihnen die Kenntnis von den Aussperrungen vorübergegangen ist, wo es sich bei den Forderungen der Arbeiter doch nur um Pfennige handelte. Ich kann Ihnen mitteilen, daß in einem Teile der Betriebe die Sache noch nicht in der Weise erledigt ist, wie man es festgelegt hatte. Wenn von Herrn Sauerbier angeführt ist, daß der Betrag des Gehalts für Kleidung und Wohnung so wenig übrig lasse, dann beachten Sie einmal, daß die meisten Fälle vor dem Mieteinigungsamt herrühren aus den Kreisen der Minderbemittelten, bei den kleineren Wohnungen, und

und zwar deshalb weil die Verhältnisse derer, die diese Wohnungen inne haben, noch gar nicht auf den jetzigen Stand der Teuerung zugeschnitten sind. Wenn man eine kurze Zeitungsnotiz liest, daß aus einer Wohnung für 68 000 M Kleidung und Wäsche ~~geste~~ gestohlen ist, dann kann man doch nicht annehmen, daß die Verhältnisse in diesen Kreisen so schlecht sind. Gehen Sie hin nach der Langenstraße, nehmen Sie den ganzen Plunder aus einer Wohnung zusammen und fragen Sie sich dann einmal, ob da 68 000 M herauskommen. Das sind Leute, die sich nicht auf den christlichen Standpunkt gestellt haben und auch andere haben teilnehmen lassen an dem Ihrigen. Die Arbeiterschaft hat genau dasselbe Recht, zu verlangen, daß ihre Bezüge in der gleichen Art und Weise erhöht werden wie bei den Beamten. Wer hat früher daran gedacht, daß für 100 Pfund Kartoffeln einmal 70 M zu bezahlen sind? Es ist ein Skandal, daß so etwas möglich ist. Wer hat gedacht, daß für ein Paar Stiefelsohlen 60 M bezahlt werden müssen?

Was

Was für Kosten entstehen, wenn für eine Familie von 5 -6 Köpfen die sämtlichen Stiefel besohlt werden müssen ? Den städtischen Arbeiter drückt der Stiefel genau so, wie den anderen Arbeiter und die Beamten. Wenn heute ein Arbeiter auf dem Bau oder in der Fabrik arbeitet und sich dafür Zeug anschafft, so ist der Stoff lange nicht mehr so gut, wie er früher gang und gäbe war, aber die Preise sind ungeheuer geworden. Der Arbeiter kann sich keinen Anzug für 1000 oder 1500 M leisten, er muß Kriegsware nehmen, und wie lange die hält, das weiß derjenige, der schon einmal solch einen Anzug gehabt hat. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Rat der Stadt ebenso an die Arbeiter denken muß, daß ihnen dasselbe Recht zuteil wird, wenn sie jetzt an die Beamten und Angestellten denken.

Stadtv. S t u k e n b e r g : Es ist ein garstiges Lied, dieses Lied von der Teuerung, und wir würden sehr schlechte Menschen sein, wenn wir behaupten wollten, dem Arbeiter ginge es heute gut, er hätte nicht zu leiden - hier gibt es meiner Ansicht nach keinen Klassenunterschied. Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie und weiß sehr wohl, wie mein Vater mit seiner Familie sich durchschlagen muß, weiß, daß der Arbeiter ebenso wie die anderen Kreise, der Mittelstand, die Beamten und die Angestellten zu leiden ~~haben~~. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß die Angelegenheiten der Arbeiter in der Lohndeputation zu regeln sind. Die Lohndeputation ist auch schon zusammengetreten und hat über diese Sache gesprochen. Lassen Sie uns jetzt nicht weiter in Auseinandersetzungen darüber eingehen, wer die größte Not zu tragen hat, sondern lassen Sie uns über die vorliegenden Anträge abstimmen, damit wir weiterkommen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Dr. Jasper und
der Herr Oberbürgermeister haben Bedenken über den
Antrag Sauerbier geäußert, ob es möglich und
statthaft sei, in die Gehaltsordnung gewissermaßen
hineinzufahren. Aber dabei ist es geblieben, ein
Antrag liegt nicht vor.

Stadtv. Dr. J a s p e r: Um die Sache nicht zu verzögern und ^{da} wir im Wesentlichen alle einig sind, möchte ich die geäußerten Bedenken dahin verdichten, daß nach der Marschrichtung hin, wie die Sache im Reiche geregelt ist, auch in der Stadt vorgegangen werden soll, daß hier aber nur ein grundsätzlicher Beschluß gefaßt wird und die Ausführung der Gehaltsdeputation übertragen wird. Die Annahme des Antrages schlechthin ist ausgeschlossen, weil die Kinderzuschläge bei uns ganz anders berechnet werden, als das im Reiche und im Lande geschieht, und auch sonst sind Abweichungen vorhanden. Das alles muß in Ruhe ausgeglichen werden. Wenn wir nicht warten wollen bis zur nächsten Vollversammlung — das wäre der regelmäßige Weg —, könnte man, um den Beamten entgegenzukommen, die Gehaltsdeputation mit der Regelung der Angelegenheit betrauen. Ich bitte, das anzunehmen.

V o r s i t z e n d e r : Das Beste würde es jedenfalls sein, wenn sich der Herr Antragsteller mit dieser Regelung einverstanden erklärte.

Stadtv. S a u e r b i e r : gibt sein Einverständnis zu erkennen.

V o r s i t z e n d e r : Dann haben wir nur darüber abzustimmen, ob die Versammlung damit einverstanden ist, daß eine Erhöhung des Ausgleichszuschlages und der Kinderzulage für die Zeit vom 1. August an erfolgt. Die Regelung wird der Gehaltsdeputation überlassen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich möchte anheimgeben, daß der Gehaltsdeputation gleichzeitig die Entscheidung der Frage übertragen wird, wie die Erhöhungen für die Angestellten beschaffen sein sollen. Das hat die Gehaltsdeputation auch früher schon getan.

V o r s i t z e n d e r : Ich bitte diejenigen der Herrschaften sich zu melden, die mit der vorgeschlagenen Regelung für die Beamten und für die Angestellten einverstanden sind. (Geschieht.)
Das ist die Mehrheit.

Herr M a r t h hat im Verfolg seiner Ausführungen folgenden Antrag gestellt:

„Ich bitte, beschließen zu wollen, die Prüfung der Besoldungsordnung umgehend vorzunehmen.“

Die Stadtverordnetenversammlung hat früher den Beschluß gefaßt, mit der Prüfung der Besoldungsordnung zu warten, bis die staatliche Regelung erfolgt ist. Ist die in allen Punkten jetzt erfolgt ? (Zuruf: nein.) Dann würde der Antrag Marth bedeuten, einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung umzustößen. Herr Marth, ist das nicht etwas bedenklich ?

Stadt-

Stadtv. M a r t h: Ich möchte auf der Abstimmung über meinen Antrag beharren.

V o r s i t z e n d e r : Ein Dringlichkeitsantrag ist es nicht. Wenn jetzt schon über den Antrag beschlossen werden soll, müßte die Versammlung die Dringlichkeit des Antrages anerkennen; natürlich müßte Herr Marth erst die Dringlichkeit beantragen.

Stadtv. M a r t h: Ich habe diesen Antrag im Verlauf der Debatte gestellt; er hat sich ergeben aus dem Antrage Sauerbier, der durch meinen Antrag erweitert worden ist. Es kann also ohne weiteres über meinen Antrag abgestimmt werden.

A handwritten signature, possibly 'M.', in dark ink, located in the lower right quadrant of the page.

V o r s i t z e n d e r : Das ist nur möglich, wenn die Materie, die Sie in Ihrem Antrage berühren ~~und~~ unmittelbar mit der behandelten zusammenhängt. Ich glaube, daß das in diesem Falle nicht zutrifft.

Stadt v. M a r t h : Ich bitte nunmehr, den Antrag als dringlich zu bezeichnen.

Für die dringliche Behandlung des Antrages Marth meldet sich die Minderheit und der Vorsitzende überweist den Antrag dem Finanzausschuß.

30. Antrag Stukenberg auf Zahlung eines Vor-
schusses an die städtischen Angestellten.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden verlesen. Wort-
laut siehe Seite 18..

Für die dringliche Behandlung des Antrages meldet
sich die Mehrheit.

Stadtv. S t u k e n b e r g (zur Begründung seines Antrages): Meine Damen und Herren !
Für mich bestimmend bei Stellung meines Dringlichkeitsantrages war, daß wir schnell eingreifen müssen, wenn wir der Not der Angestellten steuern wollen. Ich will auf die große Notlage der Angestellten nicht weiter eingehen, die Aussprache von vorhin hat sie schon genügend gezeigt. Die einzige Möglichkeit, hier schnell zu helfen, ist meiner Ansicht nach die Gewährung eines Vorschusses. Allerdings muß ich Ihnen offen gestehen, daß ich kein Freund von solchen Vorschußzahlungen bin und daß ich es lieber sehen würde, wenn wir Mittel zur Verfügung hätten, die wir den Angestellten als besondere Teuerungsbeihilfe gewähren könnten. Aber diese Mittel stehen uns nicht zur Verfügung, und ich sehe auch keine Möglichkeit, hierfür Mittel zu beschaffen, deshalb muß ich mich wohl oder übel bereit finden lassen, diesen Antrag zu stellen, in dem ich einen Vorschuß für die Angestellten wünsche.

(Zu-

(Zuruf Jasper: In welcher Höhe ?) Wie aus dem Antrage hervorgeht soll der Vorschuß betragen: für die Verheirateten 1000 M., für jedes Kind 100 M. und für die Ledigen 600 M. Das sind Beträge, die vielleicht gerade hinreichen, das Notwendigste an Kartoffeln und Kohlen zu beschaffen. Ich möchte behaupten, daß bei der allgemeinen Notlage die nun einmal herrscht und schon von verschiedenen Rednern heute geschildert ist, es bei den Angestellten und ihren Angehörigen nicht nur in Bezug auf Nahrung mangelt, sondern auch in Bezug auf Garderobe es traurig aussieht. Deshalb ist der Betrag des Vorschusses tatsächlich nicht zu hoch gegriffen. Aber ich möchte auch mit meinem Vorschlage nicht höher gehen, sondern halte diese Beträge für ausreichend; sie sollen ja nur dazu dienen, das Allernotwendigste anzuschaffen. Es wird ja auch eine Neubildung der Bezüge der Angestellten sich als notwendig herausstellen, aber darauf zu warten, ist nicht möglich, denn hier müssen wir schnell helfen, wollen wir den Lebensmitt
und


und die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten, von der die Stadt letzten Endes profitieren wird, bei der Angestelltenschaft erhalten. Ich bitte Sie, meinem Antrage auf Gewährung dieses Vorschusses zuzustimmen.

Stadtv. G r ä f: Die Angestellten bilden eine Kategorie, die sich noch schlechter steht als die der Beamten. Bei den Angestellten ist eine Gehaltszahlung von monatlich ungefähr 1000 M die Regel. Wenn man bedenkt, daß im Oktober die Umsatzsteuer und im November ^{Dezember} ~~dazu~~ die andern Reichssteuern durchkommen werden, so muß man damit rechnen, daß dann wahrscheinlich eine 100prozentige Erhöhung sämtlicher Löhne durchgeführt werden müßte. Das wird sogar von den Arbeitgebern gesagt, und wenn diese es zugeben, dann bin ich ohne weiteres gewiß, daß es an dem sein wird. Ob sie es bewilligen, ist allerdings eine zweite Frage. Gerade die Angestellten sind eine minderbezahlte Kategorie, und es trifft bei ihnen das in noch stärkerem Maße zu, was vorhin über die Notlage der Beamten gesagt wurde. Die Vorschüsse, wie sie beantragt werden, sollen dazu dienen, daß Winterfeuerung und Kartoffeln eingekauft werden, und wenn das noch geschehen kann vor Eintritt der neuen

neuen Umsatzsteuer, so wäre das für die Angestellten sehr wertvoll. Mit ihrem Gehalt können sie es nicht, denn 10 Zentner Kartoffeln werden wohl 400 M kosten, und mit der Feuerung ist es dasselbe. Ich bitte demnach, dem Antrage des Herrn Stukenberg stattzugeben.

H. L. L.

Stadt v. M a r t h: Der Antrag des Herrn Kollegen Stukenberg ist gut gemeint, aber mit solchen Vorschußzahlungen haben wir schon böse Erfahrungen gemacht. Am eigenen Leibe habe ich erfahren, welche Folgen die Vorschußwirtschaft hat. Der Beamte, der die Vorschußzahlungen benutzt, wird dauernd in der Klemme sitzen und nicht wissen, wie er wieder herauskommen soll. Deshalb möchte ich bitten, die Vorschußwirtschaft nicht zu befolgen, sondern sofort eine Prüfung über die neue Festsetzung der Gehälter vorzunehmen und den Gehaltsausschuß damit zu betrauen. Es geht nicht an, daß wir die Angestellten und Arbeiter in ein Abhängigkeitsverhältnis bringen, woran sie ihr lebenslang zu ^{haben} ~~karren~~ haben. Ich beantrage, die ganze Angelegenheit der Gehaltsdeputation zu überweisen, welche sie so regelt, daß die Angestellten lebensfähig bleiben.



Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Ich möchte mich dafür aussprechen, daß in der Weise verfahren wird, wie es Herr Marth vorgeschlagen hat, und weise darauf hin, daß der Beamtenauschuß dem Antrage der Beamten, ihnen Vorschüsse zu geben, ausdrücklich widersprochen hat. Er hat dazu gesagt, daß die Vorschußwirtschaft zum Verderben führe. Wir wissen aus Erfahrung, daß, wenn der Vorschuß heute gezahlt wird, der Mangel nachher um so größer ist.

Im übrigen ist es nicht richtig, wenn gesagt wurde, daß im allgemeinen die Angestellten monatlich 1000 M bekämen; die große Mehrzahl von ihnen hat 1150 M - das ist der Satz, der in Klasse II gezahlt wird.

noch Für eine Vorschußzahlung käme noch in Frage, ob (allen Unverheirateten ein Vorschuß bewilligt werden soll. Wir haben z.B. einige junge Mädchen, die keinen eigenen Hausstand haben, und es erscheint mir zweifelhaft, ob dort bei dem Satze von

1150 M die Not so groß sein kann, daß ihnen Vor-
schuß gezahlt werden muß.

Alle diese Erwägungen sprechen dafür, diesen
Antrag mit durch die Gehaltsdeputation erledigen
zu lassen.

Stadtv. S t u k e n b e r g : Ich muß noch einmal erklären, daß es für mich bestimmend für Stellung meines Antrages war, daß es darauf ankommt, sehr schnell zu handeln. Die Not ist eben sehr groß, und ich fand keinen anderen Ausweg als den in diesem Antrage angegebenen. Ich will mich aber gern belehren lassen und möchte zu dem, was Herr Marth sagte, meinerseits betonen, daß ich selber kein Freund dieser Vorschüsse bin und sehr wohl weiß, was für Folgen sie mit sich bringen. Wenn ich aber vom Rat das Versprechen habe, daß die Regelung in der Gehaltsdeputation umgehend erfolgt, dann mag es möglich sein, daß wir der Not der Angestellten auf diesem Wege steuern.

V o r s i t z e n d e r : Ich darf annehmen,
daß der Herr Antragsteller damit einverstanden ist,
daß die Gehaltsdeputation die Regelung vornimmt.
Wer ist mit dieser Art der Regelung einverstanden ?
- Angenommen.

31. Antrag M a a ß auf stadtseitige Beschaf-
fung von Kartoffeln und
Anfrage S c h m e r b a c h, betreffend
zu ergreifende Maßnahmen seitens des Rats
zur Beschaffung von Kartoffeln.

Der Wortlaut des Antrages und der Anfrage wird vom Vorsitzenden verlesen - s. Seite 13.

Stadtv. M a a ß (zur Begründung seines Antrages): Meine Damen und Herren ! Alljährlich haben wir in der letzten Zeit wegen des Kartoffel-einkaufs zu kämpfen gehabt. Es ist das bisher immer noch so leidlich vorübergegangen, aber in diesem Jahr sind durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Preise für die Kartoffeln zu einer Unerträglichkeit geworden, so daß es für den größten Teil der städtischen Bevölkerung zur Unmöglichkeit geworden ist, seinen ganzen Winterbedarf in diesem Herbst auf einmal einzudecken. Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich eben sagte „der größte Teil“, denn die Not geht weit in die Mittelschicht

schicht unserer Bevölkerung hinein, und so ergibt sich ohne weiteres die Aufgabe, daß für Abhilfe des Notstandes gesorgt wird. Zu diesem Zwecke habe ich meinen Antrag gestellt. Es ist nötig, daß der Rat hier eingreift, sich mit den Kartoffelhändlern in Verbindung setzt, damit Kartoffeln für den Winter beschafft werden. Ratsam wäre es, daß der Rat der Stadt dem Beispiel von Wolfenbüttel folgt, wo man Listen hat zirkulieren lassen, in denen die Einwohner eingetragen haben, wieviel Kartoffeln sie gebrauchen, danach werden dann Kartoffeln abgegeben, soviel der Rat der Stadt davon beschaffen kann. Nun gibt es aber noch viele Personen, die keine Kartoffeln einkaufen können, weil sie keine Kellerräume zur Lagerung von Kartoffeln haben. Für diese werden die Kartoffeln in Kellerräumen eingelagert werden und im Winter zu einem mäßigen Preise abgegeben. Ganz besonders leiden unter den heutigen teuren Kartoffelpreisen die Erwerbslosen, die der Armenfürsorge unterstehenden

Per-

Personen, die Witwen und kleinen Rentner. Der größte Teil von ihnen ist bisher noch nicht in der Lage gewesen, seinen Bedarf an Winterfeuerung einzudecken, nun kommt auch noch die Kartoffeleindeckung hinzu. Diese doppelte Ausgabe zu tragen, sind sie nicht imstande. Jetzt schon müßte der Rat der Stadt Kartoffeln einkaufen, damit er sie nachher je nach Bedarf abgeben kann. Ist erst der Oktober vorbei, dann sind die Kartoffeln in die Mieten gebracht, und kommt dann der Frost, dann könnte es sich zutragen, daß ohne diese Vorsorge des Rates ein Teil unserer Bewohnerschaft ohne Kartoffeln ist. Ich möchte deshalb bitten, dem Rat der Stadt einen Kredit zu bewilligen, damit er davon die erforderlichen Einkäufe macht.

Der dringlichen Behandlung des Antrages wird von der Versammlung zugestimmt.

Stadtv.Dr. J a s p e r beantragt, die Begründung der Anfrage S c h m e r b a c h gleich mit zu hören.

Stadtv. S c h m e r b a c h: Dieselben Motive, die zu dem Antrage des Herrn Maaß geführt haben, haben auch mich bewegt, diese Anfrage an den Rat zu stellen. Wie allgemein bekannt, sind die Kartoffelpreise ganz gewaltig in die Höhe gegangen. Man hört ja hier und da, daß ein Hemmschuh angesetzt werden soll, um die unerhörten Preise, wie sie öffentlich bekannt geworden sind, nicht zur Durchführung gelangen zu lassen. Den Ruf hört man wohl, aber man weiß nicht, ob er Erfolg haben wird. Nun ist allerdings die Zwangswirtschaft aufgehoben, und es ist schwer, zu sagen, in welcher Weise der Rat einwirken soll, um die Beschaffung der diesjährigen Kartoffeln für die Einwohner der Stadt zu erträglichen Preisen herbeiführen zu können. Ich nehme aber an, daß die Stadtgemeinde in der Lage sein wird, vor allen Dingen die Minderbemittelten vor unerhörten Kartoffelpreisen zu schützen. Man hat angeführt, daß ein Ausgleich in der Lebenshaltung nur kommen könnte dadurch, daß die Gehälter

und

^{und}
Löhne erhöht werden. In diesem Falle habe ich eine andere Meinung. Ist denn diese Erhöhung der Lebensmittelpreise unbedingt notwendig? Wodurch wird sie denn herbeigeführt? Das ist die große Frage, die man zunächst beantworten müßte. Wo die enormen Gewinne durch die hohen Preise hinfließen, das weiß man. Es ist bekannt, daß vernünftige Landwirte den Standpunkt einnehmen, nicht anerkennen zu können, daß diese hohen Preise gerechtfertigt sind.

Aber diese Herren sind leider in der Minderheit und werden bei der Erhöhung der Preise doch mitgerissen. Allgemein ist die Meinung vorhanden, daß sicherlich ein Gegendruck gegen die enorme Preissteigerung, die nicht als gerecht sich begründen läßt, nötig ist. Ob das in der Gewalt des Rates der Stadt liegt, muß ich dahingestellt sein lassen, aber sicherlich wird der Einfluß des Rates der Stadt so groß sein, daß er imstande ist, namentlich für die Minderbemittelten unserer Stadt sorgen zu können. In diesem Sinne war meine Anfrage an den

Rat

- 213 -

Rat der Stadt gerichtet worden, und ich glaube,
daß er darauf eine Antwort geben kann.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gehofft, daß der Rat der Stadt sich in diesem Jahre mit der ^{Kartoffel=}~~offenen~~ Frage nicht mehr zu beschäftigen haben würde, und ich kann sagen, daß ^{mir} ~~mein~~ Stein vom Herzen ^{Kartoffel=}~~gefallen~~ ist, als die ~~offene~~ Bewirtschaftung aufgehoben wurde. Mit dem 1. Juni d.Js. haben wir unsere Stadtkartoffelstelle aufgelöst, und ich habe mich gefreut, daß wir im vergangenen Jahre bei der Kartoffelbewirtschaft mit einem blauen Auge davon gekommen sind. Bei der Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung hatte man gehofft, daß durch Angebot und Nachfrage sich eine Preisregelung ergeben würde, aber wie auf den verschiedensten Gebieten der Nahrungsmittelversorgung ^{hier} ~~hat~~ sich auch auf ~~diesen~~ Gebiete herausgestellt, daß die Preise nach dem ^A~~Aufhören~~ der Zwangswirtschaft nicht gesunken, sondern ganz erheblich in die Höhe geschnellt sind. Ich erinnere an die Butterpreise; sie waren einmal ein bißchen herunter-

heruntergegangen, aber sie hat^{ten} die alte Höhe bald wieder erreicht. So ist es auch mit den Kartoffeln. Es wurden Kartoffelpreise gezahlt, die märchenhaft hoch waren, und so sind sie auch heute noch im Kleinhandel ungeheuer hoch. Aus der Zusammenstellung, die ich heute bekommen habe, ^{werden} waren die Kartoffeln im Kleinhandel mit 55 - 60 Pfennig verkauft; das ist doch noch ein gewaltiger Preis. (Zuruf: 70 $\frac{1}{2}$!) Es mag sein, daß an andern Stellen noch höhere Preis gezahlt werden.

Sie können sich denken, daß angesichts dieser Lage der Rat der Stadt sich auch in diesem Jahre wieder mit der Kartoffelfrage beschäftigt hat, und zwar haben wir uns damit schon vor einiger Zeit undeswillen beschäftigt, weil der Braunschweigische Landbund vor ungefähr acht Tagen mit einem Antrage an uns herangetreten ist, in dem er darauf hinweist, daß er in einer Vorstandssitzung beschlossen hat ~~er~~ entsprechend dem Vorgehen in Holzminden dafür zu ~~kommen~~, daß Kartoffeln für die Minderbemittelte ^{sorgen}

Bevölkerung der Stadt zu erheblich verbilligten Preisen abgegeben werden. Der Braunschweigische Landbund schlägt vor, daß eine besondere Kommission in Braunschweig eingesetzt wird, bestehend einerseits aus Erzeugerkreisen und andererseits aus Verbraucherkreisen. Dabei ist das Ersuchen an uns gerichtet, Vertreter aus Verbraucherkreisen zu ernennen, während die Ernennung von Vertretern aus Erzeugerkreisen vom Landbund aus erfolgen sollte. Es waren auch schon geeignete Vorschläge in der Hinsicht gemacht. ~~Nachdem wir uns überlegt hatten, in welcher Weise wir am besten Vertreter aus Verbraucherkreisen bezeichnen könnten,~~ sind wir auf den Gedanken gekommen, einmal Vertreter aus den sogenannten Bürgerkreisen zu ernennen, und auf der andern Seite haben wir das Gewerkschaftskartell aufgefordert, einige Vertreter zu nennen. In dankenswerter Weise haben der Bürgerbund und das Gewerkschaftskartell sich bereit gefunden, Vertreter in diesen

Aus-

Ausschuß zu entsenden, Ferner hat der Rat der Stadt
nach zum Vorsitzenden dieses Ausschusses bestellt.

Zu gleicher Zeit wurde ich von Herrn Kreis-
direktor Pini zu einer Besprechung über die Kartoffel-
versorgung eingeladen. Er erzählte mir, daß
er vom Ministerium eine Aufforderung bekommen habe,
Vorschläge in der Richtung zu machen, daß die
Kartoffelversorgung der Stadt Braunschweig im all-
gemeinen gesichert würde, und ~~zwar in der Weise,~~
daß ^{nur} ~~annehmbare~~ ^{günstige} Preise ~~gewahrt~~ werden. Es soll^{en} nun
nach unseren Verabredungen diese beiden Organi-
sationen, die vom Ministerium gewünschte und die
vom Landbund, miteinander verbunden werden, und es
würde dann der Aufgabenkreis der Kommission inso-
fern ^{sich} ~~erweitert~~ ^{auch} werden müssen, als sie ~~auch~~ nicht
nur mit der Beschaffung der Kartoffeln für Minder-
bemittelte zu beschäftigen haben würde, sondern
^{auch} ~~nach~~ dahin^{hinein} zu wirken, daß der Kartoffelpreis er-
heblich verbilligt wird. Es wurden bei dieser

Vor-

Vorbesprechung schon Preise genannt von etwa 25 M für verbilligte Kartoffeln und höchstens 30 M für diejenigen Kartoffeln, die sonst an die Bevölkerung im allgemeinen abgegeben werden. Beratungen im einzelnen haben darüber noch nicht stattgefunden, und die Kommission selbst hat noch nicht getagt; sie wird aber im Laufe der nächsten Woche zusammentreten. Damit nun die Kreisdirektion in dieser Angelegenheit einen Überblick über den Umfang der aufzubringenden Kartoffelmenge gewinnt, ist für morgen nachmittag eine Sitzung geplant, zu der die sämtlichen Gemeindevorsteher des Kreises Braunschweig eingeladen sind, ~~um mit ihnen zu verhandeln, in welcher Weise die Kartoffeln herangeschafft werden können.~~ Aufgabe unserer besonderen Kommission würde es sein, für den Stadtkreis Braunschweig die Bemessung der Preise und die weitere Organisation zu beraten. Ich habe veranlaßt, ~~daß-diese~~ daß die Vertreter unserer Braunschweigischen Kommission ^{der genannten} zu ~~dieser~~ Besprechung mit eingeladen werden. Dabei

wird

wird schon eine ^Vorklärung der Frage, eine Fühlungnahme mit der Landwirtschaft stattfinden. Für die nächste Woche will ich dann unseren Ausschuß zusammen berufen, damit im einzelnen vorgegangen werden kann. Ich hoffe, daß bei diesen Beratungen, daß ^{sie} ~~ich~~ zwischen Erzeugern und Verbrauchern unmittelbar geführt werden und die Verbraucher aus allen Kreisen sich zusammensetzen, etwas ^Ersprößliches herauskommt, und daß es dieser Kommission gelingen wird, einerseits eine genügende Menge Kartoffeln in die Stadt hereinzubringen, andererseits aber auch die Preise so zu senken, daß man sich ~~in allgemeinen~~ damit abfinden kann. Allerdings darf ich nicht verhehlen, daß es mir nicht erwünscht sein würde, wenn die Stadt wieder das ganze Kartoffelgeschäft machen müßte, sodaß die 4 - 5 00 000 Zentner, die in Frage kommen, durch unsere Hand gehen; sondern ich würde ^{es} für erwünscht halten, daß der legitime Kartoffelhandel in Aktion ~~treten würde~~. Ob das gelingen wird,

das

das werden die weiteren Beratungen noch ergeben. Die Ansammlung so großer Mengen Kartoffeln - wie sie vorhin von einem der Herren~~mins~~ins Auge gefaßt war ~~tot~~ - entweder in städtischen Kellern oder in Mieten, die von städtischen Organen bewacht werden müßten, daß^s wäre etwas Furchtbares. Wir haben damit in früheren Jahren doch recht übele Erfahrungen gemacht. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die Sache nicht verstanden. Ich bin der Meinung, jeder andere hätte es nicht besser gemacht - das liegt an der Größe der Aufgabe. Es ist uns auch der Vorschlag gemacht, die gelagerten Kartoffeln alle 4 Wochen durchsortieren zu lassen. Dazu würde ein Heer von Leuten gehören, sodaß es gar nicht durchführbar wäre. Also ich hoffe, daß e uns bei dieser Organisation gelingen wird, die Kartoffeln in den einzelnen Ortschaften zu erfassen und sie, soweit die Bevölkerung nicht selbst dazu in der Lage ist, in eins abzunehmen und allmählich

den

den Verbrauchern zuzuführen. Wie im einzelnen die Organisation durchgeführt werden soll, das zuberaten, wird Aufgabe der einzusetzenden Kommission sein.

Sie sehen, daß der Rat der Stadt ^{sich} mit dieser Frage bereits beschäftigt hat, und ich hoffe daß es zum Guten ausfallen wird.

Stadt v. S a u e r b i e r : Was wir von Herrn
Stadtbaurat Gebensleben gehört haben, ist ja sehr
erfreulich, vor allen Dingen berührt es angenehm,
daß in Aussicht genommen worden ist, die Preise zu
verbilligen. Ich freue mich, daß schon morgen die
sämtlichen Gemeindevorsteher des Kreises Braun-
schweig zusammenkommen, um gemeinsam zu beraten,
weil dann schon Preise angesetzt werden können.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich der Kommission
anheim geben ^{zu} versuchen, ob es nicht zu ermöglichen
wäre, noch niedrigere Preise für die Allerärmsten
zu erreichen, es steht fest, daß ein großer Teil
der Einwohner 25 und 30 M für den Zentner Kartoffeln
nicht bezahlen können, denn es gibt unter ihnen
auch ganz Verarmte. Ich habe gehört, daß in ver-
schiedenen Gemeinden einige Bauern bereit sind,
mit Rücksicht auf die Not ~~und~~ aus sich heraus etwas
zu ver^{nr}billigen. Vielleicht wird bei Gelegenheit
der Besprechung noch einmal das Augenmerk darauf
gerichtet.

Ich

*Ich möchte Herrn Stadtbaurat Gebensleben
bitten, in diesem Sinne zu wirken.*

Stadt, L e h n e r t : Schon seit Jahren haben wir hier in Saale die Kartoffelfrage behandeln müssen, aber noch nie ist sie so brennend gewesen wie in diesem Jahre. Von der Landwirtschaft wird die schwierige Lage damit begründet, daß die Kartoffelernte in diesem Jahre nicht gut ausfällt, aber auf der andern Seite hört man, daß dieses nicht zu trifft. Wie die Preislage werden wird, daß kann man noch gar nicht wissen. Man hat uns prophezeit, daß Kartoffeln und alles andere in Hülle und Fülle da sein wird, wenn erst die Zwangswirtschaft aufgehoben ist. Jetzt ist es soweit, und wir leben nun wohl im Lande, wo Milch und Honig fließt? Keineswegs, wir haben nicht einmal Kartoffeln, von Milch und Honig will ich gar nicht reden. Wenn von den Erzeugern behauptet wird, daß nicht einmal die Preise bezahlt werden brauchten, die sie selbst für die Kartoffeln haben, so steht es mit der Wahrheit auf schlechtem Fuße; ich habe es mehr für Hohrn gehalten. Früher konnten wir einen Zentner Mohr-

rüben

rüben für dasselbe Geld erhalten, für das wir jetzt ein Pfund bekommen, und genau so geht es mit den Kartoffeln. Vor etlichen 30 Jahren wurden für den Zentner Kartoffeln 80 ^{ben} gegen, heute kostet das Pfund ziemlich so viel. Sind denn die ~~Löhne~~ ^{Löhne} in derselben Weise gestiegen? Das ist doch keineswegs der Fall. Jetzt glaubt man, seine Hoffnung auf den Landbau setzen zu können, ich habe eigentlich bei allen Verhandlungen mit der Landbevölkerung so ziemlich immer ein Haar in der Suppe gefunden. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Es gibt kein rachsüchtigeres Volk als die Bauern. Bei ihnen ist genau so, als wenn ein Raubtier, das in der Gefangenschaft ist, zum ersten Mal wieder Blut geleckt hat. Solange die Bauern sehen, daß die Stadtbevölkerung noch bezahlen kann, geht sie darauf aus, ihr abzunehmen, was irgend möglich ist. Während früher ein großer Teil der Bauernhöfe mit Schulden bedeckt gewesen ist, so haben mir Herren gesagt, die es wissen müssen, daß

ein

ein ihnen bekannter Landwirt die 60 000 M Hypotheken, die auf seinem Hofe standen, jetzt glatt bezahlt hat und noch eine Scheune und Stallung dazu hat bauen lassen, wozu noch mindestens 300 000 M nötig sind, und hat sich auch noch ein angenehmes Auto geleistet, weil es jetzt auf dem Lande standesgemäß ist, im Auto zu fahren. Früher waren sie froh, wenn sie mit einer Kuh langsam zur Stadt fahren konnten, aber die Städter haben sie so gut bezahlt, daß sie sich jetzt städtischen Luxus leisten können. Eines schönen Tages wird die Stadtbevölkerung durch den Hunger gezwungen werden, daß sie zu den Bauern sagt: „Bis dahin und nicht weiter! wir verlangen, daß ihr die Mieten aufmacht!

Herr Stadtbaurat erwähnte, daß ihm ein Vorwurf daraus gemacht wäre über die Art, wie die Kartoffeln im vorigen Jahre gelagert worden seien. Wir haben ja aber gar nicht so viele Räume, um die Kartoffeln gut lagern zu können. Wenn die Kartoffeln meterhoch aufgeschüttet werden müssen, so

weiß

weiß jeder Einsichtige, daß es unmöglich ist, dass sich die Kartoffeln dabei gut halten, sondern daß sie leiden müssen. Nach kurzer Zeit fängt eine einzelne Kartoffel an, faul zu werden, steckt die übrigen an, und bald darauf ist ein guter Teil des aufgeschütteten Haufens verdorben.

Vor allen Dingen muß man darauf dringen, daß Kartoffeln in genügenden Mengen angeliefert werden; die Ernte ist in Wirklichkeit gar nicht so schlecht. Wir müssen den Bauern sagen, daß die Geduld des Städters zu Ende ist. Wenn ihr nicht liefern wollt, dann kommen wir und zeigen euch, wie die Kartoffeln gerodet werden!

Stadtv. ^{Pieper}~~Jasper~~: Ich bin davon überzeugt, daß es der Kommission nicht gelingen wird, gut annehmbare Preise zu schaffen. Es ist hier eben schon gesagt, wie die Bauern beschaffen sind, Daß die Stadt für die ganze Einwohnerschaft die Kartoffeln einkellern soll, sehe ich nicht ein, aber man könnte doch dafür sorgen, daß für diejenigen, die Raum zum ^Unterbringen der Kartoffeln haben, welche angeschafft werden und sie selbst sie einkellern. Für die übrigen Kartoffeln sind dann genügend Raum da, und die Kartoffeln brauchten dann auch nicht hoch geschüttet und umgeschaffelt zu werden. Auf diese Weise ließe sich etwas erreichen. Aber ich bin überzeugt, daß es nicht anders kommen wird, als daß die Arbeiterschaft oder die ganze Stadtbevölkerung in ^a ~~K~~orpore losgehen und sich selbst Kartoffeln holen müssen. Dann möchte ich den Rat der Stadt ersuchen, daß er sein ganzes Fuhrwerk uns zur Verfügung stellt, daß der Rat der Stadt uns vorangeht und sagt: Bei dem Bauern kannst du und bei dem Bauern

Bauern du dir Kartoffeln holen.' Nicht weggenommen
sollen sie einfach werden, sondern sie sollen be-
zahlt werden mit einem angemessenen Preise, aber
nicht zu teuer.

Stadt v. M a a ß : Wir können uns über den Bericht, den uns der Herr Stadtbaurat Lebensleben gegeben hat, nur freuen, aber ich habe doch das Bedenken, daß die Landwirte der Stadt gegenüber nicht so entgegenkommend sind wie die Stadt den Landwirten. Den Dung vom Marstall z.B. geben wir ihnen für 3 M ab, während er anderwärts 4,20 M kostet. Wenn vom ^{Herrn} Stadtbaurat gesagt wird, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ~~seyn~~^{wäre}, 400 000 Zentner Kartoffeln sachgemäß zu lagern und zu kellern, dann glaube ich, daß nach meinem Antrage 400 000 Zentner gar nicht in Frage kommen. Der Antrag sowohl wie die Ausführungen meines Herrn Vorredners zeigen, daß ein Weg möglich ist, diese Menge, die die Stadt zu lagern hat, zu verringern, indem diejenigen, die einen Keller haben, für sich selbst die Lagerung übernehmen. Aber was soll mit den Leuten werden, die keine Lagerräume haben, wie z.B. in der alten Stadt, und die vor allen Dingen kein Geld haben, um Kartoffeln anzuschaffen, die erwerbslos sind, und

andere

andere. Für die muß gesorgt werden, damit sie im Winter zu jeder Zeit Kartoffeln bekommen können. Der Bauer kann sie dann nicht beliefern, ~~denn~~ wenn er im Oktober die Kartoffeln ausgerodet hat, mietet er sie ein. Meinen Sie, daß die Bauern der Leute wegen, die sich nicht eingedeckt haben, im Winter die Mieten aufmachen werden? Das wäre schon unmöglich, denn dann brächte ^{er} ~~es~~ uns lauter Wallnüsse und Pfeffernüsse her, die nicht gebraucht werden können. Deswegen muß für die Leute, die sich wegen Geldmangel oder Mangel an Räumen nicht eindecken können, zuerst gesorgt werden.

Über die Organisationsfrage haben wir uns des weiteren nicht zu unterhalten, sondern ich glaube, die Organisierung dieser ganzen Eindeckung wird der Kommission übertragen werden können. Es handelt sich hier in der Hauptsache darum, daß Mittel zu diesem Einschreiten der Stadt gehören, und darüber müssen wir uns schlüssig werden. Die Kommission muß über Mittel verfügen können, wenn
sie

sie mit den Landwirten übereinkommen soll. In
übrigen bin ich mit der Erledigung der Sache in der
Weise, wie er Herr Stadtbaurat Gebensleben vorge-
schlagen hat, einverstanden und erwarte, daß etwas
Ersparnißliches dabei herauskommt. Nur wünsche ich
noch, daß die Landwirte uns ebenso entgegenkommen
wie wir ihnen, und möchte bitten, daß man den
Landwirten, die von uns Dünger beziehen, auch einmal
auf die Finger sieht.

Stadt, B u r g d o r f: Die Beschaffung der Kartoffeln ~~als~~ ^{das} wichtigsten Nahrungsmittel ist besonders in diesem Jahre eine sehr schwierige und brennende Frage. Ich möchte die Sache einmal von der praktischen Seite berühren. Ich hatte heute Gelegenheit, mit einem Landwirt darüber zu sprechen, in welcher Weise die Frage der Kartoffelbeschaffung für die Stadt am besten zu lösen ist, und besonders, wie Herr Sauerbiez angeführt hat, wie man dabei den Ärmsten der Armen am besten entgegenkommen kann. Da wurde mir gesagt, es könnte bei den Beratungen angeregt werden, daß alle diejenigen Landwirte, die verhältnismäßig zu wenig Kartoffeln im Vergleich zu ihrem Besitz anbauen, zu ~~ihrer~~ einer entsprechenden Geldzahlung herangezogen werden. Ich bin überzeugt, daß sie das Opfer im Interesse der Sache bringen werden (Widerspruch), und dann könnte dieses Geld zur Verbilligung der Kartoffeln benutzt werden. Wenn ich einmal einen Preis ~~34~~ ^{von 35} M annahme, so würden denjeni-
gen

gen Leuten damit ~~die~~ geholfen werden können, die diesen Preis nicht zahlen können.

Im besonderen möchte ich aber eine Warnung aussprechen - und da stimme ich in meiner Meinung mit dem Herrn Stadtbaurat Gebensleben überein; uns nicht wieder das durchmachen zu lassen, daß die Stadt die Kartoffeln in größerem Maßstabe einkellert und im einzelnen abgibt. Wir haben wohl alle von jenen städtischen Kartoffeln gegessen und haben die Erfahrung gemacht, daß man vor diesen Kartoffeln die Nase zuhalten mußte. Es waren ^{mehr} ~~weniger~~ Schweinekartoffeln, aber nicht Kartoffeln für die menschliche Ernährung. Und aus diesen Gründen möchte ich bitten: Schalten Sie den legitimen Handel, der es mit der Bevölkerung ehrlich meint, nicht aus! Lassen Sie die Sache nicht so gehen, daß zwischen die Kartoffeln alles mögliche Dreckzeug hineinkommt, sondern lassen Sie die Kartoffeln unter der Kontrolle der Organisation der Verbraucher ^{Handel} und Erzeuger liefern. Wenn Sie die Kartoffellieferung in ~~der~~ die rechten Kanäle leiten

und

und die Preise bezahlen, die unbedingt gefordert werden müssen, ^{werden} dann ~~wenn~~ Sie das schaffen, was zur Ernährung der Bevölkerung unbedingt erforderlich ist. Lassen Sie den Einkauf, soweit es möglich ist, direkt vom Erzeuger zum Verbraucher gehen, weiter aber benutzen sie die Kanäle, die für die Kartoffelversorgung da sind, ^{schalten} ~~schließen~~ Sie den ehrlichen Handel nicht aus! Sie können überzeugt ^{sein} ~~sind~~, daß die Organisationen, ^{en} die für die Kartoffelversorgung heute schon da sind, alles aufbieten werden, daß den Interessen der Bevölkerung Rechnung getragen wird.

gez. *BM*

Stadtbaurat Gebensleben: Ich möchte nur noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Maaß sagen. Er meinte, wir müßten eine bestimmte Summe haben, mit der wir jetzt schon operieren könnten. Ich habe mir eigentlich gedacht, wir wollten städtische Mittel bei dieser Aktion tunlichst nicht in die Hand nehmen, sondern wollten die Erzeuger mit den Verbrauchern in unmittelbare~~n~~ Berührung bringen, nicht aber unter Einschaltung der Stadt. Ich habte immer noch die Hoffnung, daß ^{uns} ~~und~~ das gelingen wird. (Zuruf: Ausgeschlossen!) Ich glaube gebe zu, daß ~~hi~~ der eine oder andere hierzu ein Fragezeichen zu machen Grund hat, aber ich denke nun einmal in dieser Beziehung optimistisch; denn nach der Vorbesprechung habte ich die Hoffnung gewonnen, daß sich mein Gedanke verwirklichen läßt. Sollte das nicht möglich sein, sondern die Stadt abermals in einem gewissen Umfang das Kartoffelgeschäft machen müssen, so glaube ich, daß ~~der~~ die Herrschaften ohne weiteres bereit sein werden, der Stadt

Stadtverwaltung für diese Nachkriegswirtschaft einen gewissen Kredit zu bewilligen, der allerdings nur ein durchlaufender Posten im städtischen Stadthaushalt sein ^{würde} ~~dürfte~~. Auf der einen Seite geben wir das Geld aus und nehmen es auf der andern Seite wieder ein, und ich hoffe, daß wir nicht mit einem Defizit abschließen werden. Ich habe schon erwähnt, daß wir im vergangenen Jahre bei der Kartoffelbewirtschaftung durch die Stadt leidlich gefahren sind, also kein Defizit gemacht haben. Aber die Herrschaften werden sich ~~durch~~ daran erinnern, daß die Sache nicht in allen Jahren so günstig verlaufen ist, besonders ~~im~~ im ersten Kriegsjahre haben wir ein erhebliches Defizit gehabt. Ich darf annehmen, daß die Versammlung einverstanden ist, daß, wenn wir ^{wider} ~~Wider~~ erwarten das Kartoffelgeschäft machen müssen, ein gewisser Kredit von ihr ~~gewillt~~ bewilligt werden wird.

Auf Anfrage des Vorsitzenden erklärt^{sich/}der Antragsteller mit der vorgeschlagenen Regelung einverstanden. Der Rest der Anträge wird auf die nächste Sitzung vertagt und der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 7 3/4 Uhr.

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 29. September 1921.

Tagesordnung:

1. Antrag Gräf auf Erhöhung der als Beihilfen an
Turn- und Sportvereine ausgeworfenen Summe.
2. Antrag Sievers, betreffend Nachzahlungen an die
städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinmache-
frauen.
3. Beteiligung der Stadt an der Kulturfilmbühne G.m.b.H.
4. Antrag des Zentralverbandes der Invaliden und
Witwen Deutschlands auf Unterstützung.
5. Antrag derselben Vereinigung auf Gewährung einer
Beihilfe zur Veranstaltung eines Opfertages.
6. Antrag Marth, die Prüfung der Besoldungsordnung
angehend vorzunehmen.
7. Antrag Böhm auf Überweisung eines Beitrages für
die hungernde Bevölkerung Rußlands an das Komitee
Arbeiterhilfe.
8. Antrag Stukenberg, die nächtliche Beleuchtung auf
den Höfen der städtischen Wohngrundstücke an der
Korfesstraße.
9. Antrag Nessenius, betreffend Belassung von Kindern
aus der Stadt in Nachbargemeinden verzogener
in den hiesigen Schulen.

10. Antrag Tostmann, bei den Armenunterstützungen Arbeitsverdienst und Reichsrenten nicht mit anzurechnen.
11. Neuwahl der Beisitzer des Landausschusses.
12. Aufnahme eines Rechtsstreits (Kraftwagenhalter Reichardt)
13. Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten.
14. Neuwahl eines Mitgliedes des Vorstandes der städtischen Fortbildungsschule.
15. Schaffung von zwei neuen Lehrerinnenstellen bei den städtischen Bürgerschulen.
16. Aufnahme einer Räumungsklage (Bohde).
17. Beschaffung zweier Jahrgänge des statistischen Jahrbuchs Deutscher Städte.
18. Zuschuß für das Oberschlesier-Hilfswerk und Spende für die Opfer des Oppauer Unglücks.
19. Wasserpreis für die Siedelung Freiland auf dem Flugplatze.
20. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.
21. Erwerb von Geschäftsanteilen der Ein- und Verkaufsgenossenschaft gewerbetreibender Kriegs- und Zivilblinder.
22. Abschluß eines Mietvertrages für das Grundstück Leopoldstraße 16.

23. Anfrage Marth über die Verwendung der Villa Hörstel für einen Frauenklub.
24. Anfrage Maaß, betreffend die Kartoffelversorgung der braunschweiger Bevölkerung.
Im Anschluß daran:
Antrag Maaß: betreffend die gleiche Angelegenheit.

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister Reiter, Bürgermeister Meyer, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper, Stadtrat Vogler, sowie die Stadträte Burgeld, Füernann, Pinnow, Dr. Reiche und Rüter.

Es fehlen die Herren Stadtverordneten Fay, Höll, Rasche, Dr. Schultze, Stegmann.

Vorsitzender Frede: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Antrag des Herrn Nessenius folgenden Wortlauts:

„Als Zeichen unserer Teilnahme und zur Linderung der Not bitte ich die Stadtverordneten, auf alle
Tage-

Tagegelder, die der Haushaltsplan für dieses Jahr vorsieht, zu verzichten, um dieselben den Witwen und Waisen der Oppauer Katastrophe zu überweisen."

Eine Anfrage ist eingegangen von Herrn Marth: „Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß ein Frauenklub die Villa Hörstel gemietet hat, um in diesem Hause ein Klubhaus für Damen einzurichten?"

Sodann haben die Betriebsräte des Elektrizitäts- werks und der Straßenbahn Mitteilung gemacht von einem Schreiben, das sie an den Rat der Stadt gesandt haben und in dem um Schaffung von Notstandsarbeiten ersucht wird. - Wir warten die Stellungnahme des Rates in dieser Sache ab.

Der Betriebsrat des Gaswerks an der Tauben- straße, gezeichnet: Otto Schulz, erster Vorsitzender, hat ein Schreiben an den Vorsitzenden der Stadtverordneten und damit wohl an die Stadtverordneten selbst gerichtet, in dem er ersucht, daß der früheren Zusicherung auf Niederbelieferung der Arbeiter dieses Werks mit Stoffen zu Anzügen nachgekommen wird. Ich überweise das Schriftstück dem Rat der Stadt

Stadt, damit er Gelegenheit hat, sich darüber zu äußern.

Weiter ist eine etwas merkwürdige Eingabe eingegangen, auch adressiert an den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet: Der Betriebsrat des Lagerplatzes am Westbahnhof. Zunächst ist in der Eingabe eine Abschrift desjenigen Schreibens gegeben, das von Herrn Stadtbaurat Menadier an den Betriebsrat der auf den städtischen Lagerplätzen beschäftigten Personen gerichtet ist - unter den Lagerplätzen werden die Holzlagerplätze am Westbahnhof und an der Hußbergstraße verstanden - und in dem ausgeführt wird, daß eine Einschränkung der Arbeit auf den Lagerplätzen vorgenommen werden müsse. Das dann angefügte Schreiben des Betriebsrats enthält aber keinen Antrag, sondern nur eine Kritik des vorher erwähnten Schreibens. Wir sind nicht in der Lage, von hieraus ein Urteil über die Sache abzugeben, und ich muß als beste Erledigung dieses etwas außergewöhnlichen Schreibens den Weg ansehen, daß wir es auch dem Rat der Stadt über-

set-

weisen und ihn so in die Lage setzen, sich zu äußern über die Berechtigung des Schreibens des Herrn Stadtbaurats, mindestens aber diesen zu veranlassen, sich darüber zu äußern.

Antrag G r ä f auf Erhöhung der als Beihilfen
an Turn- und Sportvereine ausgeworfenen Summe.

Stadt. B u r g d o r f f : Herr Gräf hat den Antrag eingebracht, daß die Stadtverordneten beschließen möchten, die von Seiten des Rats unter Kap. XVII (Seite 295) eingesetzte Summe von 10 000 M als Beihilfe an die Turn- und Sportvereine auf 20 000 M zu erhöhen. Der Finanzausschuß hat sich mit der Vorberatung dieses Antrages beschäftigt und ist durch Mehrheitsbeschluß zur ~~Ablehnung~~ Ablehnung des Antrages gekommen und zwar aus folgenden Gründen:

- 1) weil in den diesjährigen Voranschläge ^{die} ~~der~~ für das Vorjahr ausgeworfene Summe von 5000 M bereits auf das doppelte, also auf 10 000 M erhöht worden ist,
- 2) weil diese Summe noch nicht zur Auszahlung gelangt ist,
- 3) weil die Finanzlage der Stadt eine ungünstige ist.

Ich habe diesen Beschluß der Finanzkommission dem Plenum mitzuteilen und bitte, Stellung dazu zu nehmen.

Stadtv. S t u k e n b e r g: Meine Damen und Herren ! Ich kann mich dem Beschluß des Finanzausschusses nicht anschließen, sondern muß mich dafür aussprechen, daß dem Antrage Gräf stattgegeben wird. Die Notwendigkeit, etwas für die Turn- und Sportvereine zu tun, ist auch vom Herrn Berichterstatter anerkannt worden, aber wir dürfen es nicht nur bei der Anerkennung lassen. Das Turnen und der Sport sind gerade in der heutigen Zeit von so großer Bedeutung auf dem Gebiete der Erziehung und Ertüchtigung unserer Jugend, daß wir hier keine Mittel scheuen dürfen, um die Tätigkeit der Turn- und Sportvereine zu fördern. Wir können mit Freuden feststellen, daß gerade heute unter der Jugend eine helle Begeisterung für Turnen und Sport entflammt ist, besonders unter der Jugend, die nicht mehr die Gelegenheit hat, wie die schulpflichtigen Knaben und Mädchen Turnen und Sport zu betreiben. Es freut einen, wenn man diese Begeisterung Sonntag für Sonntag feststellen kann. Diese Begeisterung

zu

zu erhalten, setzen sich die Turn- und Sportvereine ein und ihre Aufgabe auf diesem Gebiet ist heute eine ganz gewaltige. Die Kosten, die diesen Vereinen durch die Pflege von Spiel und Sport entstanden sind, sind heutigen Tage besonders groß, sodaß sie, je mehr die Betätigung auf diesem Gebiete Platz greift, auf eine Unterstützung durch die Behörden angewiesen sind, denn die Vereine sind nicht in der Lage, immer wieder an eine Beitragserhöhung heranzugehen. Wenn wir auch bereits 10 000 M für diesen Zweck bewilligt haben und wenn auch gesagt worden ist, daß die Unterstützungen noch nicht anbezahlt worden sind, so ist das für sich kein Grund, den Antrage auf eine Erhöhung der Unterstützung nicht zuzustimmen. Wir wollen uns darüber klar sein, daß das Turnen und der Sport ^{hier} in Laufe der ^{letzten} Jahre gewaltig ^{erhalten} ~~emporgeschritten~~ sind, und es darf an dieser Stelle lobend anerkannt werden, daß die vielen Turn- und Sportvereine unserer Stadt auf diesem Gebiete Hervorragendes geleistet haben.

Nir

Wir können uns der Hoffnung hingeben, daß die Jugend in diesen Vereinen gut aufgehoben ist, daß sie dort das gewinnt, was sie heute braucht. Besonders die Berufsjugend muß sich für ihren schweren Daseinskampf körperlich ertüchtigen, ihren Körper stählen, damit sie bei der heute immer noch zutage tretenden Unterernährung die Arbeit im wirtschaftlichen Kampfe leisten kann, die wir letzten Endes besonders von unserer Jugend erwarten, denn sie ist der Nachwuchs, der unser Vaterland demnächst wieder aus dieser Notlage herausführen soll. Aus diesen Gründen heraus bitte ich Sie, meine Damen und Herren, sich nicht knauserig anzustellen, wenn hier noch 10 000 M für diesen Zweck gefordert werden. Wir tun damit ein gutes Werk und können überzeugt sein, daß die Turn- und Sportvereine von dieser Bewilligung einen guten Gebrauch machen werden.

Stadt. G r a f : Meine Damen und Herren !
Die neue Reichsverfassung enthält schöne Worte
über die Reinerhaltung, Gesundheit und soziale För-
derung der Familie. Die Erziehung des Nachwuchses
zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen
Tüchtigkeit soll oberste Pflicht der Eltern sein,
über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft
wacht. Der Staat und die Gesellschaft haben die
körperliche Erziehung und ihre Bedeutung für die
Zukunft nicht überschätzt, sondern sehr stark unter-
schätzt. Die Macht des Staates darf an und für sich
in Anbetracht seiner finanziellen Not nicht über-
schätzt werden. Was an Ausgaben für die Gesundheit
und Erziehung der Jugend erspart wird, das wird
dreifach für Krankenhäuser und Gefängnisse ausge-
geben werden müssen. Staat und Gemeinden sind bis-
her in ihren Leistungen für Turnen und Sport unge-
bührlich hinter der privaten Tätigkeit der größeren
Organisationen zurückgeblieben, während doch öffent-
liche und private Organisationen auf diesem Gebiete
sich ergänzen sollen. Wie schon gesagt, erwartet

die Reichsverfassung, daß die staatlichen Gemeinschaften über die Vereine zur Erleichterung der Jugend wachen sollen, aber sie hätten nicht nur die Pflicht, hierüber zu wachen, sondern auch sie finanziell zu unterstützen. Schon in der Ausschusssitzung habe ich erwähnt, daß andere Städte - Köln, Bremen, Heidelberg, Bonn - nicht nur 10 000 M, sondern 50 000 M für das Turnen und den Sport in ihren Etat eingestellt haben. Es kommen dort an die bürgerlichen und an die Arbeiter-Sportvereine über 20 000 M zur Verteilung. Ich erwähne einen Erlaß zur Bildung der ³Schulentslassenen Jugend, herausgegeben vom preußischen Minister für Volkswohlfahrt. Er schreibt ausdrücklich „Bei der hohen Bedeutung, die der Jugendpflege gerade in der Gegenwart zukommt, ist es erwünscht, daß die weitesten Kreise der Jugendlichen sich geeigneten Jugendvereinigungen zuwenden.“

Es liegt daher im allgemeinen Volksinteresse, Schüler und Schülerinnen während des letzten

Schul-

Schuljahres in angemessener Form auf die Veranstaltungen zur Pflege der schulentlassenen Jugend hinz^{weisen}~~wirken~~ und sie möglichst wirksam anzuregen, nach dem Austritt aus der Schule gut geleiteten, ihnen zusagenden Jugendvereinigungen beizutreten.'

Sie sagen: ~~Überall~~ strebt man nach körperlicher Ausbildung und überall schätzt man die wertvolle Tätigkeit der Turn- und Sportvereine, aber die finanziellen Mittel der Vereine reichen nicht aus, um die ihnen erwachsenden ungeheuren Kosten zu bestreiten. Den Folgen der Entwertung des Geldes für die Turn- und Sportvereine kann nicht dadurch abgeholfen werden, daß wir immer und immer wieder die Vereinsbeiträge erhöhen. Die Vereine haben schon durchweg die Beiträge auf das Zehnfache erhöht. (Zuruf: Na, na!) Wenn Herr Dr. Jasper daran zweifelt, so kann ich ihm mit Beispielen unter die Augen gehen. (Zuruf Dr. Jasper: Nach Ihrer Mitteilung im Ausschuß ist das nicht anzunehmen.) Ich war nicht darauf eingerichtet, daß Herr Frede in der Ausschuß

sit-

sitzung darauf zu sprechen kam, wie die Beitrags-
erhöhung in Betracht gezogen werden könnte. Das
ist übrigens für mich vollständig nebensächlich.
Wenn wir der Jugend mit hohen Beiträgen kommen,
dann können wir sicher sein, daß wir in unseren
Vereinen keine Jugend mehr haben werden, denn die
Eltern unserer Mitglieder zahlen nicht so viel wie
die Eltern der besitzenden Klassen zahlen können;
5 - 10 M Vereinsbeiträge können die Eltern unserer
Jugend bei der heutigen sozialen Not nicht er-
scheinen. Ich habe mich nach der Höhe der Beiträge
erkundigt, und es stimmt, was ich darüber sagte:
durchschnittlich nehmen die Vereine 3 - 5 M Beitrag,
und das ist das Zehnfache des früheren Beitrages.
Die Stadt Köln ist in dieser Sache großzügiger vor-
gegangen, und der Oberbürgermeister Adenauer äußert
sich dahin, daß die Leibesübungen die beste Gegen-
wirkung gegen die sittlichen Gefahren der Jugend
sei, er wünscht die Einrichtung von Sportplätzen
und hat für die Jugendpflege, sowie Turnen, Sport

und

und Spiel 134 575 und 541 634 M zur Verfügung gestellt.

Ich freue mich, daß Herr Stukenberg für meinen Antrag eingetreten ist und bitte Sie, den Antrage entsprechend 20 000 M für die Turn- und Sportvereine zu bewilligen.

Stadtrat S e h a p e r: Vor zwei Jahren haben die städtischen Behörden zum erstenmal einen Jahresbeitrag für die Turn- und Sportvereine in den Etat eingestellt und dafür 5000 M bewilligt. Diese Summe ist während zweier Jahre zur Verteilung gekommen. Im vorigen Jahre sind an alle 26 Vereine, die sich beworben hatten, Beihilfen bewilligt worden; wir haben keinen Verein ausgeschlossen, weil sich im Jahre vorher Unstimmigkeiten durch die Auswahl ergeben hatten. Es steht allerdings in den Bestimmungen, daß nur solche Vereine bedacht werden sollen, deren Wirken im öffentlichen Interesse liegt, nicht aber ~~Vereine~~ kleine, unbedeutende Vereine. Zwei Vereine haben 500 M bekommen,

1 Verein 450 M,
1 " 300 ",
1 " 250 ",
9 Vereine 200 M,
12 " 100 ".

Hun

Nun war in Vorjahre ein Antrag von Braunschweiger Ausschuß für Leibesübungen eingereicht worden, diese Summe von 5000 M zu erhöhen. Wir haben in Rat die Sache geprüft und haben daraufhin für das laufende Rechnungsjahr die Summe von 10 000 M in den Etat eingesetzt. Verteilt ist diese Summe jedoch noch nicht.

Zur Beurteilung, ob eine weitere Erhöhung der ausgesetzten Summe notwendig erscheint, möchte ich Ihnen einige Zahlen aus den in Januar d.J. eingereichten Bewerbungsschreiben vorlesen.

<u>Freie Turnerschaft:</u>	Mitgliederbestand	1222,
	davon Kinder	500
	Passtör	350
	Jugendturner	100
	Turnerinnen	50.

Kassenverhältnisse: Barbestand 264 M, Schulden 1200M. Wir haben dem Verein in Vorjahre 500 M bewilligt und würden in der Lage sein, ihn in diesem Jahre 1000 M zu bewilligen. Die Mitglieder zahlen an

Bet-

Beiträgen monatlich 1,50 M., 70 Pfg. und 50 Pfg.

Sportverein und Sportklub 1902:

80 Mitglieder, Kassenbestand 200 M., Monatsbeitrag 2 M. Der Verein hat im Vorjahre 100 M. erhalten, obwohl er einen Kassenbestand hatte, aber er wünschte Mittel zu haben, ^{keine Obliegenheit} ~~um weiter wirken zu können~~ ^{ausführen}.

Ring- und Stenklub Eintracht:

120 Mitglieder, Kassenbestand 360 M.

Monatsbeitrag 3 und 2 M.

Dieser Verein hat 100 M. erhalten.

Arbeiter-Radfahrverein:

216 Mitglieder, Beitrag monatlich 1 M. Kassenbestand 38 M., aber daneben eine aufgenommene Schuld von 1000 M.

Männer-Turnverein:

hat einen Fehlbetrag von 2984,65 M.

Er hat 500 M. bekommen.

Nun hat Herr Gräf vorher einige Zahlen angeführt, die andere Städte die Turn- und Sportvereine unterstützen. Ohne weiteres kann man diese Zahlen

nicht

nicht auf Braunschweig übertragen, denn die 10 000 M Unterstützung stellen nicht die einzige Leistung der Stadt für Turn- und Sportvereine dar, sondern die Stadt gewährt den Vereinen Spielplätze, zahlt die Pacht für das Französisches Feld und stellt den Vereinen Turnhallen mit sämtlichen Turngeräten mietfrei und ohne Heizungs- und Beleuchtungskosten zur Verfügung. Für mich liegt die Sache so, daß auf Grund der vorjährigen Bewerbungsschreiben 10 000 M als genügend anzusehen sind. Ich erkenne durchaus die Leistungen der Turn- und Sportvereine in der Stadt Braunschweig an und bin auch der Meinung, daß die städtischen Behörden verpflichtet sind, diesen Vereinen helfend zur Seite zu stehen. Aber auf Grund der Bewerbungsschreiben erscheint ~~mit~~ die für dieses Jahr bewilligte Beihilfe von 10 000 M als ~~zu~~ genügend. Gewinnen wir aus den in diesem Winter einzureichenden Bewerbungsschreiben die Überzeugung daß die 10 000 M nicht genügen werden, dann glaube ich, daß der Rat bereit sein wird

wird, für das kommende Jahr einen höheren Betrag einzusetzen. Für dieses Jahr jedoch möchte ich bitten, es bei der Summe von 10 000 M bewenden zu lassen.

Stadt. Dr. J a s p e r: Nach den Ausführungen des Herrn Stukenberg und des Herrn Gräf möchte es so scheinen, als sei der Haushaltsausschuß durchaus ~~Sport~~ feindlich gesinnt gewesen. Es hat uns aber bei unserer Beschlussfassung nicht eine Unterstellung geleitet, wie sie aus den Worten des Herrn Stukenberg durchklang, der ja bei der Beratung gar nicht zugegen war, sondern die sachlichen Erwägungen, die Herr Stadtrat Schaper vorgetragen hat. Bei dieser Sachlage: daß ein erhöhter Bedarf noch nicht gemeldet war, daß die Mittel eben erst erhöht sind, daß nach den Erklärungen des Herrn Stadtrat die jetzt verdoppelten Mittel ausreichen werden, den früher gemeldeten Bedarf einigermaßen zu decken, können wir nicht aus den vollen Wirtschaften, ~~wahr~~ Herr Gräf und andere Herren glauben und sagen: Wir haben es ja! Wenn ein sachgemäßer Bedarf zur Förderung dieser wichtigen Angelegenheit vorhanden ist, so daß die Stadtverwaltung helfen muß, dann ist es auch die Meinung des Ausschusses gewesen, daß den

nach-

nachgekommen werden soll. Wir wollten aber zunächst abwarten, wie der Hase in diesem Jahre läuft, wie nach den vorliegenden und noch einkommenden Meldungen mit dem ausgeworfenen Gelde auskommen werden kann. Kann man auskommen, dann ist es gut; kann man nicht auskommen, dann wird der Rat der Stadt uns näher kommen. Ich bitte deshalb, es bei dem Beschluß des Ausschusses zu belassen.

Stadt v. S t e i n e r t : Wenn eben gesagt wurde, daß die Vereine versuchen sollten, mit den ausgeworfenen Mitteln auszukommen, so kann man von vornherein sagen, daß es ihnen nicht möglich sein wird, damit auszukommen. Wenn ein kleiner Verein 150 M Zuschuß oder ein großer 500 M bekommt, so ist das gewissermaßen ein Tropfen auf den heißen Stein, besonders wenn man daran denkt, was die Anschaffung von Turngeräten kostet. Ein Fußball allein kostet heute schon ein gehöriges Geld, und die Vereine sind gezwungen, solche Anschaffungen zu machen. So muß der Verein trotz des Zuschusses noch gehörig in die Tasche greifen, besonders wenn er 3 oder 4 davon kaufen soll, denn von den ausgeworfenen Mitteln ist er nicht in der Lage, solche Anschaffungen zu machen. Darum möchte ich Sie bitten, diesem Antrage meines Freundes Gräf zuzustimmen, so daß die Summe von 10 000 M auf 20 000 M erhöht wird.

Stadtv. G r ä f : Ich möchte noch kurz darauf hinweisen, daß sich die Vereine in einem Bittgesuche direkt an den Rat der Stadt gewandt und um eine Unterstützung gebeten haben zur Beschickung der Vorturnerstunden, die in Berlin Spandau und Kernigerode stattgefunden haben. Der Rat hat dazu auch eine bestimmte Summe bewilligt, denn diese Kosten können die Vereine nicht selbst bezahlen. Es muß doch zugegeben werden, daß die hiesigen Vereine nicht in der Lage sind, die Vorturner, die unsere Jugend beim Turnbetriebe leiten sollen, hier selbst auszubilden. Wir können unmöglich die Vereine mit Leuten traktieren, die keine genügende Ausbildung haben. Die bürgerlichen Vereine sowohl wie die Arbeitervereine haben sich deshalb auch an den Staat gewandt. Ich weiß auch, daß der Staat den beiderseitigen Vereinen einen Zuschuß von 4000 M. zugewilligt hat, damit die Vereine in der Lage sind, die Schäden zu reparieren, die an den Geräten während des Krieges entstanden sind.

Gleich-

Gleichzeitig haben die Vereine Summen zu erwerben versucht dadurch, daß die Prioritätsorganisationen, auch einzelne Mitglieder selber freiwillig ~~haben~~ Beiträge geleistet haben. Das alles bitte ich für die heutige Bewilligung mit zu bedenken und meinen Anträge zuzustimmen.

Stadtrat S e h a p e r: Die Leistungen eines Vereins steigern sich selbstverständlich mit der guten Ausbildung der Vorturner, und mit Rücksicht darauf haben wir im vorigen Jahre zur Deckung der Unkosten für Teilnahme an einem Kursus für Vorturner in Spandau eine besondere Summe bewilligt. Das ist aber eine Bewilligung, die ^{der Beihilfe von 10000 M} noch ~~nebenbei~~ geschehen ist.

Stadte. B a r g d o r f f : Zu der Ablehnung des Antrages durch den Mehrheitsbeschluss des Finanzausschusses möchte ich bemerken, daß ich mit Herrn Dr. Jaaper darin übereinstimme. Wenn die ausgesetzte Summe gegenüber dem Vorjahre verdoppelt ist und noch garnicht klargestellt ist, ob der notwendige Bedarf - und dieser kommt in erster Linie in Frage - gedeckt werden kann, so sollte man es erst einmal mit 10 000 M versuchen. Wir alle erkennen die Notwendigkeit der Förderung der körperlichen Ausbildung der Jugend an, hier wird aber darauf Bedacht zu nehmen sein, daß die Erhöhung der Summe schon vorgenommen ist, daß diese Summe für das laufende Jahr noch gar nicht zur Ausgabe gelangt ist und schließlich die Finanzlage der Stadt nicht gerade die beste ist. Aus diesen Gründen ist die Ablehnung des Antrages erfolgt.

Für den Antrag Gräf stimmen 14 Stadtverordnete,
dagegen 15. Der Antrag ist damit abgelehnt.

2. Antrag S i e v e r s, betreffend Nachzahlungen
an die städtischen Angestellten, Arbeiter und
Reinmachefrauen.

Stadtv. B u r g d o r f f : Die Vorberatung
über diesen Antrag ^{Konnte} ~~konnte~~ noch nicht bis zur Ent-
scheidung durch den Finanzausschuß gefordert werden
weil die vom Staatsministerium erbetene Auskunft
noch nicht eingegangen ist. Es wird vom Finanzaus-
schuß gebeten, die Behandlung des Antrages für
heute auszusetzen bis dahin, daß die Ermittlungen
endgültig abgeschlossen sind.

Der Vorsitzende nimmt das Einverständnis der
Versammlung mit dem Antrage des Finanzausschusses
auf Vertagung der Beratung des Antrages an.

(Punkt 2)

3. Beteiligung der Stadt an der Kulturfilmbühne

G. n. b. H.

Stadtp. D i e t e r m a n n: Der Finanzausschuß empfiehlt, die Beratung einstweilen noch auszusetzen, weil nochmals Nachforschungen angestellt werden sollen nach einem anderen besseren Saale für die Kulturfilmbühne.

Mit dem Antrage, die Behandlung des Punktes 3 zu vertagen, ist die Versammlung stillschweigend einverstanden.

4. Antrag des Zentralverbandes der Invaliden und
Nerven Deutschlands auf Unterstützung.
5. Antrag derselben Vereinigung auf Gewährung einer
Beihilfe zur Veranstaltung eines Befertages.

V o r s i t z e n d e r: Der Finanzausschuß ist der Meinung, daß über diese beiden Punkte die Vorschläge des Rates abzuwarten sind und daß ihm zu dem Zwecke das Material, das vom Vorstande dieser Vereinigung eingereicht war, zu übergeben ist. Das letztere ist geschehen.

Die Versammlung ist mit dem Antrage des Finanz-
ausschusses stillschweigend einverstanden.

(Punkt 5)

6. Antrag Marth, die Prüfung der Besoldungs-
ordnung umgehend vorzunehmen.

Stadtv. M u n t e : Der Antrag des Herrn Marth lautet: „Ich bitte, beschließen zu wollen, die Nachprüfung der Besoldungsordnung umgehend vorzunehmen.“ Dieser Antrag will etwas ^Gutes - das wollen wir alle anerkennen und es unterstützen, daß endlich einmal die Besoldungsordnung der städtischen Beamten ordnungsmäßig geregelt wird. Der Antrag hat allerdings insofern etwas nicht gerade Angenehmes an sich, als er fordert, daß ein Beschluß der städtischen Behörden ungeworfen werden soll. Als wir zum ersten Mal die Besoldungsordnung berieten - ich glaube, es war im Dezember - und wurde sie als eine vorj^hrtgel^uufige Besoldungsordnung verabschiedet mit dem Hinzufügen, daß sie bis zum 30. ^{Juni} ~~Januar~~ d. Js. endgültig festgestellt werden sollte. Man war dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die staatliche Besoldungsordnung gleichfalls bis zum 30. ^{Juni} ~~Januar~~ festgestellt war, und im Anschluß daran sollte die end-

gültige städtische Besoldungsordnung vorgenommen werden. Das sollte nach der staatlichen Regelung geschehen, damit nicht nachträglich von uns noch Veränderungen vorgenommen werden müßten, wenn wir vorangegangen wären und es sich schließlich herausstellen sollte, ^{zufolge} staatliche Ordnung Abweichungen aufwies, die von Belang waren. Als es sich herausstellte, daß bis zum 30. ^{Juni} ~~Januar~~ der Staat die Prüfung seiner Besoldungsordnung nicht vorgenommen haben würde, faßten die städtischen Behörden den Beschluß, die endgültige Regelung der städtischen Besoldungsordnung bis dahin zurückzustellen, daß die Staatliche in Ordnung gekommen war, wobei wiederum die Hoffnung zum Ausdruck kam, daß der Staat die Materie soweit vorgearbeitet hatte, daß auch die Stadt bald in die Lage kam, über seine endgültige Regelung beschließen zu können. Nun, wurde der Antrag Marth gestellt, und wir haben ihn im Finanzausschuß beraten, wobei Herr Marth zugegen war. Wir sind darüber unterrichtet worden, daß jetzt

jetzt tatsächlich das Ministerium den Landtage eine Vorlage unterbreiten will, die sogar schon in einem Exemplar in der Sitzung des Ausschusses gedruckt vorlag. Unter diesen Umständen ist anzunehmen, daß es mit der Revision der Besoldungsordnung im Landtage jetzt schnell geht, und da es von Haus aus unsere Absicht war, uns erst nach der Erledigung der Revision der Besoldungsordnung durch den Staat mit der endgültigen Regelung in der Stadt zu befassen, so sind wir im Anschluß in Übereinstimmung mit dem Herrn Antragsteller zu dem Beschlusse gelangt, den Antrag noch einmal auf sich beruhen zu lassen mit der Maßgabe, den Rat zu bitten, er möchte mit seinen Vorbereitungen zur Prüfung der Besoldungsordnung gleich beginnen, sodaß wir, sobald der Landtag die ^e endgültige Regelung genehmigt hat, in der folgenden Stadtverordneten-sitzung vom Rat eine Vorlage über diese Sache bekommen. Ich habe Ihnen vorzuschlagen, sich mit

dieser

diesen Antrage des Ausschusses einverstanden zu erklären und sich noch einige Wochen zu gedulden in der Hoffnung, daß die Prüfung dann vorgenommen werden kann.

- 38 -

Stadt. M a r t h : Der Herr Berichterstatter hat eben mitgeteilt, in welcher Weise im Haushaltsausschuß die Sache geregelt worden ist, und ich habe bei seinem Bericht nur vermißt, daß er noch hätte hinzufügen müssen, daß in Falle der Landtag die Besoldungsordnung im Staat nicht mehr vor den Neuwahlen fertig bringt, dann trotzdem die Stadt ihre Revision ohne Rücksicht auf die Zeit der staatlichen Regelung sofort vornehmen soll. Ich habe Bedenken, ob in der jetzigen Landtagsperiode noch die Revision der Besoldungsordnung des Staates vorgenommen werden wird, und habe Veranlassung, zu glauben, daß die Sache verschleppt wird. In dem Falle möchte ich nicht, daß die städtischen Beamten noch länger warten müssen, bis sie ihre ordnungsmäßigen Gehälter und Bezüge erhalten. Es geht nicht an, daß die städtischen Beamten immer hinter den staatlichen Beamten zurück stehen und dadurch geschädigt ^{werden.} ~~sind.~~ Ich bitte Sie, den von dem Herrn

Bericht-

Berichterstatte vorgetragenen Beschluß in dieser Weise zu ergänzen, daß also, wenn in Landtage die Revision verzögert wird, sodaß sie nicht vor den Wahlen vorgenommen wird, die endgültige Regelung der städtischen Besoldungsordnung nach der Besoldungsordnung des Reiches von uns in Angriff genommen werden wird.

Stadtv. M u n t e : Ich muß zugeben, daß ich in dieser Beziehung die Verhandlung des Ausschusses nicht ganz vollständig wieder gegeben habe, aber ich habe mir gesagt, daß dieses Moment unwesentlich wäre, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß der Landtag, der allerdings ^{endet} ~~ändert~~ mit der Festsetzung der Verfassung, nicht noch eine solche wichtige Aufgabe löst, daß er also die Beamtenbesoldung nicht vor seinem eigenen Todesurteil verabschieden sollte.

Stadt. S a n e r b i e r : Meine Damen und Herren! Den Worten des Herrn Berichterstatters und des Herrn Marth ist eigentlich nichts hinzuzufügen, aber ich möchte doch noch eine kleine Feststellung machen. Als ich in der ^{der Abgeordnete Marth} ~~Satzung~~ ^{Legung} den gleichen Antrag als einen dringenden stellen und ersuchen wollte, sofort mit der Revision der Gehaltsordnung zu beginnen, war das ^{me} gesagte Kollegium dagegen, und heute wird von uns verlangt, daß wir dafür stimmen sollen. Die Sache hat ^{aber jetzt} einen besonderen Grund, der darin liegt, daß zwei Tage nach der Stellung des Antrages Marth, die Vorlage des Staates an den Landtag gegeben wurde und der ^{Befolgungslauf} Landtag sich sofort in Tätigkeit gesetzt und mit der Vorberatung begonnen hat. Die Beratungen sind ^{schon} soweit gediehen, daß die Sache sofort von Plenum beraten werden kann. Nun ist von großem Interesse ^{für} die städtischen Beamten, daß, wenn irgend möglich, parallel mit der Beratung der Besoldungsordnung für die Staatsbeamten ^{der} städtischen

Stadtv. J a h n s : Herr Sauerbier hat den frommen Wunsch ausgesprochen, daß in der nächsten Woche das Plenum des Landtages sich mit der Revision der Besoldungsordnung befassen mögen. Wie ich gehört habe, ist das Mantelgesetz in Besoldungsausschuß des Landtages verabschiedet worden, aber man plant nun eine 2. und 3. Lesung - so schnell, wie Herr Sauerbier meint, wird die Sache also nicht vor sich gehen. Ich möchte betonen, daß die Verzögerung der ganzen Materie nicht der Beamtenschaft zuzuschreiben ist, die bei der Aufstellung der Vorlage mit gewirkt haben, sondern daß die Regierung die Fertigstellung der Vorlage verschoben haben. Ich habe immer schon gesagt: Erst wenn andere Staaten vorangegangen sind, dann kommt Braunschweig und hinterher kommen erst die Kommunalverbände. Ich möchte deshalb den Antrag unterstützen, daß alabald an die Prüfung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten herangegangen

wird.

lrd, nicht erst wenn der Landtag fertig ist. Ich bitte also dringend, den Antrag des Herrn Marth zu unterstützen.

Stadtv. S a u e r b i e r : Wenn die Ausführungen des Herrn Jahns zutreffen, daß erst eine 2. und 3. Lesung in der Kommission stattfinden soll, dann steht die Sache für die städtischen Beamten bedeutend schlechter und die Annahme des Antrages Marth ist dann eine Notwendigkeit geworden. Ich möchte dringend bitten, dem Antrage des Herrn Marth statt zu geben.

V o r s i t z e n d e r : Es wird von den Herren Vorrednern gewünscht, der Antrag Marth solle angenommen werden. So ist der Antrag der Kommission doch nicht zu verstehen, sondern es handelt sich darum, einen Antrag der Kommission anzunehmen, zu dem Herr Marth noch einen Zusatz gemacht hat, und das meinten die beiden Herren Vorredner doch wohl auch.

Joh nehme an, daß die ^{mit der Erledigung} ~~Versammlung~~ ~~des~~ Antrages Marth, die die Kommission vorgeschlagen hat, einverstanden ist unter ausdrücklicher Hervorhebung des Punktes, den Herr Marth noch betont hat.

Ohne Widerspruch.

2. Antrag B ö h m auf Überweisung eines Beitrages
für die hungernde Bevölkerung Rußlands an das
Komitee Arbeiterhilfe.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten-
versammlung wolle beschließen, für die hungernde
Bevölkerung Rußlands 20 000 Mark dem Komitee Ar-
beiterhilfe zu überweisen.“

Stadt v. Frau B ö h m (zur Begründung): Meine
Damen und Herren! Durch die anhaltende Dürre in
Wolgagebiete ist die russische Bevölkerung dem
Hunger preisgegeben, Cholera und andere anstecken-
de Krankheiten sind dort, wohl meist durch den Hun-
ger hervorgerufen, aufgetreten, und so ist das
Elend groß. Mit Lebensmitteln kann Deutschland
den Leuten leider nicht helfen, aber das Komitee
Arbeiterhilfe wird, für das Geld, das von ihm ge-
sammelt wird, Arzneimittel und chemische Mittel
kaufen, um der dort herrschenden Seuche ^{Ein}halt zu
tun. Es müßte nach meiner Ansicht jede unserer Ge-
meinden sein Scherflein beitragen, um die Seuche

in ihrem Ursprungslande zu bekämpfen, damit sie nicht auch noch nach Deutschland kommt. In Berlin sind für diesen Zweck 100 000 Mark bewilligt, in Nürnberg 50 000 M., und so möchte ich Sie, meine Damen und Herren, bitten, auch hier den Betrag von 20 000 Mark für diese Notleidenden zu bewilligen.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag genügend unterstützt. Der Vorsitzende überweist ihn dem Finanzausschuß zur Vorberatung.

(Punkt 7.)

V o r s i t z e n d e r : Herr Dr. Schultze hat einen Antrag, der Fürsorgestelle für Lungenkranke geeignetere Räumlichkeiten zuzuweisen, eingebracht. Durch einen sehr betrübenden Vorfall ist er heute verhindert, hier zu erscheinen. Ist einer der Mitunterzeichneten vielleicht in der Lage, die Begründung des Antrags zu geben?

Auf die Bemerkung des Herrn Stadtverordneten Johns, daß es vielleicht richtiger sei, wenn Herr Dr. Schultze die Begründung selber vortrage, wird dieser Punkt der Tagesordnung zurückgestellt.

8. Antrag S t u k e n b e r g , die nächtliche Beleuchtung auf den Höfen der städtischen Wohngrundstücke an der Koffesstraße betreffend.

Wortlaut des Antrages: „Die nächtliche Beleuchtung auf den Höfen der städtischen Wohngrundstücke und Baracken an der Koffesstraße ist unzulänglich, und liegt es im Interesse der Ruhe und Ordnung, nicht zuletzt auch der Sicherheit der Anwohner, wenn hier umgehend eine Besserung eintritt. Ich beantrage daher, daß fortan eine Beleuchtung während der ganzen Nacht erfolgt und daß zu diesem Zwecke in der Mitte der Hofanlage eine Bogenlampe angebracht wird, wodurch eine hinreichende Beleuchtung aller zu den Bauten gehörigen Höfe gewährleistet wird.“

Stadtv. S t u k e n b e r g (zur Begründung):
Meine Damen und Herren! Auf den Höfen der städtischen Grundstücke und Baracken an der Koffesstraße in denen zur Zeit ca. 500 Menschen wohnen, herrscht

nach

nach 10 Uhr abends eine kellerartige Finsternis, es sei denn, wenn die Nacht durch den Mond erhellt wird. Infolge dieser Finsternis haben sich Mißstände gezeigt, die hier in Worten wiederzugeben mir kein Anstandgefühl verbietet. Die Höfe sind ein Tummelplatz für lichtsohne Gestalten geworden, ein Eldorado für Liebespaaren, weil sie hier ungestört ihren Schwärmerien nachgehen können. Wenn dieses auch meist lautlos geschieht, so ist das gerade ein Zustand, der es herbeigeführt hat, daß die spät nach Hause kommenden Einwohner dieser Gegend Anrempelungen ausgesetzt sind, die - wie es sich auch in manchen Fällen gezeigt hat - nicht immer gerader sanfter Art waren. Das Vorhandensein solcher Zustände spricht schon dafür, daß die Beleuchtung dieses Wohnplatzes nicht hinreichend ist, aber ich will auch noch die andere Seite beleuchten, und das ist, daß sehr leicht unter dem Schutze der Dunkelheit Einbrüche in die äußerlich

wenig

wenig geschützten Keller und Wäsch^ekammern vorgenommen werden können. Auch das ist ein Grund, ~~daß wir schließlich da zu übergehen müssen~~, die nächtliche Beleuchtung dieser Höfe anders zu gestalten. Zur Zeit befinden sich an dem früheren Wirtschaftsgebäude, dem Exerzierschuppen und an den festen Gebäuden Lampen ~~angebracht~~, die von Eintritt der Dunkelheit bis 10 Uhr abends brennen. Meistens sind sie um 10 Uhr ausgelöscht, sodaß schon zu dieser Zeit Finsternis auf den Höfen eingetreten ist. Zum Teil sind diese Lampen mit der elektrischen Treppenhausbeleuchtung zusammengeschaltet, und so kommt es, daß die Betreffenden, wenn sie spät heimkehren, erst dann Licht machen ^{können} ~~müssen~~, wenn sie sich schon in den Häusern befinden und dort das Licht einschalten. Den Weg über die Höfe aber müssen sie erst in der Dunkelheit machen und erst, nach dem sie im sicheren Hause sind, kann von ihnen das Licht eingeschaltet werden. Es ist

weiter

weiter darauf hinzuweisen, daß dieses unter Umständen öfter stattfindende Aufleuchten und Verlöschen der Lampen bei den Personen sehr störend wirkt, die in der Nähe der Lampen ihre Schlafkammer haben. Es erscheint hier angebracht, daß die Beleuchtungsanlage in der Weise ^{daß eine Logenleuchte} abgeändert wird, inmitten des großen Platzes angebracht wird und auf diese Weise die einzelnen Gänge zu den Baracken beleuchtet werden. Diese Beleuchtung müßte natürlich während der ganzen Nacht und ^{un}unterbrochen stattfinden. Es wohnen hier 500 Menschen, und das entspricht einem kleinen Stadtteile. Schon aus diesem Grunde müssen wir dafür sein, daß auch diesen 500 Einwohnern während der Nacht eine Beleuchtung ihres Wohnviertels zuteil wird. Die Kosten dürften meiner Ansicht nach nicht so hoch sein, daß wir von der Einrichtung der Beleuchtungseinrichtung absehen müßten. Ich bitte Sie, ~~W~~ dieses meinem Antrage, sobald er zur Beratung kommen wird, zuzustimmen.

weiter darauf hinzuweisen, daß dieses unter Umständen öfter stattfindende Aufleuchten und Verlöschen der Lampen bei den Personen sehr störend wirkt, die in der Nähe der Lampen ihre Schlafkammer haben.

Es erscheint hier angebracht, daß die Beleuchtungsanlage in der Weise abgeändert wird, ^{daß eine Loggengänge} inmitten des großen Platzes angebracht wird und auf diese Weise die einzelnen Gänge zu den Baracken beleuchtet werden. Diese Beleuchtung müßte natürlich während der ganzen Nacht und ^{un}unterbrochen stattfinden. Es wohnen hier 500 Menschen, und das entspricht einem kleinen Stadtteile. Schon aus diesem Grunde müssen wir dafür sein, daß auch diesen 500 Einwohnern während der Nacht eine Beleuchtung ihres Wohnviertels zuteil wird. Die Kosten dürften meiner Ansicht nach nicht so hoch sein, daß wir von der Einrichtung der Beleuchtungseinrichtung absehen müßten. Ich bitte Sie, ~~W~~ dieses meinen Antrage, sobald er zur Beratung kommen wird, zuzustimmen.

Der Antrag wird von Vorsitzenden dem Bau-
ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

(Punkt 8).

9. Antrag M e s s e n t u s , betreffend Belas-
sung von Kindern aus der Stadt in Nachbargemeinden
Verzogener in den hiesigen Schulen.

Wortlaut des Antrages: „Die Wohnungsnot bedingt unter anderem auch, daß in den Nachbargemeinden Stadelungen errichtet werden, welche jetzt von Stadt-Braunschweigern bezogen werden. Da es aus Platzmangel in den Schulen dieser Orte nicht möglich ist, die Kinder der Verziehenden dort unterzubringen, wird der Rat ersucht, dieselben in den hiesigen Schulen zu belassen, ohne aber erhöhtes Schulgeld zu erheben.“

Stadtv. M e s s e n t u s (zur Begründung) :
Ich habe diesen Antrag ursprünglich als Anfrage eingebracht, weil ich glaubte, es würde genügen, wenn der Rat eine Zusage in der fraglichen Richtung geben würde. Wir haben hier so wunderbar schöne Gesetze, durch die die Wohnungsnot behoben werden soll, aber doch bringt es die Wohnungsnot

(Seite 56 fällt aus)

zit

mit sich, daß aus der Stadt manche hinausziehen, in die Siedelungen, die draußen vor der Stadt errichtet werden. Selbstverständlich können wir in der Stadt solche Siedelungen nicht bauen, aber den Nachbargemeinden darf nun auch nicht zugemutet werden, in ihren Schulen auf einer Bank, wo 4 Kinder Platz haben, noch 4 ~~Kind~~ andere Kinder von den ~~hinaus~~ Herausgezogenen unterzubringen. Unter diesen Platzmangel ist den Schulen der Außengemeinden dürften aber gerade die Kinder der aus Braunschweig Verziehenden nicht leiden, jedenfalls müßte irgend etwas in Interesse dieser in Braunschweig ihren Erwerbe nachgehenden früheren Einwohner der Stadt geschehen, die durch alle möglichen Verhältnisse gezwungen sind, ihre Wohnung draußen zu nehmen und nun als Ausländer von der Stadt betrachtet werden. Schicken sie ihre Kinder weiter in die hiesigen Schulen, so wird dafür ein erhöhtes Schulgeld erhoben, und doch haben die hiesigen Schulen,

soweit

soweit ich nachgefragt habe, sogar überflüssige Räume. Jedenfalls möchte ich dafür eintreten, daß die Kinder dieser aus der Stadt Verziehenden in den Braunschweiger Schulen ruhig belassen ^{werden} ~~wird~~, ohne daß ein höheres Schulgeld erhoben wird. Wenn ein ~~ein~~ Arbeiter, der schon so wie so bei einem Umzuge nach draußen mit Ausgaben genug belastet ist, für den Schulbesuch seiner Kinder in der Stadt doppeltes Schulgeld bezahlen muß, dann möchte es zweifelhaft sein, ob das fördernd auf den Wohnungsbau außerhalb des Stadtgebietes wirken kann. Ich möchte also bitten, ~~daß~~ meine Anfrage zu einem Antrage zu erheben und darnach zu verfahren.

Auf Anfrage des V o r s i t z e n d e n wird
der Antrag aus der Versammlung genügend unterstützt.

Der Vorsitzende überweist ihn dem Rechtsaus-
schuß zur Vorberatung.

(Punkt 2.)

10. Antrag F o s t m a n n , bei den Armenunterstützungen Arbeitsverdienst und Reichsrenten nicht mit anzurechnen.

Wortlaut des Antrages: „Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß den Armenunterstützungsempfänger^{en} der Arbeitsverdienst sowie die Alters- und Invalidenrente nicht mit angerechnet werden.“

Stadtv. F o s t m a n n : Meine Damen und Herren! In der letzten Stadtverordnetensitzung hatte Herr Stadtverordneter H ö l l bei Beratung der Erhöhung der Armenunterstützung einen Antrag in ähnlichem Sinne gestellt, wie der heutige lautet, aber der Herr Vorsitzende verstand es außerordentlich gut, diesen Antrag gewissermaßen unter den Tisch fallen zu lassen, in den er nicht darüber abstimmen ließ. Ich habe deshalb den Antrag wieder aufgenommen und möchte ihn kurz begründen.

Nach der Festsetzung der Armenunterstützung in der vorletzten Sitzung der Armenleitung sollen

die

die Renten und der Arbeitsverdienst im allgemeinen bei der Auszahlung der Armenunterstützung mit berücksichtigt werden, es soll nur der Arbeitsverdienst nicht angerechnet werden, den eine Frau hat, wenn sie Ernährerin einer Familie ist. Ich habe schon in einer früheren Sitzung, in der dieses Thema behandelt wurde, darauf hingewiesen, daß es unter unseren Armen einen großen Teil Alters- und Invalidenrentenempfänger gibt, die von ihren paar Mark Renten nicht leben können, sondern die bei den heutigen Verhältnissen gezwungen sind, etwas zuzuverdienen, und wenn es auch nur wenig ist. Wenn diesen Leuten ihr Arbeitsverdienst bei der Auszahlung der Armenunterstützung mit angerechnet wird, so hat sie doch nichts von ihrem ~~Arbeiten~~. Für die Stadt aber schlägt die Ersparnis nicht zu Buche, weil diese Personen doch nicht viel verdienen, denn alten Leuten zahlt bei ihrer geringen Arbeitskraft niemand viel; es sind gewissermaßen nur Gelegenheits-
arbeiten.

arbeiten, die sie ausführen. Folglichweise, bin ich der Ansicht und das soll auch mein Antrag besagen, soll diesen Leuten der Arbeitsverdienst nur so weit angerechnet werden wie den Frauen, die Ernährer ihrer Familie sind. Dasselbe trifft zu, bei denen, die überhaupt nicht mehr arbeiten können, sondern Rentenempfänger^{find}; diesen Leuten sollte die Rente überhaupt nicht angerechnet werden. Diese Renten betragen bekanntlich 70 - 80 M, und es ist ausgeschlossen, daß die Empfänger dieser Renten davon leben können. Sie beziehen mithin fast immer eine Armenunterstützung, die zur Hälfte angerechnet wird, sodaß etwa 40 M abgerechnet werden. Wenn es sich dann um einen einzelnen Mann handelt, würden nach den heutigen Sätzen nur 60 M Armenunterstützung hinzukommen.

Ich möchte ersuchen, meinem Antrage in Finanzausschuß Ihre Zustimmung zu geben, damit auch diesen Leuten geholfen wird. Wer schon so lange in der

Armen-

-63-

Armenpflege tätig ist wie ich, kann die Not, die unter diesen Leuten herrscht, begreifen, und deshalb wird jeder, der einigermaßen im Bilde ist, meinen Anträge zustimmen müssen.

V o r s i t z e n d e r : Herr Tostmann hat zu Anfang seiner Ausführungen ~~eben~~ gesagt: „Der Herr Vorsitzende verstand es außerordentlich gut, diesen Antrag gewissermaßen unter den Tisch fallen zu lassen, indem er nicht darüber abstimmen ließ.“ Das ist ein sehr zweifelhaftes Lob und ich weise das zurück. (Zuruf: Es ist nicht zweifelhaft!) Sie müssen gerecht sein! Ich habe hier bedeutend mehr zu tun als Sie auf ^{ihren} Plätzen. Ich habe darauf zu achten, ob Anträge vorliegen, habe die Reden zu überwachen, Meldungen zum Wort anzunehmen und anderes mehr; dabei kann es vorkommen, daß ich einmal ~~übersehe~~ ^{übersehe}. (Zuruf: Absichtlich!) Wenn Sie an dieser Stelle sitzen, wollte ich einmal sehen, ob Sie alles recht machen! Ich weise es zurück, daß es Absicht von mir gewesen ist, wenn der Antrag H 5 1 1 in der vorigen Sitzung nicht zur Abstimmung gekommen ist. Es ist hier ~~innerlich~~ ^{unillich} ~~üblich~~ ^{so} ~~gelesen~~ ^{daß}, über die Kommissionsanträge zuerst ~~abstimmen~~ ^{nicht} ~~zu lassen~~, und

das

das ist von mir auch in dem Falle geschehen. Sie aber mußten sich zur Geschäftsordnung melden, denn Sie merkten, daß dadurch der Antrag aus der Versammlung nicht mehr zur Abstimmung kommen konnte.

Geweldet haben Sie sich aber erst, als die Abstimmung geschehen und nicht mehr zu ändern war. Daß der Antrag von Herrn Tostmann wieder aufgenommen wurde, hat mich gefreut, denn nun ist die Sache wieder einzurenken möglich. Ich bitte Sie sehr, daß Sie an meinem guten Willen nicht ^{zu} zweifeln - ich weise so etwas entschieden zurück.

Der Antrag Tostmann wird aus der Versammlung genügend unterstützt und wird vom Vorsitzenden dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

11. Neuwahl der Beisitzer des Landausschusses.

Stadtverordn. G r ä f : Die früheren Stadtverordneten Warendorf, Binert, Genzen und Bunge haben gegenüber dem Rat der Stadt erklärt, daß sie im Landausschuß nicht mehr als Beisitzer tätig sein könnten, da sie aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgeschieden seien. Der Rat der Stadt ersucht nun die Stadtverordneten, über die Entlassung der ~~Stadtverordneten~~ genannten Beisitzer zu entscheiden. Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt und hat dem Antrage der Herren auf Entlassung nicht stattgegeben, weil es in § 27 der Braunschw. Städteordnung heißt:

„Brachten der Stadtmagistrat und die Stadtverordneten für notwendig, zur Mitausführung einzelner, zu ihrem Wirkungskreise gehörender Geschäfte andere Gemeindegossen heran~~zu~~ziehen, so sind dieselben zur Übernahme derartiger Aufträge verpflichtet und finden bei etwaiger Ablehnung die Vorschriften des

§ 26 Anwendung." Wenn daher die Versammlung den Antrag des Rechtsausschusses gemäß ^{der} ~~der~~ Entlassung der Herren als Beisitzer ablehnt, so müssen auch diese früheren Stadtverordneten gemäß § 27 der Stadtordnung weiter im Landesausschuß wirken. Ich bitte Sie Namens des Ausschusses, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadte. Dr. J a s p e r : Gegen die Stellungnahme des Rechtsausschusses will ich ~~eben~~^{ganz} nichts sagen, sondern möchte nur um Aufklärung darüber bitten, wann die Mitglieder des Landesausschusses gewählt sind und auf wie lange Zeit. Ich bin der Auffassung, daß nach der Erneuerung der Stadtver-
-versammlung/
ordneten die Mitglieder des Landesausschusses neu zu wählen sind, da sie durch das Vertrauen der städtischen Behörden, in erster Linie der Stadtverordnetenversammlung in das Amt berufen worden sind. Ich möchte zunächst hören, ob diese Voraussetzung von Rat geprüft ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine verehrten Damen und Herren! Die Mitglieder des Landausschusses sind seiner Zeit nicht neu gewählt, sondern sie verrichten ihr Amt seit Bestand des Landausschusses - ich schätze ~~es~~ auf 1 1/2 Jahr. Es hat Mühe gemacht, die Herren zu der letzten Sitzung zusammen zu bekommen, weil ~~die Herren~~ keine Lust mehr haben, in Landausschuß tätig zu sein, denn sie waren der Ansicht, daß sie nicht mehr dort hineingehörten, weil sie keine Stadtverordneten mehr sind. Ich befürchte also, daß die genannten Herren in Zukunft kein großes Interesse an den Sitzungen des Landausschusses mehr zeigen werden. Wenn Sie die Herren aber von ihrem Amte nicht entbinden wollen, so müssen sie nolens volens ihres Amtes weiter walten - doch glaube ich, daß sie dann nicht mit besonderer Begeisterung bei der Sache sein werden.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Nach dieser Aufklärung bitte ich, die Sache an den Ausschuß zurückzuverweisen, damit der Ausschuß die Gelegenheit nimmt, die Frage zu prüfen, ob diese 4 Herren, die ausscheiden wollen, rechtmäßig noch Mitglieder des Landausschusses sind. Wenn meine Auffassung richtig ist, daß der Auftrag des Landausschusses mit der Neukonstituierung der Stadtverordnetenversammlung erlischt, dann kann keine Rede davon sein, daß die Herren der Städteordnung zuwider abgelehnt hätten, ihres Amtes zu walten. Wir haben allen Grund, diese Frage ruhig und sachlich zu prüfen. Weil bisweilen der Landausschuß recht einschneidende Entscheidungen zu prüfen hat, und diese würden in Frage gestellt sein, wenn nicht zweifellos feststeht, daß die berufenen Mitglieder des Landausschusses eine solche Entscheidung getroffen haben. Ich habe in vielen Landgemeinden mit Erfolg darauf gedrungen, daß mit der Erneuerung des Gemeinderates auch ein neuer Landausschuß gewählt wurde.

Stadt. G r ä f : Meine Fraktion stand eigentlich auf dem Standpunkt, daß in diesem Falle, wo die früheren Stadtverordneten keine Lust mehr zu dem Posten haben, sie ohne weiteres von ihrem Amte zu entbinden sind. Aber da die Vorschriften der §§ 24 - 26 nicht anzuwenden waren, mußten wir von einem solchen Beschluß im Rechtsausschuß Abstand nehmen. Ohne weiteres stimme ich den Ausführungen des ~~2. d.~~ Herrn Dr. Jasper bei und bitte ebenfalls um Zurückverweisung ^{an den Aufsicht}, damit sich Herr Stadtbaurat dort noch einmal über die Sache äußern kann.

Die Versammlung stimmt den Anträge auf Zurückverweisung an den Rechtsausschuß zu.

(Punkt 11.)

12. Aufnahme eines Rechtsstreits (Kraftwagenhalter Reichardt.)

Stadt. Dr. R ö p k e : Der Kraftwagenhalter Robert Reichardt hat die Stadt verklagt. An der Ecke der Moltke- und Kasernenstraße ist sein Auto mit dem der Stadt gehörigen Krankenauto zusammengestoßen, wobei das Fahrzeug des Herrn Reichardt erheblich beschädigt wurde. Er verlangt ~~an~~ für den ihm dadurch entstandenen Schaden Ersatz in Höhe von 4044,90 M. Nun ist die Stadt in Bezug auf solche Ansprüche bei der Kölnischen Unfallversicherung Aktiengesellschaft versichert, und diese hat gebeten, sich auf den Prozeß, den Herr Reichardt eingeleitet hat, einzulassen. Die Stadt selbst trägt bei diesem Prozeß also kein Risiko; wenn der Prozeß verloren gehen sollte, wird die Unfallversicherung den Ersatz leisten müssen! Im übrigen ist der Prozeß keineswegs für die Stadt aussichtslos. Der Rechtsausschuß hat aus diesen

Gründen

**Gründen beschlossen, der Versammlung anheimzugeben,
der Aufnahme des Rechtsstreits zuzustimmen.**

**Die Versammlung stimmt der Aufnahme des Rechts-
streits zu.**

(Punkt 12.)

13. Erhöhung des Zuschusses zu den Kosten der Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten.

Stadtv. S a t t e r t : Die bei dem Landeskrankenhaus eingerichtete Untersuchungsstelle für ansteckende Krankheiten hat zuerst, und zwar von 1. April 1912 ab einen städtischen Zuschuß von 2 000 M erhalten und von 1. April 1917 ab bis zum heutigen Tage einen solchen von 3 000 M. Nun hat das Direktorium des Landeskrankenhauses bei dem Räte der Stadt beantragt, diesen Zuschuß abermals zu erhöhen, weil wegen der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem bisherigen Zuschusse nicht mehr auszukommen ist. Der Rat der Stadt hat sich mit diesem Antrage befaßt und schlägt ~~da~~ in Einverständnis mit dem Direktorium des Landeskrankenhauses vor, einer Erhöhung des städtischen Zuschusses von jährlich 3 000 M auf 6 000 M für die nächsten 4 Jahre, also bis zum 31. März 1925, zustimmen zu wollen. Der Finanzausschuß, der diese Sache vorbereitet

hat.

hat, empfiehlt Ihnen Zustimmung zu diesem Antrage.
Wenn wir auf dem Gebiete der Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten daß unsere beitrugen wollen, so müssen wir eine solche Untersuchungsstelle haben und auch die nötigen Mittel dafür bewilligen.

Die Erhöhung des Zuschusses wird gemäß dem An-
trage des Finanzsausschusses bewilligt.

14. Neuwahl eines Mitgliedes des Vorstandes der
Städtischen Fortbildungsschule.

Stadt. Frau G ö t z e : Der Klempnermeister
Nörendorf hat in einem Schreiben vom 31. August
gebeten, ihn von seinem Amte als Mitglied des Schul-
vorstandes der Fortbildungsschule zu entbinden.
Er gibt als Grund dafür an, er sei mit einem Teil
der Klempnermeister in Streit geraten, da diese
ihn zum Vorwurf machen, daß er in der Frage der
Schulzeit in den Tagesstunden ihre Interessen nicht
genügend vertreten habe. Herr Nörendorf meint des-
halb, daß seine weitere Tätigkeit in dem Schulvor-
stand unter diesen Verhältnissen für ihn nicht
möglich sei. Der Rat der Stadt gibt den Stadtver-
ordneten anheim, da Herr Nörendorf von ihnen in den
Schulvorstand gewählt ist, über seine Bitte zur Ent-
scheidung zu kommen und eventuell eine Neuwahl vorzunehmen.
Die Schulkommission hat sich mit dieser Frage befaßt.
Sie ist in ihrer Mehrheit zu der Ansicht gekommen,

daß

daß allerdings ein ersprießliches Wirken des Herrn
Narendorf unter den angegebenen Umständen nicht zu
erwarten sei und schlägt den Maloroborneister und
Vorsitzenden des Innungsausschusses Th. Erich
Meyer als Mitglied des Schulvorstandes für die
Fortbildungsschule vor. Ich bitte, zu der Sache
Stellung zu nehmen.

Den Vorschläge des Schulausschusses entsprechend, wird dem Antrage des Herrn Nörendorf stattgegeben und der vom Ausschusse Empfohlene gewählt.

(Punkt 14.)

15. Schaffung von zwei neuen Lehrerinnenstellen
bei den städtischen Bürgerschulen.

Stadt. S o h n e r b a c h : Der Rat der Stadt richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, zuzustimmen, daß zwei Hilfslehrerinnenstellen in feste Stellen umgewandelt werden. Es betrifft das die beiden bisherigen Hilfslehrerinnen Fräulein Käthe Kliebisch und Elisabeth Kranz. Sie haben ihre Examen ~~im~~ im Jahre 1913 mit „sehr gut“ bestanden und werden von Herrn Schuldirektor Dr. Appuhn als tüchtige Lehrerinnen bezeichnet, auch der Schulvorstand empfiehlt ihre Anstellung. Von Seiten des Herrn Stadtrat Schaeper ^{wurde} ~~und~~ in Schulausschuß angeführt, daß an den hiesigen Bürgerschulen 77 fest angestellte Lehrerinnen wirken, und daß daneben 7 Hilfslehrerinnen beschäftigt werden. Der Schulausschuß hat sich damit einverstanden erklärt, daß diese beiden Hilfslehrerinnenstellen in feste umgewandelt werden, und ersuchen ~~die~~ ^{die} ~~Versammlung~~ ^{Versammlung}.

lung, gleichfalls ihre Zustimmung auszusprechen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich habe den Herrn Berichterstatter so verstanden, daß es sich um die Schaffung zweier neuen Stellen handelt, und daß wird damit begründet, daß zwei der Damen angestellt werden sollen. In allgemeinen ist das keine Begründung^{für}, Schaffung von Lehrer- oder Lehrerinnenstellen, sondern diese Schaffung einer neuen Stelle muß in einem dauernden Bedarf begründet sein; für einen vorübergehenden Bedarf nimmt man Hilfskräfte. Daß jetzt ein verstärkter Bedarf gegen früher vorhanden ist, habe ich vom Herrn Berichterstatter nicht gehört. So gern ich den beiden Damen die Anstellung gönne, kann ich doch KfZ ohne weiteres dem Antrage nicht zustimmen.

Stadtrat S c h a p e r : Die beiden Damen, um deren feste Anstellung es sich handelt, sind seit einer Reihe von Jahren als Hilfslehrerinnen an den hiesigen Bürgerschulen beschäftigt. Sie versehen jede das Amt einer Klassenlehrerin, leisten vollen Dienst, nur haben sie bisher Hilfslehrerinnenstellen innegehabt. Feste Schulstellen sind für sie nicht vorhanden. Wir haben seit Jahren das Verfahren geübt, daß in den Fällen, wo es sich herausstellt, daß Hilfslehrerinnen dauernd an unsern Schulen tätig bleiben, ihre Stellen in feste verwandelt werden sind. Da es sich herausgestellt hat, daß auch in diesen Fällen die von den beiden Lehrerinnen verwalteten Klassen dauernd erhalten bleiben, ist die feste Anstellung beantragt.

Stadtv. J a h n s : Es wäre mir interessant, zu erfahren, wie lange die hier in Frage kommenden Kräfte in der Stadt in Tätigkeit sind. Ich habe gelegentlich der beantragten Anstellung der 3 Bürokräfte, die auch auf der heutigen Tagesordnung steht, den Rat der Stadt um Auskunft über die Länge der bisherigen Dienstzeit ersucht und festgestellt, daß sie bereits seit 11 Jahren vollen Beamtendienst versehen. Ich meine deshalb, daß ein solches Verhältnis unter aller Kritik ist, genau so wie es früher bei der Finanzverwaltung war. Die Leute werden 30 Jahr alt, ehe sie angestellt werden. Jetzt sind einiger der Anwärter 31 Jahr alt, aber sie müssen immer noch auf Anstellung warten. Sollte dieser Zustand vom Räte gutgeheißen werden, so sehe ich mich veranlaßt, einen

Antrag

Antrag zu stellen, den Etat der städtischen Beamten zu erweitern, damit für diese Herren, die nicht länger warten können, neue Stellen geschaffen werden.

Stadtrat S c h a p e r : Die beiden
Lehrerinnen sind im 9. Jahre in der Stadt
beschäftigt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Zu der Erklärung des Herrn Stadtv. Jahns möchte ich bemerken, daß die Länge der Zeit, während der die Anwärter im städtischen Dienste sind, für die Anstellung nicht maßgebend sein kann, insbesondere dann nicht, wenn man die ganze Vorbereitungszeit hier mit zurechnet. Es kommt vor, daß wir junge Leute von 16 Jahren annehmen, und wenn diese erst nach 13 Jahren zur festen Anstellung kommen, ist das nichts Ungeheuerliches. Im übrigen hat die Anstellung mit der Etataufstellung nichts zu tun. Wir haben mit den Stadtverordneten das Abkommen getroffen, daß in der städtischen Verwaltung nicht festangestellte Beamte in Höhe von 25 % vorhanden sein sollen. Wenn die Stadtverordnetenversammlung dieses Übereinkommen ändern

will

will, so steht es selbstverständlich den städtischen Behörden frei, darauf einzugehen. Ich muß allerdings noch darauf hinweisen, daß dadurch Schwierigkeiten entstehen könnten, dass wir bei Anstellung eines Zivilanwärters gezwungen sind, gleichzeitig einen Militäranwärter anzustellen.

**Der Antrag des Schulausschusses, der
Schaffung zweier neuer Lehrerinnenstellen
zuzustimmen, wird angenommen.**

16. Aufnahme einer Räumungsklage (Behde).

Stadtv. L e h n e r t : Der Musterzeichner Werner Behde hat seit dem 1. Juni 1920 in einer städtischen Baracke auf dem Flugplatze eine Wohnung inne und schuldet seitdem die Miete in Betrage von 335 M. Allen Drängen des Wohnungssamtes, die Miete zu bezahlen, weigert ~~es~~ er sich nachzukommen. Den Offenbarungseid hat er auch schon geschworen, sodaß bei ihm nichts zu holen ist. Da nun auch gegen sein Verhalten und die Sauberkeit in der Wohnung große Bedenken vorgetragen sind - nähere Details erlassen Sie mir wohl, ich möchte nicht darüber reden; eine derartige Höflichkeit ist auch der Stadtverordnete seinen Mitmenschen schuldig - , so soll der Herr Behde unbedingt aus der jetzt von ihm bewohnten Baracke heraus

und

und es soll ihm, da ihn ein Privathausbesitzer niemals als Mieter aufnehmen wird, in der für solche Fälle bestimmten Baracke 48 eine Wohnung angewiesen werden. Dessen ungeachtet weigert sich Bohde ständig, aus seiner Wohnung herauszugehen, und der Rat der Stadt ersucht nunmehr, daß als letzte Maßnahme die Räumungsklage gegen ihn erhoben wird. Das Mieteinigungsamt muß sich mit dieser Sache ja auch noch einmal befassen, weil es nach den Bestimmungen des Ministeriums seine Zustimmung zu der Räumungsklage geben muß. So schwer es mir wird, muß ich doch bitten, dem Beschlusse des Rats auf Anstrengung der Räumungsklage zuzustimmen. Es ist über die einzelnen Vorgänge in diesem Falle Bohde schon ein ganzes Aktenbündel zusammengekommen, wo er schon gewohnt hat, welche Schwierigkeiten das Mieteinigungsamt und

das

das Wohnungsamt mit ihm gehabt haben, und
anderes. Hier ist, wie man zu sagen pflegt,
Hopfen und Malz verloren, er muß nach Baracke
48 abgeschoben werden. Ich bitte, der Ein-
leitung der Räumungsklage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Erhebung
der Klage zu.

17. Beschaffung zweier Jahrgänge des
statistischen Jahrbuchs deutscher
Städte.

Stadtv. S a u e r b i e r : Die Herausgabe des letzten Bandes des statistischen Jahrbuchs deutscher Städte ist im Jahre 1916 erfolgt und seitdem ist sie eingestellt. Jetzt ist die Herausgabe des Jahrgangs 1921 und 1922 von dem Verbands der Städtestatistiker geplant und der Deutsche Städtetag ist ersucht, in den gleichen Verhältnissen wie früher auch für die jetzt geplanten Bände die Garantie des Absatzes zu übernehmen, und dafür kommen nur die Städte mit 50 000 oder mehr Einwohnern in Frage. Daraus ergibt sich, daß diese Städte die Hauptabnehmer des Jahrbuchs sein müssen. Braunschweig würde verpflichtet sein, 13 Bände jedes Jahrgangs abzunehmen, sodaß der für diese Anschaffung

nötige

nötige Betrag sich auf 468 M beläuft. Der Rat der Stadt ersucht um diese Bewilligung. Der Haushaltsausschuß hat sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt und empfiehlt dem Plenum, diese 13 Exemplare zu bestellen. Man ist sich im Ausschuß darüber klar geworden, daß dieses statistische Jahrbuch für alle Städte über 50 000 Einwohner seine Bedeutung hat, aber es hat einen Nachteil, nämlich daß die Fertigstellung erst so spät stattfindet, wodurch der Wert des Jahrbuchs etwas beeinträchtigt wird. Da es sich aber nicht erreichen läßt, daß das Jahrbuch eher fertiggestellt wird, so müßte zu einem anderen Mittel gegriffen werden, um schneller statistische Zahlen zur Hand zu haben. Es wurde im Ausschuß darauf hingewiesen, daß der beste Ausweg der wäre, daß hier in der Stadt die Anstellung eines Berufsstatistikers

ein-

ein/geleitet wird. Demnach beantragt der Haushaltsausschuß, nicht nur der Anschaffung dieser 13 Exemplare zuzustimmen, sondern auch den Rat zu ersuchen, die Schaffung einer neuen Stelle für einen Berufsstatistiker in die Wege zu leiten und demnächst mit einem entsprechenden Antrage an die Versammlung heranzutreten.

Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

In einer Beziehung liegt wohl ein kleiner Irrtum vor. Selbst wenn wir einen Berufsstatistiker anstellen und dieser seine Berichte schneller herstellt, so wird deshalb doch das statistische Jahrbuch nicht schneller erscheinen können, denn es muß für das ganze Deutsche Reich zusammengestellt werden, und darin liegt der Grund der Verzögerung seiner Herausgabe. Der Finanzausschuß hat nun die Gelegenheit benutzt, seinerseits darauf hinzuweisen, daß es dringend wünschenswert wäre, daß der Verwaltungsbericht der Stadt Braunschweig einmal wieder herausgegeben würde, der sonst regelmäßig alle 5 Jahre aufgestellt worden ist. Während der Kriegszeit und in der Zeit nach dem Kriege war es uns beim besten Willen nicht möglich, mit den uns zur Verfügung stehenden Kräften die Heraus-

gabe

gabe des Verwaltungsberichts zu ermöglichen. Bisher ist das Material regelmäßig von den betreffenden Dezernenten und den Chefs der einzelnen Abteilungen bearbeitet worden, aber sie sind jetzt derartig mit Arbeit überlastet, daß sie diese Arbeit in der nächsten Zeit gar nicht bewältigen könnten. So wird es nicht zu umgehen sein, daß auch unsere Stadt wie die meisten großen Städte sich dazu versteht, nicht nur eine statistische Stelle zu unterhalten, sondern ein wirkliches statistisches Büro, an dessen Spitze dann ein entsprechend vorgebildeter Statistiker stehen muß, wenn die Sache erfolgreich gehandhabt werden soll. Ich glaube also, daß der Rat Ihrem Wunsche entsprechen wird, wenn Sie diesem Antrage des Ausschusses zustimmen.

Stadtv. Dr. J a s s e r : Ich bitte dringend, dieser Anregung des Ausschusses zuzustimmen. Ich habe die Anregung bei der Beratung im Ausschuss allerdings insofern eingeschränkt, als vielleicht zu der Herstellung des Berichts für die Kriegszeit, der uns von Rate nach der bisher üblichen Gepflogenheit noch gegeben werden müßte, zunächst jemand ohne Anstellung herangezogen werden möchte und er nur für den Fall, daß er sich bewährt, dauernd angestellt wird. Die Hauptsache war mir, daß die Statistik im Interesse unserer städtischen Verwaltung selber mehr, wie das bisher der Fall gewesen ist, gepflegt wird, damit wir die gehörigen Unterlagen bekommen.

102

Den beiden Anträgen des Finanzausschusses
stimmt die Versammlung zu.

18. Zuschuß für das Oberschlesier-Hilfswerk
und Spende für die Opfer des Oppauer Unglücks.

Stadtv. B u r g d o r f f : Die Geschäftsstelle des Oberschlesier-Hilfswerks hat sich an den Herrn Oberbürgermeister, als dem Vorsitzenden des Rates der Stadt gewandt und hat mitgeteilt, daß die Sammlungen aus dem Lande Braunschweig den Betrag von 250 000 M. erbracht haben, von dem etwas über 100 000 M. auf die Stadt Braunschweig entfällt. Es wird darauf hingewiesen, daß andere Städte einen größeren besonderen Beitrag für das Oberschlesier-Hilfswerk zur Verfügung gestellt haben, zum Beispiel Peine die Summe von 5 000 M. Der Rat der Stadt gibt nun anheim, daß die Stadtverordneten ebenfalls 10 000 M. für den genannten Zweck zu Lasten des Verfügungsfonds der städtischen Behörden be-

wil-

willigen möchten. Angesichts der Not, die Oberschlesien betroffen hat und die uns allen bekannt ist, hat sich der Finanzausschuß dahin entschieden, daß er die Bewilligung dieser 10 000 M der Versammlung durch mich empfehlen läßt.

Im Anschluß daran habe ich mitzuteilen, daß angesichts des großen Unglücks in Oppau, das uns alle tief erschüttert hat, seitens des Deutschen Städtetages der Stadt Oppau das Beileid ausgesprochen worden ist. Der Vorsitzende des Deutschen Städtetages hat gebeten, daß auch die Stadt Braunschweig für das Hilfswerk in Oppau eine entsprechende Summe zur Verfügung stellen möge. Der Rat der Stadt bittet, ihn ermächtigen zu wollen, die Zahlung einer Spende von 10 000 M vorzunehmen. Der Finanzausschuß ist bei seiner Verberatung darin einig gewesen, dieses sehr zweckmäßig

ist

ist, diesen Betrag zu bewilligen, denn bei der Größe des Unglücks ist schnelle Hilfe auch in diesem Falle die beste. Ich empfehle deshalb der Versammlung, auch diesem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. G r ä f : Meine Damen und Herren!
 Über die Verwaltung der Oberschlesier-Hilfe
 sind in den Zeitungen Gerüchte laut geworden,
 die Schlimmes von der Verwaltung vermuten las-
 sen. Das Hamburger 8 Uhr-Abendblatt erklärt
 folgendes :

„Wir richten an die Verwaltung der Ober-
 schlesierhilfe die Aufforderung, klipp und klar
 zu erklären, was mit den für Oberschlesien
 gesammelten Geldern geschehen ist. Nachge-
 wiesenermaßen haben die Flüchtlinge bisher
 wenig oder gar nichts erhalten, sondern sind
 immer noch auf die private Wohltätigkeit ange-
 wiesen. Die in einigen Nordseebädern gesammel-
 ten Gelder für Oberschlesien, so in Borkum,
 wanderten nicht in den allgemeinen Oberschle-
 sierfonds ab, sondern ~~W~~ verschwanden in den
 Taschen radanlustiger ehemaliger Offiziere

(hört

(hört, hört!), die an den Prügeleien anlässlich der Fahnenaffaire in Borkum beteiligt waren. Ein Mitglied unserer Redaktion kann unter Eid bestätigen, daß von den Oberschlesier-Geldern ein Teil an die immer noch nicht aufgelösten Selbstschutzorganisationen abgeführt worden ist, (Hört, hört!), jener Horden, die die Stütze gefährlicher nationalistischer Treibereien in ganzen Reiche sind.

Das sind ganz positive Anklagen, die die offiziellen Erklärungen der Oberschlesier-Hilfe in ein recht fragwürdiges Licht stellen. Das wäre jedenfalls die Höhe, wenn Gelder, die zum Teil auch von Stadtverordneten bewilligt wurden, in die Taschen der Orgeschleute fließen. Hier ist restlose Aufklärung dringend nötig, und zwar genügt uns nicht eine neue Rechtfertigung der Leitung der Oberschlesierhilfe, sondern

sie

die Regierung hat die Pflicht, sich um die bei dem oberschlesischen Hilfswerk offenbar bestehenden Mißstände zu kümmern. Wir machen auch die Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf die Tatsachen aufmerksam und hoffen, daß er von seiner Seite alles tun wird, damit die gesammelten Gelder, unter denen sich zahlreiche Arbeitergrotschen befinden, an die richtige Stelle kommen."

Das sind ganz enorme Vorwürfe, die in dem Hamburger Blatte gemacht werden, und meine Fraktion steht deshalb auf dem Standpunkt, so lange nichts zu bewilligen, bis eine Rechtfertigung gegen diese Art Anwürfe, die gegen die Verwaltung der Oberschlesierhilfe vorliegen, erfolgt ist. Ich bitte also, von der Bewilligung einstweilen Abstand nehmen zu wollen.

Stadtv. R e g e n e r : Auch ich bitte die Versammlung, zu dem Punkt Oberschlesien die Stellung einzunehmen, wie sie mein Vordner eben gekennzeichnet hat.

Im Falle Oppau handelt es sich darum, wie der Herr Berichterstatter sagte, schnell zu helfen, weil dann die Wirkung besser wäre, als wenn man länger damit zögerte. Ich möchte doch aber einmal für die Versammlung die Frage aufwerfen, ob es notwendig ist, daß wir hier der chemischen Industrie Gelder zur Verfügung stellen, wenn - wie ich bestimmt glaube - ein Verschulden der Werkleitung, des Anilinkonzerns, vorliegt. Ich habe großes Mitgefühl für die Opfer und Verständnis für ihr Leiden, aber ich weiß auch, daß das Großunternehmertum, wie der Anilinkonzern, seinen Arbeitern nicht das angedeihen lassen werden, was sie zu

ver-

verlangen hätten. Es wird von den Inhabern der Werke nicht erzählt, was sie ihnen eingebracht haben und auf welche Weise sie das erreicht haben. Aus Humanitätsgründen bin ich dafür, daß die 10 000 £ bewilligt werden, aber wir müssen dann verlangen, daß klargestellt wird, inwieweit ein Verschulden der Fabrikleitung vorliegt. Bei jedem Unglück in einem Bergwerk sagt man davon, daß dieser oder jener Beamte nicht ausgeführt habe, was ausgeführt werden mußte, aber hier sehen wir, mit welcher Angstlichkeit die bürgerliche Presse bemüht ist, die ganze Geschichte zu verminpeln und vernampeln. Als das Werk noch nicht ganz in die Luft geflogen war, kamen schon die Abendblätter und sagten: Es ist ein großes Unglück ausgebrochen und wir müssen Sammlungen veranstalten, Sammlungen für Leute, die während

des

des Krieges Milliarden verdient haben, und für ein Unglück, daß dadurch verschuldet worden ist, daß nacheinander zwei Explosionen stattfanden, die erste ~~unvorsichtlich~~ durch Lebcrieren, die andere aber dadurch, daß ein Feuer entstand, das dann 4000 Tonnen Salpeter zur Explosion brachte. Es ist ein Jammer, daß nicht nur die 4500 t Luftsalpeter im Werksbetriebe lagerten, sondern daß auch noch weitere 8000 t in Silos untergebracht waren, und durch die unvorsichtige Lagerung dieser Explosivstoffe das Unglück verursacht wurde. Die Herren stellen sich dumm und sagen, sie hätten nicht gewußt, daß diese Stoffe explodieren könnten. Aber sie haben ein böses Gewissen in dieser Sache. Sie haben in einer Erklärung gesagt : Wir haben den Stoff untersuchen lassen und es galt als ausgeschlossen, daß er explodieren

konnte

konnte. Und doch hat schon im vorigen Jahre
 ein diplomierter Landwirt in Berlin-Friedenau
 in einem Repetitorium für Studierende auf die
 Explosionsfähigkeit des Ammonsulfatsalpeters
 aufmerksam gemacht. Das kann auch der Werk-
 leitung nicht verborgen geblieben sein, wenn
 dieser landwirtschaftliche Lehrer schon damals
 vor der Explosionsgefahr warnte und sagte :
 Es ist ein Skandal, daß man der Landwirtschaft
 diesen Stoff zuführt, wo in der Landwirtschaft
 so viele brennbare Stoffe lagern. Diese
 Katastrophe hat 535 Menschen das Leben genommen,
 nahezu tausend Personen sind verletzt, von denen
 immer noch welche sterben, 40 Personen sind
 des Augenlichtes beraubt, an Frauen sind allein
 37 bei dem Unglück umgekommen. Sollten die
 Leute, die aus reiner Profitgier gehandelt
 haben, nicht auf den Gedanken gekommen sein,

daß solche Mengen Explosivstoffe außerhalb des Werkes untergebracht werden mußten. Bei ihrer Art Wirtschaft haben diese Leute Millionen aus den Knochen der deutschen Arbeiter herausgeschunden. Wer die Eigenart der chemischen Industrie in Ludwigshafen kennt, der weiß, daß täglich 300 - 600 Mann vor den Türen der Fabriken stehen und um Arbeit bitten. Sie fangen alle mit dem niedrigen Anfangslohn an. Mögen es auch nicht die besten Arbeiter sein, zum Vergiften sind sie den Unternehmern gut genug, manche davon sind aber bei der von ihnen geforderten gesundheitsschädigenden Arbeit schon Mittags wieder aus den Werken herausgelaufen. Ein Teil hält es drei Wochen aus, aber dann hat man es mit schlaff gewordenen Menschen zu tun. Hunderte von Leuten, die aus den Gefängnissen entlassen worden sind, nehmen hier Arbeit, weil sie dadurch in der Lage

Lage sind, wieder ordnungsmäßige Papiere zu bekommen und an anderer Stelle wieder in die deutsche Industrie eindringen und anständig leben können. Allen diesen Leuten ist ewig der minimale Anfangslohn gegeben worden, und dadurch sind die Riesenprofite verdient. Schwindelhaft hohe Dividenden sind verteilt worden und ungesetzmäßige Rücklagen für den Reservefonds gemacht, zu denen die Gesellschaft nicht verpflichtet war. Das Mutterwerk in Ludwigshafen wie auch das Leunewerk und das Werk in Oppau haben je einen Fonds für sich von 80 Millionen Mark, der für Werkanlagen und Erweiterungsbauten vorgesehen ist. Alles das sind Verschleierungen des Riesenvermögens und des Verdienstes der Werke, man hat die Arbeiter damit täuschen wollen. Man hat nicht sagen wollen : Es werden 300 - 600 % Dividende

ver-

verteilt, um nicht höhere Löhne zahlen zu müssen. Ich halte dafür, daß die Firma fahrlässig gehandelt hat. Wir wollen deshalb sagen : Diesen unglücklichen Leuten, die durch die Katastrophe an Leib und Gut geschädigt worden sind, geben wir das Geld gern, aber wir müssen verlangen, daß restlose Aufklärung geschaffen wird, daß auch den Arbeitern es möglich sein muß, in dieser Kommission zur Aufklärung der Verhältnisse, die zur Katastrophe geführt haben, mitzuwirken. Man sieht, wie die Sache sich auswirkt. Statt daß man den armen Geschädigten entgegenkommt und ihnen Arbeit gibt, wußten bei einem fusionierten Betriebe wie den Höchster Farbwerken die Industriellen weiter nichts zu tun, als zu sagen : „Es müßten noch mehr Proleten in die Luft geschleudert sein.“ Das ist der einzige Trost, den die Unternehmerschaft den Oppauer Arbeitern zu bieten wagt.

Ich

Ich fasse mich dahin zusammen, daß wir das Geld gern bewilligen wollen, aber nicht für diese Verbrecher in der chemischen Großindustrie, die jenem Tartarenfürsten gleichen, der seinen Thron auf einem Haufen Totenschädel aufgebaut hatte. Das chemische Großkapital hat sich auch aufgebaut aus dem Fleisch und Blut und den Qualen der zerstampften Arbeiterschaft. Schütteln Sie nicht mit dem Kopf! Ich weiß, Sie fühlen mit diesen Schwerindustriellen, Sie gehören auch mit zu der Aufbaupartei. Wir müssen verlangen, daß überall in den deutschen Parlamenten, wo Gelder für Oppau bewilligt werden, die Arbeiterschaft ihre Stimme erhebt, daß dafür gesorgt wird, daß derartige Zustände, wie sie dort in Oppau gewesen sind und eine derartige Katastrophe nach sich gezogen haben, nicht wieder Platz greifen.

Stadtv. B a r g d o r f f : Meine Damen
 und Herren ! Ich unterstütze alles das, was
 mein Herr Vortrager inbezug auf das vorgebracht
 hat, soweit es sich auf Mißstände bezieht,
 unter denen die Arbeiter zu leiden haben. Ich
 bin dafür, daß man den Arbeitern das gibt, was
 sie haben müssen, aber ich bedaure außerordent-
 lich, wenn man eine Sache, wo es sich darum
 handelt, Hilfsmittel zur Linderung der Not bei
 den Opfern eines Unglücks zu bewilligen, in
 dieser Weise ausschachtet. So etwas kann ich
 nicht gutheißen. (Unruhe und Zwischenrufe
 links.) Man könnte statt des Vorgebrachten
 ebensogut sagen : „Was geht uns Osnabrück an ?
 Wir haben mit unseren Arbeitern in Braunschweig
 genug zu tun!“ Hier handelt es sich doch ~~darum~~
 aber um dringende und schnelle Hilfe, und
 darauf sollen wir, vor allen Dingen Rücksicht

nehmen

nehmen. Wir wollen die Opfer bedauern und ihnen Hilfe bringen; deshalb wollen wir die 10 000 £ bewilligen. Diesen Standpunkt möchte ich unterstreichen. Ich fühle mit Ihnen wie Sie, denn ich bin auch Mensch. Lassen Sie uns in wirklich sachlicher Weise über die Sache sprechen und unsere Hilfe denen zugute kommen lassen, denen sie zugute kommen soll.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :
Was die Ausführungen des Herrn Stadtv. Gräf wegen der Oberschlesierhilfe betrifft, so nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß, wenn die Vorwürfe, die dem Oberschlesier-Hilfskomitee gemacht sind, auch nur zum Teil zutreffend sein sollten, wir uns nicht dazu verstehen können, diesem Komitee Gelder der Stadt in die Hand zu geben. Nun können wir aber heute nicht wissen, ob die Vorwürfe begründet sind, denn es sind schon häufig unbegründete Vorwürfe in Zeitungen erhoben worden. Deshalb meine ich, wir tun gut, die Entscheidung über die Bewilligung eines Beitrages heute auszusetzen. Wir können uns unmöglich, wenn Sie uns die beantragten 10 000 M zur Verfügung stellen, selber um die Verwendung und Verteilung der Gelder in Oberschlesien bekümmern, sondern müssen uns

an

an irgend ein Organ wenden, daß die Sache in die Hand genommen hat. Soviel mir bekannt, ist das Komitee, das Herr Graf erwähnt hat, das einzig mögliche hierfür. Ich bitte Sie deshalb, die Entscheidung für heute auszusetzen.

Was Oppau betrifft, so freue ich mich, daß bis jetzt noch niemand gegen diesen Antrag gesprochen hat. Auch mein Standpunkt ist der : Mag in einem solchen Falle, wo ein entsetzliches Unglück geschehen ist, das Verschulden auf der einen oder anderen Seite noch so groß sein, so müssen wir doch alle zusammenhalten, um die unglücklich gewordenen Menschen aus dieser entsetzlichen Lage zu befreien, so gut es möglich ist. Der Reichstag hat ja schon beschlossen, daß ein Ausschuß eingesetzt werden soll, der die Sache untersucht. Von uns aus ist es nicht möglich, die Schuld fest-

ZU-

zustellen; was sollen wir uns über diese Frage streiten. Für uns ist es angemessen, aus städtischen Mitteln eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, um der Not zu steuern. Ich bitte, die 10 000 M zu bewilligen.

Stadtv. J a h n s : Ich wollte nur kurz bemerken, daß ich mich einer derartigen Kritik, wie wir sie eben gehört haben, nicht anschließen kann, und daß wir die Prüfung der Schuldfrage berufeneren Faktoren überlassen müssen. Ich möchte also bitten, bei derartigen Sachen einer Hilfeleistung von unserer Seite unbedingt zuzustimmen, ungeachtet aller Verhältnisse, die vorliegen mögen.

Bürgermeister M e y e r : Meine Damen und Herren ! Ich komme eben aus der Sitzung im Staatsministerium, die sich mit der Hilfeleistung für Oppau befaßt hat. Sie werden aus der Presse ersehen haben, daß von Reichs wegen Schritte in dieser Sache getan sind: ~~Die Reichsregierung~~ hat einen Aufruf erlassen und ist an alle Bundesregierungen herangetreten mit der Bitte, die Organisation ^{für mich persönlich} in die Hand zu nehmen. In Braunschweig ist das vom Herrn Minister Steinbrecher geschehen. ^{Es} ~~Sie~~ waren in der Versammlung im Ministerium Vertreter aus allen Kreisen des Landes Braunschweig zugegen, und als Vertreter der Stadt Braunschweig sollte eigentlich der Herr Oberbürgermeister an der Versammlung teilnehmen. Er hat aber wegen der Stadtverordnetensitzung abgesagt und mich gebeten, die Vertretung der

Stadt

Stadt zu übernehmen. Es war in der Versammlung bis auf eine ~~Stimme~~ ^{Stimme} Einstimmigkeit darüber vorhanden, daß geholfen und zwar sofort geholfen werden solle. Man war auch einig ~~darüber~~, daß man von einer Sammlung in der sonst üblichen Art und Weise absehen wolle, ^{nämlich} von Sammlungen durch Listen in den Häusern und auf den Straßen, daß man sich ^{vielmehr} beschränken wolle auf die Gaben, die von Körperschaften ^{sonnalligst bezw.} in großen gesammelt und abgeführt werden. Von der Stadtgemeinde Braunschweig aus sollte meine Wenigkeit für die Sache wirken, ^{im weiteren} und dann sollten die Handelskammer und ^{die} Landwirtschaftskammer und andere größere Vereinigungen Schritte tun, damit eine möglichst ^{aufopferlichen Betrag} große Summe ^{gebrungen.} zusammenkomme. Ich glaube, daß mit Rücksicht auf die herrschende Einstimmigkeit in der Versammlung, die auch aus dem in nächster Zeit erscheinenden Aufruf zu erkennen

sein

~~seine~~
 sein wird ~~und von allen Vertretern unterzeichnet~~
~~sein wird~~, die Sammlung ein gutes Ergebnis
 bringen wird. Die Stadt Braunschweig kann und
 darf bei dieser Sache nicht hinter dem zurück-
 bleiben, was dem Empfinden der gesamten Bevölke-
 rung entspricht. Ich habe ja auch nicht gehört,
 daß irgend einer der Herren gegen die Hilfe-
 leistung gesprochen hätte und darf wohl annehmen,
 daß in der Stadtverordnetenversammlung Einstimmig-
 keit über diese Bewilligung herrscht.

Nun höre ich eben, daß gegen die Art der
 Verwendung der für Oberschlesien gesammelten
 Beträge etwas bemängelt worden ist. Ich habe
 dem Vorstand der Oberschlesien-Sammlung ange-
 hört, ~~als die Sache vor einem halben Jahre~~
~~geführt worden ist~~
~~gehandelt wurde~~ und habe deshalb einigermaßen

Einblick in die ganze Organisation gewonnen.
~~Sie ist in~~ ~~dem~~ ~~ganzen Deutschen Reich zusammen-~~

~~den~~

und setzt sich zusammen aus dem sog. Schutzbunde dem Verbands heimattreuer Oberschlesier und der Zentrale des Roten Kreuzes, die sich für diesen Zweck zu einem Verbands zusammengetan haben. Jede einzelne dieser Vereinigungen sowie die Gesamtheit verdienen unzweifelhaft Vertrauen. Soweit ich es übersehen kann, ist dort Ehrlichkeit vorhanden bis auf die Knochen, und von Veruntreuungen auch nur einer Mark kann nicht die Rede sein. Es kann natürlich trotzdem an irgend einer Stelle eine Veruntreuung vorkommen, denn gegen die Unterschlagungen eines einzelnen kann kein Mensch etwas machen, doch wird die Verteilung der Gelder von der Organisation überwacht, und zwar (leider, muß ich sagen)

über

unter Mitwirkung ausländischer Arbeiter.
~~nur Deutsche vertreten, sondern auch inter-~~
nationale Beziehungen, vor allen Dingen Vertre-
ter des Roten Kreuzes aus der Schweiz, das
von dem internationalen Roten Kreuz beauftragt
worden ist, die Überwachung in Oberschlesien
~~mit vorzunehmen.~~ Ich meine deshalb, Sie können
auch hinsichtlich der Oberschlesier heute
schon die vom Rat beantragte Summe bewilligen.
Ich glaube ~~es~~ bestimmt, daß Verdächtigungen
betreffs der Verteilung der Gelder nicht be-
gründet sind.

Stadtv. G r ä f : Ich möchte bitten, der Anregung des Herrn Oberbürgermeisters stattzugeben und nachzuforschen, inwieweit das zutreffend ist, was das 8 Uhr-Abendblatt schreibt. So lange diese Anschuldigungen nicht aus der Luft geschafft sind, kann meine Fraktion der Bewilligung an die Oberschlesierhilfe nicht zustimmen.

Stadt. **M e s s e n t u s :** Die allgemaine Teilnahme an dem Oppauer Unglück, die man trotz der verschiedenen Kritiken aus den Worten aller Redner heraushört, gibt mir den Mut, anzuregen, jetzt gleich mit dem eben behandelten Punkte meinen Antrag zu verquicken, daß wir für dieses Jahr zu Gunsten der Witwen und Waisen in Oppau auf alle uns zustehenden Tagegelder, die mir äußerst unsympathisch sind, verzichten, so daß die Stadt Braunschweig mit einer doppelten Unterstützungssumme prangt.

Stadt. L e h n e r t : Der Herr Vorsitzende hat gesagt, er müsse nachsah sein; dann hätte er aber auch als Unteroffizier sehen müssen, wenn der Posten vor dem Gewehr sich meldet. (Bemerkung: Die Meldung dieses Redners zum Wort, war zunächst vom Vorsitzenden überschauen worden!).

In betreff der Ober-Schlesier-Hilfe ist bereits von Herrn Gräf auf die Mitteilungen des 8 Uhr Abendblattes hingewiesen worden. Wenn so etwas von einem sozialdemokratischen oder kommunistischen Blatte geschrieben worden wäre, würde man seitens der Bürgerschaft bürgerlichen Seite sang- und klanglos darüber zur Tagesordnung übergehen. Da aber selbst von einem bürgerlichen Blatte so etwas geschrieben ist, so muß doch wohl etwas Nohres daran sein, denn die Vertretung der bürgerlichen Seite wird sich doch nicht ins eigene Fleisch schneiden, sondern wird darnach trachten, diese Sache möglichst

in einem besseren Lichte zu zeigen, weil es die eigenen Klassengenossen angeht. Herr Stadtverordneter Hädge schüttelt mit dem Kopfe. Ja man kann natürlich über diese Sache geteilter Meinung sein, und Juristen und Laien haben ja auch eine verschiedene Weltanschauung. Wer aber in diesem Gebiete gewesen ist und hat die ausgelegten Gestalten gesehen, die in den Anilin-Werke ihr Leben fristen müssen, dem muß es auffallen, mit welcher Frivolität hier vorgegangen worden ist. Man hat in der Landeszeitung geschrieben, 4000 Zentner seien es gewesen, die von diesen gefährlichen Stoffen gelagert worden seien, hinterher aber zeigte es sich, daß es 4500 Tonnen gewesen sind, und weiter ist festgestellt, daß in zwei anderen Schuppen noch 8000 Zentner davon gelagert worden sind. Wie weit die Strecke ist, ^{auf der} ~~daß~~ die Wirkungen der Explosion sich gezeigt hat, das lassen die

Herr

Herren, die einmal von Oppau nach Frankfurt gefahren sind. Im Übrigen hat Herr Graf nicht gesagt, daß wir gegen die Bewilligung sind, sondern wir möchten eine Kontrolle dafür haben, wo diese Gelder bleiben. Es gibt ein ganzes Teil Frauen, deren Mann im Kriege gefallen ist und die nun gezeugen sind, auf Grund ihrer traurigen Verhältnisse, da man sie mit recht wenig Unterstützung bedenkt, in diese Giftbude hineinzugehen und zu arbeiten. Das kritisieren wir, nicht aber, daß die Hilfsaktionen eingeleitet sind, sondern daß man mit den Menschenleben in dieser unverantwortlichen Art und Weise umgeht, daß dieser Milliardenkonzern, der sich dort zusammen/getan hat, so etwas machen kann. Sie werden wissen, was für Dividenden dort eingekommen sind; diese soll man zur Haftung nehmen, damit die Opfer nicht noch weiter zu leiden haben. Und soweit es in unseren Kräften steht,

steht, soll unserer Mildtätigkeit keine Schranken gesetzt werden, doch wollen wir Sicherheit haben, daß es auch denen wirklich zur Verfügung gestellt wird, für die es bestimmt ist.

Bürgermeister Meyer: Zur Ergänzung meiner Mitteilungen von vorhin möchte ich noch folgendes bemerken: Es ist in der Vereinbarung im Ministerial-Beschluß ^{des} gefast, daß die Mittel der ~~gesamten~~ Sammlung für Oppen — ~~an der dann auch die Braunschweiger Sammlung gehören würde~~ — ausschließlich verwendet werden sollen zu Gunsten der in den Werke Verunglückten und ihrer Angehörigen. Daß die Werke selbst nichts von dieser Sammlung haben sollen, versteht sich wohl von selbst. Es ist aber die Bitte für Ober-Schlesien zu machen, daß der Kaiserliche Minister Meyer über die Mittel der Sammlung zu entscheiden beauftragt wird, die Mittel zu verwenden, die für die Arbeiter in Schlesien bestimmt sind, die in der Sammlung enthalten sind. Ich bitte sehr, daß die Mittel der Sammlung für die Arbeiter in Schlesien verwendet werden.

V o r s i t z e n d e r : Wir werden über die beiden Fragen getrennt abstimmen müssen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Ich bitte zunächst darüber abstimmen zu lassen, ob die Abstimmung über den Beitrag für Oberschlesien ausgesetzt werden soll.

V o r s i t z e n d e r : Es ist von Herrn Oberbürgermeister anheim gegeben, die Entscheidung über die Gabe für Ober-Schlesien zurückzustellen, Herr Bürgermeister Meyer aber hat Ausführungen gemacht, die dahin zu verstehen waren, daß die Abstimmung unbedenklich vorgenommen werden könnte. Ich hätte gern gehört, ob der Herr Oberbürgermeister seine Anregung zurückziehen will.

Oberbürgermeister R. S. t. o. m e y e r :

Es liegt darüber kein Beschluß des Rates vor,
aber ich ^{persönlich} stehe auf dem Standpunkt, daß die
Hilfsaktion für Oberschlesien nicht von heute
auf morgen zu Ende geht, daß aber darüber, ob
die mitgeteilten Beschuldigungen zutreffen, sehr
bald Klarheit eintreten wird. Deshalb möchte
ich für meine Person - so leid es mir tut, wenn
Herr Kollege Meyer anderer Ansicht ist - wün-
schen, im Interesse der Sache die Abstimmung
über unseren Beitrag für Oberschlesien für
heute anzusetzen.

Bürgermeister M e y e r : Ich bin, wie Sie wissen, erst soeben aus der Versammlung in Ministerium hierhergekommen, habe die Vorwürfe, die hier vorgebracht sind, nicht gehört, und bin auf diese Weise dazu gekommen, für eine sofortige Abstimmung zu Gunsten der Ratsvorlage einzutreten.

123

**Die Abstimmung über die Spende für Ober-
Schlesien wird zurückgestellt, der Bewilligung
der Unterstützung für Oppau stimmt die Versamm-
lung einstimmig zu.**

19. Wasserpreis für die Siedlung Freiland
auf dem Flugplatze.

Stadtb. B i e t e r m a n n : Die Grundstücke der Siedlung Freiland auf dem Flugplatze werden mit Wasser aus der städtischen Wasserleitung versorgt. Da diese Grundstücke bereits auf Broitzener Gebiete liegen, richtet Herr Stadtbaurat Lepsius an den Rat der Stadt die Anfrage, welcher Wasserpreis von den dortigen Siedlern zu erheben ist. Es ist uns, daß von den draußen liegenden Grundstücken ein Aufschlag auf den Wasserpreis von 60% gefordert wird. Nun liegen aber die Grundstücke dieser Siedlung auf städtischen Grund und Boden, und es wird beabsichtigt, diese Gegend der Stadt einzugemeinden. Aus diesen Gründen steht der Rat der Stadt auf dem Standpunkt, daß die dortigen Anwohner nicht mehr Wassergeld zu bezahlen brauchen wie die Einwohner der Stadt. Der Finanzausschuß hat

ten-

170

denselben Antrag gestellt, und ich möchte bitten, dem zuzustimmen.

Oberbürgermeister Reitmeyer :

Es liegt wohl ein kleiner Lapsus in der Berichterstattung vor. Der Rat der Stadt steht nicht auf dem Standpunkt, daß diese Leute nicht mehr Wassergeld zu zahlen brauchen als die Einwohner der Stadt, sondern die Sache liegt in Wirklichkeit so, daß sie als Angehörige der Gemeinde Broitzem mehr zahlen müßten. Aber wir ersuchen mit Rücksicht auf die vorgetragenen Gründe in diesem Falle eine Ausnahme zuzulassen, weil es sich um ein städtisches Grundstück handelt, auf dem die Gebäude aufgeführt sind, weil es sich um Leute aus der Stadt handelt, die sich dort angesiedelt haben, und weil wir die Ansiedlung in nicht allzuweiter Entfernung von der Stadt fördern wollen.

142

Die Versammlung stimmt dem Beschlusse zu.

(Punkt 19).

20. Erhöhung der Gas- und Wasserpreise.

Stadt. D i e t e r m a n n : Die Vorlage über die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise liegt Ihnen allein vor. Trotz seiner Mitteilung von einem Überschuß des Gaswerkes im Betrage von 2 489 332 M bereitet uns der Rat der Stadt keine große Freude, wenn er damit zugleich die Erhöhung der Gas- und Wasserpreise beantragt.

Der Rat der Stadt hat den Vorschläge der Verwaltungsdeputation zugestimmt den Gas- und Wasserpreis um je 30 Pfennig für das cbm zu erhöhen. Der Finanzausschuß, der sich ebenfalls mit der Sache beschäftigt hat, nahm einen anderen Standpunkt ein, weil man der Meinung war, daß es in Rücksicht auf den Überschuß von 2 489 000 M bei dem Gaswerk nicht angebracht sei, den Gaspreis zu erhöhen. Der Rat der Stadt führte aber an, daß bedeutende Ausgaben für das Gaswerk be-

reits

~~104~~

reits in letzter Zeit stattgefunden haben, die mit 1 715 000 M eingesetzt sind und sich zusammensetzen aus den Lohnerhöhungen, Erhöhungen der Gehälter, dem Kohlenmehrpreis und anderen, so daß die Rechnung des laufenden Jahres abschlagsmäßig mit einem Fehlbetrage von 1 465 000 M abschließen würde. In den nächsten drei Jahren aber würden außerordentliche bauliche Aufwendungen in Höhe von 4 350 000 M erforderlich werden.

Von dem diesjährigen Gewinn der Gaswerke sollen nach dem Vorschlage des Rates 2 Millionen Mark dem Reservefonds zugeführt werden, 3000 M der Stiftung „Kindersegen“ und nur der Rest bei der Kämmererkasse vereinnahmt werden.

Der Finanzausschuß schlägt Ihnen vor, den Gaspreis von 1 M auf 1,20 M zu erhöhen und den Wasserpreis von 60 Pfennig auf 80 Pfennig für das cbm. Der von Rate der Stadt beantragten Erhöhung des Wasserpreises um 30 Pfennig konnte

Der

der Finanzausschuß nicht stattgeben, weil Wasser unbedingt allen Menschen zugänglich gemacht werden muß, weil die Pflege der Reinlichkeit unbedingt gefördert werden muß, da durch den Krieg an und für sich schon hier und da Unsauberkeit eingerissen sei und wir nicht seitens der Stadt dazu übergehen könnten, durch eine größere Erhöhung des Wasserpreises die Unsauberkeit zu fördern.

Es sei aber der Wasserpreis, wie er jetzt sei, zu hoch. Es bleibe zu hoffen, daß die Stadt die Möglichkeit habe, die Arbeiter und die kleinen Leute nicht in solche Schwierigkeiten zu bringen, sondern sie zu helfen, indem sie den Wasserpreis zu senken, indem sie eine allgemeine Erhöhung des Wasserpreises

176

Stadtv. Frau B ö h m : Meine Damen und Herren! Wir müssen unsererseits die Vorlage des Rates ablehnen, weil wir nicht einsehen können, daß die armen Witwen, die auf Gas kochen, denselben Gaspreis bezahlen sollen wie die reichen Leute. Wir erwarten dagegen eine andere Vorlage, bei der der Gaspreis bei einem Einkommen von über 24 000 M höher gesetzt wird, bei einem Einkommen unter 24 000 M aber der Gaspreis, wie er heute ist, bestehen bleibt. Wo alle Lebensmittel so teuer sind und alle Arbeiter und auch die kleinen Beamten nicht im stande sind, den erhöhten Gaspreis zu bezahlen, lehnen wir eine allgemeine Erhöhung des Gaspreises ab.

187

Oberbürgermeister R e t e r e y e r :

Meine Damen und Herren! Ich will darauf verzichten, heute wieder das Lied von der Notlage der Stadt zu singen und dadurch auf Sie einzuwirken. Alle Fraktionen haben sich über diese Erhöhung der Gas- und Wasserpreise schon schlüssig gemacht, und so glaub~~ich~~ich, auch wenn man mit Engelzungen reden könnte, so würde doch nichts dabei herauskommen. Hinweisen will ich aber doch darauf, daß es eine wunderbare Sache scheint, daß gerade unsere Stadt Braunschweig den niedrigsten Preis für Gas und Wasser haben soll, denn abgesehen von den Städten, die in der glücklichen Lage sind, wenig Aufwendungen für Betriebskosten und insbesondere für Kohlen auszugeben, sind alle übrigen Städte über unsere ^{beihilfe} Preise ~~erheblich~~ hinausgegangen. Woher wollen Sie das Geld nehmen, das die Stadt nötig hat? Statt in einzelnen die Not der Stadt zu schildern, will ich nur darauf hinweisen, daß wir

~~124~~

Wir in diesem Jahre ein erhebliches Defizit haben werden, und zwar aus dem Grunde, weil wir nicht alles das bekommen, was uns von Rechts wegen zusteht, insbesondere denke ich an den großen Zuschuß von Reiche. Das Reich schuldet uns noch 6 Millionen Mark, und das wird bei der Rechnung des vorigen Jahres stark in Erscheinung treten. Es ist ja möglich, daß wir noch etwas bekommen, auch vom Staate einen Zuschuß aus der Reichseinkommensteuer, aber das ist ungewiß. Es ist mir schlechterdings unmöglich, zu empfehlen, die ^{Stadt-Raffinerie} Rechnung des Vorjahres jetzt schon zum Abschluß zu bringen. Das erscheint mir bedauerlich auch insofern, als ich der festen Überzeugung bin, daß der recht ungünstige Abschluß wahrscheinlich doch einigen Einfluß auf Sie bei Bemessung dieser Preise für Gas und Wasser gemacht hätte. Den Städten sind die Flügel gebrochen, indem ihnen die

149

die Steuerhoheit genommen ist. Hoher wollen Sie das für die Verwaltung der Stadt nötige Geld nehmen, wenn nicht aus der Grund- und Gewerbesteuer, der Lustbarkeitssteuer und aus diesen Marken? Alle die anderen Steuern, die wir vorschlagen können, werden nicht viel bringen, es sind nur kleine Notbehelfe. Wir sind selbstverständlich bereit, noch Anträgen in bezug auf Mortuumssteuer usw. stattzugeben, aber das bringt sozusagen nichts bei den gewaltigen Summen, die wir nötig haben. Was haben Sie an neuen Summen nicht schon seit der Statuserstellung bewilligt und dadurch den laufenden Etat nicht gestärkt, sondern ^{befremdet} ~~geschwächt~~. Er schließt sozusagen schon mit einem Defizit von 3 Millionen ab und jetzt sind noch mehrere Millionen hinzugekommen. Wie wir aus diesem Dilemma herauskommen sollen, das weiß ich nicht. Es ist ja möglich daß die Sache noch besser abläuft, als es bisher

den

157

den Anschein hat, aber an sich lag ^{keine} kein Grund vor, dem einstimmigen Beschlusse der Verwaltungsdeputation abzufallen und zu sagen: Die Verwaltungsdeputation hat allerdings als Gaspreis 1,30 M vorgeschlagen, wir aber halten 1,20 M für genügend. Bei dem Wasserwerk - das gebe ich zu - kann man zweifelhaft sein, ob man aus diesem Betriebe noch ~~großes~~ ^{mehr} herausholen soll. Wenn Sie dort bei einem Aufschlage von 20 Pfg. durchaus bleiben wollen, dann mag Ihnen die Bestimmung darüber überlassen bleiben. Für das Gas aber ist die von Ihnen gewünschte geringere Erhöhung des Preises durch sachliche Gründe nicht gerechtfertigt. Wenn man die Preise berücksichtigt, die man ^{für} ~~für~~ Brennmaterial bezahlen muß, dann habe ich die Überzeugung - und die Sachverständigen auch -, daß man sich bei Benutzung von Gas besser steht, als wenn man Kohlen oder sonstiges Brennmaterial auf den Herde benutzt.

benutzt. Dabei wird das Gas ~~direkt~~ zum Kochen ^{offen} ausgenutzt, während bei dem Gebrauch des Herdes besteht eine Menge Hitze verloren geht.

Frau Böhm hat die Anregung gebracht, man möge den Preis staffeln. Das wäre eine erhebliche Erschwerung des ganzen Geschäftsbetriebes. Es ist mir nicht eine einzige Stadt bekannt, die dieses Verfahren eingeführt hätte. Wie sollten wir dabei vorgehen? Ich weiß nicht, wieviele von Ihnen schon einen Steuerzettel für das Jahr 1920 bekommen haben; jedenfalls wird keiner heute sagen können, auf den und den Betrag ist mein Einkommen festgestellt. Was sollte die Verwaltung dann machen? (Zuruf Stenvers: Den Steuerzettel für 1919 nehmen). Ich will es Ihnen überlassen, darüber zu beschließen.

Stadto. M e s s e n i n g : Meine Damen und Herren! So unangenehm es ist, wenn man einer Erhöhung der Gas- und Wasserpreise das Wort reden muß, so ist es doch richtig, daß man fordern muß, daß ein Werk, auch wenn es ein städtisches ist, sich selbst erhalten muß. Nach sorgfältiger Prüfung innerhalb der Deputation ist sie zu der Ansicht gekommen, daß die nötigen Erneuerungen und Instandsetzungen dieser Werke unbedingt den gemachten Überschuß verschlingen werden. Deshalb kann es nicht angehen, wenn man die Selbstkosten beachtet, die die Stadt aufwenden muß, um Gas und Wasser den Einwohnern zuzuführen, den Preis unter das ^{zu zahlen} ~~haben~~, was in der Vorlage genannt ist. Machen wir uns doch keine Scheuklappen vor! Ich habe noch keine praktischen Vorschläge gehört, durch die nennenswerte Steuererträge hereingebracht werden, um uns aus der Misère herauszu bringen. Auch wenn man

die

die Steigerung der Gas- und Wasserpreise unangenehm empfinden wird, so kann uns das doch nicht dazu bringen, daß wir bei unseren Werken, die nicht *der Profitgier* dienen, die nötigen Instandsetzungen und Erneuerungen unterlassen. Die empfohlenen Preise sind nur das, was die Werke zur Erzeugung brauchen, ein nennenswerter Überschuß ist nicht vorgesehen, sondern höchstens das, was zur Erneuerung eingestellt werden muß. Wenn auch die Erhöhungen unangenehm sind, so müssen wir uns über diese Unannehmlichkeit hinwegsetzen, da wir nicht Lust haben, das Minderergebnis bei niedrigeren Preisen durch Steuern decken zu wollen.

Stadt. L e h n e r t : Der Herr Oberbürgermeister hatte anlässlich seines 70. Geburtstages den Wunsch ausgesprochen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch solange die Steuer der Stadt in der Hand zu haben, bis den Finanzen der Stadt noch ein einigermaßen vernünftiger Grund bereitet sei, und diesen Wunsch nach solcher Besserung unserer Finanzen kann man sich anschließen. Bei den Gas- und Wasserwerken ist ein Überschuß von 2 1/2 Millionen Mark herausgerechnet und es wird noch ein Aufschlag auf die Preise verlangt. Da müßte man auch einmal die Frage aufwerfen, wie es sich denn betreffe der in der Stadt herumstrahlenden Gerichte verhält, daß circa 1 Million ohne Wasser versehen sein sollen, von denen man nicht weiß, wo sie geblieben sind. Wenn das der Fall ist, dann wird man wohl keine Deckung für die Betriebskosten haben. Andererseits aber zeigt es sich, daß die

Wasser-

Wassermesser in der Stadt sehr gut funktionierten. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß in einem unserer Häuser in der Goethestraße in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März für 926 M Wasser verbraucht sein sollen, und zwar wurde das damit begründet, daß die Kasetthähne wohl nicht dicht gewesen sind, während doch in den ganzen 3 Monaten nur ein Klosett in Tätigkeit gewesen war, nämlich für die Bauarbeiter. Dabei hat noch jeden Morgen und jeden Abend der Polier, dem die Leitung unterstand, das Wasser selber abgestellt. Auf meine Beschwerde beim Städtischen Betriebsamt wurde mir die Mitteilung gemacht: „Verschwunden ist das Wasser und Sie müssen es auch bezahlen.“ Eigenartig erscheint es mir, daß, nachdem in der Mitte April der Wassermesser ausgetauscht war im folgenden Vierteljahr nur für etliche 60 M Wasser verbraucht wurde. Daran kann man sehen, wie es kommen kann, daß die Stadt nicht weiß,

wo die 1 Million oben Wasser geblieben sind. Wenn der Hausbesitzer für ^{das} Wasser, was durch den Messer gegangen ist, bezahlen soll, dann würde der Rat der Stadt doch einmal Aufklärung in dieser Angelegenheit schaffen. Meine Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß wir einen guten Finanzminister für die Stadt haben und daß wir, wenn der Voranschlag aufgestellt ist, nicht erst noch den Priseur zu schicken brauchen, so daß darauf zu rechnen ist, daß noch etwas bei den Betrieben übrig bleiben wird, und man hinterher sagen kann: Das Werk hat sich gegenüber dem Voranschlage doch gut rentiert. Meine Genossen sind deshalb auch der Meinung, daß eine Erhöhung um 20 Pfennig wohl genügend ist und daß der Rat der Stadt, wenn er in nächsten Jahre über das Werk berichtet, mit einem Überschuß, aber nicht mit einem Defizit wird rechnen müssen.

157.

Oberbürgermeister R e i t e n b e r g :

Nun Herr Lehnert von dem Überschuss des Gaswerkes von 2 1/2 Millionen und andererseits von der verlorengegangenen Menge von 1 Million obz Wasser spricht, so steht beides gar nicht miteinander in Verbindung, und es klang aus seinen Ausführungen heraus, als ob Unregelmäßigkeiten vorgekommen wären. Aber Herr Lehnert ist doch sonst ein klarer Kopf. Was er angeführt hat über die 900 K., die er anscheinend unaufgeklärter Weise für Wasser hat bezahlen müssen, gibt doch schon ^{den richtigen} ~~den selben~~ einigen Aufschluß.

^{mit dem Pfeffer}
Die Sache liegt so, daß tatsächlich der Verdacht besteht, daß die Wassermesser nicht richtig anzeigen, aber nicht, daß sie zu viel anzeigen, sondern zu wenig. Wie das kommt, ist bis heute nicht aufgeklärt. Auffallend ist, daß in ^{einigen} ~~allen~~ Städten über diese Erscheinung geklagt wird. Ich glaube, es hängt das damit zusammen, daß

während

während des Krieges die Wassermesser, deren Preis gütlich gestiegen ist, nicht in den Umfang erhöht sind, wie es früher der Fall gewesen ist und daß sie deshalb nicht so scharf anzeigen, wir also mehr Wasser abgeben, als die Wassermesser anzeigen. In der letzten Zeit haben wir wieder neue Wassermesser bezogen, und es ist leicht möglich, daß in dem Falle, den Herr Lehnert in Frage hat, der Wassermesser sehr genau den Verbrauch angegeben hat und so der große Betrag herausgekommen ist.

Nach der Aufstellung eines Etats für diese Werke anbetrifft, so haben diese, wie allgemein anerkannt wird, in der heutigen Zeit keine große Bedeutung mehr. Es kommen jetzt in Laufe eines Jahres derartige Verschiebungen in den Preisen der zu verkaufenden Materialien, der anzukaufenden Kohlen, der Löhne usw. vor, daß jeder Etat über den Haufen gerannt wird, wenn derartige


Schwan-

Schwankungen eintreten. Über den Überschuß von 2 489 000 M ist noch zu sagen: Wenn wir Ihnen eine Bilanz vorgelegt hätten, die wirklich in vollen Umfange nach kaufmännischen Grundsätzen aufgestellt wäre, dann hätte sie ein anderes Gesicht bekommen. Die Aktiengesellschaften stellen bekanntlich die Bilanz so auf, daß das, was zum Reservefonds gehört, auf der Passiv-Seite steht. ^{der Marktkauf übersteigt} Unser Reservefonds hat ^{fehlt} noch ein Defizit, und wenn wir das in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt hätten, dann wäre ein anderes Bild herausgekommen. Im übrigen kommt aber beides auf eins hinaus: arbeiten wir mit Unterbilanz, dann können wir in den Jahre nicht so viel zurückstellen, daß der Reservefonds genügend dotiert ist. Die Stadt steht in der Beziehung anders da ^{vi} als eine Aktiengesellschaft oder ein Unternehmer, sie brauchen ^A nicht zu bedenken: Haben wir etwas im

Rezer-

~~100~~

Reservefonds oder nicht? Müssen Erneuerungen vorgenommen werden, so schließt die Stadt den Betrag vor. Deshalb haben wir es von jeher so gemacht, daß wir das, was wir den Reservefonds zugeführt haben, am Schlusse des Jahres aus der Rohüberschusse herausgenommen haben. Dieser Betrag, der Stadtkasse als Betriebskapital überlassen, ist der Reservefonds. Sie können nicht sagen: weil rechnungsmäßig Überschüsse von 2 Millionen Mark herausgekommen sind, wären sie wirklich vorhanden, sondern Sie sehen, wie der Überschuß zusammenschwindet, wenn der sachliche Antrag angenommen wird, daß wir 2 Millionen dem Reservefonds zuführen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als zu sehen, aus den Werken etwas zu erübrigen. Es wäre ein schöner Gedanke, zu sagen: Gas und Wasser hat jeder Einwohner, mag er arm oder reich sein, nötig, und wir wollen daran nichts verdienen. "Gedächtnis"


verdienen.“ Diesen Standpunkt können heute
die deutschen Städte nicht mehr einnehmen,
und wenn sie es tun, dann ^{leidet die Stadt Not.} ~~gehen sie zu Grunde.~~
Lesen Sie bitte einmal die Verhandlungen des
letzten Deutschen Städtetages nach, da werden
Sie finden, daß man ^{nach} übereinstimmend anerkannt
hat: Die Städte müssen sparen dadurch, daß
sie auch ihre wichtigsten Ausgaben beschränken,
aber diese Marken müssen den Städten Überschüsse
liefern; ohne sie können die Städte nicht be-
stehen. Wir haben von einer Reihe größerer
Städte noch eine weitere Übersicht über die
Preise der Gas- und Wasserwerke und über das
Ergebnis der Verwaltung derselben bekommen,
die das Statistische Amt Hildesheim zusamen-
getragen hat – wir haben sie leider nicht mehr
vervielfältigen können. Man kann daraus ersehen,
daß welche ^{hüßl} ~~geringen~~ Überschüsse die meisten
Städte aus ihren Marken herausgeholt haben;

dagegen

12

dagegen sind wir die reinen Waisenknaben.

Stadtv. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren! Bei der Beratung dieser Frage möchte ich das Augenmerk der Versammlung darauf richten, daß man in der heutigen Zeit, wo man für die notwendigen Ausgaben an den meisten Stellen nicht die genügende Deckung hat, die Beschaffung von Gas und Wasser durch städtische Werke von zwei Gesichtspunkten aus betrachten muß: einmal, daß Wasser und Gas als etwas unbedingt Nötiges für die gesamte Bevölkerung in Frage kommt, und deshalb denke ich es mir als ganz zweckmäßig, wenn der Rat der Stadt einmal Erhebungen anstellen würde darüber, wieviel Wasser und Gas man pro Kopf unbedingt nötig hat, nicht zu knapp bemessen. Wenn dann aber die städtischen Betriebe über diesen notwendigen Bedarf hinaus — ich betone noch einmal: Reichlich bemessen — weiter in Anspruch genommen werden, dann könnte das, was mehr gebraucht wird, zu einem höheren

Preise

Preise berechnet werden, dann dienen diese höheren Zahlungen zur Erhaltung der Werke, können der Gesamtheit zu gute und könnten zur Deckung anderer notwendiger Ausgaben verwandt werden. Vielleicht ist es dem Rat der Stadt möglich, zu ermitteln, welches Quantum Gas und Wasser pro Person unbedingt benötigt wird, daß er dieses Quantum vielleicht um ein Viertel erweitert und für den überschießenden Verbrauch einen höheren Satz berechnet.

145

Oberbürgermeister R e t t e s y e r :

Ich glaube, wenn eine derartige Untersuchung
angestellt würde, dann würde sich herausstellen,
daß der Bedarf sowohl an Gas wie an Wasser bei
den einzelnen Einwohnern ein gewaltig verschiede-
ner ist. Der eine badet alle Tage, der andere
das ganze Jahr vielleicht einmal. Noch eins muß
ich erwähnen, und das weiß Herr Burgdorf auch:
Wir haben diese Werke immer nach kaufmännischen
Grundsätzen verwaltet, und in kaufmännischen
Leben ist es in allgemeinen üblich, daß derjeni-
ge, der mehr Ware abnimmt, sie billiger erhält.
Bei Ihrem Vorschlage aber soll gerade der, der
viel Wasser und Gas abnimmt, das ^{Mehr} ~~größtenteils~~ pro-
~~portional~~ teurer bezahlen. Da haben wir im
Gegenteil einen Rabatt auf die Abnahme großer
Mengen zugestanden. In Übrigen haben wir die
Vorschrift erlassen, daß eine bestimmte Menge
Wasser bezahlt werden muß, ganz einerlei, ob es

ver-

186

verbraucht ist oder nicht. In der von Herrn
Burgdorf gemachten Weise vorzugehen, würde ich
für falsch halten. Beim Gas haben wir die ähn-
lichen Vorschriften erlassen, daß ^{der} ~~den~~jenigen,
der nicht eine gewisse Menge Gas entnimmt, der
Gasmesser ^{nicht befestigt soll.} ~~entzogen wird.~~ Diese Bestimmung haben
wir in den letzten Jahren nicht mehr anwenden
können, weil der Reichskohlenkommissar die
Entnahme von größeren Quantitäten Gas verboten
hat; da paßt also unsere Vorschrift nicht mehr.

167

Stadt. L e h n e r t : Zu dem, was der Herr Oberbürgermeister in betreff des Reichskohlenkommissars gesagt hat, so meine ich, daß der schon so viel verordnet hat, daß es schon einen ganzen Gasoneter füllen würde, wenn das alles verbrannt wird. Meiner Ansicht nach darf der Gaspreis nicht erhöht werden - vorhin habe ich nur vom Wasser gesprochen. Es ist eigenartig, daß man für eine Bauperiode, die erst in 3 Jahren beginnen soll, jetzt schon 4 300 000 M vorgesehen hat und jetzt schon 2 Millionen Mark allein von einem Jahresertrage in den Reservefonds dafür schreiben will. Wenn man ferner sieht, wie gering unsere Werke zu Buche stehen, das Anlage- und Grundstückkonto 7 166 000 M beträgt und nach den Abschreibungen das Werk nur mit 900000 Mark zu Buche steht, so können wir das wohl in Deutschland als einzig hinstellen. Nur wenig Städte in Deutschland werden die Gaswerke zu

einen

einen so billigen Werte zu Buche stehen haben. Das ist ja gut für uns und es soll ja auch kaufmännisch so gemacht werden, daß so viel wie möglich zurückgeschrieben wird. Aber es ist doch nun einmal so: das Wassergeld, das bezahlt werden muß, wird jetzt den Mietern aufgelegt, während es früher die Hausbesitzer mitbezahlten; es gibt sogar Hausbesitzer, die das Wasser kopfweise berechnen. Ich möchte deshalb darum ersuchen, den Wasserpreis nur auf 80 Pfennig zu erhöhen, und den alten Gaspreis bestehen zu lassen. In dieser Weise haben meine Fraktionsgenossen sich geeinigt. Ich glaube bestimmt: im nächsten Jahre werden wir nicht mit einer Unterbilanz zu rechnen haben, sondern werden mit etwas Überschuf obrechnen können.

169

• **V e r s i t z e n d e r : H e r r L e h n e r !**
Sie haben eben zu den beiden vorliegenden
Anträgen einen dritten gestellt.

Stadt v. L e h n e r t : Ich habe nur gesagt, wie meine Fraktion stimmen würde. Es ist eigenartig, das der Herr Vorsitzende als Wachhabende meint, wir dürften so nicht stimmen. So etwas müßte der Wachhabende wissen.

Könnte. Ich würde darauf aufpassen, das das bei einer Erhöhung auf 1,30 Mark und auf 90 Pfennig beträgt. Sodann liegt der Antrag des Ausschusses vor, den Gaspreis auf 1,30 Mark und den Preis für Wasser auf 80 Pfennig zu erhöhen. Sie haben Sie noch gesagt, der alte Gaspreis sollte bestehen bleiben.

71

V o r s i t z e n d e r : Der Herr
Oberbürgermeister hat Sie eben als hellen
Kopf gelobt - wie stimmt das mit Ihren
Aussführungen eben ? Ich habe nicht gesagt,
daß Sie nicht in dieser Weise abstimmen
können. Ich mache darauf aufmerksam, daß der
Rat eine Erhöhung auf 1,30 Mark und auf
90 Pfennig beantragt. Sodann liegt der An-
trag des Ausschusses vor, den Gaspreis auf
1,20 Mark und den Preis für Wasser auf 80
Pfennig zu erhöhen. Nun haben Sie noch ge-
~~sagt~~^{sinfelt}, der alte Gaspreis sollte bestehen
bleiben.

Oberbürgermeister R e i c h e r t:
 Stadtv. Dr. J a s p e r: bittet um getrennte Abstimmung über die Gaspreise und Wasserpreise.

Für den Ratsantrag, Erhöhung des Wasserpreises auf 90 Pfennig, meldet sich nur die Minderheit, dagegen wird der Ausschußantrag, Erhöhung des Wasserpreises auf 80 Pfennig, von der Versammlung angenommen.

Ebenso wird der Ratsantrag bezüglich des Gaspreises (Erhöhung auf 1,30 Mark) abgelehnt, und der Antrag des Ausschusses (Erhöhung auf 1,20 Mark) angenommen.

Wasser ohne Messer andere Zahlen angesetzt werden. Die eine kann herstellende Bitterkeit würde aber nur gering sein, und ich möchte auch noch auf folgendes hinweisen: Diese Abgabe von bestimmten Mengen Wasser acht außerordentliche Kosten, in der 2 - 3 Stunden Arbeitszeit darüber hinaus, das ein Wasserkopf gleichsam häufig geöffnet werden muß. Deshalb

erhöht

173.

Oberbürgermeister R e t a n e y e r:
Wir hatten noch beantragt, für das ohne Messer
in Mengen bis zu 6 cbm. abgegebene Wasser
12 Mark und für das in größeren Mengen unter
Verwendung von Messgefäßen abgegebene Wasser
1,80 Mark für das cbm zu berechnen. Die Höhe
dieser Preise war beantragt in der Hoffnung,
daß sie der Erhöhung des Wasserpreises auf
90 Pfennig zu-stimmen würden. Nachdem Sie
beschlossen haben, den Wasserpreis nur auf 80
Pfennig zu erhöhen, müßten für die Abgabe von
Wasser ohne Messer andere Zahlen ausgerechnet
werden. Die sich dann herausstellende Differenz
würde aber nur gering sein, und ich möchte
auch noch auf folgendes hinweisen: Diese Ab-
gabe von besonderen Mengen Wasser macht außer-
gewöhnliche Kosten, in den 2 - 3 Stunden Ar-
beitszeit darüber hinaus, wenn ein Wasserpfost
zur Wasserabgabe geöffnet werden muß. Deshalb

glaube

glaube ich, wir könnten es bei den angegebenen
Preisen von 12 Mark und 1,80 Mark wohl belas-
sen.

Herr Oberst, gestatten Sie mir, Sie zu ver-
sichern, dass ich die Angelegenheit mit der größten
Sorgfalt zu behandeln werde.

Ich bin, Herr Oberst, mit der größten Achtung
Ihrer, und mit der Versicherung, dass ich die Angelegenheit
mit der größten Sorgfalt zu behandeln werde.

Ich bin, Herr Oberst, mit der größten Achtung
Ihrer, und mit der Versicherung, dass ich die Angelegenheit
mit der größten Sorgfalt zu behandeln werde.

Ich bin, Herr Oberst, mit der größten Achtung
Ihrer, und mit der Versicherung, dass ich die Angelegenheit
mit der größten Sorgfalt zu behandeln werde.

Ich bin, Herr Oberst, mit der größten Achtung
Ihrer, und mit der Versicherung, dass ich die Angelegenheit
mit der größten Sorgfalt zu behandeln werde.

Ich bin, Herr Oberst, mit der größten Achtung
Ihrer, und mit der Versicherung, dass ich die Angelegenheit
mit der größten Sorgfalt zu behandeln werde.

75

V o r s i t z e n d e r : Wir hatten im Ausschuß gesagt, daß diese Sätze entsprechend umgerechnet werden sollten. Nun wünscht der Herr Oberbürgermeister, daß die in der Vorlage stehenden Sätze angenommen werden sollen.

Es ist zunächst noch abzustimmen über den Antrag 1 : von dem vorjährigen Gewinn der Gaswerke zu 2 489 332, 02 Mark den Betrag von 2 000 000 Mark dem Reservefonds zuzuführen und nur den Rest abzüglich der der Stiftung Kindersegnen bestimmungsgemäß zu überweisenden Summe von 3000 Mark bei der Kämmererkasse zu vereinnahmen. — Dieser Antrag war im Ausschuß genehmigt. Ist jemand dagegen ? — Also ist die Genehmigung auch hier ausgesprochen.

In

176

In der Abetimmung über den Wasserpreis für ohne Messer abgegebenen Mengen werden die in der Verlage angegebenen Preise (12 Mark und 1,80 Mark) von der Mehrheit angenommen.

Für das Automatengas wird ein Preis von 1,30 Mark (10 Pfennig teurer als der übrige Gaspreis) angenommen .

21. Erwerb von Geschäftsanteilen der Ein-
und Verkaufsgenossenschaft Gewerbetreibender
Kriegs- und Zivilblinder.

Stadtverordneter S a u e r b i e r: Ein großer Teil der im Freistaat Braunschweig wohnenden blinden Gewerbetreibender hat sich zusammen getan, um eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft zu gründen. Nach § 5 der Satzungen dieser Genossenschaft soll unter den 7 Mitgliedern des Aufsichtsrates ein Mitglied des Staatsministeriums und ein Vertreter des Rates der Stadt sich befinden. Dies ist nur dann möglich, wenn die Stadt durch den Erwerb eines oder mehrerer Geschäftsanteile Mitglied der Genossenschaft wird. Der Geschäftsanteil ist auf 30 Mark festgesetzt und die Haftsumme für jeden Geschäftsanteil auf 200 Mark. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, sich mit einem Erwerbe von 10 Geschäftsanteilen einverstanden zu erklären

und

und die dazu erforderlichen 300 Mark zu bewilligen. Der Haushaltsausschuß empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Rates zuzustimmen.

100

22. Abschluß eines Mietvertrages für das
Grundstück Leopoldstraße 16.

Stadtver. r e g e r: Es handelt sich bei diesem Punkte der Tagesordnung um das an der Leopoldstraße 16 gelegene städtische Grundstück, das vorher dem Ofenbauer Hermann Ohlendorf gehört hat. Das Grundstück ist im Jahre 1917 von der Stadt angekauft, aber die damals beabsichtigte Verwendung dieses Grundstücks kann heute noch nicht ausgeführt werden. Die Eheleute Ohlendorf haben nun den Rat der Stadt ersucht, er möge ihnen das ^{gesagte} Grundstück von dem Tage der Auflassung an mietweise überlassen. Der Rat hat nichts dagegen einzubringen und hat einen Mietpreis von 2900 Mark für den Generalmieter angesetzt. Eine angemessene Verzinsung des Grundstücks ist damit gewährleistet,

und

und zudem hat sich der Mieter noch verpflichtet, die Unterhaltung des Grundstücks nebst den öffentlichen Lasten, Gas- und Wassergeld, Treppenhausebeleuchtung und alle sonstigen dem Eigentümer obliegenden Verpflichtungen zu übernehmen. Das Haus wird auf unbestimmte Zeit vermietet, und zwar ^{mit} ~~in~~ dem Kodex, daß, wenn das Grundstück stadtsseitig gebraucht wird, 6 Monate vorher die Kündigung ausgesprochen werden muß. — Der Rechtsausschuß ist dem Antrage des Rates beigetreten und ich habe die Versammlung in seinem Auftrage zu bitten, den Abschluß dieses Mietvertrages jedenfalls Ihre Zustimmung zu geben.

Stadtverordneter H a r t h: Es berührt mich eigentümlich, daß die Stadt ein Grundstück erwirbt und es an den früheren Eigentümer wieder vermietet, zumal ich annehmen muß, daß in diesem Grundstück mehrere Wohnungen vorhanden sind. Da wäre es richtig und zweckmäßig, daß nicht dem früheren Eigentümer das ganze Haus vermietet wird, sondern die Stadt die Wohnungen selbstständig vermietet. Es geht nicht an, daß bei einem städtischen Hause ein Mieter eintritt, der die Wohnungen wieder einzeln vermietet und so eine billige Wohnung erhält, gewissermaßen Haus-Pascha bleibt, der über das Haus die Verfügung hat. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Stadt nur einzelne direkte Mieten abschließen sollte, nicht aber ein ganzes Haus verpachten soll, sodaß dieser Mieter die übrige Vermietung selbständig ordnen kann.

Oberbürgermeister R e t e n e y e r :

Über diese Frage haben wir uns in früheren Jahren reichlich unterhalten und haben uns dabei mit den Stadtverordneten in verschiedenen Fällen dahin verständigt, daß es für die Stadt das angenehmste ist, wenn sie nicht zuviel Einzelverträge mit Mietern abzuschließen und das Mietverhältnis zu überwachen hat. Die Zahl der Häuser und Wohnungen, die in Besitze der Stadt sind, ist so ~~gewaltig~~ gewachsen, daß wir bei Einzelvermietungen jedenfalls einen erheblichen Prozentsatz zusetzen würden wegen der Gehälter für die Beamten, die notwendig würden, um die Sache zu überwachen. Ich glaube, es gibt verschiedene unter Ihnen, die wissen, was es heißt, mit einer großen Zahl Mieter - beinahe hätte ich gesagt: sich abquälen zu müssen.

Ist

das

Sinn und Absicht

Ist jemand, der über ein solches städtisches Haus verfügen kann, überhaupt in stande, aus der Vermietung der Wohnungen Ungebührliches herauszuholen? Das Mieteinigungsamt tritt doch fortwährend dazwischen. Für uns kann es sich nur darum handeln: 1) Ist der Mietpreis für das ganze Haus angemessen? 2) Haben wir die Gewähr, daß der Mann, wenn er die Unterhaltungskosten übernimmt, das Haus angemessen in stande hält? Ich glaube, in beiden Beziehungen kann ich Ihnen in diesem Falle den Abschluß des Vertrages empfehlen. Wir haben übrigens vorgesehen, daß darüber, ob das Haus in gehöriger Weise unterhalten wird, das Städtische Hochbauamt entscheiden soll. In übrigen hat das Städtische Hochbauamt die Summe ermittelt, die als Miete für die gesamten Räume angemessen ist, und wir haben nur etwas abgesetzt für Steuern und dafür, daß

daß der Mann als Hauswirt tätig ist. So ist die Summe von 2900 Mark als Netto-Miete für das Haus festgesetzt, das wir mit 50 000 Mark erworben haben. Das Haus ist heute ^{offiziell} ~~entstanden~~ erheblich mehr wert und der Verkäufer hätte gern gesehen, daß wir den Kaufkontrakt aufgehoben hätten. Dazu konnten wir uns nicht verstehen. Wenn wir nun aber dem Mann entgegen kommen und sagen: „Da wir das Haus einstweilen nicht gebrauchen – den Schulhausbau können wir in absehbarer Zeit nicht ausführen –, so wollen wir es Dir zu einem angemessenen Preise überlassen,“ dann könnten Sie den wohl zustimmen.

Stadtö. Dr. J a s p e r: Ich habe keine Klarheit aus den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters gewonnen, welche Gewähr dafür gegeben ist, daß der Pächter von seinen Unterpächtern nicht auf die Dauer höhere Beträge herausholt. Wir haben ein Interesse daran, daß in einem städtischen Gebäude die eigentlichen Nutzer geschützt werden.

Oberbürgermeister R o t e n o y e r :

Nenn Sie das wollen, dann könnten wir zu dem Vertrage noch den Zusatz machen, daß die Mietpreise, die der Pächter des Hauses zu erheben beabsichtigt, der Zustimmung des Rates bedürfen. (Sehr Wichtig!) Wenn aber Klagen bekannt würden, hätten wir es auch sowieso in der Hand, zu sagen: „Setz die Mieten herunter, sonst kündigen wir!“ Ich glaube aber, derartiges ist in diesem Falle nicht zu befürchten, doch könnte der Zusatz gemacht werden, daß die Mietpreise nur mit Zustimmung des Rates festgesetzt werden können.

23. Anfrage M a r t h über die Verwendung
der Villa Hörstel für einen Frauenklub.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 4...

Stadt v. M a r t h (Zur Begründung):
 Meine Damen und Herren ! Es schwirrt in der
 Stadt das Gerücht umher, daß die Villa Hörstel,
 welche jetzt leer steht, da Frau Hörstel vor
 kurzer Zeit gestorben ist, zu Zwecken benutzt
 werden soll, die ich nicht als im Interesse der
 Allgemeinheit liegend ansehen kann. Es wird
 behauptet, ein Damenklub aus den besseren Stän-
 den hätte diese Villa für den Preis von 10 000
 Mark gemietet, um ein Klubhaus daraus zu machen,
 wobei der frühere Diener im Hause die Bewirt-
 schaftung und den Ausschank übernehmen solle.
 Bei der jetzigen Wohnungsnot halte ich es für
 ausgeschlossen, daß man ein solches Gebäude,

welches

Hand: wird ^{hier} das Grundstück brach
 welches ~~vielleicht~~ 24 Räume enthält, den
 Wohnzwecke entzieht und einen Klub zu Ver-
 gnügungszwecken übergibt. Ich glaube, wir
 haben zu diesen Zwecke genug Gasthäuser und
 Hotels in der Stadt. Bei dieser Gelegenheit
 möchte ich die Anfrage an den Rat der Stadt
 richten, ob dies Haus nach dem Tode der Frau
 Hörstel beschlagnahmt ist und ob es zu Wohn-
 zwecken benutzt werden soll. Als Frau Hörstel
 noch lebte, ^{wurde} ~~und~~ von einer Beschlagnahme Abstand
 genommen, weil in den Zimmern die Möbel
 teilweise eingebaut waren und man einen Umbau
 zu Lebzeiten der Frau Hörstel nicht vornehmen
 wollte. Man wollte ihr nicht zumuten, ihre
 wertvollen Möbel zu verschleudern. Nach dem
 Tode der Frau Hörstel aber hat die Stadt ein
 Interesse daran, daß das Grundstück nicht nur
 zur Aufbewahrung der Möbel für die Erben ver-
 wandt

wandt wird und sonst das Grundstück brach
 liegt, sondern daß es zu Wohnzwecken einge-
 richtet wird. Ich habe gehört, daß die Erben
 der Frau Hörstel für das Grundstück einen
 Mietpreis von 12 000 Mark gefordert haben *follem*.
 Der Preis ist jedenfalls deshalb so hoch gesetzt
 worden, damit niemand imstande ist, diesen Miet-
 preis auszugeben und so die Wohnung zu bekom-
 men. Auf diese Weise wollte man wohl die Be-
 schlagnahme umgehen. Ich wenigstens glaube,
 daß dieser Mietpreis ungerechtfertigt sein
 würde. Es ist notwendig und ich ersuche den
 Rat der Stadt und das Wohnungsamt darum -, hier
 vorzugehen und wenn notwendig, den Mietwert der
 Räume abschätzen zu lassen, so daß Wohnungen zu
 angemessenen Preisen aus dieser Villa hergestellt
 werden.

Stadtbaurat **G e b e n s l e b e n :**

Meine Damen und Herren !Nach dem Tode der Frau Majer Hörstel wurde die Villa vorschriftsmäßig als frei gemeldet, und wir wurden ersucht einen Mieter für die Wohnung nachzuweisen. Es fand eine Besichtigung statt und es wurde festgestellt, daß das Haus vermietet werden konnte, wenn sich ein entsprechender Mieter fände. Es ist dann auch in das Obergeschoß ein Mieter eingezogen und nun standen nur noch die unteren Säle zur Verfügung, die lediglich Repräsentationszwecken gedient haben, ~~wie man auch von außen sehen kann.~~ Insonderheit handelt es sich um eine Halle, die nach dem Garten hin ~~bogenartig~~ sich öffnet und außen mit einer großen Terrasse versehen ist. Auch diese Räume hat Herr Hörstel nachher zur Vermietung angemeldet, und das Wohnungsamt hat sich die größte Mühe gegeben, eine Familie zu gewinnen, die

die hier hineinziehen will. Man hat eine große Menge von Wohnungsuchern, die nach Ansicht des Wohnungsamtes in der Lage wären, hier hineinzuziehen, dorthin gewiesen, aber trotz aller Bemühungen ist es in den 4 - 5 Monaten nicht gelungen, jemanden zu finden, der die Wohnung nehmen wollte. So sind die Räume leer geblieben. Ein Umbau läßt sich nicht bewerkstelligen, weil - wie schon der Herr Vorredner sagte - es sich um vornehm ausgestattete Räume handelt, bei denen ²⁴ die Möbel eingebaut sind. Ich habe zwar die Räume selbst nicht gesehen, aber ich kenne sie aus Abbildungen, denn es handelt sich um ein Haus, das von kunstgeschichtlicher Bedeutung ist. Es ist eine von denen, die im Anfang des vorigen Jahrhunderts von dem berühmten Architekten Peter Josef Krahe gebaut wurden. Die Herren, die neulich in Lessing-Bünde beim Vortrage des Br. Ing. ¹Blansen waren,

werden



werden die Lichtbilder von der Inneneinrichtung dieses wundervollen Hauses auch gesehen haben. Diese unteren Repräsentationsräume, für die das Wohnungsamt keine Mieter gefunden hat, sind als Wohnräume ~~betrachtet~~ ^{- vor allem im Winter -} durchaus unwohnlich, schwer heizbar, und die verstorbene Frau Hörstel hat auch, soweit ich weiß, unten nicht gewohnt. Nun war die Frage, was mit diesen Räumen geschehen solle. Da meldete sich vor einiger Zeit ein Verein - welchem Zwecke er dient, weiß ich nicht. Es ist schade, daß ich die Anfrage nicht einige Stunden früher bekommen habe, aber jetzt sind die Büros geschlossen, sodaß ich mich über die Einzelheiten nicht unterrichten kann. Vielleicht weiß Fräulein Welter davon, denn ich habe gesehen, daß sie sich zum Wort gemeldet hat. Nun weiß ich nicht, ob ~~dieser~~ ^{der} Antrag des Vereins auf Übernahme dieser Räume inzwischen von dem Wohnungsamt erledigt worden ist

ist, aber Bedenken gegen vorübergehende Benutzung durch einen Verein sind bisher nicht geäußert worden. Sollen wir die Räume lieber dauernd leer stehen lassen oder anderen Zwecken nutzbar machen? Selbst wenn sie jetzt zu derartigen Zwecken benutzt werden, so kann das Wohnungsamt auf Grund der erlassenen Verordnungen jeden Augenblick die Räume, sobald sich jemand findet, der hineinziehen will, wieder beschlagnahmen und sie Wohnzwecken nutzbar machen.

So ist der Verlauf der Sache. Sollte sich jemand finden, der die Räume als Wohnung benutzen will, natürlich auch die entsprechende Miete bezahlen kann, so würden sie Wohnzwecken nutzbar gemacht werden. Es trifft nicht zu, daß Herr Hörstel dafür 12 000 Mark gefordert hat. Es war von ihm ein Mietpreis von 8 000

Mark

Mark genannt, aber es war den Wohnungsamt klar, daß dieser Mietpreis durch das Wohnungsamt ganz wesentlich heraufgesetzt werden kann. Das Miet-einigungsamt kann aber erst aktuell werden, wenn ein Mieter gefunden ist, der in die Räume hineinziehen will.

Ich wiederhole: Es hat sich trotz eifriger Bemühungen des Wohnungsamtes keiner gefunden, der in diese unteren Repräsentationsräume hineinziehen will, aber die oberen eigentlichen Wohnräume sind seit längerer Zeit vermietet und bewohnt.

197

**Die Versammlung beschließt Besprechung der
Anfrage.**

(Anfrage Harth)

Stadts. Fräulein W o l t e r s: Meine Damen und Herren! Ich habe davon gehört, daß ein Frauenklub sich dieser Räume erbarmen will, bin aber nicht genauer darüber unterrichtet und weiß nur, daß die Damen der sogenannten guten Gesellschaft angehören. Was für Ziele mit dieser Vereinigung verfolgt werden, ist mir nicht bekannt. Angesichts der heutigen Wohnungsnot ist mir die ganze Sache unbegreiflich, und ich habe mir gesagt, daß es nicht angebracht sein kann, die Räume jetzt für derartige Zwecke herzugeben. Derartige Bedenken, wie sie Herr Harth vorgetragen hat, sind auch mir schon dauernd aufgestiegen, und ich hatte längst die Absicht, es zur Sprache zu bringen, daß noch inner den Studenten-Verbindungen Räume zur Verfügung gestellt werden, so auch einer Verbindung auf der Kaiser-Nilhelmsstraße. Ich gönne diesen Verbindungen ihr Dasein und ihre Häuser wohl in normalen Zeiten, aber jetzt nicht. Es sind so viele Leute sämtlicher Volksschichten ohne Wohnung, daß aus die Verbindungen aus ihren Häusern wohl heraussetzen könnte -

sie würden für ihr Fechten und was sie sonst treiben immer noch Räume in Braunschweigs Gastwirtschaften finden. Wichtig ist es doch, die Familien und auch die zahlreichen jungen Ehepaare, die überall herumgesteckt werden, unterzubringen. Ich möchte bitten, in der Beziehung etwas strenger zu verfahren.

Über die Hörstelische Wohnung ist mir von einem wohlhabenden Kaufmann zu Ohren gekommen, daß er sagte, die Wohnung sei wundervoll, aber ihr Mietpreis wäre reichlich hoch eingeschätzt und für einen Privatmann wäre es unmöglich, diese Miete aufzubringen. Es scheint das so, als wolle man dadurch erreichen, daß an Gottes Willen keine Leute dorthin ziehen. Bei den jetzigen Zeiten der Wohnungsnot muß man solche Sachen von anderen Gesichtspunkten aus beurteilen als früher. Ich möchte bitten, wenn es möglich ist, dem Frauenklub die Räume zu verweigern.

Stadtv. J a h n s: Die Anfrage ist von Herrn
 North gestellt. Ohne ihn zu nahe treten zu wollen,
 möchte ich ihn daran erinnern, daß wir beide in dem
 Hause der Frau Hörstel gewohnt sind, um eine Wohnung
 zu beschlagnahmen, und daß wir beide darüber einig
 waren, hier wäre absolut nichts zu machen, wenn
 nicht die oberen Räume in Frage kämen, die damals
 von Frau Major Hörstel benutzt wurden. Nun hat Herr
 Stadtbaurat Gebensleben schon gesagt, daß diese
 benutzbaren oberen Räume seit langer Zeit verietet
 seien und nur noch die unteren Repräsentationsräume
 in Frage kämen. Aber diese unteren Räume sind für
 eine Wohnung absolut ungeeignet; es ist wie ein
 Labyrinth und nur einzelne kleine Nischen, die durch
 Münde getrennt werden, sind hier vorhanden. Der
 Essaal ist derartig groß, daß ein Familienvater
 derartige Räume nicht gebrauchen kann, ich wenig-
 stens möchte solche Wohnräume nicht haben. Auch
 Frau Hörstel hat sich ja in diesen Räumen ungeeig-
 net gefühlt. Aus diesen Grunde konnten wir damals
die

die Räume nicht für die Stadt beschlagnahmen. Tatsächlich sind auch wertvolle Einbauten in diesen großen Zimmern enthalten. Wenn die Räume als Wohnung benutzt werden sollten, dann müßten erst große Umbauten vorgenommen werden, und ob das den Verhältnissen entspricht, das möchte ich bezweifeln.

Stadto. M a r t h : Meine Damen und Herren !
 Ich freue mich, zu hören, daß wenigstens die oberen
 Räume der Villa bewohnt ~~bewohnt~~ sind, also ein
 Teil des Hauses nutzbar gemacht worden ist. Herrn
 Kollegen Jahn muß ich ersichern, daß wir derzeit
 andere Aussetzungen gemacht haben und deshalb von
 einer Beschlagnahme Abstand genommen haben. Die
 ganze Einrichtung, wie sie derzeit bestand, war nur
 nach einem Umbau für eine Familie nutzbar zu machen,
 und aus Rücksicht auf die alte Dame haben wir davon
 Abstand genommen. Zu bewohnen sind die Räume wohl,
 denn Frau Hürstel hat im Sommer unten und im Winter
 oben gewohnt. Sie sind auch heizbar, und sind nicht
 so hoch wie die Zimmer in der Kaiser Wilhelm- und
 Adolfstraße. Weiter sind sie auch nicht übergroß,
 wie der Herr Stadtbaurat meinte; übergroß sind nur
 1 - 2 Räume, das andere sind kleinere, 4 x 5 Meter,
 und die kann man wohl zu Wohnräumen umschaffen.
 Ich bin überzeugt, daß dort zwei Wohnungen für
 bessere Leute ohne große Umstände eingerichtet
werden

werden können. Wenn man jetzt dazu keinen passenden Eingang hat, so läßt sich dadurch, daß man ein Zimmer oder durch die Flurhalle ^{hinein} der Eingang so schaffen, daß die obere Etage einen besonderen Eingang hat und die untere auch. Wir geben so viel Geld aus für Umbauten der Dachgeschosse, daß wir auch hier versuchen sollten, zwei Familien unterzubringen.

Herr Stadtbaurat Gebensleben meinte, wenn nun einmal die Räume leer ständen, so wäre es zweckmäßig, sie anderen Zwecken dienstbar zu machen. Für den Augenblick wäre ja dagegen nichts zu sagen, aber wenn diese Herrschaften erst darin sitzen, dann kämen sie dann einmal wieder heraus, und es wäre ein schwereres Ding, dann eine Wohnung dort herzurichten. Ich bin der Ansicht, daß die Sache geprüft werden muß und das Wohnungsamt energisch einschreiten muß, denn die Wohnung suchende Bevölkerung führt oftmals Beschwerde gerade mit Rücksicht auf die Villa Hörstel, und das mit Recht, weil sie jetzt in einem anderen Zustande ist als derzeit, so wir
die

die Besichtigung vorgenommen haben. Ich bitte den Rat der Stadt, nicht zuzugeben, daß aus diesen Räumen gleichsam Wirtschafteräume geschaffen werden, denn es wird wohl möglich sein, daraus eine Wohnung zu beschaffen, die ein Mensch bezahlen kann.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ich stimme
 mit dem Herrn Vorredner vollständig darin überein,
 daß alle Räume, die Wohnzwecken nutzbar gemacht
 werden können, bei der künftigen außerordentlichen
 Wohnungsnot herangezogen werden. Aber hier liegt der
 Fall eigenartig, wie ich vorhin schon angeführt
 habe: es ist leider niemand gefunden, der hier
 einziehen will, trotzdem wir eine große Menge
 von Leuten dahingeschickt haben, damit sie sich die
 Wohnung ansehen. Der ~~Miet~~ Mietpreis durch das Woh-
 nungsamt festzusetzen, ist ausgeschlossen. Nach den
 gesetzlichen Bestimmungen bleibt nichts anderes
 übrig, als daß der Betreffende, dem die Wohnung
 zugewiesen wird, sich im Streitfalle ^{Mietpreis} dem ~~Miet~~ Miet-
 ungsamt unterwirft. Ich befürchte, daß dabei min-
 destens ein Mietpreis von 4 - 6000 M herauskommt.
 Es handelt sich nur um 4 - 5 Zimmer und der Kreis
 solcher Leute, die für eine solche Wohnung den ge-
 nannten Preis ausgeben, ist nicht groß. Wenn aber
 durch die lebenswürdige Hilfe des Herrn Harth

jeemand gefunden werden sollte, der die Wohnung mieten will, dann würde das Wohnungsamt sofort die Beschlagnahme vornehmen. Ich wiederhole, daß auf Grund unserer Bestimmungen die Beschlagnahme sofort vorgenommen werden kann, und gebe die Versicherung, daß sie sofort durchgeführt wird, wenn die Räume Wohnzwecken dienstbar gemacht werden können.

Stadts. L e h n e r t : Mir hören aus dem
 Munde des Dekanenten für das Wohnungsamt, daß die
 Beschlagnahme der Hörstelschen Villa noch nicht aus-
 gesprochen ist. Ich habe die Überzeugung: ~~W~~ürde es
 sich vielleicht um ein anderes Privathaus, um eine
 andere Wohnung, eventuell um ein paar Dachkammern
 handeln, dann wäre die Beschlagnahme schon ausge-
 sprochen. Eigenartig erscheint es mir, daß man ge-
 rade vor der Tür der Familie Hörstel damit Halt
 macht und sagt: Hier darf keine Beschlagnahme aus-
 gesprochen werden, weil die Räume nicht rentabel
 sind, der Mietpreis könnte zu hoch ausfallen. Die
 Zahl derjenigen, die den Leidensweg gehen müssen,
 mit der Wohnungsangelegenheit sich tagtäglich zu
 befassen, ist nicht gering, und dazu gehört doch
 auch Herr Stadtbaurat Gebonsleben. Ich glaube be-
 stimmt, wenn man den guten Willen zeigen wollte,
 dann hätte man schon die Beschlagnahme aussprechen
 können. Von einzelnen Dänen der Lesseren Gesell-
 schaft weiß ich, daß den Herrschaften noch genügend
 Räume zur Verfügung stehen, so sie ihr Kränzchen

abhalten können. Ich meine, daß sich in diesem Falle genügend zahlungsfähige Mieter finden werden, weil wir in Braunschweig noch ein ganzes Teil solcher Leute haben, die gezwungen sind, sich in der Wohnung einzuschränken. Ich bin weit entfernt davon, vorzuschlagen, daß der Masterzechner Bohde in die Villa einzuziehen soll, der kann froh sein, wenn wir ihn in Barocke 48 unterbringen, aber kapitalkräftige Leute, die die Räume der Villa benutzen können, sind genügend vorhanden, und daran möchte ich den Vorschlag beistimmen, daß aus der heutigen Besprechung der Rat die Lehre ziehen möge, die Beschlagnahme sofort auszusprechen, damit nicht einzelne sich dort festsetzen und nachher die Beschlagnahme unmöglich ist. Ist aber die Beschlagnahme ausgesprochen, dann können sie zu jeder Zeit und Stunde aus der Luft geschafft werden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Herr Lehn-
 nert fragte eben: Warum werden diese Räume nicht
 beschlagnahmt? Herr Lehnert, ich glaube, Sie
 wüßten über diese Art Angelegenheiten genau Be-
 scheid! Ich habe vorhin schon gesagt: Herr Hörstel
 hat, als Frau Major Hörstel gestorben war, die
 Räume sofort der Stadt zur Verfügung gestellt, hat
 gesagt: Ich melde sie hiermit an, bitte, schickt
 jemand, der in die Wohnung hineinziehen will. Da^{bei}~~raus~~
 ist also doch nichts zu beschlagnahmen! Wir haben
 uns Mühe gegeben, jemand ^{für} in die Wohnung zu finden,
 den wir hinschicken konnten, und Herr Hörstel ist
 deswegen wiederholt bei mir gewesen. Ich habe ihn
 gefragt: „Wissen Sie nicht selbst jemanden, der
 hineinziehen kann, Sie haben doch einen großen
 Verwandten- und Bekanntenkreis, der dafür in Frage
 käme. Dann würde doch eine andere Wohnung frei.“
 Aber wiederholt hat er geantwortet, daß er auch
 niemand gefunden habe, der die Wohnung nehmen wollte.
 Also ohne Beschlagnahme steht uns die Wohnung zur

Ver-

Verfügung. Jetzt soll sie vorübergehend einem anderen Zwecke nutzbar gemacht werden, weil die Räume nicht anders ^{für} benutzt werden. Aber ich wiederhole, daß sie dieser Benützung wieder entzogen werden können, dann aber ist allerdings eine Beschlagnahme nötig. Sie werden einsehen, daß eine Beschlagnahme schon seit längerer Zeit unnötig war und vollständig fehlgegangen wäre.

Studio. Dr. J a s p e r : Meins Damen und Herren!
 Ich möchte in Zusammenhang mit dieser Besprechung
 nicht nur auf das Gebäude, sondern auch auf den
 dazu gehörigen Garten die Aufmerksamkeit des Hates
 lenken, der mir schon lange ein Stein des Anstoßes
 gewesen ist. Es besteht eine letztwillige Verfügung,
 durch die den Braunschweigern die Benutzung des
 Gartens frei gegeben worden ist. Es sind nun gewiß
 Ausnahmen in der letztwilligen Verfügung festge-
 setzt, diese Ausnahmen sind aber bei dem gegenwär-
 tigen Besitzer zur Regel geworden. Jeder von Ihnen
 wird ~~es~~ das Schild schon gelesen haben: „Die Pro-
 menade im Garten ist heute nicht gestattet.“ Man
 genügt damit der Form, aber aus dem „heute“ wird
 ein „ewig“. Ich habe, seitdem der jetzige Besit-
 zer über den Garten verfügt, noch keinen Tag fest-
 stellen können, an dem die Promenade im Garten ge-
 stattet war; es muß schon ein Glückspilz gewesen
 sein, der solch einen Tag getroffen hat. Nun hat
 aber die Stadt Interesse daran, daß eine derartige

Frei-

Freigebigkeit, die zur Wohlfahrt der Bürger dient,
nicht in Vergessenheit gerät.

Oberbürgermeister R e t e m o y e r :

Diese Frage hat uns vor längerer Zeit schon im
ehemaligen Magistrat beschäftigt, und zwar infolge
des Umstandes, daß nach einer Beobachtung dieses
Schild schon vor langen Jahren ausgehängt wurde
und seitdem nicht wieder verschunden ist. Es ist
richtig, daß in dem Testament des ^{Leopolden Eigenthums} ~~Herrn Holland~~
~~oder Krüze~~ die Bestimmung enthalten ist, daß der
Garten der allgemeinen Benutzung freigegeben werden
soll, aber dann kommt der Passus, daß die Familie
berechtigt sein soll, den Garten zu schließen, wenn
das Publikum irgendwie die Interessen des Inhabers
verletzt. Es wurden uns derzeit von Seiten eines
bekannten Herrn - er ist jetzt tot - derartig krasse
Fälle vorgeführt, aus denen zu ersehen war, daß das
Publikum wirklich die Interessen des Inhabers des
Grundstücks in höchster Weise mißachtet hatte - es
waren ^{inbegriffen} ~~unter anderen~~ Bäume und Sträucher ^{befallig} ~~angesehen~~
worden - daß wir uns sagten: „Dann können wir nicht
gegen die Schließung des Gartens auftreten.“ Doch

haben

haben wir versucht, die Inhaber des Grundstücks zu bewegen, gleichwohl den Garten offen zu halten; es weiter ließ sich nichts machen. durch die Hoch-
ausgeschürten gefallen lassen muß. Der Herr Ober-
bürgermeister ist ja nicht Hausbesitzer, sondern
er sitzt in dem Hause der verstorbenen Frau von
Herrn Dr. Jäger, aber wenn er hat es sich gefal-
len lassen, daß ähnliche Veränderungen in dem
Hause vorgenommen sind; er ist als Vorbild einzel-
nen Hausbesitzern vorgegangen, und ich glaube,
in seiner politischen Haltung steht ihm Herr
Herr Dr. Jäger sehr nahe. So möchte er sich einmal ^{den} Herrn Ober-
bürgermeister zum Vorbild nehmen und sagen: „Herr
Herr Dr. Jäger, kommen Sie einmal her und
entwerfen Sie einen Plan, wie es möglich ist, eine
solche ein Gebäude der Villa einzufügen, dadurch Hoch-
ausgeschürten geschaffen werden. Und der Wohnungsbau
wird doch so freundlich sein, daß er mir einen kleinen
unter die Hand greift und mir einen kleinen Platz
einräumt.“

Stadtv. L e h n e r t : Herr Stadtbaurat
 Gebensleben weiß, welche Eingriffe jeder einzelne
 Hausbesitzer in dieser Zeit sich durch die Woh-
 nungsbehörden gefallen lassen muß. Der Herr Ober-
 bürgermeister ist ja nicht Hausbesitzer, sondern
 er sitzt in dem Hause des verstorbenen Herrn Kom-
 merzienrat Jüdel, aber auch er hat es sich gefal-
 len lassen, daß bauliche Veränderungen in dem
 Hause vorgenommen sind; er ist als Vorbild einzel-
 nen Hausbesitzern vorangegangen, und ich glaube,
 in seiner politischen Gesinnung steht ihm Herr
 Hörstel nahe. So möge er sich einmal ^{den} ~~an~~ Herrn Ober-
 bürgermeister zum Vorbild nehmen und sagen: „Herr
 Stadtbaurat Gebensleben, kommen ^{Sie} ~~Sie~~ einmal her und
 entwerfen sie einen Plan, wie es möglich ist, ~~so~~
 daß ein Umbau der Villa stattfindet, wodurch Woh-
 nungen geschaffen werden. Und der Wohnungsausschuß
 wird doch so freundlich sein, daß er mir armen Mann
 unter die Arme greift und mir einen kleinen Bauko-
 stenzuschuß gewährt.“ Wenn man anderen Hausbesit-
 zern

zern gegenüber solche Maßnahmen ergreift, warum geschieht es nicht hier, noch dazu so 3 - 4 Wohnungen in diesem Hause bequem geschaffen werden können. Ich möchte ersuchen, dieses Mittel anzubenden. Ich glaube, der Wohnungsausschuß wird sich nicht knurrend verstellen und sagen: „Nun gut, auch wir wollen unsere fünf Dreier dazu hergeben!“

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Ich ver-
mute, daß Herr Lehnert sich mit größter Wärme auch
weiter dieser Sache annehmen wird und lade ihn zu
einer Unterhaltung darüber ein. Wenn er dann sach-
verständigen Rat geben kann, zweifle ich keinen
Augenblick, daß der Wohnungsausschuß diesem Rate
folgt - wenn er etwas taugen sollte. Wir können
das ja morgen im Wohnungsausschuß besprechen.
Wenn wir aber Umbauten in dieser Villa vornehmen,
so sind wir nach dem Gesetz auch verpflichtet,
später einmal alles wieder in den früheren Zustand
zu setzen, und das kann ein teures Vergnügen wer-
den. Wir werden aber den sachverständigen Rat
des Herrn Lehnert gern benutzen.

V o r s i t z e n d e r: Morgen findet eine Sitzung der Wohnungsdeputation statt und Herr Lehnert ist ja Mitglied derselben. Dann könnten wir über diese Sache sprechen.

Stadt. M a r t h: Der Herr Stadtbaurat hat bedauert, daß er die Anfrage nicht früher erfahren hat, ich war aber leider nicht in der Lage ihn früher davon Mitteilung zu machen.

Ich möchte nun noch auf etwas anderes hinweisen. Die hohe Miete, die Herr Hörstel verlangt, ^{ist} ~~ist~~ damit begründet, ^{zu sein,} daß auch der Park von dem Gelde zum Teil mit erhalten werden soll. Das kann man doch nicht anerkennen, sondern man muß die Kosten für das Grundstück und für den Park vollständig von einander trennen. Dazu wäre nur nötig, einen besonderen Eingang für den Park und für die Etagen zu schaffen, und dazu könnte ein Zimmer der unteren Etage benutzt werden, ohne daß große Umbauten vorzunehmen wären.

Ich möchte auch noch zurückkommen auf das, was Fräulein Wolters anführte. Es gibt eine ganze Reihe von Gebäuden, die von dem Wohnungsamt noch nicht angefaßt sind: das sind die Klubräume der Studenten. Ich weiß nicht, ob das Gesetz die Freilassung

die-

dieser Gebäude angeordnet hat. Ich halte es für einen Unsinn, daß man in dieser Zeit der Wohnungsnot solche ganz großen Gebäude freiläßt. Es ist nicht notwendig, daß die Studenten solche großen Gebäude vollständig für sich allein benutzen. Auch da möchte ich das Wohnungsamt bitten, eingreifen.

Stadts. J a h n s : Wir haben nun soviel über die Wohnungen in der Villa Hörstel gehört, aber das möchte ich noch sagen: Wenn Sie mir die Wohnung in der unteren Etage schenken wollten, so würde ich sie nicht annehmen. Ein weiterer Grund dafür, daß wir hier nicht zupassen können, ist schon von Herrn Stadtbaurat Gebensleben angeführt, nämlich daß uns die ganzen Kosten für die Niedersetzung des Gebäudes einmal zur Last fallen würden. Wenn man derartige Räume zur Behebung der Wohnungsnot in Benutzung nehmen will, dann sollte man den Sitzungssaal des Arbeiter- und Soldatenrats auch nicht ungenutzt lassen, und auch andere Räume in staatlichen Gebäuden wären dafür noch genügend vorhanden, z.B. im alten Ministerium die Repräsentationsräume, die absolut keine Existenzberechtigung mehr haben. Auch die Räume des Landesverkaufs brauchen nicht mehr zu existieren. Es sind also auch noch an anderen Stellen derartige Räume vorhanden, nicht nur in der Villa Hörstel, wenn man zur Nutzung solcher großen Räume übergehen will.

Der Vorsitzende schließt die Besprechung.

29. Anfrage Maß, betreffend die Kartoffelversorgung
der braunschweigischen Bevölkerung.

In Ansehnß daran: Antrag Maß betreffend die glei-
che Angelegenheit.

Wortlaut der Anfrage: Wie weit sind die Ver-
handlungen des Rates der Stadt mit dem Landbund,
betreffs Versorgung der städtischen Bevölkerung mit
Kartoffeln gediehen? (unterschieden von den
Stadtverordneten Dietermann und Maß)

Wortlaut des Antrages: Siehe Seite 226.

Stadtv. M a ß : (zur Begründung der Anfrage.)
Meine Damen und Herren! In der vorigen Stadtver-
ordnetenversammlung wurde meinerseits ein Antrag einge-
reicht, der bezwecken sollte, Kartoffeln für die
Braunschw. Bevölkerung zu beschaffen. Der Rat der
Stadt gab durch Herrn Stadtbaurat Gebensleben eine
Erklärung ab, daß deswegen schon Schritte eingelei-
tet seien. Der Landbund, die Regierung und das
Gewerkschaftskartell würden in nächster Zeit in

einer

braunschweigische Bevölkerung ist in der Lage, einen Preis von 65 M für den Zentner Kartoffeln zu bezahlen. Und es wird nicht bei 65 M bleiben; wer nicht in der Lage ist, sich im Herbst mit Kartoffeln einzudecken, der muß sie sich im Winter Mundweise holen und teurer bezahlen, und dann muß er im Frühjahr, wenn die Mieten geöffnet werden, noch einmal versuchen, Kartoffeln zu erhalten, wird zu der Zeit aber 80 - 120 M für den Zentner bezahlen müssen. Es müssen den Bauern Dammerschrauben angesetzt werden, sei es vom Rat der Stadt oder von der Regierung, damit er Kartoffeln zu billigeren Preise hergibt; diese Preise können wir uns nicht gefallen lassen. Der Bauer sagt jetzt einfach: Wir liefern euch nur dann Kartoffeln, wenn wir diesen oder jenen Preis bekommen. Die Kommission hat sich mit ihrer Verbilligungsaktion keinen Ruhm erworben. Sollte diese meine Anfrage nicht etwas Besseres vorkehren, dann bin

ich

einer Kommission zusammentreten und beraten, was in der Kartoffelbeschaffung zu tun sei. Diese Kommission hat inzwischen getagt, aber etwas ~~Ersparnis~~^{Ersparnis}liches hat sie nicht geschaffen. Es ist so zu sagen eine kleine Beruhigungspille oder sonst etwas geschaffen, wodurch sich der Rat der Stadt ^{nun} trauen will, daß etwas geschehen wäre. Die paar Kartoffeln, die die Landwirte zu billigen Preisen in die Stadt zu liefern zugestimmt hatten, reichen für die Bevölkerung nicht aus. Was soll die ganze andere braunschweigische Bevölkerung machen, die genau so leidet unter dieser Not. Hier muß unbedingt eingegriffen werden, vielleicht auch mit Hilfe der Regierung, trotzdem die Regierung gesagt hat, man solle nicht zur Selbsthilfe-Aktion greifen, sondern warten. Ja, dann warten wir noch lange. Ich habe den Fall in der Nationalbrauerei erlebt, daß ein Bauer 65 K für den Zentner ab seines Hofes forderte (Zuruf: Pfui!) Wer aus der ganzen

braun-

ich gewillt, einen Bringlichkeitsantrag einzurei-
chen, damit man sich ernstlich damit beschäftigt,
daß Kartoffeln beschafft werden. Es tut mir leid,
daß ich in der vorigen Sitzung nicht mit den Erklä-
rungen des Herrn Stadtbaurats Gebensleben zufrieden
gegeben habe, dann die Zeit drängt und die Kartof-
feln müssen eingebracht werden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Keine
Damen und Herren! Ich habe in der letzten Stadt-
verordnetenversammlung Aufschluß gegeben über die
Verhandlungen, die eingeleitet werden sollten, und
habe ausgeführt, daß von Landbund aus eine Bewe-
gung in Gang gebracht ist, die darauf abzielte, ^{für} ~~die~~
Hinderbemittelte Bevölkerung der Stadt verbilligte
Kartoffeln zu beschaffen, habe weiter ausgeführt,
daß zur Förderung der Frage ein besonderer Ausschuß
eingesetzt ist, der sich zusammensetzt aus Erzeu-
gern und Verbrauchern. ~~Da~~ Die Erzeuger sind vom
Landbund benannt und die Verbraucher vom Rat der
Stadt berufen, ^{von} ~~in den~~ den Bürgerbund und das Gewerk-
schaftskartoffel ^{alle} zur Benennung von Personen aufge-
fordert haben. Der Herr Anfragesteller hat schon
gesagt, daß dieser Ausschuß zusammengekommen und
~~gewisse~~ gewisse Beschlüsse gefaßt hat, aber mit dem
Ergebnis der Beratung ist der Herr Anfragesteller
nicht einverstanden. Ich weiß nicht, ob er genau

unter-

unterrichtet ist über das, was der Ausschuss beraten hat, und muß annehmen, wenn er unterrichtet wäre, würde er zu seiner eigenartigen Ansicht nicht gekommen sein. Der Ausschuss hat beschlossen, mit den Kartoffeln, die seitens des Landbundes herangeschafft werden, in erster Linie die minder-bemittelte Bevölkerung zu bedenken. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die hereinkommende Menge möglichst hoch bemessen würde. Außerdem wurde beschlossen, mit den ~~ein~~ verschiedenen Landkreisen und den Kreisdirektionen in Verbindung zu treten und energisch darauf einzuwirken, daß möglichst viele Kartoffeln, wie es früher durch das Umlageverfahren möglich gewesen ist, in die Stadt heringeschafft werden. Damit soll die Aktion dieser Kommission nicht abgeschlossen sein, sondern es sollte auch dafür gesorgt werden, daß der Preis der sonst nach Braunschweig zur Versorgung der Bevölkerung hereinzubringenden Kartoffeln tunlichst

niedrig

niedrig bemessen würde. Den Herrschaften ist bekannt, daß die verbilligten Kartoffeln zum Preise von 25 M abgegeben werden sollen, und es ist die Ansicht der Kommission, daß der Preis der sonst in den Handel kommenden Kartoffeln nicht höher als 30 - 35 M betragen sollte. Nachdem der Ausschuß sich noch in einzelnen mit der Verteilungsfrage, über die ich hier nicht weiter zu sprechen brauche, verhandelt hatte, ist die Angelegenheit auch in Räte der Stadt eingehend besprochen worden. Auf Grund dieser Verhandlungen in Räte habe ich Veranlassung genommen, mich an die Landesregierung zu wenden, weil ich der Ansicht war, daß diese Sache von so außerordentlicher Bedeutung ist, daß sie nicht nur von dem engeren Kreise der Stadt aus, sondern vom Ministerium in die Hand genommen werden mußte, ^{daß} einen erheblich größeren Einfluß als wir auf die Kreisdirektionen ausüben kann. Ich habe mehrere Besprechungen in dieser Sache mit

den

den Herrn Minister Antrieb gehabt und dabei betont, daß uns nicht nur daran liegt, daß möglichst viele Kartoffeln zu 25 M für die Minderbemittelten in die Stadt kommen, sondern daß auch die übrigen Kartoffeln so billig wie möglich, höchstens zum Preise von 30 - 35 M geliefert werden. Herr Minister Antrieb hat in dankenswerter Weise die von mir aufgerollte Frage aufgegriffen und die Vertreter des Landbundes zu einer Sitzung zusammenberufen. Schon am andern Tage wurde in die Erörterung der Frage eingetreten. Ich habe auch den Wunsch ausgedrückt, sämtliche Kreisdirektionen schleunigst herbeizurufen, um von ^MGrund zu ^MGrund den Herren noch einmal eindringlich ans Herz zu legen, wie groß die Notlage in der Stadt Braunschweig ist. Der Herr Minister hat darauf erwidert, daß eine solche Zusammenberufung nicht so schnell von ^rsich gehen könnte, er würde aber das seinige tun. In der Besprechung des Landbundes wurde auch wieder die

Frage

Frage erörtert, in welcher Weise die verbilligten Kartoffeln ^{aufgebracht} in großer Menge ~~hierher~~ gebracht werden könnten. Man war sich darüber klar, daß das am besten durch ein Umlageverfahren geschehen könnte, das heißt, es sollte von jeder ~~mit~~ Kartoffeln angebauten Fläche eine gewisse Menge angeliefert werden (5 Zentner pro Morgen). Von diesen 5 Zentnern sollten 4 nach Braunschweig fließen, während der 5. Zentner ^{Lieferung} für die sonstigen Gemeinden in Lande Braunschweig bestimmt sein sollte. Der Landbund war auch dazu bereit, durch besondere Agitation in den Kreisen der Landwirte diesen Gedanken zu verwirklichen, die Vertreter des Landbundes haben zugesagt, diese Agitation ihrerseits schnelligst in die Hand zu nehmen. Wir sind übereingekommen, das ~~gesagte~~ Verfahren in folgender Weise zu handhaben: Die Kreisdirektionen veranlassen das Umlageverfahren und legen jeder

Gemeinde

Gemeinde die Lieferung einer bestimmten Kartoffelmenge auf. Die Menge der Kartoffeln, die angeliefert werden sollen, ist im Landbund anzumelden, der Landbund übt die Kontrolle darüber aus und durch die Landwirtschaftliche Handelsgesellschaft wird dann die geschäftliche Abwicklung erfolgen. Wir als Stadt haben lediglich - wie das nicht anders sein kann - die Kartoffeln denjenigen innerhalb des Stadtgebietes zuzuführen, die mit diesen Kartoffeln bedacht werden sollen. Leider, muß ich sagen, hat die Zwangswirtschaft in Kartoffeln aufgehört, ein unmittelbarer Zwang kann also weder von Seiten der Kreisdirektionen noch von Seiten der Regierung ausgeübt werden, so daß es sich lediglich um eine freiwillige Aktion handeln kann, und es wurden bei den Besprechungen doch Zweifel geäußert, welcher Erfolg erzielt wird. Es wurde gemeint, daß zwar der Landkreis Braunschweig dieser - sagen wir einmal : Auflage in gewissem Umfange ^{mit-}ansprechen

würde.

würde, aber die Liebe zur Hauptstadt würde in Verhältnis zu der Entfernung von ihr abnehmen. Wahrscheinlich würden die Kreise Holzminden und Gandersheim nicht eine solche ^{große} ~~aus~~sprechende Menge Kartoffeln liefern wie der Landkreis an Braunschweig. Hoffentlich täuschen wir uns hier.

Es wurde bei diesen Besprechungen des ferneren die Frage erörtert, wie man am besten dafür einwirken könnte, daß die Landwirte die übrigen Kartoffeln zu einem Preise von 30, höchstens 35 M liefern. Selbstverständlich lassen sich Höchstpreise nicht mehr festsetzen, Ausfuhrverbote auch nicht; das ist gesetzlich unzulässig. Es kann lediglich durch einen Apell an die maßgebenden Kreise, an die Erzeuger, eine Verbilligungsaktion vorgenommen werden. Der Landbund hat bei diesen Besprechungen in Ministerium versprochen, daß er einen derartigen Aufruf in den Erzeugerkreisen erlassen würde, und er hofft, daß der Aufruf von Erfolg begleitet sein wird.

wird. Ob das letztere der Fall sein wird, ist noch sehr fraglich. Der Herr Antragsteller hat ja schon gesagt, daß ihm erheblich höhere Preise als 35 M zu Ohren gekommen sind. Das ist natürlich auch uns bekannt. Leider gibt es noch immer viele gewissenlose Landwirte, die die Not der Bevölkerung ausnutzen, sich mit den angemessenen Preisen von 30 - 35 M nicht begnügen, sondern in ihren Forderungen weit darüber hinausgehen. Ich habe damals in der Versammlung der Gemeindevorsteher darauf hingewiesen, daß hiergegen mit allen Mitteln angekämpft werden muß, es müßte derartigen Leuten, die die Not der Zeit so ausnutzen, ganz gehörig zu Leibe gegangen werden. Ich wiederhole, mit irgend welchen Zwangsmitteln läßt sich nicht operieren; wir müßten warten, ob diese Hilfsaktionen, wie sie in die Wege geleitet ist, von einem guten Ergebnis begleitet ist.

Nun weiß ich nicht, ob der Herr Antragsteller gemeint hat, die Stadt selber solle sich mit Kartoff-

feldern

fein eindecken, um für die gesamte Bevölkerung zu sorgen. Das ist einfach ausgeschlossen. Ich glaube nicht, daß es ~~wag~~ uns gelingen würde, mehr Kartoffeln zu bekommen als für die Minderbemittelten notwendig sein werden. Sie haben vielleicht am Rathauseingang gesehen, daß die Zahl derjenigen, die verbilligte Kartoffeln haben wollen, eine außerordentlich große ist. Ich möchte schon heute ganz besonders betonen, daß es sehr, sehr fraglich ist, ob es uns möglich ist, alle diejenigen, die wir bedenken möchten, auch tatsächlich zu bedenken - wer weiß, ob wir nicht ^{zusätzlich} Abstriche machen müssen. Wieviel Meldungen beim Landbund vorliegen, wissen wir nicht, also auch nicht, wieviel Kartoffeln man uns heranzufert. Infolgedessen können wir noch nicht bestimmen, einen wie großen Kreis von Personen wir versorgen können. Ich möchte die Bevölkerung jedenfalls heute schon bitten, sich keinem allzugroßen Optimismus hinzugeben.

V o r s i t z e n d e r : Herr Naß hat soeben einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Er lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die ganze Braunschweigische Bevölkerung mit Kartoffeln zu annehmbaren Preisen versorgt wird und ihm den erforderlichen Kredit zu bewilligen.“

Die dringliche Behandlung des Antrages wird von der Versammlung angenommen.

Für die Kartoffeln ist und wird vielleicht 25 Zentner davon kosten geben, wir die Herren die ruhe und keine Antwort. „Aufsol solcher kleinen Kosten lassen wir uns nicht ein, wir haben nur Gegenstand.“ Sie sehen, daß diese Herrschaften, wenn es geht, für sich den Profit in die Hand zu nehmen, an allereinstimmten sind. Sie wollen an Ort und Stelle für den Leinwand Kartoffeln auf 40 H. und das noch vor drei Wochen. Die Landwirte sind nicht die ersten, die die den

Hand

Stadt v. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Aus den Klageliedern, die von Herrn Stadtbaurat
Gebensleben angestimmt sind geht hervor, daß die
Bauern unermeßliche Preise fordern. Aber nicht
diese allein tragen die Schuld an den hohen Prei-
sen, sondern mir ist bekannt, daß auch die Groß-
händler einen großen Teil der Schuld tragen, indem
sie Kartoffeln aus Braunschweig waggonweise nach
dem Rheinlande abschlepen. Auf eine telefonische
Anfrage, welches der Preis für die Kartoffeln ist
und was vielleicht 20 Zentner davon kosten gaben
mir die Herren die runde und nette Antwort: "Auf
solche kleine Posten lassen wir uns nicht ein; wir
haben nur Großvertrieb." Sie sehen, daß diese
Herrschaften, wenn es geht, für sich den Profit
in die Hand zu nehmen, am allerschlimmsten sind.
Sie zahlen an Ort und Stelle für den Zentner Kar-
toffeln ~~auf~~ 48 M., und das schon vor drei Wochen.
Die Landwirte sind nicht die ersten, ~~f#~~ die den

Preis

Preis verteuern, sondern sie werden von diesen gewissenlosen Händlern dazu getrieben, hohe Preise zu fordern. Es ist schade, daß das Wucherergesetz nicht mehr existiert, daß man die Herrschaften nicht nach der Münzstraße zittieren und ihnen dort die Finger gehörig beschneiden kann. Schuld an den hohen Preisen ist, daß sich diese Leute aus der Not ihrer Mitmenschen Geld schaffen und nicht die gelindeste Reue darüber haben. Sie sagen: „Heilig ist mir der Profit“ und „Je ^{so} ~~höher~~ ich meine Tasche voll habe, um so eher bin ich in Stande, im Auto zu fahren.“ Es wird noch dahin kommen, wie in einer früheren Versammlung schon Herr ^{Tieper} ~~Tieper~~ sagte, daß der Arbeiterschaft der Geduldfaden reißt, aber nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch anderen Minderbemittelten. Ich habe Gelegenheit gehabt, in einer Kommission zu erfahren, daß Pensionen von jährlich 220 - 180 M. ausgezahlt werden. Was sollen die armen Geschöpfe damit machen? Sie können sich

noch

normal

noch nicht an trockenem Brot und Salz satt essen. Diese Herrschaften, die Kartoffeln zu verkaufen haben, fragen gar nicht mehr, was gezahlt werden kann, sondern verlangen als Gegenleistung, was sie ihnen beliebt. „Wenn Sie mir die Birnen abnehmen, dann können Sie auch Kartoffeln kriegen, sonst nicht“, solchen Standpunkt nehmen die Herrschaften ein. Darunter müssen wir alle in der Stadt leiden, auch wir alle in Saale, vor allen Dingen die, die für Löhne und Gehalt arbeiten müssen. Es ist die Schande wert! Ich möchte den Herrschaften von hieraus sagen: Sehe euch, wenn der Geduldsfaden der Arbeiter, Angestellten und Beamten reißt und sie dahin gehen, wo Tausende von Zentnern Kartoffeln eingemietet sind, für die man im Frühjahr 120 M zu erhalten hoffte. Im Rheinlande werden ja jetzt schon 1,20 M für das Pfund Kartoffeln geboten. Jene Herrschaften und besonders die Schieber stecken den Profit ein, und wir haben darunter zu leiden.

geb. Stadt. J a h r e s : Herr Lehnert hat eben die Angestellten und Beamten erwähnt. Im Anschluß daran möchte ich meinem Bedauern Ausdruck geben, daß der Rat der Stadt bei der *Aufforderung* zum Beitritt in die Kommission nicht an die Berufsorganisation der Beamten gedacht hat, sondern an das Gewerkschafts-Kartell und an den Bürgerbund, denn es sind die Angehörigen ^{Liefer} zur Berufsgruppe, die Beamten und Angestellten, in der Kartoffelfrage besonders unglücklich. ~~Es ist festgestellt.~~ Es ist nun gut, die

Sodann möchte ich hier noch mitteilen, daß ich Gelegenheit habe, festzustellen, daß eine hiesige Großfirma - es ist die Firma Gebrüder Koch - 50 M für den Zentner Kartoffeln geboten hat. Ein Kollege von mir hatte in der Gemeinde Meerdorf Kartoffeln bestellt, und darauf kam ein Schreiben an, indem es hieß, daß die Kartoffeln nicht unter 50 M geliefert werden könnten und außerdem noch 3 M Fuhrlohn bezahlt werden müßte, da den Bauern dieser Preis schon

geboten

geboten wäre. Ich habe mich daraufhin an den Landwirt gewandt und ihn Vorwürfe über den hohen Preis gemacht, worauf er mir antwortete: Die Festsetzung der hohen Preise wäre nicht die Schuld der Landbevölkerung, wenn auch einmal Auswüchse vorkämen. Die Preise würden ihnen ja von den Händlern geboten. Ich habe mich darauf an die Herren Koch und Burgdorf gewandt, und Herr Burgdorf hat dann auch gesagt, 50 M wäre ein annehmbarer Preis, das wäre im Rieselgute Steinhof festgestellt. Kurz und gut, die Großhändler bieten auf dem Lande 50 M für den Zentner, und dagegen müßte man einschreiten. Wenn der Antmann Künmann aus Steterburg die Kartoffeln ^{für} 35 M liefern kann und Herr Oberamtman Kehrhorn sie für 30 M abgibt, dann müßten andere Landwirte das auch können. Auch vom Landbund wird bestätigt, daß Aufkäufer die genannten Preise bieten, und so etwas muß gebrandmarkt werden, mag es nun von Aufkäufern oder von Privaten geschehen, Dadurch werden die

Preise

Preise in die Höhe getrieben, und ich möchte entschieden dafür eintreten, daß Maßnahmen getroffen werden, um derartige „Ausbeute“ zu steuern.

Stadt v. M a r t h: Als derzeit die Zwangswirtschaft aufgehoben wurde, mußte man sich wundern, daß ein großer Teil der Bevölkerung, besonders der rechtstestehenden, für die Aufhebung eintrat. Es war vor auszusehen, daß beim Aufhören der Zwangswirtschaft, da nicht genug Kartoffeln in Deutschland vorhanden waren und keine Zufuhr vom Auslande zu erwarten war, ohne weiteres hohe Preise eintreten müßten. Es wurde aber von den Rechtsparteien erklärt: dadurch daß der freie Handel Spielraum bekäme, würden die Waren verbilligt werden; Angebot und Nachfrage würde die Preise schon regeln, und dadurch würde überall ein Aufblühen der Geschäftstätigkeit eintreten. Ja ein gutes Geschäft ist gemacht worden, aber die Frage ist die, von wem die Geschäfte gemacht worden sind. Ich gebe also zu, daß wir jetzt keine Mittel haben, den Landwirt zu zwingen, uns Kartoffeln zu einem bestimmten Preise zu liefern. Wir müssen zahlen, was gefordert wird, oder die Bevölkerung muß in Massen hingehen und sich die Kartoffeln einfach holen. Kollege

Leh-

Lehnert führte an, daß auf seine Anfrage ihm ge-
antwortet sei, daß sich der Händler mit solch
kleinen Sachen wie Lieferung von 20 Zentnern nicht
abgebe. Ich möchte empfehlen, daß man den Namen
solcher Händler öffentlich nennt und dadurch an
den Pranger stellt. (Zuruf Lehnert: Meyerhoff heißt
er, Wendemannsstraße 13). Das ist das einzige
Mittel, daß man diese Leute öffentlich an den
Pranger stellt. In alten Zeiten wurden die Wucherer
im Rathause, wo jeder vorbeiging, öffentlich
ausgestellt, und das wäre auch das Richtige noch
heute für die Wucherer, die die Not der Bevölkerung
ausbeuten. Daß unter den heutigen Zuständen die
Stadt im Stande ist, viel anzurichten, bezweifle
ich, denn sie kann nur versuchen, in guten etwas
zu erreichen. Ich habe das schwere Bedenken, daß
die Kartoffeln weiter durch die Händler zu Wucher-
preisen nach auswärts verkauft werden und daß es
schwer halten wird, die künftige Bevölkerung durch
den Winter zu bringen.

Stadt. Frau G o e t z e : Ich wundere mich, daß bei der Besprechung der Kartoffelfrage bis jetzt das eine nicht erwähnt ist, was auch großen Einfluß auf die Bildung der Preise hat. Angebot und Nachfrage regeln bekanntlich die Preise in allen Dingen. Man braucht jetzt aber nur die Zeitung zur Hand zu nehmen, dann liest man Bekanntmachungen, in denen es heißt: „Wir suchen für unser Werk 1000 Zentner, 1500 Zentner Kartoffeln und bitten um Angebote.“ Die großen Werke, besonders die auswärtigen, treiben uns die Preise für die Kartoffeln in die Höhe, die in unserm guten Ackerland gewachsen sind. Es ist dieselbe Geschichte, wie mit dem Wolfenbütteler Gemüse. Die Wolfenbütteler Gärtner ^{fakten eine Zeitlang} ~~haben~~ auf gehört, Gemüse in die Stadt zu bringen, weil die Leute aus Westfalen mit ^{Körben} ~~Körben~~ und dergleichen nach Wolfenbüttel kommen und sagen: „Wir wollen Euch schon alles einpacken, bemüht Euch nicht“

nicht weiter um den Verkauf; was wollt Ihr nach Braunschweig fahren, wir nehmen Euch alles zu den höchsten Preisen ab."

Man tue doch nicht immer so, als wenn es nur die besitzenden Kreise wären, die Schacher treiben. Wie ich meine Volksküche im nächsten Winter fortführen soll, das ist mir heute noch rätselhaft. Als Mindestmenge gebrauche ich 400 Zentner Kartoffeln / früher habe ich viel mehr gebraucht und soll nun 24 000 M dafür bezahlen. Das kann keiner. Wenn das nicht anders wird, dann mag die Küche führen, wer es fertigbringt, ich kann es nicht.

Stadtbourat G e b e n a l l e b e n :
 Herr Jahn beechwert sich darüber, daß die
 Angestellten und Beamten nicht in den Ausschuß
 vertreten sind. Darauf muß ich erwidern, daß
 nachträglich von vielen Seiten, auch vom Mieter-
 verein, das Ansinnen an den Rat gerichtet wurde,
 auch Vertreter in den Ausschuß senden zu dürfen.
 (Zuruf: Keglerverband auch?) Wenn alle diese
 Wünsche erfüllt werden wären, dann würde der
 Ausschuß so groß geworden sein, daß er nicht
 mehr aktionsfähig war. Ich glaube, wir haben
 in dieser Beziehung wohl auch den richtigen Weg
 beschritten. Man darf sich doch nicht der fal-
 schen Hoffnung hingeben, als ob im Ausschuß Kar-
 toffeln fabriziert würden. Es handelt sich für
 uns lediglich um die Verteilung der Kartoffeln,
 weiter kann der Ausschuß nichts tun.

Es ist mir selbstverständlich auch zu
 Ohren gekommen, wie die Preise der Kartoffeln

nicht

nicht nur von den Bauern in die Höhe getrieben werden, sondern in erster Linie die Aufkäufer die Schuld an den hohen Preisen tragen. Die Bauern müssen zum Teil wohl den üblichen Willen haben, die Kartoffeln zu 30 - 35 M abzugeben, aber dann kommen gewissenlose Aufkäufer (auch hier aus der Stadt sind mir solche Gruppen bekannt geworden) und bieten 55, 60, 62 Mark. Wenn dann der Bauer vor der Frage steht: „Soll ich die Kartoffeln zu 30 oder 60 Mark hergeben?“ dann kann es verstehen, wenn er der Versuchung unterliegt, die hohen Preise zu nehmen. Daraus geht hervor, daß an der Verteuerung der Kartoffeln in erster Linie die Händler schuld sind, vor allem die Aufkäufer aus dem Industriegebiet. Die Herrschaften müssen sich aber auch vorstellen, daß dort so gut wie keine Kartoffeln wachsen. Früher, als die Zwangswirtschaft existierte, war die Verteilung der Kartoffeln auf das ganze Reich groß-

gig organisiert, um bestimmte von Reichs wegen, von welchen Beziehern nach dem Industriegebiet Kartoffeln befördert werden sollten. Heute kaufen die Händler die Kartoffeln, so sie sie nach ihrer Meinung billig bekommen können, und bei den heutigen hohen Frachtsätzen sind sie bestrebt, in der Nähe des Industriegebietes zu bleiben. Das ist die augenblickliche Einwirkung der freien Wirtschaft, in der jeder kaufen und verkaufen kann, was er will.

Nun meint Herr Haack, die Stadt möchte sich mit dem Aufkaufen der Kartoffeln selbst beschäftigen. Der Antrag mag sehr gut gemeint sein, aber ich wünsche, der Antragsteller hätte an meiner Stelle diese Aufgabe zu erledigen und hätte große Erfolge damit. Ich bin nicht so optimistisch, daß ich glaube, daß der Antrag auch nur den geringsten Erfolg haben wird. Mit der Annahme des Antrages ist die Aufgabe nicht gelöst, dann

fängt

in Richtigkeit

fängt ihre Lösung erst an, und ich bin überzeugt, daß eine solche Aufgabe von der Stadtverwaltung gar nicht gelöst werden kann. Meinen Sie, daß es uns als Vertreter der Stadt eher als dem Einzelnen ^{günstiger} gelingt, Kartoffeln auf dem Lande einzukaufen? Wenn wir losgehen, dann heißt es vielleicht sogar: „Das ist die reiche Stadt, die kann feste bezahlen!“ Wer weiß, ob es überhaupt gelingt, etwas zu bekommen; der einzelne kann das besser. In der Ausführung stößt der Antrag auf unüberwindliche Schwierigkeiten.

Schuld, denn Sie haben gehofft, daß die Bewegung wirtschaftlich schon gesagt worden ist. Wenn Frau Goetze sagt, die großen Werke liegen durch ihre Inerente mit die Schuld an der Verknappung der Kartoffeln, so liegt doch nichts näher, als daß jeder Person aus auf diese Werke einzurücken. Man sollte es die Firma Luther heranziehen und

Stadtv. M a a § : Es heißt allerdings in dem Antrage, daß der Rat der Stadt Sorge tragen soll, für die ganze braunschweigische Bevölkerung Kartoffeln zu beschaffen, und das ist nötig. Anerkennenswerterweise hat sich der Rat damit befaßt, dafür zu sorgen, daß verbilligte Kartoffeln für die Minderbemittelten herkommen, aber sie reichen nicht aus. Ich erkenne die Schwierigkeiten keineswegs, die durch Aufhebung der Zwangswirtschaft auch in der Kartoffelversorgung hervorgerufen sind, aber Sie selbst sind daran Schuld, denn Sie haben geholfen, daß die Zwangswirtschaft davon ~~ge~~ sagt worden ist. Wenn Frau Goetze sagt, die großen Werke trügen durch ihre Inserate mit die Schuld an der Verteuerung der Kartoffeln, so liegt doch nichts näher, als von Ihrer Person aus auf diese Werke einzuwirken. Man sollte an die Firma Luther herangehen und

ihr

ihr verbieten, öffentlich bekanntzugeben, sie
 habe ihren Arbeitern je 60 M als Kartoffelbeihilfe
 gegeben. Das ist in die bürgerliche Presse
 lanziert, und die Bauern richten nun ihre Preise
 darnach ein, weil sie glauben, die ganze Arbeit-
 erschaft habe von den Arbeitgebern eine solche
 Beihilfe bekommen. Wie steht es aber bei Luther.
 Man hat den Arbeitern die Hände gebunden und
 sie verpflichtet, zu dem minimalen Lohne weiter-
 zuarbeiten bis auf eine bestimmte Zukunft. ^{der}
 Es kann nicht schwer fallen, von seiten der
 Stadt Kartoffeln heranzuschaffen. Schwerer
 würde es sein, wenn wirklich wenig Kartoffeln
 da wären. Aber Herr Stadtbaurat Gebensleben hat
 verschwiegen - absichtlich oder unbeachtlich -
 daß Herr Deumeland in der Kommissionsitzung
 erklärt hat, es sei eine Mittelernte zu verzeich-
 nen, und wenn das Herr Deumeland erklärt, so kann

den von der Stadt beschafften Kartoffeln nicht noch

man von unserer Seite sagen, daß die Kartoffelernte ganz gut gewesen sein muß. Gewiß, aus eigener Erfahrung weiß ich, daß auf leichten Boden wenig Kartoffeln gewachsen sind, aber das macht den Kohl nicht fett, die an unser Land angrenzenden besseren Gegenden überholen den Ertrag aus diesen leichten Boden, so daß ~~MAN~~ genügend Kartoffeln da sind. Allerdings haben auch die Aufkäufer Schuld an den hohen Preisen, und ich wünsche heute noch, daß zu Anfang der Revolution die Aufkäufer und Schieber an den Laternenpfählen gehängt hätten. Aber an der Vornehmheit unserer Gesinnung hat es gelegen, daß man das nicht getan hat. Wenn der Rat der Stadt ernstlich bemüht ist, sich nach Kartoffeln umzusehen, dann bekommt er auch welche. Ein Teil der Bewohner der Kaiser Wilhelmstraße und andere werden sich allerdings an den Bezügen aus den von der Stadt besorgten Kartoffeln nicht

zu beteiligen brauchen, denn sie sind bei ihren Gehältern von 60 - 70 000 Mark in stande, die hohen Preise zu zahlen. (Widerspruch). Ich kann beweisen, daß solche Gehälter gezahlt werden. Und auch wenn nicht in dem ganz nötigen Maße Kartoffeln beschafft werden können, so soll der Rat erst recht nicht einschlafen und sagen: Jetzt ist meine Tätigkeit mit dieser Kartoffelbeschaffung für die Hinderbemittelten erledigt, alles andere steht für uns abseits. Der Rat der Stadt hat unverzüglich - das verlange ich von ihm - die Fühler auszustrecken nach den Gütern und zu sagen: „Die Kartoffeln, die ihr übrig habt, die liefert ihr an uns ab!“ Über den Preis muß man sich einig werden, wenn ich auch zugeben will, daß die Stadt die Kartoffeln nicht zu 25 - 30 Mark wird abgeben können; dazu sind die Landwirte durch das Bekanntwerden der Lutherschen Maßnahme zu verhöhnt geworden, und die bürgerli-

che

che Presse hat die Schuld daran. Wir sehen, daß nichts getan wird, dieser Kartoffelteuerung Einhalt zu gebieten. Ich möchte Frau Goetze nahe legen, daß sie auf diese Kreise einwirkt, daß diese Annonciererei unterbleibt, dann tut sie ein gutes Werk im Interesse unserer Sache.

Stadt. **B u r g d o r f f** : Meine Damen und Herren! Theorie und Praxis gehen nie Hand in Hand, und was über die Händler angeführt ist, muß ich entschieden als falsch bezeichnen. Es gibt auch einen ähnlichen Kartoffelhandel in Braunschweig, und der ist bemüht, die Kartoffeln so billig wie möglich nach der Stadt zu schaffen. Aber woran liegt es in Wirklichkeit, daß die Preise so in die Höhe gehen. Der Erzeuger sitzt in seinen Kartoffeln und der Händler muß sie kaufen. Er kommt zu dem Landwirt und fragt:

„Kannst Du mir Kartoffeln abgeben?“

„Jawohl, ich habe Kartoffeln abzugeben.“

„Ich will sie für Braunschweig haben.“

„Ja, wenn Du mir 50 M für den Zentner geben willst.“

„Nein, das kann ich nicht, weil Braunschweig sich zu dem Preise nicht versorgen kann.“

Dann

„Dann tut es mir leid, dann kannst Du die Kartoffeln nicht bekommen.“

Woran liegt das? Es sind tatsächlich aus dem Industriegebiet, aus dem Rheinland und Westfalen Aufkäufer in Lande Braunschweig tätig und bieten den Landleuten hohe Großhandelspreise. Damit gebeⁿ sie den Landwirten gleich die Handhabe, daß sie den eingesessenen Händlern sagen können: „Zu dem von Dir gebotenen Preise kannst Du von uns keine Kartoffeln bekommen.“

Es ist hier von Verschlebung ins Rheinland gesprochen, aber dieses Wort kann in einem solchen Falle nicht angewandt werden; es müssen doch auch die Industriegegenden mit Kartoffeln versorgt werden. Auch wenn zum Beispiel Kartoffeln in das besetzte Gebiet gehen, so ist das auch noch keine Verschlebung. Dieser Ausdruck wird so leicht falsch angewandt. Die Besatzungstruppen in den besetzten Gebiete, dann die Besoh-

ner selbst, die doch auch unsere deutschen Brüder sind, verlangen, daß von uns die Lieferungen eingehen, und es ist inner von der Reichsregierung darauf hingewiesen, daß wir unsere Landsleute in den besetzten Gebiete nicht verlassen sollen. Wenn nun Kartoffeln aus dem Inneren Deutschlands dorthin kommen sollen, so müssen sie hier aufgekauft werden, und da Angebot und Nachfrage bei der Bildung des Preises eine große Rolle spielen, so hat sich eben dieser Preis hier gebildet. Wenn die Händler für die für jene Gebiete bestimmte Kartoffeln diesen Preis zahlen können, dann können die Landwirte auch zu unseren Händlern mit der Forderung: „Du mußt 5 Mark mehr geben.“ Der Herr Stadthausrat hat ausgeführt, daß ihm von Landbund zugesagt ist, daß durch ein Umlageverfahren die verbilligten Kartoffeln für Braunschweig zusammengebracht werden sollen. Dazu erkläre ich:

Der

Der größte Teil der Landwirte hat garnicht die Absicht, zu liefern. Herr Minister Antrick hat den Vorstand des Verbandes der Kartoffelhändler zu sich gebeten und hat darauf verwiesen, daß mit Unruhen zu rechnen ist, wenn die Belieferung mit Kartoffeln nicht genügend erfolgen könne. Wir haben ihm gegenüber kein Blatt vor den Mund genommen und haben den Minister Antrick darauf aufmerksam gemacht, was für Folgen es ~~gewesen~~ gehabt habe, daß das, was vom Vorstand des Verbandes der Kartoffelhändler angeregt ist, von dem Landwirten ^{Bunde} nicht genügend beachtet worden ist, weil der Bau von Rüben und sonstigen Sachen eine bessere Rechnung läßt. Wir haben vorgeschlagen, daß diejenigen Bauern, die nicht genügend Kartoffeln liefern können, ^{zu} einer Geldzahlung ^{verpflichtet} ~~verpflichtet~~ ~~werden~~ sollen, dann hätten dafür Kartoffeln aus ^{Preußen} ~~Sachsen~~ und anderen Gegenden beschafft

749

schafft werden können. Die kosten dann allerdings 50 und mehr Mark. Die Braunschweiger Kartoffelhändler können nichts daran ändern, daß der Erzeuger nicht sagt: „Schön, Ihr bekommt die Kartoffeln für Braunschweig zu 35 M.“ Herr Minister Antrick hat angeregt, die Händler möchten einen Revers unterschreiben, daß sie ohne großen Aufschlag die Kartoffeln, die sie für 35 M aus dem Lande Braunschweig bekämen, auch nach Braunschweig abliefern sollten. Dazu waren die Händler gern bereit. Herr Stadtbausrat Gebensleben sollte sich deswegen wieder mit dem ^{Bauk}Landwirt in Verbindung setzen; aber es ist jetzt über 8 Tage her, und es ist nichts weiter darüber zu hören. Warum geschieht in dieser Sache nichts? Allerdings ist die Sache schwierig, aber dann soll man auch nicht den Stab brechen über die Händler, denn die sind es nicht, die die Preise hochtreiben, wenigstens die ehrlichen Händler

nicht.

nicht. Wir müssen doch die Verhältnisse berücksichtigen, wie sie sich durch Angebot und Nachfrage ergeben, und deshalb muß ich den ehrlichen Handel in Schutz nehmen. Wenn man den Stab brechen will über jemand, dann muß man auch Beweise ^{für} ~~über~~ seine Schuld haben. Bringen Sie mir den Beweis, daß Kartoffeln verschoben werden, dann ist der Verband der Kartoffelhändler derjenige, der solche Menschen hinbringt, wo sie hingehören, nämlich vor die Gewerbe Polizei. Bedenken Sie den schweren Stand, den der Händler in der jetzigen Zeit hat: er will die Stadt versorgen zu mäßigen Preisen, weil aber der Landwirt zu den Preisen keine Kartoffeln hergeben will, gelingt es ihm nicht.

Stadtv. P i e p e r : Meine Damen und Herren ! Alles Gerede hier hat keinen Zweck. Bilden Sie eine Kommission und noch eine Kommission, Kartoffeln bekommen Sie dadurch doch nicht; das ist ausgeschlossen. Die Urheber der hohen Preise haben wir zum ersten im Rheinland zu suchen. Man hat sich dort das Recht genommen, zu sagen : Ihr habt Eure Kartoffeln abzuliefern. Der Raiffeisen-Verein hat schon im vergangenen Jahre Zwangsmaßnahmen getroffen. Er hat die Macht dazu und hat gesagt : „ Es hat ein jeder einzelne, der dem Raiffeisen-Verein angehört und Kartoffeln gebaut hat, so und so viele abzugeben“, hat natürlich auch gleich einen Preis von 30 £ (im vergangenen Jahre!) festgesetzt. Sie sind natürlich nach Westfalen hingekommen - die Leute dort wollen auch essen. Der Raiffeisen-Verein

sagt

sagt einfach : „Wenn Ihr nicht Kartoffeln ab-
liefert, bekommt Ihr keinen Dünger“, und hierbei
sind gerade die Mittelschichten, die von dem
Raiffeisen-Verein abhängen - diesmal sind es
also nicht die großen Güter, sondern die
kleinen Bauern, die 15, 10 Morgen Land haben.
Da liegt der Hase im Pfeffer, da sind die
Preistreiber zu finden. Es mag sich der Rat
bemühen oder die Großhändler, keiner kann
helfen. Es hat anständige Leute gegeben, die
die Kartoffeln zu 35 M abgegeben haben; ich
selbst habe über 200 Zentner für 35 M gekauft.
Da hatten wir mit einem anständigen Manne zu
tun und es ist auch schon sechs Wochen her.
Als wir sagten : „Nun wollen wir den Preis
festmachen“, da antwortete er gleich : „Der
Preis ist 35 M “. Der Händler ist es also
allein, welcher die Preise in die Höhe treibt,
und es kommt auch noch ein Teil der Bevölkerung

hinzuz

hinsu, die auf den Kartoffelkauf losgeht, und es kommt dann gewöhnlich eine Schiebung des Bauern mit hinsu, wenn man Kartoffeln kaufen will. Kommt man ins Dorf und fragt man :

„Heinrich, hast Du Kartoffeln für mich ?“

„Dann heißt es : „Nein, da hebbe ich nich.“

„Du hast doch aber Kartoffeln !“

„Ja, da kannst du nich kriegen.“

„Nanu, du brauchst doch nich alle deine Kartoffeln !“

„Na, wat wutte denn geben ?“

„Wir wollen den Üblichen Preis geben.“

„Ja, en Fries gifft et überhaupt nich; da is noch nich festesetzt. Wi könnt nehmen, wat wi willt.“

Dieser Bauer hat 50 M für den Zentner bekommen, denn es gibt Leute, die dann sagen : „Gut, dann gebe ich auch 50 M .“ Die Raffgier, die Sucht nach dem Mammon treibt die Leute

dazu

dazu, und für die gewöhnliche Bevölkerung ist es dann nicht möglich, sich mit Kartoffeln zu verderf versorgen. Auch durch den Antrag, den wir eben beraten, bringen Sie keine Kartoffeln nach Braunschweig. Kartoffeln können wir nur kriegen, wenn wir selbst hinausgehen und die Kartoffeln nehmen, wo wir sie kriegen können. Davor haben sie eine furchtbare Angst. Wir müssen mit 500 Mann ins Dorf kommen und sagen : „Nun gebt die Kartoffeln her!“ Ich kenne persönlich eine ganze Menge Bauern, die da glauben, ihre Kartoffeln einkuhlen zu können und im Frühjahr 100 M für den Zentner bekommen zu können. Da ist mein Rat, die Kartoffeln werden einfach weggeholt. Wenn ein großer Aufruf vom Räte käme und er sagte : „Hier steht mein Fuhrwerk zur Verfügung, man zieht los“, das würde helfen. Bis zum Sonntag

ist

ist es noch Zeit dazu, wenn aber erst noch lange Zeit vorübergeht, dann ist es zu spät. Die Bauern müssen natürlich auch Kartoffeln zum Leben behalten, aber es sind auch genug da. Wenn der Rat sagen wollte: „Ich gebe 50 - 70 M für den Zentner Kartoffeln aus“, dann würde er soviel Kartoffeln kriegen, daß er sie nicht einmal alle wieder los würde, auch wenn er sie gratis verteilte. Die Kartoffelernte ist ja nicht so gut ausgefallen wie im vorigen Jahre, aber eine gute Mittelernte hat es doch gegeben, das kann man ohne weiteres sagen. Ich \checkmark bin hier und dort gewesen und habe darnach gesehen. Es gibt wohl einige Orte, wo man viele kranke Kartoffeln hat, und es sind auch pro Morgen mindestens 20 Zentner im Durchschnitt weniger gewachsen, aber vorhanden sind die Kartoffeln

in

in genügender Menge. Es kann nichts nutzen, der Aufruf muß erlassen werden und der ganzen Bevölkerung muß gesagt werden : „Geht da und dort hin!“ Wenn das geschieht, dann gibt es auch Kartoffeln zu 30 - 35 M., und wenn die Bauern dann nicht wollen und die Kartoffeln nicht gutwillig hergeben, dann müssen sie statt des Geldes Schläge haben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n :

Der Vorschlag von Herrn Pieper war wohl gut gemeint, aber ich glaube, diese Art Organisation ist doch nicht so einfach, ^{schulmäßig} ~~sonst~~, möchte ich empfehlen, sich mit dem Ernährungsministerium in Verbindung zu setzen. Die Schwierigkeiten, aus der Umgebung unserer Stadt Kartoffeln zu bekommen, sind nicht so groß wie die, sie aus weiter entfernten Kreisen zu beschaffen. Ich glaube ganz bestimmt, daß wir aus dem Kreise Braunschweig eine große Menge Kartoffeln bekommen werden, weniger glaube ich das von den Kreisen Holzminden und Gandersheim - ich weiß nicht, ob Herr Pieper seine Organisation auch dahin ausdehnen will. Aber in einem Punkte hat Herr Pieper recht, nämlich wenn er meint, der Verbraucher wäre nicht so unschuldig an den hohen Preisen,

es

es kommen dafür sowohl Erzeuger, wie Händler und auch Verbraucher in Frage. Herr Burgdorf dagegen meinte, die Händler seien unschuldig, sie seien alle Perlen. Ich glaube, Herr Burgdorf, so ganz stimmt das nicht. Wir sind Händler bekannt, auch in der Stadt Braunschweig, die recht gewissenlos vorgegangen sind. Aber andererseits soll man solch ein Urteil nicht verallgemeinern, und ich will durchaus nicht behaupten, sämtliche Kartoffelhändler in Braunschweig trieben einen derartigen Handel. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß Herr Minister Antrieß die Großhändler zusammenberufen und ihnen empfohlen hat, auf das Land zu gehen und Kartoffeln zu möglichst billigen Preisen für die Stadt zu kaufen, auch würde von Landbunde eine derartige Organisation ins Leben gesetzt werden. Herr Burgdorf, ich habe mich mit

mit dem Landbunde, mit Herrn Dr. Blasius, in Verbindung gesetzt, und er hat mir versprochen, einen Aufruf zu erlassen, durch welchen die Erzeuger veranlaßt werden sollen, den braunschweigischen Kartoffelhändlern Kartoffeln zum Preise von 30 - 35 M zur Verfügung zu stellen. Die Kartoffelgroßhändler dagegen wollten sich verpflichten, die ihnen so überwiesenen Kartoffeln mit einem mäßigen Aufschlage unter Kontrolle der Stadt in den Handel zu bringen. Es wurde von Herrn Minister Antrick gewünscht, daß ich mich deswegen mit dem Landbund in Verbindung setze. Das habe ich getan und die Aufrufe sind erlassen - Herr Pieper bestätigt das eben. Wenn es soweit ist, werden wir unsererseits die Kontrolle üben, ob der Kartoffelhandel die so erworbenen Kartoffeln zu angemessenen

Preisen

Preisen vertreibt; diese Kontrolle wollten die Händler ja über sich ergehen lassen. Sie sehen daraus, daß der gute Kartoffelhandel gewillt ist, an der Behebung der Not mitzu-
helfen, daß für Vorwürfe also nur gewisse Kartoffelhändler in Betracht kommen können.

Stadt. Frau G ö t z e : Herr Maaß sprach
 vonhin von Beamten mit hohen Gehältern, bis zu
 60 000 M herauf. ^{F 1.} Herr Maaß hat sich wohl ver-
 sprechen und hat ^{F 2.} Hünslmannstraße sagen wollen.

F 1. sie auf der Kaiser Wilhelm suchen.

F 2. aufhört Kaiser Wilhelmstraße, Hünslmannstraße
 sagen wollen.

Der Antrag Maaß wird von der Versammlung
angenommen (13 Stimmen dafür).

Im Einverständnis mit der Versammlung
schließt der Vorsitzende die ^{öffentliche} Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

1921/1922.

Nr. 11.

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 20. Oktober
1921.

Tagesordnung:

Antrag Sievers, betreffend Nachzahlungen an die
städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinma-
chefrauen.

Beteiligung der Stadt an der Kulturfilmbühne G.m.b.H.

Antrag Nessenius, betreffend Belassung von Kindern
der aus der Stadt in Nachbargemeinden Verzogenen
in den hiesigen Schulen.

Antrag Stukenberg, die nächtliche Beleuchtung auf
den Höfen der städtischen Wohngrundstücke an der
Korfesstraße betreffend.

Antrag Böhm auf Überweisung eines Beitrages für die
hungernde Bevölkerung Rußlands an das Komitee „Ar-
beiterhilfe“.

Antrag Testmann, bei den Armenunterstützungen Ar-
beitsverdienst und Reichsrenten nicht mit anzurech-
nen.

Abänderung des Wertzuwachssteuerstatuts (Nr. 64 vom
12. Dezember 1918).

Am

An Ratstische die Herren Oberbürgermeister
R e t e m a y e r , Bürgermeister M e y e r ,
Stadtrat von F r a n k e n b e r g , Stadtbau-
rat G e b e n s l o b e n , Stadtrat S c h a -
p e r , Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadt-
räte B u r g o l d , P i n n o w , Dr. R e i -
c h e und R i t t e r .

Es fehlt Herr Stadtverordneter H e r b s t ,
Frau Stadtverordnete G r a f erscheint später.

Vorsitzender F r e d e : Die Sitzung ist er-
öffnet.

Es liegen an neuen Anträgen und Anfragen
folgende vor:

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn Hessenius.

Er lautet:

„Um der Wohnungsnot mehr abzuhelpen, gleichzei-
tig aber auch unnötige Härten und Unbequemlich-
keiten zu vermeiden, die durch Hergabe über-

schüss-

schüssiger Räume von Groß-Wohnungen für beide Teile entstehen, bitte ich folgendes zu beschließen:

- 1/ eine durchgreifende Feststellung überschüssiger Wohnräume in Groß-Wohnungen und Villen vorzunehmen. Als zu groß sollen nur Wohnungen gelten, die mindestens drei Wohnräume enthalten. Küche, Speisekammer, Flur, Badezimmer sowie Räume, die vom Inhaber der Wohnung zu beruflichen Zwecken benutzt werden, sollen nicht als Wohnräume gelten;
- 2/ eine Wohnungs-Luxussteuer einzuführen;
- 3/ eine Ablösung in bar zu schaffen, die zum Erbauen neuer Wohnungen benutzt wird und durch die sich Groß-Wohnungsinhaber und Villenbesitzer von der Beschlagnahme und der Luxussteuer durch einmalige, un~~er~~ückzahlbare wie unverzinsliche Barabfindung befreien können.

Als

Als Grundlage für die auszuarbeitende Vorlage empfehle ich die vorliegenden Erfahrungen des Wohnungsamts der Stadt Gera von 1. Oktober 1919 bis 31. März 1921 zu benutzen. Der Stadt Gera wurde es in 1 1/2 Jahren ermöglicht, 50 Wohnungen durch Neu- und Ausbau zu beschaffen und an Geld 1 335 000 M einzuziehen."

Ein Antrag des Herrn Sauerbier lautet:
„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, an den Sanitätsauto der Berufsfeuerwehr eine Vorrichtung anbringen zu lassen, wodurch eine bessere Federung beim Transport von Kranken erzielt wird."

Herr Diekmann hat eine Anfrage folgenden Wortlauts eingebracht:

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß in dem städtischen Hause Bahnhofstraße 14 eine Zweizimmerwohnung an einen in diesem Hause wohnenden Mieter, der bereits eine Fünfzimmerwohnung besitzt,

als

als Lagerraum überlassen ist."

^{il}
~~Der~~ Antragsteller, bezw. Anfragesteller
werden nachher Gelegenheit haben, sich zur Begrün-
dung zu äußern.

Ich habe der Versammlung noch von einer
Einladung Mitteilung zu machen, die von Herrn
Dr. Reiche seitens des Landessäuglingsheims an
die Stadtverordnetenversammlung ergangen ist:

„ Da in nächster Zeit noch die Frage des
Zuschusses der Stadt Braunschweig zu den Unter-
haltungskosten des Landessäuglingsheims, hier,
behandelt werden wird, so erlaubt sich die An-
staltslei/tung alle diejenigen Mitglieder der
verehrten Versammlung, die die Anstalt noch nicht
gesehen haben, zu einer Besichtigung am Montag,
dem 24. Oktober, nachmittags 5 Uhr ergebenst
einzuladen.“

Nir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Sievers, betreffend Nachzahlungen
an die städtischen Angestellten, Arbeiter
und Reinmachefrauen.

Wortlaut des Antrages: „Am 23. Juni beschlossen / die Stadtverordneten, daß entsprechend der den Beamten gewährten Erhöhung ihrer Bezüge auch die Bezüge der städtischen Angestellten, Arbeiter und Reinmachefrauen mit Rückwirkung vom 1. April 1920 zu erhöhen seien. Nach mir gewordenen Mitteilungen sind die Nachzahlungen nur ab 1. April 1921 erfolgt. Ich beantrage deshalb, die Stadtverordneten wollen beschließen: Die den städtischen Angestellten, Arbeitern und Reinmachefrauen ab 1. April 1921 nachgezahlten Erhöhungen ihrer Bezüge nebst Kinderzulagen sind ihnen auch für die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921 zu zahlen.“

Stadt v. B u r g d o r f f: Meine Damen
und Herren! Der Antrag des Herrn Sievers bezgl.
der städtischen Angestellten hat inzwischen seine
Erledigung gefunden; es ist nur noch die Frage
der Nachzahlung der Bezüge an die städtischen
Arbeiter und Reinmachefrauen für die Zeit von
1. April 1920 bis 31. März 1921 zu behandeln.
In der Sitzung des Finanzausschusses sind uns
Aufschlüsse gegeben über die Erhöhung der
Löhne für die städtischen Arbeiter und Reinmache-
frauen, wie sie seit dem 1. März 1920 bis zum
1. August 1921 stattgefunden haben. In den Ver-
handlungen der Lohndeputation ist jedesmal
auf die Anregungen der berufenen Organisations-
vertreter Bedacht genommen und so ist in der
genannten Zeit sechs/mal eine Lohnaufbesserung
erfolgt, die jeweils unter Berücksichtigung
der einsetzenden und größer werdenden Teuerung
festgesetzt wurde. Es sind z.B. gezahlt in der

Klasse

Klasse 1 ab 1. März 1920 3,30 Mark,

 " 1. August 1921 6,10 " ,

und ähnlich so in Klasse 2 bis 5. Klasse 5 sind die Frauen. Da wurden zuerst 1,90 Mark für die Arbeitsstunde gezahlt und jetzt 3,45 Mark. Nachdem so den Verhältnissen schon durch die Festsetzungen in der Lohndepuktion Rechnung getragen worden ist und bei Abschluß der dortigen Beratungen ihr seitens der berufenen Vertreter der ~~Lohnabhängigen~~ Dank ausgesprochen worden ist, das seitens der Stadt gezeigt worden ist, hat sich der Finanzausschuß in seiner Mehrheit nicht damit einverstanden erklären können, daß eine Nachzahlung gemäß dem Antrage des Herrn Stadtverordneten Sievers ab 1. April 1920 stattfinden soll. Ich habe Ihnen als Berichterstatter des Finanzausschusses von dieser Ablehnung des Antrages Kenntnis zu geben.

Stadt v. S i e v e r s : Meine Damen und Herren! Es ist mir durchaus bekannt, daß selbstverständlich die Löhne der städtischen Arbeiter und Reinmachefrauen seit dem 1. April 1920 infolge der fortwährend steigenden Teuerung erhöht worden sind. Eine gleiche Erscheinung zeigte sich bei den Beamten, wo auf Grund der fortwährenden Verteuerung aller Lebensmittel eine Erhöhung des Ausgleichszuschlages stattgefunden hat, der zunächst 50% betrug, dann 65% und jetzt für die Reichs- und Landesbeamten in Braunschweig auf 91% festgesetzt ist. Eine Vorlage, die das auch für die ^{Hilffürs Frauen} ~~Stadt Braunschweig~~ verlangt, wird demnächst auch uns zugehen. Ich bin ~~allerdings~~ der Auffassung, daß diese Erhöhung des Ausgleichszuschlages für die Beamten dringend notwendig war, aber ich bin auch der Auffassung, daß bei den städtischen Arbeitern die von der Lohndeputation vorgenommene Erhöhung des Lohnes,

ent

entsprechend der Erhöhung bei den Beamten, durchaus recht und billig ist. Nun haben aber die Beamten im vorigen Sommer noch eine andere Verbesserung ihrer Bezüge erhalten, und zwar dadurch, daß Braunschweig aus der Teuerungsklasse C in die Klasse B versetzt worden ist. Dadurch ist den Beamten an Orts- und Ausgleichszuschlag, sowie bei den Kinderzulagen eine Aufbesserung zuteil geworden, und die Stadtverordnetenversammlung hat seinerzeit einen Antrag angenommen, daß auf Grund dieser Erhöhung der Bezüge der städtischen Beamten auch eine gleichwertige Aufbesserung der Löhne der Arbeiter und Angestellten zu erfolgen habe. Für die Angestellten ist das inzwischen geregelt worden, und die Löhndeputation hat sich auch damit beschäftigt, ob für die Arbeiter eine Aufbesserung aus dem Grunde vorzunehmen sei, daß Braunschweig nicht mehr dem Teuerungsbezirk B, sondern der Ortsklasse

B zuzurechnen ist. Die Lohndeputation hat nun auch, nachdem der Antrag Stegmann hier angenommen war, eine Aufbesserung vorgenommen, aber diese ist nicht vollständig gleichwertig derjenigen für die Beamten, die rückwirkend bis zum 1. April 1920 vorgenommen wurde, sondern die Aufbesserung für die Arbeiter ist nur ab 1. April 1921 gesehen. Ich habe deshalb beantragt, daß man in Ausführung des Beschlusses der Stadtverordneten nach dem Antrage Stegmann auch den städtischen Arbeitern und Reinmachefrauen eine Aufbesserung ab 1. April 1920 gewähren möge. Ich setze nochmals darauf hin, daß die Maßnahme für die Beamten außerhalb der allgemein gestiegenen Teuerung vorgenommen worden ist. Die gestiegene Teuerung ist berücksichtigt worden durch die Erhöhung des Ausgleichszuschlages; ganz unabhängig davon ist man nebenbei betreffs der Beamten zu der Erkenntnis gekommen, daß Braunschweig
nicht

nicht der Ortsklasse C, sondern B zuzurechnen ist. Man hat aus diesem Gesichtspunkte heraus für die Beamten die Bezüge seit dem 1. April 1920 erhöht, und es ist nun selbstverständlich, daß den Arbeitern und Angestellten dasselbe ~~ge-~~ zuteil wird. Ich bitte Sie deshalb, den Beschluß, den Sie im Sommer dieses Jahres hier gefaßt haben, nämlich daß die Angestellten und Arbeiter eine gleiche Aufbesserung wie die Beamten bekommen sollen, zu verwirklichen und zu veranlassen, daß nicht nur - wie die Lohndeputation das bisher getan hat - die Nachzahlungen an die Arbeiter ab 1. April 1921 zugestanden werden, sondern daß man den Antrag Stegmann dem Wortlaut wie dem Sinne nach restlos durchführt und den städtischen Arbeitern und Reinmachefrauen die Erhöhung ihrer Bezüge ab 1. April 1920 zukommen läßt.

Stadt v. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Ich unterstreiche voll und ganz die Ausführungen des Herrn Sievers. Ich habe Erkundigungen eingezogen und kann mitteilen, daß die Differenz, die sich herausgestellt hat, 620 - 680 Mark beträgt. Unsere Zustimmung zu der Aufbesserung für die Beamten haben wir abhängig davon gemacht, daß auch den Arbeitern dasselbe Recht werden sollte wie den Beamten. Ich möchte Sie deshalb bitten, den Anträge des Herrn Sievers zuzustimmen, damit auch die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen, wie es bei den Angestellten nun bereits geschehen ist.

Stadtv. S t e g n o n n : Meine Damen und Herren! Gestatten Sie auch mir einige Worte zu dem Antrage. Als ich seinerzeit bei Beratung des Etats meinen Antrag stellte, habe ich erklärt wir machen unsere Zustimmung zu der Erhöhung der Beamten-Gehälter davon abhängig, daß auch die Arbeiter das gleiche bekommen. Meinen Antrage haben Sie zugestimmt, und ich habe es deshalb als ein großes Unrecht empfunden, daß sich der Rat dem nicht angeschlossen hat, sondern erst später nach Drängen eine Abfindung gewährt hat, indem er vom 1. April 1920 hat Nachzahlungen stattfinden lassen. Es ist im Finanzausschuß darauf hingewiesen worden, daß es zu schwer sei, eine Berechnung vorzunehmen; sechsmal seien die Löhne der Arbeiter bis in den August d. Js. hinein - nicht in dem Jahre vom 1. April 1920 bis dahin 1921 - aufgebessert worden. Es mag richtig sein, daß die Berechnung nicht leicht

Vor-

vorzunehmen ist, trotzdem ist es aber möglich, sie auszuführen, indem man die einzelnen Bezahlungen zusammenzieht. Herr Dietermann hat das getan und hat uns gesagt, daß eine Differenz von ungefähr 600 Mark dabei herauskommt. Es ließe sich die Berechnung auch einfacher gestalten. Wenn ich damals sagte, in denselben Verhältnissen wie die Beamten sollen die Aufbesserungen bei den Arbeitern vor sich gehen, so ließe sich das wohl feststellen. Wenn z.B. ein Beamter der Gruppe V 1000 Mark nachbezahlt erhalten hat, so war ich der Ansicht, daß der Arbeiter, dessen Jahresverdienst in dieser Zeit von 1. April 20 - 21 den des zum Vergleich herangezogenen Beamten gleichkommt, dieselbe Nachzahlung erhalten sollte. Wenn darauf hingewiesen ist, daß die Arbeiter bei ihrer Besoldung besser bedacht worden seien als die Beamten, so ist das nicht wahr. Die Männer hatten am 1. April 1920 einen Lohn von 3,30 M für die Arbeitsstunde und die

die Frauen einen solchen von 1,90 M, und die Zwischenstufen waren entsprechend abgestuft. Damals befand sich Braunschweig noch in der Ortsklasse C, und die Löhne der Arbeiter waren entsprechend niedriger als in den Nachbarorten mit höherer Ortsklasse, z. B. Magdeburg und Hannover. Nachdem die Beamten auf eine höhere Stufe gekommen sind, ist es nur selbstverständlich und entspricht nur der Gerechtigkeit, daß auch die Arbeiter diese Nachzahlungen bekommen, wie sie den Beamten geworden sind. Ich bitte Sie dringend, nachdem Sie damals meinen Antrag angenommen haben, auch die Konsequenzen zu ziehen und entgegen dem Ratsbeschlusse dafür einzutreten, daß den Arbeitern dasselbe Recht wird wie es die Beamten bekommen haben.

Stadts. J a h n s : Nach den Ausführungen der drei Herren Vorredner würde ich ohne weiteres den Antrage, wie ihn Herr Stegmann befohwortet, zustimmen, denn es leuchtet mir ein, daß wenn die Sache so steht, wie sie hier dargestellt wird, die Arbeiter nicht schlechter als die Beamten behandelt werden sollen. Der Herr Berichterstatter und Herr Stegmann haben aber auch ausgeführt, daß noch andere Gründe für die Ablehnung der Nachzahlung vorgelegen haben, nämlich daß den Arbeitern schon der den Verhältnissen entsprechende Lohn gezahlt worden sei. Ich bitte den Herrn Berichterstatter oder den Rat der Stadt um Nachricht darüber, wie die Verhältnisse gelagen haben, damit wir in dieser Sache klar sehen.

Stadt v. B u r g d o r f f: Bei der Behandlung der Frage sind dem Finanzausschuß von einem Mitgliede desselben Erklärungen abgegeben worden, das gleichzeitig der Lohndeputation angehört; und lediglich nach diesen Mitteilungen konnten wir uns im Finanzausschuß richten, denn die Lohnfrage der Arbeiter wird in erster Linie im Lohnausschuß behandelt. Vielleicht ist der Vorsitzende des Lohnausschusses in der Lage, hier einen Bericht zu geben, welche Grundlagen bei diesen Verhandlungen in der Lohndeputation vorhanden gewesen sind. Es liegt jedenfalls im Interesse der ganzen Versammlung, daß man einmal weiß, weshalb man sich gerade auf diese Lohnsätze geeinigt hat und warum man nicht zu höheren oder niedrigeren gekommen ist. Sind die damaligen Feuerungsstellen bestimmend gewesen? Das kann man hier nicht entscheiden, wenn man nicht einen Bericht der Lohndeputation erhält.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :
Meine Herrschaften ! Ich habe eine Zusammen-
stellung über die allmähliche Aufbesserung der
Löhne der Arbeiter machen lassen und habe sie
dem Herrn Berichterstatter übergeben; augen-
blicklich liegt sie mir nicht vor. Die Ver-
handlungen sind bekanntlich so geführt worden,
daß der Rat - das möchte ich Herrn Stegmann
gegenüber bemerken - sich mit dieser Sache
überhaupt nicht zu befassen hatte, denn die
Regelung ist im Einverständnis mit Ihnen der
Lohndeputation übergeben worden. Es sind
Klassen gebildet worden je nach der Art der
Arbeit, die von den Arbeitern auszuführen ist,
und die Löhne sind allmählich in der Weise
aufgebessert worden, daß die Arbeiter in
Klasse 1 (das sind Handwerker und dergl.)
an Stundenlohn bezogen haben

VOM

vom 1. März 1920 an	3,30 M.,
" 16. Mai " "	4,20 M.,
" 18. November " "	4,50 M.,
" 1. Januar 1921 "	4,85 M.,
" 1. April " "	5,10 M.,
" 1. August " "	6,10 M.

Die folgenden Klassen sind selbstverständlich niedriger gehalten. Es geht herunter bis zu den einfachen Handarbeitern, die der Klasse 4 angehören und die im März 1920 einen Stundenlohn von 2,75 M bezogen haben und aufgebessert sind bis zu 5,30 M, die Frauen von 1,90 M auf schließlich 3,45 M.

Wenn nun der Herr Berichterstatter fragt, wie der Verlauf der Verhandlungen in den Sitzungen der Lohndeputation gewesen ist, so kann ich darauf nur erklären : Wir haben zu jeder Sitzung in der Lohndeputation die Vertre-

ter

ter der Arbeiterschaft hinzugezogen und haben mit ihnen über die Lohnsätze, die von der Stadt gezahlt werden sollten, verhandelt. Daß dabei auf die Wünsche der Arbeiter, soweit tunlich, Rücksicht genommen ist, ist wohl selbstverständlich, ebenso selbstverständlich aber ist es, daß die Lohndeputation auf die Verhältnisse der Stadt Rücksicht nehmen mußte. Wir haben uns in jedem Falle gefragt :

„Wieviel ungefähr wird in der privaten Wirtschaft gezahlt?“ und dann ist ein entsprechender Abzug dafür ^{gemacht} ~~eingesetzt~~, daß die Stadt sich zur Leistung von Ruhelöhnen und Hinterbliebenenversorgung verstanden hat. In einem Falle ist die Entscheidung der Lohndeputation beim Schlichtungsausschuß angefochten worden, aber bei den darauf folgenden Verhandlungen mit diesem wurde von ihm anerkannt, daß man für Gewährung von Ruhe Lohn allein einen Abzug

von

von vielleicht 25 $\text{\$}$ pro Stunde machen könnte - ich weiß das nicht mehr ganz genau. Im übrigen ist schwer zu sagen, nach welchen Grundsätzen wir uns in der Lohndeputation gerichtet haben. Der Arbeitgeber hat selbstverständlich das Bestreben, zufriedene Arbeiter zu haben und deswegen Zugeständnisse zu machen, aber andererseits muß er auch darauf Rücksicht nehmen, ob er in der Lage ist, die von der Arbeiterschaft beantragten Sätze zu zahlen, und daß unsere Finanzlage in der Stadt eine überaus traurige ist, das habe ich hier nun wohl schon zum Überdruß auseinandergesetzt. Wir stecken augenblicklich wieder in einer gehörigen Schuldenlast, was wesentlich veranlaßt ist durch Einkäufe von Korn, aber dafür sind wir nun auch bis Mitte Mai eingedeckt, doch sind die für die Schulden zu zahlenden Zinsen jetzt ~~geradezu~~
geradezu

geradezu unglaublich hoch. Wir haben wirklich Veranlassung, bei unseren Bewilligungen auch auf die Verhältnisse der Stadt Rücksicht zu nehmen. Im übrigen haben Sie es ja in der Hand, wenn Sie die Entscheidungen der Lehndeputation bei den allmählichen Lohnaufbesserungen nicht für richtig halten, jetzt nachträglich noch weitere Aufbesserungen vorzunehmen, weil von der Stadt, entsprechend dem Vorgehen des Reiches und der Staaten, für die Beamten nachträgliche Aufbesserungen vorgenommen sind.

Stadtv. Dr. S c h u l t z e : Bei den Aufbesserungen für die Beamten haben wir auf die Verhältnisse im Reiche und im Staate Rücksicht genommen, haben auch von seiten der Stadt die Zahlungen bewilligt, weil den staatlichen Beamten die Nachzahlungen geworden sind. Es wäre nun von Bedeutung, zu hören, wie ^{die Lage} ~~das~~ bei den staatlichen Arbeitern liegt. Soviel ich weiß, haben die Arbeiter im Krankenhause Tarif-Verträge, und diese sind schon vorher aufgebessert, ehe die Aufbesserung bei den Beamten vorgenommen wurde, sodaß die Arbeiter sich zeitweise besser gestanden haben als die Beamten. Wenn wir auf der einen Seite uns nach dem Staat richten, müssen wir es auf der anderen Seite auch tun, auch wenn wir in unseren Beschlüssen selbständig sind.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Ich möchte hierzu bemerken, daß sich der Staat bisher nicht dazu verstanden hat, ^{allgemein} (Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung für seine Arbeiter festzusetzen. Wir haben über ^{die Rückzahlung} die Frage Erkundigungen einzuziehen versucht, insbesondere beim Ministerium, es ist uns aber erwidert worden, daß die Verhältnisse bei der Besoldung durch den Staat so verschieden lägen, daß diese Frage nicht beantwortet werden könnte. Ich habe das betreffende Schreiben auch an den Finanzausschuß abgegeben.

Stadtv. S t e g m a n n : Herr Stadtv. Jahns scheint mich mißverstanden zu haben. Ich habe nicht gesagt, daß die Löhne seinerzeit schon entsprechend erhöht worden seien, im Gegenteil bin ich der Meinung, daß das nicht geschehen ist, und deshalb wies ich darauf hin, daß gegenüber Magdeburg und Hannover, weil diese in einer höheren Ortsklasse standen, die Löhne unserer städtischen Arbeiter um 40 - 50 % niedriger gewesen seien.

Daß auf die Finanzverhältnisse der Stadt Rücksicht genommen werden muß, ist richtig, aber bei den Beamtengehältern hat man es nicht als ausschlaggebend angesehen, da hat es geheißen: Das Reich ist vorgegangen, also müssen wir folgen. Wir haben uns entschlossen, die Nachzahlung rückwirkend vom 1. April 1920 für die Beamten eintreten zu lassen, obwohl es unsere Finanzen nicht tragen konnten. Wenn es

in

in dem Falle möglich gewesen ist, so muß es auch bei den Arbeitern möglich sein.

Wie die Mitteilungen über die Erhöhungen der Arbeitslöhne gemacht sind, so sieht es schlimmer aus, als es in Wirklichkeit ist. Es wird gesagt, daß die Erhöhung bei der 1. Gruppe von 3,30 M auf 6,10 M vorgenommen sei. Heute handelt es sich aber nur um das bis zum 1. April 1921 verflossene Jahr, und da sind die Löhne von 3,30 M auf 5,10 M gestiegen. Das sind 70 %; jedenfalls sind die Beamtengehälter mit den Teuerungszulagen wesentlich höher gestiegen. Es ist auch nicht so, daß die Arbeiter ihren Dank für das Entgegenkommen der Stadt ausgesprochen hätten. Ihre Wünsche sind nicht voll berücksichtigt worden und sie haben das Gebotene nur als eine Abschlagszahlung hingenommen. Deshalb sind sie nochmals an die Stadt herangetreten mit dem Ersuchen, das ihnen nachzu-

zahlen

zahlen, damit Gerechtigkeit geübt werde.

Um aber nur ein Entgegenkommen zu zeigen, möchte ich bitten, daß die Stadtverordnetenversammlung heute beschließt, ihnen eine Pauschalsumme von 500 ℳ nachträglich zu zahlen. Über die finanziellen Schwierigkeiten bei einem Eingehen auf diesen Antrag kommt die Stadt sicherlich hinweg. Wenn diese Teuerungswelle, wie wir sie jetzt wieder erleben, anhält, werden wir es erleben, daß die Beamten bald wieder kommen und Forderungen stellen, und dann wird bestimmt nicht gesagt werden : Die Verhältnisse der Stadt lassen es nicht zu, darauf einzugehen. Aus diesem Grunde sollte man auch jetzt den Arbeitern gegenüber ein Entgegenkommen zeigen.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren! Aus den verschiedenen Ausführungen haben Sie wohl schon gemerkt, daß die befriedigende Lösung dieser Frage recht schwierig ist, und daß eine glatte Ablehnung meines Antrages eine Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitern bedeuten würde. Zwei Dinge müssen bei der Beurteilung meines Antrages auseinander gehalten werden : auf der einen Seite die Steigerung der Einkünfte bei den Beamten durch Vermehrung des Ausgleichszuschlages, bei den Arbeitern durch Erhöhung der Löhne, und daneben die Verbesserung der Bezüge, die den Beamten im vergangenen Sommer geworden ist, weil Braunschweig in die Ortsklasse B versetzt wurde. Damals haben Sie alle auf dem Standpunkt gestanden, daß diese ^{letzte} Verbesserung der Einkünfte nicht nur einer Gruppe zugute kommen darf, sondern daß bei ihr auch die Angestellten

und

und Arbeiter berücksichtigt werden müssen. Ein solcher Antrag ist damals angenommen worden, und es war ja auch eine Selbstverständlichkeit, daß er angenommen werden mußte. Sie können nicht *bei* einer Gruppenaufbesserung, vornehmen nur aus dem Grunde, weil das Reich und die Länder es getan haben. Auch Herr Dr. Schultze wird anerkennen müssen, daß die städtischen Beamten diese Aufbesserung nicht nur deshalb bekommen haben, weil das Reich und die Länder darin vorangegangen sind. Wir haben doch hauptsächlich aus dem Grunde der Nachzahlung zugestimmt, weil die Aufbesserung durchaus notwendig war. Selbstverständlich ist, daß auch für die andern, für die Arbeiter, diese Verbesserung vorgenommen wird. Ich muß

deshalb

deshalb nochmals bitten, daß Sie den Beschlusse
des Ausschusses ihre Zustimmung nicht geben,
sondern sich recht eingehend Überlegen, ob Sie
nicht Gerechtigkeit nach allen 800 Seiten
walten lassen wollen und den Arbeitern das
geben, was Sie im Sommer schon den Beamten
gegeben haben.

Stadtv. N e s s e n i u s : In der Besprechung ist bisher nicht erwähnt worden, daß in der Lohndeputation, von der die Lehnerrhöhungen beschlossen sind, auch eine einmalige Teuerungszulage von 200 M pro Arbeiter gewährt worden ist. Ich erwähne das deshalb, weil man nicht denken soll, daß die Lohndeputation etwa zu kleinlich vorgegangen ist.

Stadtv. M ä d g e : Meine Damen und Herren ! Ich glaube, wenn wir eine wirkliche Klarheit herstellen wollen, ^{damit} ~~nach der~~ wir uns entscheiden könnten, müßte zunächst einmal festgestellt werden, ob wirklich, wenn Braunschweig schon damals zu der Ortsklasse B gehört hätte, die Löhne der Arbeiter höher gewesen wären und um wieviel sie höher gewesen wären. Wenn man feststellen kann, es würde die Stadt Braunschweig an ^{ihn} ~~seine~~ Arbeiter damals mehr habe zahlen müssen, falls Braunschweig schon damals zu dieser höheren Ortsklasse B gehört hätte, dann würde es nur eine billige Forderung sein, die Nachzahlungen jetzt noch zu leisten. Ist es aber so, daß schon bei den derzeitigen Bewilligungen alle Umstände mit berücksichtigt waren und daß es bei den Arbeitern nichts zur Sache tut, ob Braunschweig in der Ortsklasse B oder C ist, dann liegt selbstverständlich

keine

keine Veranlassung vor, heute eine Nachbewilligung vorzunehmen. Von der Beantwortung dieser Frage wird die Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung abhängen müssen. Ich für mein Teil würde für die Nachbewilligung sein, wenn feststeht, daß den Arbeitern mehr gezahlt werden wäre, wenn Braunschweig derzeit schon zur Ortsklasse B gehört hätte. Es würde mich interessieren, darüber eine Auskunft zu bekommen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Meine Damen und Herren, ! Die Fragestellung des Herrn Mäde halte ich für irrig. Sie ist in einer Weise eindeutig zu bejahen, wenn man dem Vorgehen des Reiches einen gewissen Wert beimißt. Das Reich hat gesagt : „Ab 1. April 1920 steht Braunschweig in der Lohnklasse B“, und infolgedessen sind die Bezüge der Beamten, die nach Ortsklassen gruppiert waren, von uns im Anschluß an das Vorgehen des Reiches und der Länder abgeändert worden. Die Bezüge der Arbeiter sind aber von jeher ganz ohne Rücksicht auf die Bezüge der Beamten und ganz ohne Rücksicht auf die Ortsklasse, in der die Beamten untergebracht waren, bemessen ~~wur~~ worden. Die Löhne der Arbeiter sind bemessen worden nach dem Werte, den die Stadt den Arbeiten der einzelnen Arbeiter zulegt und nach den Löhnen, die in der Industrie

ge-

gezahlt wurden, und zwar sind die Löhne nach diesen beiden Gesichtspunkten bemessen auf Grund jeweiliger Vereinbarungen mit den beteiligten Organisationen der Arbeiter. Ich bin Mitglied der Lohndeputation auch in der alten Stadtverordnetenversammlung gewesen, und ich kann aus der Zeit berichten, daß auch die Freunde des Herrn Stegmann und Dietermann einig in den Sätzen waren, die wir damals mit den Arbeitern festgesetzt hatten. Es hat auch die Vertretung der Arbeiterschaft in der Organisation ihr Einverständnis ausgesprochen, zum Teil sogar über die Form des Einverständnisses hinausgehend mit Dank das Abkommen anerkannt. Es sind neben den Aufbesserungen in Barlöhnen auch im Vorjahre wie in diesem Jahre Beihilfen gewährt worden. Es steht deshalb die Bemessung der Bezüge der Arbeiter in keinem formellen oder sachlichen Zusammenhange mit der Eingruppierung der Beamten

in

in die Ortsgruppe B oder C. (Zuruf Sievers :
Trotzdem haben Sie den Antrag Stegmann angenommen?) Herr Sievers, es wird mir nachgerade
langweilig, Ihren Irrtum zu widerlegen. Der
Antrag ist nicht schlechthin angenommen, sondern
nur mit der Erweiterung, daß die Lohndeputation
eine Nachprüfung mit Rücksicht auf diesen neuen
geschichtlichen Vorgang der Eingruppierung der
Beamten in die Ortsklasse B vornehmen sollte.
Diese Nachprüfung ist seitens der Lohndeputation
vorgenommen und hat zu dem Ergebnis geführt,
daß man aus Billigkeitsrücksichten die Neurege-
lung nicht erst eintreten lassen wollte von der
jeweiligen Zeit an, in der die Beschlüsse ge-
faßt oder die Anträge neu von den Arbeitern
gestellt wurden, sondern rückwirkend vom Beginn
dieses Haushaltsjahres an. Das ging über den
Rahmen dessen, was sonst in der Lohndeputation
üblich war, hinaus. Es ist heute nicht die

Frage

Frage, einen angemessenen Lohn zu finden, sondern es gilt zu fragen, ob Sie jetzt der Meinung sind, daß im Vorjahre die Bemessungen der Löhne durch die städtischen Behörden unrichtig waren. Wenn Sie der Auffassung sind, mag es sein, daß sie darnach beschließen. Ich kann nur die Tatsache anführen, daß die alte Versammlung, die alte Lohndeputation, der Schlichtungsausschuß und die Arbeiterdeputationen damals einen anderen Standpunkt vertreten haben.

Stadtv. **D i e t e r m a n n** : Herr Dr. Jasper führt an, daß im vergangenen Jahre die städtischen Arbeiter nach dem Werte ihrer Arbeit bezahlt worden seien. Das mag stimmen, aber sie sind trotzdem nicht so bezahlt, wie sie hätten bezahlt werden müssen, darin liegt der Kernpunkt. Wenn im vergangenen Jahre meine Freunde der Regelung zugestimmt haben, so haben sie nicht den Verhältnissen Rechnung getragen und nicht tragen können, weil damals ~~schon~~ Braunschweig noch nicht aus Klasse C in Klasse B versetzt war. Wäre das damals schon der Fall gewesen, dann wären sie zu anderen Entschlüssen gekommen. Der Herr Berichterstatter wollte wissen, ob die Lohndeputation damit einverstanden gewesen sei, wie wir die Regelung treffen wollen. Wir haben in der Lohndeputation einen entsprechenden Antrag gestellt, der ist

aber

aber abgelehnt worden und nunmehr ist in der
Vollversammlung dieser Antrag eingebracht.
Ich bitte Sie, sich dafür zu entscheiden.

In der Abstimmung wird der Antrag
S i e v o r s abgelehnt.

(Zurufe: Pfui Teufel! - Das nennt man Kon-
sequenz !)

Vorsitzender: Es ist eben Pfui gerufen. Ich
bitte Sie, solche Anrufe zu unterlassen.

Stadtvorordneter S t e g m a n n :

(Zur Geschäftsordnung): Nachdem der Antrag
S t e v e r s abgelehnt ist, möchte ich bitten,
meinen heutigen Antrag 500 Mark als Pauschal
Summe den Arbeitern zu gewähren, zur Abstim-
mung zu bringen. Das hat doch eigentlich
selbstverständlich.

Auf einen diesbezüglichen Hinweis des Vorsitzenden überreicht Herr Stadtverordneter Stegmann seinen Antrag in schriftlicher Form. Er lautet: "Beauftrage, den städtischen Arbeitern für die Zeit von 1. April 1920 bis 31. März 1921 eine Pauschalsumme von 500 Mark nachzuzahlen."

Herr Stadtverordneter Stegmann charakterisiert seinen Antrag als einen Abänderungsantrag zu dem der Kommission.

In der Abstimmung wird auch der Antrag Stegmann abgelehnt.

2. Beteiligung der Stadt an der Kultur-Film-Bühne, G.m.b.H.

Stadtverordneter S t e g m a n n: In der letzten Versammlung ist betreff dieses Punktes mitgeteilt worden, daß die Angelegenheit noch nicht zum Abschluß gebracht werden könne, weil seinerzeit Bedenken gegen die Erwerbung des Edison Theaters erhoben worden sind. Der Rat war beauftragt worden, sich nach einem anderen Lokal umzusehen, und nun war die Hohetorschanke für diese Vorführungen ins Auge gefaßt worden. Die Besitzer dieses Lokals sind nicht abgeneigt, es für den beabsichtigten Zweck herzugeben, fordern aber für die Benutzung nur in den Tagesstunden schon 18000 Mark, während für die Abendstunden das Lokal freigelassen oder eine besondere Miete bezahlt werden soll. Dadurch würden aber die Kosten erheblich steigen. Die Bedenken, die gegen das Edison Theater hier in

Plenum

Plenum und auch in Finanzausschuß erhoben worden sind, bestehen hauptsächlich darin, daß dies ein dunkles Lokal ohne genügende Ventilation sei und aus gesundheitlichen Rücksichten nicht in Frage kommen solle. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Filme, wenn sie Herr Dentler liefern sollte, nicht in genügender Zahl vorhanden sein würden, daß man sich mit einer solchen Abmachung zu sehr festlegen würde und von Herrn Dentler abhängig sein würde. Man würde sich dem Herrn gewissermaßen verkauft haben und nicht freie Hand haben, auch anderweitig Filme zu beziehen. In der Sitzung, die in Ansehung für Volksbildung stattgefunden hat, sind alle die vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen versucht worden. Das Lokal sei allerdings nicht einwandfrei, aber immerhin sei doch ein Ventilator vorhanden, der nur eingebaut zu werden brauche. Die Filme würden durch die Ufa geliefert, für die allerdings Herr Dentler der Generalvertreter ist, durch den sie also besorgt werden, auch wenn sie direkt bestellt werden.

In

In dem Vertrage über Erwerb des Edison Theaters war aber auch festgelegt, daß die Filme auch anderweitig beschafft werden können; ein Risiko in dieser Hinsicht liegt also bei dem Vertrage nicht vor.

In der letzten Sitzung der Finanzkommission ist die Sache hin und her besprochen worden, und ich hatte schon den Antrag gestellt, man sollte zu einem Resultat kommen, denn seit Monaten zieht sich die Sache hin und es liegt Gefahr vor, daß sie in Sande verläuft. Zu einer Ablehnung kam es aber nicht, weil ein anderes Projekt aufgetaucht war, nämlich den Altstadtrathausaal für diese Vorführungen zu verwenden. Die Sache sollte dann so aufgezogen werden, daß sie zugleich von der Stadt und vom Ausschuß für Volksbildung in die Hand genommen würde. Es wurde dann darauf hingewiesen, daß wahrscheinlich im Altstadtrathausaal größere bauliche Veränderungen vorgenommen werden müßten, und nachdem der Rat Er-

kundigungen

kündigungen eingezogen hatte, stellte es sich heraus, daß das tatsächlich der Fall ist, und weiter kommt in Betracht, daß der Rathensaal dann für andere Zwecke verloren wäre, denn der Ausschuß besteht darauf, daß nicht nur am Tage Vorführungen für Schüler und Schülerinnen stattfinden, sondern auch solche für Erwachsene am Abend, und das würde mindestens an drei Abenden ^{siehe hiermit sogar an 4 bis 5 Abenden} in der Woche nötig sein, für 5 Abende in der Woche müßte der Saal also für die Kultur-Film-Bühne zur Verfügung stehen, sodaß ~~das~~ in Wirklichkeit der schöne Altstadtrathensaal für andere Zwecke nicht mehr gebraucht werden könnte, und Sie wissen, daß an Versammlungsräumen in unserer Stadt kein Überfluß ist. Der Finanzausschuß war anfangs, als dieses Projekt auftauchte, davon enthusiastisch, aber inzwischen ist festgestellt, daß die Sache nicht so einfach ^{und} ist, es ist nun ein anderes Projekt ins Auge gefaßt: die Turnhalle in der Leopoldstraße soll

für diesen Zweck verwendbar sein. Sie steht augenblicklich frei zur Verfügung, faßt 300 - 350 Personen, sodaß dieses Projekt, wenn es sich verwirklichen läßt, einen gangbaren Weg abgeben würde, um zu vermeiden, das Edison-Theater zu mieten und unabhängig von dem Privatunternehmer Bentler zu werden. Näheres steht noch nicht fest. Herr Stadtrat Schaper hat das Städtische Bauamt beauftragt, zunächst zu ermitteln, ob größere bauliche Veränderungen nötig sein würden und wie hoch sich die Kosten stellen. Wenn das Lokal sich als geeignet herausstellen sollte, dann würde beantragt werden, daß die Stadt selbst die Sache in die Hand nimmt was ja das idealste wäre. Es müßte dann eine besondere Person gewonnen werden, vielleicht ein Lehrer, der die Leitung übernimmt, und die Einrichtung müßte nicht nur am Tage für Schulen sondern auch am Abend für Vereine zur Verfügung stehen. Die Beratung der Sache muß also heute nach

40 a.

noch einmal verschoben werden, aber ich hoffe,
daß die Vorberatungen bis zur nächsten Sitzung
so weit gefördert sind, daß sie dann endlich zum
Abschluß gebracht werden kann.

3. Antrag Hessenius, betreffend Belassung
von Kindern der aus der Stadt in
Nachbargemeinden Verkögenen in den
hiesigen Schulen.

Stadtvorordneter Dr. R e p o l d e :

Meine Damen und Herren ! Herr Stadtvorordneter Hessenius hat folgenden Antrag gestellt: „Die Wohnungsnot bedingte unter anderen auch, daß in den Nachbargemeinden Stedlungen errichtet werden, welche jetzt von Stadtbraunschweigern bezogen werden. Da es aus Platzmangel in den Schulen dieser Orte nicht möglich ist, die Kinder der Verköhenden dort unterzubringen, wird der Rat ersucht, dieselben in den hiesigen Schulen zu belassen, ohne aber erhöhtes Schulgeld zu erheben.“ Der Antrag ist in Rechtsausschuß verberaten worden. Die Rechtslage ist so, daß nach dem Gekindeschulgesetz die Nachbargemeinden verpflichtet sind, die Stedlerkinder in ihren Schulen unterzubringen. Der

Rechts-

Rechtsausschuß war sich darüber einig, daß die Stadt den Nachbargemeinden gegenüber betreffs der Siedler-Kinder keine Verpflichtungen übernehmen könnte, wohl aber war er geneigt, zu empfehlen, daß man den Siedlern in der Weise entgegenkomme, daß der Rat der Stadt ersucht wird, die Kinder der Siedler noch für das laufende Schuljahr in der städtischen Schule zu belassen, sofern die Nachbargemeinde einen angemessenen Zuschuß bewilligt. Wir waren übereinstimmend der Ansicht, daß es nicht angebracht sei, ein weiteres Entgegenkommen zu zeigen, weil es uns nicht angezeigt erschien, in den Nachbargemeinden nicht den Widerstand gegen die Eingemeindung zu stärken. Wir wollen nicht Vorteile bieten, die sie dazu bringen könnten, der Eingemeindung sich abgeneigt zu zeigen, sondern es schien angebracht, die Siedler darauf hinzuweisen, welches Interesse sie daran haben, die Eingemeindung zu fördern, denn

diese endlich zustande kommt.

Nach der Stellungnahme des Ratsdezernenten in der Ausschußsitzung ist anzunehmen, daß der Rat mit der Erledigung des Antrages in dieser Weise einverstanden ist. Ich gebe namens des Ausschusses anheim, sich dem Beschluß des Rechtsausschusses anzuschließen.

Die Versammlung stimmt der Stellungnahme des Rechtsausschusses zu.

**4. Antrag S t u k e n b e r g, die nächtliche
Beleuchtung auf den Höfen der städtischen
Wohngrundstücke an der Korfastraße
betreffend.**

Wortlaut des Antrages: „Die nächtliche Beleuchtung auf den Höfen der städtischen Wohngrundstücke und Baracken an der Korfastraße ist unzulänglich, und es liegt im Interesse der Ruhe und Ordnung, nicht zuletzt auch der Sicherheit der Anwohner, wenn hier umgehend eine Verbesserung eintritt.“

Ich beantrage daher, daß fortan eine Beleuchtung während der ganzen Nacht erfolgt und daß zu diesem Zwecke in der Mitte der Hofanlagen eine Bogenlampe angebracht wird, wodurch eine hinreichende Beleuchtung aller zu den Bauten gehörigen Höfen gewährleistet wird.“

Stadtverordneter N a r t h: Meine Damen und Herren! Herr Stukenberg hat den Antrag gestellt
auf

auf den Höfen der städtischen Wohngrundstücke an der Korfesstraße eine bessere Beleuchtung zu schaffen. Ich habe mit die Höfe und ihre Beleuchtung angesehen und bin zu der Überzeugung gekommen, daß es tatsächlich dringend notwendig ist, eine bessere Beleuchtung dort einzurichten, da es dort bei den jetzigen Zuständen unmöglich ist, nachts etwas zu erkennen. Es treiben sich abends in dem Dunkel dort Leute umher, sodaß man Frauen nicht zuhause kann, sich über die Höfe zu wagen. Es wird deshalb notwendig, zwei Laternen an den massiven Gebäuden zu versetzen und auch in den beiden Straßen, die durch die Barackenreihe gebildet werden, eine Laterne neu anzubringen. Diese Laternen müßten dann für sich ein- und ausgeschaltet werden können, sodaß es möglich ist, sie während der ganzen Nachtzeit brennen zu lassen. Es handelt sich also darum, die Kosten zu verwilligen, für Versetzung

weiter

Stadtverordneter D i e t e r m a n n: Ich—
 Meine Damen und Herren ! Auch ich möchte Sie
 bitten, diesen Antrage zuzustimmen, aber ich
 möchte noch weitergehen und beantragen, daß
 die Nachtschutzleute beauftragt werden, auch
 diese Höfe zu begehen, damit die dortigen An-
 wohner einmal ruhig schlafen können — heute ist
 es ihnen nicht möglich, weil die Leute dauernd
 daran denken müssen, daß bei ihnen eingebrochen
 wird. Es ist schon versucht worden, bei einem
 dort wohnenden Postbeamten, der sich nicht weh-
 ren kann, weil er im Kriege einen Arm verloren
 hat, einzubrechen. Die Fensterscheibe war ihm
 zu dem Zwecke schon zertrümmert und er hat sich
 deshalb Fensterladen machen lassen. Auf seine
 Bitte, um Schutz der Gegend durch die Nacht-
 schutzleute wurde ihm geantwortet, diese hätten
 nur die Straße zu begehen. Aber die Müllabfuhr-
 wagen holen doch von diesen Höfen den Müll weg,
und

und für die Nachschutzeleute wäre es ein leichtes, auch diesen Bezirk zu begehren. Ich bitte darum, daß sie dazu angewiesen werden.

und in Aussicht stellen, daß eine derartige Anweisung erteilt wird, aber es stellen sich den doch Schwierigkeiten in den Weg. Ich bitte sich zu vergegenwärtigen, daß dasselbe Zugeständnis in anderen Teilen der Stadt gemacht werden sollte, wenn wir hier die Mauer auch bauen, und dann werden wir nicht mehr mit 96 Nachschutzeleuten auskommen, sondern mit einer Aufschlag von 25 % der Kosten rechnen müssen. Es pflegen in solchen Fällen die Anwohner, wie Bezirke sich dahin zu verständigen, daß sie ohne Anstand die Mauer übernehmen. Ich sehe in diesem Falle keinen anderen Ausweg und glaube nicht, daß der Rat sich bereit finden würde, was von dem Herrn Vorredner vorgeschlagen wird zu befehlen.

Stadtrat von Frankenberg:

Meine Damen und Herren! Ich würde diesen Wunsche des Herrn Vorredners gern nachkommen und in Aussicht stellen, daß eine derartige Anweisung erteilt wird, aber es stellen sich den doch Schwierigkeiten in den Weg. Ich bitte, sich zu vergegenwärtigen, daß dasselbe Zugeständnis in anderen Teilen der Stadt gemacht werden müßte, wenn wir hier den Wunsche nachkämen, und dann würden wir nicht mehr mit 96 Nachschutzeuten auskommen, sondern mit einem Aufschlag von 25 % der Kosten rechnen müssen. Es pflegen in solchen Fällen die Anwohner eines Bezirks sich dahin zu verständigen, daß sie abwechselnd die Wache übernehmen. Ich sehe in diesem Falle keinen anderen Ausweg und glaube nicht, daß der Rat sich bereit finden würde, den von dem Herrn Vorredner vorgeschlagenen Weg zu betreten.

Stadt. M a r t h : Den Vorschlag, durch den der Antrag des Herrn Sinkenberg eben erweitert ist, kann ich nicht ganz von der Hand weisen. Wenn man das Grundstück mit seinem Häuserblock betrachtet, so handelt es sich so- zu- sagen um Straßenzüge, und die Unsicherheit dort ist tatsächlich vorhanden, wenn nicht die Gewißheit vorliegt, daß dort auch einmal ein Wächter durchgeht. Ich glaube nicht, daß es so schwierig sein kann, die Wächter zu beauftragen, einmal durch die Reihen dieser Häuser zu gehen und einzuschreiten, wenn ungehöriger Lärm entsteht. Es ist mir erzählt worden, daß einmal ein Arzt in diesen dunklen Hof gerufen worden ist, daß er aber einfach wieder weggefahren ist, weil er die Wohnung des Kranken in der Dunkelheit nicht finden konnte und sich nicht in die dunklen Gassen hinein traute. Die Bauweise der Häuser dort ist sonst gut, aber auch Ruhe und

Licht

Licht in der Nacht ist dort nötig. Deshalb möchte ich bitten, den eben gehörten Vorschlag in Erwägung zu ziehen, daß die Nachtschutzmänner nachts auch einmal durch ~~den~~ die Baracken-Straßen gehen. Es handelt sich um ein städtisches Grundstück und wir haben alle Ursache, daß wir da auch den Schutz durch die städtischen Wächter einhalten.

Stadtv. B i e t e r m a n n : Wie schon
 mein Herr Vorredner sagte, handelt es sich nicht
 um einen Häuserblock, sondern es sind geradezu
 Häuserzüge, gewissermaßen Straßen. Ich ver-
 stehe nicht, wie Herr Stadtrat von Frankenberg
 davon reden kann, daß 25% Mehrkosten für An-
 stellung von Nachtwächtern dabei in Frage kom-
 men könnten. Das wäre gar kein Grund, meine
 Anregung abzulehnen. Die dortigen Anwohner bezahlt
 ebensoviele Steuern wie die anderen Einwohner
 und sind berechtigt, nöthlichen Schutz zu ver-
 langen. Das Wohl unserer Mitbürger muß uns am
 höchsten stehen, auch wenn Kosten dadurch verur-
 sacht werden. Ich möchte bitten, dafür zu sor-
 gen, daß Ruhe und Ordnung dort einkehrt.

Der Kommissionsantrag wird von der Versammlung angenommen.

Da ein schriftlicher Antrag von Herrn Stadtverordneten Bietermann noch nicht vorliegt, wird einstweilen in der weiteren Beratung der Tagesordnung fortgefahren.

Der Antrag von Frau Böhm wird die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, zu beschließen, für die Hungernde Unterstützung zu bewilligen. Die Begründung des Antrages durch Frau Böhm habe ich nicht gehört. Sie stellte sich in der Kommission vor, dass sie nicht der Meinung war, dass man nur diese 20 000 M. Lebensmittel kaufen sollte, vielleicht Kartoffeln, und auch Aufwand schicken sollte, sondern ein Gut schon bei der Empörung des Volkes gesagt, das das Geld verwendet werden soll um die Hungernden zu unterstützen. Sie ist der Meinung, dass man die Gelder in andere Weise verwenden sollte.

5. Antrag Böhm auf Überweisung eines
Beitrages für die hungernde Bevöl-
kerung Rußlands an das Komitee
Arbeiterhilfe.

Stadtver. M u n t e : Meine Damen und Herren! Nach dem Wortlaut des Antrages von Frau Böhm wird die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert, zu beschließen, für die hungernde Bevölkerung Rußlands 20 000 M dem Komitee Arbeiterhilfe zu überweisen. Die Begründung des Antrages durch Frau Böhm habe ich damals nicht gehört. Es stellte sich in der Kommissionsberatung heraus, daß sie nicht der Meinung war, daß man für diese 20 Scheine à 1000 M Lebensmittel kaufen sollte, vielleicht Kartoffeln, und nach Rußland schicken sollte, sondern sie hat schon bei der Begründung des Antrages gesagt, daß das Geld verwendet werden soll zum Ankauf von Medikamenten und ärztlichen Instrumenten, die zur Bekämpfung der in Rußland bestehenden

den

den Seuchen nötig sind. In der Kommission konnte man sich nicht bereit finden, diese 20 000 M zur Bewilligung zu empfehlen. Man war der Meinung, daß in Deutschland selbst die Not so groß ist, daß, wenn Gelder freigekauft werden können, diese in Deutschland selbst für unsere eigenen Mitbürger in engeren und weiteren Vaterlande verwandt werden sollen. Von einer Seite wurde der Antrag gestellt, die genannte Summe nicht dem Komitee Arbeiterhilfe zu übergeben - anscheinend erfreut sich dieses Komitee nicht des Vertrauens des betreffenden Herrn -, sondern dem internationalen Gewerkschaftsbunde; für den Fall würde der betreffende Herr für die Bewilligung der 20 000 Mark sein. Aber auch dieser abgeänderte Antrag fand nicht die Zustimmung der Mehrheit des Ausschusses. Man konnte sich nicht überzeugen, daß mit einem so geringen Betrage eine nennenswerte Hilfe diesen vor den

Kriege

Kriege 170 Millionen Einwohner zählenden Lande
Rußland geleistet werden könnte, auch meinte
man, daß die Kontrolle über die Verwendung des
Geldes vollständig fehlen würde. So habe ich den
geehrten Herrschaften seitens des Finanzausschus-
ses die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.
Dieses nicht als nach Deutschland herüberge-
schleppt wird. Ich habe schon in meiner Begrü-
ßung gesagt, daß ich es einfach für eine Pflicht
jeder Gemeinde halte, mit dafür zu sorgen, daß
dieser Befehl ausgeführt wird. Herr
Müller meinte, es wäre für diesen Zweck eine zu
geringe Summe. Gewiß, eine nicht große, aber
in der finanziellen Notlage, in der Braunschweig
sich jetzt befindet, habe ich keine höhere Summe
beizutragen wollen, und wenn man bedenkt, daß
nicht nur die Stadt Braunschweig für diese Hilfe-
leistung in Frage kommt, so ist es wohl denk-
bar, daß eine beträchtliche Summe zusammenkommt.

Ich

Stadt v. Fran B ö h m : Meine Damen und Herren! Herr Stadtverordneter Munte sagte schon ganz richtig, daß das Geld nicht zur Anschaffung von Lebensmitteln benutzt werden soll, sondern daß es mit dazu dienen soll, der in Rußland herrschenden Seuche Einhalt zu tun und daß diese nicht bis nach Deutschland herübergeschleppt wird. Ich habe schon in meiner Begründung gesagt, daß ich es einfach für eine Pflicht jeder Gemeinde halte, mit dafür zu sorgen, daß dieser Gefahr entgegen-gearbeitet wird. Herr Munte meinte, es wäre für diesen Zweck eine zu geringe Summe. Gewiß, sie müßte höher sein, aber in der finanziellen Notlage, in der Braunschweig sich jetzt befindet, habe ich keine höhere Summe beantragen wollen, und wenn man bedenkt, daß nicht nur die Stadt Braunschweig für diese Hilfeleistung in Frage kommt, so ist es wohl denkbar, daß eine nennenswerte Summe zusammenkommt.

Ich

Ich habe bereits erwähnt, daß Berlin, München und eine ganze Menge anderer Städte, die ich nicht aus dem Kopfe weiß, für diesen Zweck erhebliche höhere Summen bewilligt haben. Es liegt im Interesse jeder deutschen Gemeinde, Geld dafür zu bewilligen, daß Chemikalien, Medikamente und chirurgische Instrumente angeschafft werden, um diese Seuche nicht nach Deutschland kommen zu lassen.

Stadtverordn. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren! Wir wissen genau, wie die Verhältnisse in Rußland liegen: daß die dortige Hungernot herbeigerufen ist durch die kolossale Dürre in diesem Sommer und weiter dadurch, daß sich die Bauern dort auf den Standpunkt gestellt haben, zu sagen: Wir bauen nicht mehr an, als wir für uns selber gebrauchen, mag die städtische Bevölkerung zusehen, wie sie fertig wird. Wenn es bei uns in Deutschland so weiter geht, wie es jetzt angefangen hat, dann werden wir hier in ein paar Jahren das gleiche erleben. Aber Frau Stadtverordnete Böhm sagte ja auch, daß die 20 000 M., die sie zu bewilligen beantragt, nicht dazu dienen sollen, um den Hunger in Rußland zu stillen, sondern die Seuchengefahr zu beseitigen, die auch für Deutschland eine große Gefahr ist, und wir haben in der Bewilligung von Mitteln für diesen Zweck ganz gute Beispiele zu verzeichnen, nicht nur allein von den Links-

Links-Parteien, sondern auch von den Rechts-Parteien. Ich kann in der Beziehung das Rote Kreuz herausgreifen, das sich, wenn auch nicht in seiner Gesamtheit, aber doch in seinen Spitzenträgern bereit erklärt hat, eine Hilfsaktion durch Ärzte und Sanitätspersonal in die Wege zu leiten, die nach Rußland gesandt werden sollen, um die Seuchengefahr zu beseitigen. Die russischen Ärzte sind absolut nicht in der Lage, der Seuchengefahr einigermaßen Herr zu werden, weil sie an Zahl minimal sind, an Medikamenten fehlt es in Rußland vollständig und Desinfektionsmittel haben sie gar nicht zur Verfügung. So sind sie nicht in der Lage, die Seuchengefahr an ihrem Herde anzugreifen zu können, und wir haben es schon erlebt, daß in der letzten Zeit in Ostpreußen aus Rußland Seuchen eingeschleppt sind, Typhusfälle sind bereits verbreitet gewesen. Deshalb möchte ich bitten, stimmen Sie den Antrag

der

der Frau Böhm zu, damit auch wir mit dazu beitragen, die Gefahr zu bekämpfen. Frau Böhm sagte schon, daß wir es nicht allein sein werden, die Mittel hierfür beschaffen, daß große Städte in Reiche enorme Summen zur Verfügung gestellt haben. Auch das Rote Kreuz in München hat 80 000 Mark aus seiner Kasse zur Verfügung gestellt.

in Stadt. Frau S o h u l z e : Meine Damen und Herren! Es ist ja ganz schön, was mit dem Antrage bezweckt werden soll, aber wenn wir bedenken, was für Not und Elend wir in unserer Stadt selbst haben, so muß man fragen: Liegt hier nicht auch die Gefahr nahe, daß wir Seuchen bekommen. Wir sehen, daß die Frauen der armen Bevölkerung 80 ¢ für ein Pfund Kartoffeln bezahlen müssen. Was sollen sie dann machen, wenn sie noch Fett und andere Sachen hinzukaufen wollen. Ich bin der Meinung: Wenn die Stadt Braunschweig etwas übrig hat, dann soll in erster Linie die Bevölkerung unserer Stadt von uns etwas haben, aber nicht die Mittel weiter-gegeben werden, wie das beantragt ist. Bei unserem Rundgang in Arbeiterhäusern werden in jeder Familie ein oder zwei Lungenkranke gefunden, und deshalb sollten wir erst einmal dazu übergehen, für diese Kranken

in

Stadt. S t e v e r s : Meine Damen und Herren! Die ^{politischen} Ausführungen der Frau Schulze sind ~~positiv~~ in ihrer Berechtigung nicht zu bezweifeln; sicher ist die Not auch in der Stadt Braunschweig sehr groß. ^{aber} Ich werde mir ~~deshalb~~ nachher ansehen, welche Stellungnahme Sie einnehmen werden, wenn es sich darum handelt, für andere Leute, die auch nicht in Braunschweig wohnen, etwas zu tun, nämlich für die Oberschlesier. Ich erinnere Sie daran, daß Sie in der vorigen Stadtverordnetenversammlung nicht gegen die Bewilligung einer Unterstützung für Oppau gewesen sind, obgleich diese Leute nicht in Braunschweig wohnen. Auf einen solchen Standpunkt, daß wir nichts weiter zu tun haben, als für die Stadt Braunschweig zu sorgen - weiter geht unser Blick nicht - können wir uns nicht stellen. Es handelt sich bei den Ereignissen im Wolgarebiet um keine Kleinigkeit,

es ist nicht ein Ereignis wie in Oppau oder ein anderes, das uns veranlaßt, Hilfe für das Ausland zu verlangen; sondern die Seuchen und der Hunger sind derartig kolossal, wie wir es in den letzten Jahrzehnten in Europa nicht erlebt haben. Bei Ereignissen, die nicht einen so großen Umfang angenommen hatten, hat man schon vor dem Kriege erkannt, daß es Pflicht von Volk zu Volk ist, einander zu unterstützen. Ich erinnere daran, daß wesentliche Beträge zusammen gebracht worden sind, als ^{Hungar} eine Stadt in Norwegen abgebrannt war. Wir haben es für eine Ehrenpflicht gehalten, als das Erdbeben in Messina und San Franzisko Tausende ins Unglück gekommen waren, zur Lebensunterhaltung und Lebensmöglichkeit der Betroffenen das was wir beitragen konnten. Genau denselben Standpunkt müssen wir einnehmen bei dieser Seuche, die durch die Dürre und Hungersnot veranlaßt ist. Es ist richtig: mit Kartoffeln und dergleichen

gleichen können wir keine Hilfe bringen. *ship*
20 Millionen Menschen sind nicht dadurch zu
retten, daß Deutschland Kartoffeln zur Verfü-
gung stellt, um sie zu *essen* ernähren. Daß wesent-
liche zur Bekämpfung der Not ist eine Orga-
nisation, die mit allen technischen Möglich-
keiten unserer Zeit ausgerüstet ist. Rußland,
das in industrieller Beziehung gegenüber uns
zurück ist, hat auf dem Gebiete der Hygiene
unsere Hilfe nötig, um *den* Hungernden wieder Mut
und Glauben zum Leben beizubringen. Das soll,
wie Frau Böhm vorgetragen hat, die Anschaffung
von Medikamenten bezwecken. Ich möchte Sie
noch daran erinnern, daß auch andere Völker
eine großzügige Hilfsaktion für Rußland orga-
nisiert haben, besonders Schweden und Norwegen
sind darin vorbildlich vorgegangen. Der For-
schungsreisende *Nansen* ist Führer einer
Expedition, die in großzügiger Weise gegen

den

den Hunger in Rußland vorgegangen ist, und er
hat sich über seine Erfahrungen dort durchaus
anerkennend ausgesprochen ^{en} und sich dafür einge-
setzt, daß auch andere ^{Haar} ~~Stellen~~ helfen, dieser
Katastrophe entgegen zu treten. Ich glaube,
daß auch wir zu denen gehören müssen, die
etwas ^{zur} Hilfe beitragen, wenn in ^{der} ~~der~~ Welt ein
solches Elend gekommen ist.

Meinung nicht, daß wir glauben, daß das
Hilfe gebraucht, zu den Betroffenen zu
beizutreten. (Zurück: Die Leute sind den
Belastungen zu groß - das sind keine Men-
schen, die dort leben. Ich möchte dagegen
bitte den Antrag zu unterstützen. Was
auch die von uns zu leistende Hilfe nicht groß
ist, es darf nicht vergessen werden, daß
vielleicht die Hilfe nicht so groß ist, wie
wir es gerne bringen. Das ist
Seuche und die Gefahr der Epidemie wird
gehalten wird.

Stadt v. D i e t e r m a n n : Es stimmt schon, daß das Elend in Braunschweig groß genug ist, um uns veranlassen zu können, das Geld hier zu behalten, um es zur Beseitigung des Elends bei uns anzuwenden. Was aber die Herren, die gegen den Antrag sich aussprechen, dazu bestimmt, das sind andere Gründe. Alles, was von Rußland kommt, das taugt nach ihrer Meinung nichts, und sie glauben, daß Geld würde gebraucht, um den Bolschewismus zu unterstützen. (Zurück: Das kommt nicht dem Bolschewismus zu gut! - Das sind keine Kommunisten, die dort hungern!) Ich möchte dagegen bitten, den Antrag Böhm zu unterstützen. Wenn auch die von uns zu gebende Summe nicht groß ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß ~~vielleicht~~ *Wenig* ein viel bringen, und dann werden wir es auch fertig bringen, daß die Seuche und die Hungersnot von ~~Braunschweig~~ *Schiffbau* fern gehalten wird.

Stadtv. F a y : Meine Damen und Herren!
Wir haben uns über diese Frage nun schon recht
lange unterhalten, und dabei ist sie auch be-
leuchtet worden von Seiten, die wirklich nicht
den Kern der Frage treffen. Ich bin überzeugt,
das Stadtverordnetenkollegium würde gern,
ohne eine Minute zu ~~sehe~~ zögern, den Antrage
in Liebe zustimmen, aber es ist doch ein ge-
waltiger Unterschied, ob ein solcher Antrag
es wird ~~kommt zu~~ einer Zeit wie damals, wo für Hot-
wegen und Messina die Hilfe verlangt wurde,
~~und der Zeit von heute.~~ *oder früher.* Damals war das Deut-
sche Volk reich, dagegen hat Frau Schulze *ja schon*
treffend geschildert, daß wir von Minute zu
Minute in unserer Vaterstadt auf Armut stoßen.
Deutschland birgt so viele Arme und Kranke,
daß wir unser Geld nicht nach fremden Ländern
werfen können, mag es Rußland oder Amerika
sein, daß soll ~~ge~~ uns gleich sein. Wir haben

es selber nötig für die Bedürftigen in unserm Vaterlande. Wenn Schweden und Norwegen sich heute an einer solchen mildtätigen Aktion beteiligen ^{mit} Herr Sievers, so ist das selbstverständlich. Diese Valuta-Überländer können sich das leisten, wir dagegen können es nicht. Wenn Hilfe so nötig ist, dann laß ~~es~~ doch Frankreich, der ehemalige Alliierte der Russen, sich um seine Verbündeten kümmern.

ne Zuerst an unsere armen Brüder hier bei uns ^{haben} ~~haben wir~~ zu denken und ~~dann~~ ^{dann} zu helfen. Deshalb bin ich dafür, daß wir diesen Antrag ablehnen.

~~Dieser russischen Vaterländischen~~
Gelder bewilligt haben, so haben sie sich
vielleicht über die Not in eigenen Lande
hineingesetzt und vielleicht nicht bedacht,
wie große Not bei uns selber herrscht, die zu
lindern in erster Linie unsere Pflicht ist.
Aus diesen Gründen kann ich nicht für den

eingetragen

Stadtv. S t u k e n b e r g : Herr Kollege
Fay hat mir schon in großen und ganzen daß
vorweggenommen, was ich sagen wollte. Die Not
nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in
ganzen Deutschen Reiche ist eine große, und
da, wo es gilt, diese Not zu lindern, sind wir
als Deutsche gern bereit, unsere Mitbürger
unser Scherflein beizusteuern. Das haben wir
erst neulich bewiesen, als wir für die Hinter-
bliebenen in Oppau opferten, und das werden
wir auch in allen ähnlichen Fällen beweisen.
Wenn andere Städte unseres deutschen Vater-
landes zu dieser russischen Unterstützung
Gelder bewilligt haben, so haben sie sich
vielleicht über die Not in eigenen Lande
hinweggesetzt und vielleicht nicht bedacht,
~~mit~~ große Not bei uns selber herrscht, die zu
lindern in erster Linie unsere Pflicht ist.
Aus diesen Gründen kann ich mich für den

eingebrachten

Stadt v. N e s s e n i u s : Recht unangenehm für den Antrag war der Zwischenruf, diese Gelder kämen nicht dem Bolschewismus zu gute. Wenn man die Zeitungen verfolgt, so kann man lesen, wie die Sowjet-Vertreter in Deutschland leben, welch einen Aufwand sie treiben (Zuruf: Gelesen! Wir haben auch gelesen: Wir werden siegen!) Wenn wir die Gewißheit hätten, daß dieses ^{angesehene} hungernde Volk nicht die Sowjet-Vertreter sind, sondern daß unsere Spende direkt den Notleidenden zu gute kommt, wenn es so gemacht würde, wie bei der Roten Kreuz Expedition, dann könnten wir uns für die Sache ^{würmen} ~~erwerben~~. Aber gerade ihr Zwischenruf dürfte nicht gemacht sein, denn es muß andere stützig machen. Die Leute, die dort regieren, haben schon verstanden, die Lebensmittel, die sie gebrauchen, vielleicht sogar in großen Mengen, für sich bei Seite zu stellen, während andere der Verzweiflung nahe sind.

Stadtv. M a a ß : Ich kann nicht verstehen, weshalb man sich diesen Antrag so unsympathisch gegenüberstellt. Der Herr Vorredner sprach davon, wie die Sowjet-Vertreter in Deutschland gut leben und hat gesagt, daß er das durch Zeitunglesen erfahren habe. Wir haben durch Zeitunglesen etwas anderes erfahren: wie in unsern deutschen Vaterlande manche ^{gegenüber} Begüterte, ihren Mitmenschen leben. Die Arbeiterschaft von ganz Europa, das Weltproletariat, das nicht mit den Maßnahmen Rußlands einverstanden ist, hat eine große Hilfsaktion eingeleitet; sie tut es aus Höchstenliebe, denn wir können nicht 20 Millionen Menschen einfach dem Hungertode preisgeben. Ich kann es nicht verstehen, daß sozialdemokratische Vertreter, die mit uns International gesinnt sind, sich auf den Standpunkt stellen, daß dieser Antrag abzulehnen ist. Ich bin dafür, daß er angenommen wird.

Stadt: G r ä f : Meine Damen und Herren!
Ich hätte für die beiden Reden der Herren von
drüben lieber einmal Herrn Professor Schultze
gehört, wie er sich über die Seuchengefahr aus-
läßt. Ich erinnere daran, wie vor Jahren in
in Deutschland die Grippe so scheußlich ge-
herrscht hat. In Bezug auf Seuchen könnte am
besten ein Herr, der in dieser Sache bewandert
ist, uns ein Bild konstruieren. Herr Professor
Schultze hat sich schon gemeldet und ~~werden~~ ^{nicht} uns
jedenfalls darüber Ausführungen machen.

Herrn Stadtv. Dr. Schulze: Meine Damen
und Herren! Es ist gesagt worden, daß von uns
zu bewilligende Geld solle mit zur Abwehr der
Seuchen verbandt werden. Zuständig in dieser
Sache ist das Reichsgesundheitsamt, und wir haben
schon gehört, daß ^{sine} ~~unsere~~ Expedition ausgerüstet
ist, der ein Arzt von dem Institut für Infek-
tionskrankheiten beigeordnet ist. Das Reich
wird also die Mittel, soweit es dazu in der Lage
ist, zur Verfügung stellen. Wenn wir überhaupt
etwas tun wollen, dann wäre es richtig, wir
würden dem Reiche die Mittel in die Hand geben,
das nimmt aber seine Mittel von uns durch die
Steuern. Daß wir als Stadt sagen sollten: „Wir
wollen besonders etwas dazu geben“, das würde
ich für eigentümlich halten; ich wüßte auch
keine Stelle, wo das Geld ^{zur Bekämpfung} ~~angewendet~~ werden
sollte. Es ist abzuwarten, was der Expedition
zu schaffen möglich ist. Sie wissen, daß jedes-

mal,

mal, wenn eine Seuche in größeren Umfang aufgetreten ist, die deutsche ärztliche Wissenschaft mit zur Hilfe geeilt ist. Wir können sicher sein, daß vom Reiche das getan wird, was notwendig ist. Deshalb bin ich auch dafür, den Antrag abzulehnen, daß von uns aus für die Bekämpfung der Seuchen etwas Besonderes bewilligt wird.

6. Antrag T o s t m a n n , bei den Armenunter-
stützungen, Arbeitsverdienst und Reichsrenten
nicht mit ^{anz} einzurechnen.

Stadt. Frau G ü t z e : Der Antrag des Herrn
Tostmann lautet: "Die Stadtverordneten wollen
beschließen, daß den Armenunterstützungsempfän-
gern der Arbeitsverdienst, sowie die Alters- und
Invalidenrente nicht mit angerechnet wird." Wir
haben uns in der Finanzkommission über diesen
Antrag des längeren unterhalten und sind in der
Mehrheit zu der Ansicht gekommen, daß dieser An-
trag auf eine weitere Erhöhung der Armenunter-
stützung hinauslaufen würde, die aber nicht an-
nehmbar sein würde, weil die Armenunterstützungs-
sätze erst neulich erhöht worden sind. Wenn die
Alters- und Invalidenrente nicht angerechnet
würde, so würde das eine Ungerechtigkeit bedeuten
gegen diejenigen, die in ihren früheren Lebens-
verhältnissen nicht in der Lage gewesen sind, zu

kleben

kleben und die infolgedessen keine Alters- und Invalidenrente beziehen. Der Herr Oberbürgermeister hat neulich auseinandergesetzt, in welcher erheblichen Maße die Armenunterstützungen die Stadt belastet, und danach erscheint es ausgeschlossen, daß die Stadt eine weitere Erhöhung der Armenlasten ertragen kann. Die ~~Mehrheit~~ der Finanzkommission ist in ihrer Mehrheit zu dem Beschlusse gekommen, den Antrag Iostmann abzulehnen, und ich gebe Ihnen Namens der Kommission anheim, sich dem Beschlusse anzuschließen.

Es liegt nicht daran, die Armenunterstützung zu erhöhen, sondern es ist nur so hoch, daß die Armenunterstützungsbüro überhaupt nicht stehen kann, wenn die Geldkassen nicht in der Lage sind, die Ausgaben zu decken.

Ich habe in meiner Begründung in der vorigen Sitzung schon erwähnt, daß die Armenunterstützungsbüro in der Lage ist, die Ausgaben zu decken, wenn die Geldkassen in der Lage sind, die Ausgaben zu decken.

Stadtverordneter: Meine Damen und Herren! Es ist tatsächlich bedauerlich, daß die Finanzkommission meinen Antrag abgelehnt hat. Bei Behandlung des ^{vorigen} ~~vergetragenen~~ Punktes der Tagesordnung ist von allen Seiten hervorgehoben worden, daß in Deutschland und speziell in der Stadt Braunschweig die Not sehr groß ist, in erster Linie müßten wir für unsere Notleidenden sorgen. Wo jetzt aber ein Antrag gestellt worden ist, daß für die hiesigen Notleidenden gesorgt werden soll, besteht selbstverständlich keine Notlage mehr! Die Armenunterstützung ist ja so hoch, daß die Armenunterstützungsempfänger überhaupt nicht wissen, wo sie ihr Geld lassen sollen. (Zwischenruf: Munte: Das hat niemand gesagt!).

Ich habe in meiner Begründung in der vorigen letzten Stadtverordnetenversammlung schon ausgeführt, wie traurig es den Armenunterstützungsempfängern geht, speziell denen, die Alters- und

Invaliden-

Invalidenrente bekommen und die ^{darauf} ~~dafür~~ angewiesen sind, von diesen 70 - 80 K pro Monat zu leben. Die Wohnungen werden von Woche zu Woche teurer, der Hauswirt richtet sich nicht darnach, ob der Bewohner Alters- oder Invalidenrentner ist; er kann auch keine Ausnahmen machen, weil er selber Ausgaben für sein Haus hat. Wenn in letzter Zeit die Armenunterstützung etwas erhöht worden ist, so steht das nicht in Vergleich zu den Kosten, die heute jeder für seine Lebenshaltung hat. Besonders in diesen Tagen hat es sich wieder bemerkbar gemacht, wie die Preise der Lebensmittel von Tag zu Tag steigen und noch ganz enorm steigen werden. Allen Anschein nach werden in einigen Tagen sämtliche Lebensmittel und auch die anderen Waren um 50 % im Preise gestiegen sein. Nun frage ich, was soll aus diesen Leuten werden, die diese paar Mark in einem Monat als Unterstützung bekommen; sie sind ge-

zeugen,

zwungen, nebenbei noch etwas zu verdienen. Wenn dann ~~auch~~ noch dieser Verdienst bei der Armenunterstützung angerechnet wird, dann stehen sie fast auf demselben Standpunkt wie früher. Die Bedingungen, die über Gewährung von Armenunterstützung festgesetzt ist, besagen, daß einer Frau, die für die Unterhaltung ihrer Familie zu sorgen hat, ein Prozentsatz des Arbeitslohns in Abzug gebracht werden soll, nur die ersten 50 M sollen davon befreit sein. Bei den übrigen Bezügen von Armenunterstützung aber wird der ganze Arbeitsverdienst voll angerechnet. Es gibt sehr viele alte Frauen, die noch auf Wäsche gehen oder sonst kleine Arbeiten verrichten können. Es wird aber diesen Frauen und auch den alten Männern ihr kleiner Arbeitsverdienst voll zur Anrechnung gebracht, und so kann es kommen, daß wenn die Betreffenden monatlich 100 M verdienen, die ganze Armenunterstützung entzogen wird. Ähnlich ist es bei un-

seren

seren Invaliden- und Altersrentenempfängern.
Wenn sie 80 M Rente beziehen, werden 40 M davon
angerechnet und der Betreffende bekommt nur 60 M
Armenunterstützung, sodaß er nur 140 M monatlich
zu verzehren hat. Meine Herrschaften, Sie wissen
selber, was allein für Beschaffung von Nahrung
der Lebensunterhalt konstante kostet, ganz abge-
sehen davon, daß auch diese Leute Zeug anschaffen
und Miete bezahlen müssen. Ich bitte, dies
alles zu bedenken und meinen Antrag anzunehmen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Meine Damen und Herren! Ich kann es vollkommen begreifen, wenn jeder, der zur Frage der Besserung der Armenunterstützung Stellung nimmt, sich von wohlwollenden Erwägungen leiten läßt, aber dreierlei darf man dabei nicht außer acht lassen: Wenn ~~betrifft~~ ^{gilt} das Gesetz? Was ist notwendig? Und was liegt im Rahmen der städtischen Leistungsfähigkeit? Das Gesetz verpflichtet uns, den unentbehrlichen Lebensunterhalt zu leisten; notwendig ist dasjenige, was für diesen Lebensunterhalt unentbehrlich ist; die Leistungsfähigkeit unserer Stadtgemeinde ist den verehrten Herrschaften bekannt. Sie wissen, daß durch die Erhöhung der Armenunterstützungssätze, die vor wenigen Wochen von der geehrten Versammlung auf Antrag des Rates beschlossen worden ist, eine Mehrausgabe von 2/3 Millionen Mark uns auferlegt ist. Es würde meines Erachtens eine nicht zu rechtfertigende Ungleichmäßigkeit sein, wenn man denjenigen, die selbst nichts verdienen können und keine Rente

beziehen, auf diese Sätze verweisen wollte, aber den Begriff des *Notwendigen* und *Notentbehrlichen* bei denjenigen Personen, die noch Verdienst haben, nach ganz anderen Grundsätzen beurteilen sollte. Das ist nicht angängig, weil es gegen das Gesetz verstößt und weil es ein Widerspruch gegen die Billigkeitsgrundsätze bedeuten würde, die zu befolgen wir jedem einzelnen Armen, auch den *Ärmsten*, der keine Rente und keinen Arbeitsverdienst hat, schuldig sind. Ich glaube auch ~~darin~~ *darin* hinweisen zu sollen, daß wir bei Vertretung unserer Ansprüche gegenüber ansässigen Armenverbänden oder dem Landarmenverband nicht wohl fahren würde, wenn wir hier nur unser gutes Herz sprechen lassen. Die Armenunterstützung kann nicht beliebige Renten gewähren, sondern ist eine an die gesetzliche und an die Ausführungsvorschriften gebundene Organisation. Nun bitte ich Sie, sich zu vergegenwärtigen, daß

Wir

Über
wir ~~aus~~ diesen Rahmen hinaus den Empfängern der
Alters- und Invalidenrenten in richtiger Empfän-
dung entgegengekommen sind, in den nur ein Teil
der Renten angerechnet wird, ein Zugeständnis,
daß keineswegs allgemein gilt, ~~sondern~~ ^{nur} in Lande
Braunschweig noch in den anderen Städten. Herr
Tostmann nimmt uns ~~an~~ ^{an} den kleinen Finger und will
die ganze Hand nachziehen. Würden wir dem nach-
kommen, dann würden wir uns selbstverständlich
auch den Witwenrenten-Empfängern, deren Mann im
Kriege geblieben ist, ~~eben~~ ^{so} den Waisenrenten-
Empfängern gegenüber unter den gleichen & Voraus-
setzungen ähnlich verhalten müssen. Ebenso
würde es mit dem Krankengelde, mit den Zuschüssen,
die in zahlreichen Fällen von Angehörigen - Söh-
nen, Töchtern usw. - ~~gewährt wird~~ ^{erhalten} gehalten werden
müssen. Ich glaube, man braucht nur diesen Ge-
dankengänge in ihrer Folgerichtigkeit, oder viel-
mehr in ihrer Folgeunrichtigkeit auszudenken,

dann

dann wird man sagen: Das kann der Stadt nicht
auch durchaus nicht, daß dieser Antrag der Stadt
zugunsten werden. Ich bin der geehrten Versamm-
lung dankbar, daß sie in der Zeit, als ich auf
Urlaub war, die Erhöhung der Armenunterstützung
in der beantragten Weise anstandslos bewilligt
~~hat~~^{aber} würde es für einen verhängnisvollen Mißgriff
halten, wenn Sie über diese Regelung hinausgingen.

Bestimmungen, es bleibt die Not bestehen, diese el-
ternsichende Frau mit zwei Kindern bekommt monat-
lich 180,-M, sie soll die damit durchgezogene
Miete, Heizung und Beleuchtung von dem Betrage der
Lohns abgezogen werden. Wenn diese Frau
etwas verdient, geht der Miete, der Heizung
und der Beleuchtung ab. Wenn sie monatlich noch 150,-M,
so werden ihr 75,-M von der Armenunterstützung ab-
gezogen, dann muß sie mit 105,-M bei zwei Kindern
auskommen versuchen. Daß das hinterher noch nicht
reicht, wissen wir alle, und deshalb ging mein Antrag
aus, die Unterstützung in voller Höhe zu gewähren.

Stadtv. N 8 1 1 : Meine Damen und Herren! Ich freue mich durchaus nicht, daß dieser Antrag des Herrn Testmann von der Kommission abgelehnt worden ist, und trotz der Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg kann ich nicht umhin, meine Ausführungen bei Gelegenheit der Etatberatung nochmals zur Erwägung zu stellen. Sehen Sie doch die Sache, wie sie tatsächlich liegt; bleibt es bei den jetzigen Bestimmungen, so bleibt die Not bestehen. Eine alleinstehende Frau mit zwei Kindern bekommt monatlich 180,-M, wie soll sie damit durchkommen; wenn Miete, Heizung und Beleuchtung von dem Betrage bezahlt sind, bleibt ihr nichts übrig. Wenn diese Frau noch etwas verdient, geht zur Wäsche, zum Hausputz oder ähnlichem und erhält monatlich noch 150,-M, so werden ihr 75,-M von der Armenunterstützung abgezogen. Dann muß sie mit 255,-M bei zwei Kindern auszukommen versuchen. Daß das hinten und vorn nicht reicht, wissen wir alle, und deshalb ging mein Antrag dahin, die Unterstützung in voller Höhe zu gewähren,

auch

auch wenn die Unterstützungsberechtigten nebenbei etwas verdienten. Die Unterstützungsgesuche werden alle geprüft und es wird kein Mensch eine Unterstützung gewähren, wenn der Verdienst einer solchen Person 500 - 600 M im Monat beträgt. Alle diejenigen, die heute kein besonders hohes Einkommen haben, müssen heute arbeiten, auch manche der früheren Rentner und auch die ^{die} Armenunterstützung empfangen. ^{Man wird} ~~Wir werden~~ den Arbeitsverdienst voll anrechnen, dann werden die Leute sagen: „Warum sollen wir arbeiten, es wird uns ja doch die Hälfte davon wieder abgenommen.“ Wer 150,- M monatlich verdient und deswegen ^{muss} 75,- M Armenunterstützung bekommt, der hat in Wirklichkeit mit seiner Arbeit nur 75,- M verdient und ^{wird} ~~werden~~ sagen: „Für die 75,- M tue ich ^{lieber} ~~aber~~ gar nichts.“ Statt die Menschen zur Arbeit zu erziehen, bewirken wir mit diesen Abzügen das Gegenteil. Ich habe damals schon gesagt, wir bezahlten damit eine Prämie auf die Faulheit, und in gewisser Beziehung ist es wirklich so. Wenn wir sozial sein wollen, dann ist es nötig,

das

daß wir den Antrag Tostmann unterstützen und dadurch mit dafür sorgen, daß die Leute bekommen, was sie brauchen.

Stadtrat von Frankenberg: Dasjenige, was Herr Tostmann an unserer Regelung billigte, daß den Frauen, die Ernährerin einer Familie sind, ein bestimmter Betrag angerechnet wird, hat sich der Zustimmung des Herrn Vorredners nicht erfreut. Gegen diesen Punkt richtet er seine Angriffe und steht somit im Widerspruch zu Herrn Tostmann. Ich vermag nicht einzusehen, wie er sich aus diesem Widerspruch herausfinden will. Der Fall der Frau, die Ernährerin von zwei Kindern ist, ist bereits geregelt, und darauf bezieht sich der Antrag des Herrn Tostmann nicht, sondern auf den Fall, daß jemand allein steht und noch Verdienst hat. Ich glaube also, wenn Herr Nöll sich die Sache überlegt, wird er entweder einen selbständigen Antrag stellen müssen, obgleich die Versammlung die Angelegenheit erst kürzlich geregelt hat, oder er wird es sich überlegen müssen, ob er dem Antrag des Herrn Tostmann zustimmen will. Ich hielt es für meine Pflicht, ihn darüber aufzuklären, daß sie beide an verschiedenen Stangen ziehen.

Stadt-

Stadtv.L e h n e r t: Wer in der Armenpflege mit den Armen zusammenkommt, die gezwungen sind monatlich mehrmals die wenigen Pfennige zu holen, die ihnen aus der Armenpflege zugebilligt sind, der weiß ein Lied davon zu singen, wie es den Armen geht. Auch ich habe Einblick darin bekommen, wie kras die Verhältnisse sind, weil ich mit Herrn Tostmann zusammen arbeite, der Bezirksvorsteher in Armenwesen ist. Wenn Sie sehen würden, wie tagtäglich die Kinder kommen, weil sie erst die halbe Monatsunterstützung bekommen haben, weil sie nicht einmal soviel mehr haben, um sich ein Pfund Kartoffeln kaufen zu können, dann würden Sie auch sagen, daß es berechtigt ist, wenn wir dem Antrage Tostmann zustimmen. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen hat, daß es einen Gegensatz oder Unterschied geben würde zwischen solchen, die Invaliden- oder Altersrente bekommen und gegenüber denen, die diese nicht beziehen, so muß man doch sagen, daß die ersteren das ihnen Aufgegebene zu dieser sozialen Gesetzgebung geleistet

stet haben und daß sie damit das Recht^{der Lohnempfänger} errungen haben,, die Renten zu erhalten, während die anderen, die nichts bezahlt haben, von meinem Standpunkt aus nicht das Recht haben, etwas zu verlangen. Wo einer Pflichten hat, muß er später auch einmal Rechte haben. Seit 1891 ist die Alters- und Invalidengesetzgebung in Kraft, und wenn man nun bedenkt, daß jemand während dieser Zeit 28 - 30 Karten vollgeklebt hat und nun in die Lage kommt, Armenunterstützung anzunehmen, so wäre es ungerecht, wenn man ihm als Äquivalent für seine Leistungen jetzt gesagt würde: „Weil du mit dazu beigetragen hast, die Sozialgesetzgebung und die soziale Fürsorge aufrecht zu erhalten, darum wirst du jetzt gestraft, indem für dich die Armenunterstützung nur ^{zu} zwischen einem Teil ausbezahlt ^{nicht} ~~werden~~.“ Ob dies dem christlichen Standpunkt entspricht, das möchte ich dahingestellt sein lassen, aber dafür möchte ich eintreten, daß der Antrag des Herrn Tostmann angenommen wird. Übrigens ist die Anregung, die Armenunterstützung zu erhöhen, nicht in

Rate

Rate entsprungen, sondern die Neuregelung entspricht einer Anregung ^{des Herrn Graf.} ~~des Herrn Graf.~~, nachher erst kam der Rat mit einer Vorlage, weil es zu eigenartig ausgesehen hätte, daß man einem Antrage von sozialdemokratischer Seite mit vollen Segeln zugestimmt hätte. Es scheint, als ob der alte Geist von Albert Nieß noch lebte, der sich dahin geäußert hat: „Alles was von der Sozialdemokratie kommt, lege ich unbesehen zur Seite.“ Über den Herren ist die Weltgeschichte längst zur Tagesordnung übergegangen, und ähnlich so wird es auch Herrn Stadtrat von Frankenberg ergehen. Daß man gerecht urteilt, ist in der heutigen Zeit dringend not, und deshalb sage ich: Wer sich Rechte erworben hat durch seine Beiträge zu der Alters- und Invalidenversicherung, der kann sie auch für sich in Anspruch nehmen. Ich bitte, dem Antrage des Herrn Tostmann zuzustimmen..

Stadtver-

Stadtv. M A d g e: Meine Damen und Herren! Ganz leidenschaftslos möchte ich zu dieser Angelegenheit sagen, daß die klaren Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg doch eigentlich für jeden ^{Stuhl} ~~dem~~ überzeugend sein müßten. Es geht aus ihnen doch hervor, welche gesetzliche Grundlagen unsere Armenunterstützung überhaupt hat, daß nämlich durch die Armenunterstützung nur das gewährt werden kann, was zum Lebensunterhalt absolut notwendig ist. (Unruhe und Zwischenrufe) Zum Lebensunterhalt gehört natürlich auch Beschaffung von Kleidung und Wohnung. Über diese gesetzliche Grundlage müssen wir uns klar sein. Wenn jemand, der an sich in einer Notlage sich befindet, von irgend einer Seite Einnahmen hat und mögen sie auch noch so klein sein, dann ist es selbstverständlich, daß er im ganzen zu seinem Lebensunterhalt doch nicht mehr gebraucht oder notwendig hat, wie ein anderer, der keine andere Einnahmequelle hat. (Zuruf: Das ist aber eine schöne Logik!) Das Minimum des Notwendigen ist für jeden an

und

und für sich das Gleiche, und das muß durch die Armenunterstützung gewährt werden. So habe ich Herrn von Frankenberg verstanden, und ich kann nur bestätigen, daß sich das nach der gesetzlichen Grundlage so verhält. Danach kann man mit Recht nicht das bewilligen, was Herr Tostmann wünscht, Ich persönlich würde es selbstverständlich gern bewilligen, (Zuruf: So bewilligen Sie es doch!), aber ich sage mir: Das würde der gesetzlichen Grundlage widersprechen. Wenn man nun ernsthaft der Meinung ist, daß die Unterstützung, die wir in Braunschweig haben, nicht ausreicht (Zuruf: Das haben wir schon lange eingesehen!), wenn man erkannt hat, mit 80 - 90 M. ~~ist~~ es augenblicklich unmöglich zu leben, - und ich bin der Überzeugung, daß wir noch nicht auf dem schlimmsten Punkt angekommen sind, es wird alles noch teurer werden und was heute als Ausgabe für das Notdürftigste ausreicht, das reicht in 4 Wochen nicht mehr - dann muß man einfach sagen: „Die Unterstützung genügt nicht, es muß als Minimum das und

das

das bewilligt werden." (Zuruf: Stellen Sie doch einen Antrag!) Ich muß zugeben, daß ich persönlich nicht weiß, welcher äußerste Mindestsatz heute das Existenzminimum darstellt, aber jeder einzelne von Ihnen kann überzeugt sein, daß ich in dem Falle, daß der Nachweis geführt wird, das und das ist heute das Existenzminimum, sich ganz bestimmt dafür aussprechen würde, daß ein solcher Satz als Armenunterstützung gewährt wird. Warum soll dann aber irgend jemand hinter diesem Minimum zurückstehen? Entweder die Armenunterstützung reicht - wenn auch nur notdürftig - aus oder die Unterstützung ist unzureichend, und dann mag gesagt werden, wieviel notwendig ist. Was notwendig ist, muß von der Stadt geleistet werden.

Stadtv.

Stadtv. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren!
Ich bin mit den eben gehörten Ausführungen des
Herrn Stadtverordneten Dr. Röpke zum Teil sehr
einverstanden; was er will, will ich auch. Im allge-
meinen ist es so, daß diejenigen Herrschaften, die
gegen den Antrag Tostmann sind, leider nicht wissen,
wie es den Armen geht, die gezwungen sind dieses
Almosen der Armenunterstützung entgegenzunehmen.
Die meisten der Herrschaften betrachten die Armen-
unterstützung als eine große Wohltat, die den Armen
erwiesen wird, und sind der Ansicht, die Armen müßten
dankbar dafür sein, daß sie überhaupt etwas bekom-
men. Wir stehen auf dem Standpunkt: So gut der Beam-
te, der, solange es seine Kräfte zulassen, für die
Stadt gearbeitet hat, seine Pension bekommt und da-
mit im Stande ist, einen ruhigen Lebensabend zu
genießen, ebenso muß auch die menschliche Gesell-
schaft dafür sorgen, daß auch der ~~Ärmste~~ Arme, der
sein Leben lang geschuftet hat, seinen auskömmlichen
Unterhalt hat, wenn er nicht mehr arbeiten kann. Be-

trachten

Betrachten Sie sich dagegen unsere Unterstützungs-
sätze. Es ist geradezu ein Hohn auf das Wort „Sozial“,
wenn man hört, daß trotz der eben zugenommenen Er-
höhung, nur 100,-M monatlich pro Person bewilligt
werden und für jede weitere Person nur 40,-M. Man
faßt sich an den Kopf, daß man hierbei den Mut hat,
zu sagen: „Das ist eine soziale Einrichtung“ und
„die Stadt tut ^{sich} ~~etwas~~ für die Armen. Was mit diesen
Beträgen in der heutigen Zeit anzufangen, das wissen
wir alle, und besonders die Frauen. Als Existenzmini-
mum für eine einzelne Person sind, wenn ich nicht
irre, 12000,-M oder 15000,-M für ^{ist} ~~Verheiratete~~ fest-
gesetzt - nicht von Reich ^{wegen}, sondern bei irgend
einer Gelegenheit. Was bedeutet das eine Summe von
100,-M monatlich für die Armen; ^{das ist ein} ~~das sind nur~~ Bettel-
^{zu fügen} ~~renten~~, aber von der Gewährung eines Existenzminimum
kann dabei keine Rede sein. Die Empfänger solcher
Armenunterstützung ^{und Mutter} ~~verelenden~~ und gehen langsam
zugrunde. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt,
das Gesetz lasse nicht mehr zu, so ist das eine un-

unerhörte Stellungnahme, und ebenso unerhört ist es, daß man den Armen von ihrem armseligen Verdienst, den sie mit Anstrengung aller ihrer Kräfte erwerben, noch etwas abzieht. Sie durchwühlen den Müll, suchen Lumpen und Knochen, arbeiten als Waschfrauen, tragen Zeitungen aus und unterliegen oftmals der Arbeit, da sie nicht mehr so arbeiten können, wie sie wollen. Von diesem elenden Verdienst wird den Leuten noch etwas abgezogen. Wenn ^{nur} das ^{Allernötigste} ~~Existenzminimum~~ gewährt werden sollte, dann müßten mindestens 500 M im Monat für die einzelnen Personen nicht angerechnet werden, sondern daneben die Armenunterstützung und die Renten voll ausbezahlt werden.

Es ist in der Kommissionssitzung zu dem Antrage des Herrn Tostmann gesagt, man könne das nicht schematisieren, die Armenpflege würde schon das Nötige tun. Es soll sogar eine Sitzung einberufen werden und den Armenpflegerinnen dort ^{zu} empfohlen werden, das gute Herz walten zu lassen. Das ist gar nichts; es ~~aus mindestens morgen~~ geschaffen werden.

müssen bestimmte Normen

Die

Die Bestimmung, daß der Arbeitsverdienst bis zu 50,- M nicht angerechnet werden soll, wohl aber der über 50,-M, muß beseitigt werden. Ich möchte einen Vorschlag machen, den jeder annehmen kann und muß, der gewillt ist, das, was Herr Stadtverordneter Mäde sagte, einigermäßen zur Durchführung zu bringen. Er lautet:

"Vom Arbeitsverdienst kommen nicht ^{zur} Anrechnung: der Betrag beträgt

Für alleinstehende 250,-M monatlich,
es für jedes fernere Mitglied der Haushaltung 100,-M." ^{ist} nicht arbeiten kann.

Das ist noch furchbar wenig, aber es ^{ist} doch eine bestimmte Norm den Armenpflegerinnen gegeben. Wenn bei solchen Personen, die Ausgestellten haben oder sonst nebenbei ^{Arbeit} verdienen, von dem ~~Arbeits-~~ ^{Fürsorge-}Verdienst $\frac{3}{4}$ angerechnet werden, dann ist das noch weitgehend genug. Ich bitte Sie meinen Antrag anzunehmen..

*Für die oben genannten
Betreffende übertragende*

Stadtv.

Stadtv. M a r t h: Der Antrag des Herrn Tostmann ist sehr gut gemeint, und wir wissen ja auch alle, daß die Sätze, die heute gezahlt werden, nicht ausreichen, um leben zu können. Es müßte also in dieser Sache etwas getan werden, aber für den Antrag des Herrn Tostmann kann ich mich doch nicht ~~erheben~~^{erheben}, denn er bedeutet eine Ungerechtigkeit verschiedenen Armen gegenüber. Man muß bedenken, ^{nach} daß ~~auch~~ diesem Antrage jemand, der Renten bezieht oder noch eine Arbeit ausführen kann, besser gestellt sein würde als derjenige, der ohne Renten dasteht, oder der als Krüppel nicht arbeiten kann. Dagegen könnte ich wohl nicht für den Antrag des Herrn Stegmann entscheiden, daß man den Betrag erhöht, der nicht angerechnet werden soll. Das Existenzminimum aber muß allen gewährt werden. Es geht nicht so, daß man den einen bedeutend besser stellt gegenüber dem andern, der sich nicht mehr bewegen kann. Wir müssen jeden Armen als Versorgungsberechtigten betrachten und ihm geben was er unbedingt nötig hat.

hat. Daß das nötig ist, davon ist wohl jeder hier im Saale überzeugt. Bei den heutigen Preisen sind die Armen Armen, besonders wer Frau und Kinder hat und sie unterhalten muß, zu-Arbeiten zum Arbeiten gezwungen. Deshalb möchte ich den Antrag Stegmann wohl unterstützen, aber den Antrag des Herrn Tostmann, wie er gestellt ist, würde ich ablehnen. Dafür stelle ich einen anderen Antrag, daß es im allgemeinen einer Prüfung unterzogen werden müge, ob die Armenrenten ausreichen, und wenn sich herausstellt, daß das nicht der Fall ist, dann müssen sie erhöht werden.

Stadtv.

Stadtv. Kl. 1 1 : Herr Stadtrat von Frankenberg hat einen Gegensatz zwischen meinen Ausführungen und denen des Herrn Tostmann herausgefunden. Das trifft nicht zu. Herr Tostmann behandelt dasselbe, was ich behandelt habe, nur hat er es noch ausgedehnt auf die Alters- und Invalidenrente. Im übrigen kann ich mich den Ausführungen der Herren Marth und Stegmann anschließen. Wenn das Statut bestehen bleiben soll, dann muß der nichtanrechnungsfähige Verdienst höher gesetzt werden, und weiter möchte auch ich bitten, den Rat der Stadt zu ersuchen, der Frage näher zu treten, ob die heutigen Armenunterstützungssätze den Verhältnissen entsprechen, sowie den Rat zu bitten, eine Vorlage über ^{neue} Festsetzung der Sätze auszuarbeiten.

Stadtrat

Stadtrat von Frankenberg: Eine derartige Vorlage kann ich unmöglich in Aussicht stellen. Gelegenheit zu Anträgen über Festsetzung der Unterstützungssätze ist in den vorigen Monaten gegeben gewesen, nun sind Sie in Übereinstimmung mit uns zu den Beschlüssen gekommen, nach denen jetzt verfahren wird. Frau Graf als Stadtverordnete und Mitglied der Armandirektion ist es gewesen, die den von Herrn Möll jetzt lebhaft bekämpften Gedanken der Nichtanrechnung des Arbeitsverdienst^{es} bei den Frauen, die Ernährer ihrer Familie sind, eifrig vertreten hat. Auch Herr Tostmann stimmte damals dieser Angelegenheit vollständig zu, auch war mit Frau Graf, den Mitgliedern der Armandirektion und den Armenbezirksvorsteh^{ern} in diesem Punkt ein erfreuliches Einverständnis festgestellt. Es ist kaum 4 Wochen her, daß die Herrschaften dem zugestimmt haben, und vom 1. September ab sollten die neuen Bestimmungen in Kraft treten. Danach ist verfahren worden. Es kann nicht dem Rat zum Vorwurf gemacht

werden.

werden, daß er den Anregungen der Frau Graf und anderen schätzenswerten Anregungen gefolgt ist. Wenn Herr Lehnert ^{sich} auch ereifert, wie unsozial es wäre, daß die Alters- und Invalidenrenten den Leuten gewissermaßen zur Strafe - der Ausdruck wurde leider gebraucht - zur Hälfte angerechnet werden, so will ich darauf hinweisen, daß in vielen Städten diese Anrechnung voll erfolgt. Andere wieder sind so verfahren wie wir. Für die Anrechnung spricht, daß die Hälfte der Beiträge für die Alters- und Invalidenversicherung nicht von den Beteiligten Arbeitnehmern sondern von Seiten der Arbeitgeber bezahlt ^{wird} werden, während die Versicherten für die Unfallrenten keinen Betrag zahlen, und deshalb werden diese letzteren auch voll angerechnet bei denen, die zu $\frac{2}{3}$ erwerbsunfähig sind. Das sind ja aber Grundsätze, über die wir uns schon öfter unterhalten haben. Es erscheint also nicht gerechtfertigt, dem Räte heute Vorwürfe zu machen, daß er in dieser Weise verfahren ist. Es freut mich, daß Herr

Nädge

Nähe sich mit uns in Bezug darauf die rechtliche Seite der Sache in Übereinstimmung befindet, und ich darf noch darauf hinweisen, daß in anderen Städten dieselben Grundsätze maßgebend sind. Stets wird darüber gestritten werden, wie weit man den Armen entgegenkommen soll; wenn man aber einmal eine bindende Grundlage schafft und Unterstützungssätze aufstellt, dann soll man vermeiden, mit zweierlei Maß zu messen, und die Anträge Tostmann und Möll wünschen ein solches zweierlei Maß. Herr Möll spricht sogar von einer Prämie auf die Faulheit - gerade das Gegenteil ist richtig, denn die Unterstützten stehen sich, wenn sie arbeiten, weit besser, als ihre bequeme Nachbarn, die die Hand in den Schoß legt, und darin liegt ein Ansporn zur Arbeitsamkeit. Das haben wir uns stets vergegenwärtigt und werden es auch in Zukunft tun.

Stadt. Dr. J a s p e r : Die Aussprache hat sich zundchst weniger mit dem eigentlichen Antrage beschuftigt. Es schien so, als ob der Antrag gestellt ware, die Armensatze neu zu regeln; aber das bezweckt der Antrag Iostmann ja garnicht, sondern er will: es darf nicht angerechnet werden jeglicher Arbeitsverdienst und die Rente, die ein Unterstutzender bezieht. ^{hier} ~~Über~~ die Höhe der Armensatze laßt sich vielleicht streiten, aber ich halte es nicht für richtig, heute die bestehenden Satze über den Haufen zu werfen, nachdem man vor vier Wochen, wo die Aussprache darüber angemessen gewesen wäre, sich über die Satze geeinigt hat. Ein solches Vorgehen wäre nicht richtig, wenn nicht zwischendurch solche Ereignisse eingetreten sind, die den neulichen Beschluß als ungerechtfertigt erscheinen lassen. Dieser Beschluß ist nicht von heute auf morgen gefaßt worden, sondern sorgsam vorbereitet durch

diejenigen,

diejenigen, die der Armenpflege am nächsten stehen: durch die Bezirksvorsteher, die Arrendirektion, den Rat der Stadt und uns. Ich irre mich wohl nicht, wenn ich sage, daß von Ihrer Seite auch nicht von Frau Graf aus eine derartige Kritik, wie sie heute geübt wird, angestellt worden ist. Auch Herr Möll hat keinen Antrag auf Erhöhung des Armengeldes gestellt. Sie müssen doch den Inhalt ihrer Anträge unterscheiden können und nicht alles in einen Topf werfen. Hier handelt es sich darum: Soll Armenunterstützung voll gewährt werden ohne Berücksichtigung des Arbeitsverdienstes. So, wie der Antrag des Herrn Tostmann lautet, ist er schlichtweg unannehmbar. Es soll darnach jeder Anspruch auf Armenunterstützung haben, auch wenn er arbeitet. Wenn Armut im gewöhnlichen Sinne vorliegt, ist es ^{für sie} ~~Zwang~~ jeder Stadt, dasjenige zu geben, was notwendig ist, wie schon Herr Stadt-

rat

rat von Frankenberg und Herr Stadtoerordneter Mädge aneinandergesetzt haben. Es ist also nicht eine Gnade, sondern ein Recht, um daß es sich hier handelt. Daß jedermann Anspruch auf Arkenunterstützung hat, wollte der Herr Antragsteller auch nicht vertreten, sondern sein Antrag zielt darauf ab, es solle gelegentlicher Arbeitsverdienst nicht angerechnet werden, wenn z.B. der Unterstützungsempfänger mit Sohnsrucken handelt, beim Abladen hilft oder einen Tag lang gelegentlich arbeitet. Ich glaube, die meisten Arvenpfleger und Bezirksvorsteher sind so einsichtig, daß sie derartigen Gelegenheitsverdienst nicht mit anrechnen, zumal wird er ~~ihm~~^{...} nicht einmal zur Kenntnis kommen, im übrigen hat auch Herr Stadtrat von Frankenberg mitgeteilt - und ich will es wiederholen - , daß, wenn es etwa in dem einen oder anderen Bezirk angerechnet sei, bei der Besprechung in dem Bezirke ausdrücklich

darauf

darauf hingewiesen werden möchte, daß etwas weit
herziger mit derartigen kleinen Gelegenheitsver-
dienstⁿ verfahren werden soll. Sobald wir aber
weitergehen, ist die Schranke zerlos geworden.
~~Während~~ ^{Obwohl} die finanzielle Frage wie können wir
übersehen, noch ist es sachlich gerechtfertigt,
daß jeder, der Arbeitsverdienst hat, noch Arzen-
unterstützung bekommt, und doch heißt es allge-
mein in den Anträge, daß Arbeitsverdienst nicht
angerechnet anzurechnen ist, und ebenso soll Rente
schlechthin nicht angerechnet werden. Herr Leh-
nert begründet das damit, daß er sagt: die Renten-
empfänger haben zu ihrer Rente sehr erheblich durch
Kleben beigetragen. Auch zu den andern Ertrög-
nissen, die unsere Mitbürger haben, haben sie
nicht unerheblich beigetragen: sie haben sich
~~zurück~~ ^{zurück} Groschen zurück gelegt, sind vielleicht
Kleinrentner, und wir wissen, wie es ihnen heute
zum guten Teil geht. Mit der Hoffnung: sie
Motivierung
haben

haben durch ihre Rücklagen sich dieses kleine ^{Aufschlag} Einkommen geschaffen", würde man dazu kommen, zu sagen: ~~Das~~ darf nicht angerechnet werden, und zwar in diesen Falle ganz, denn es ist allein ihr Gespartes, ohne Zuschüsse des Reiches und der Unternehmer. Wenn man diesen Grundsatz ^{Aufschlag} durchführen wollte, so würde das ad absurdum führen, zu etwas Unannehmbaren. Es kann also der Antrag Tostmann in der vorliegenden Fassung nicht angenommen werden. Wohl aber können wir auf Grund der veränderten Umstände in eine Prüfung eintreten, ob die Sätze von vor vier Wochen heute noch richtig sind - wir könnten sehr wohl heute andere ^{Aus-} ~~so~~ schlußsätze für richtig halten.

Der Antrag Stegmann geht nicht als Ergänzung des Antrages Tostmann vor; er sagt: ^{nicht/} ~~Storn~~ ist derjenige, der 250 M im Monat aus irgend einer Quelle hat. Bisher lautete der Satz 100 M, und es fragt sich, ob wir diesen Satz vier Wochen

nach

nach seiner Aufstellung wegen der Veränderung der
Verhältnisse noch für gerechtfertigt halten. Ich
möchte die Vornahme der Änderung ohne die sach-
kundige Beratung der Armenpfleger nicht für rich-
tig halten. Es mag teurer geworden sein, aber daß
die Teuerung auf daß 2 1/2 fache gestiegen sei,
daß wage ich zu bezweifeln. (Oh!) In diesen 4
Wochen?

Stadtv. Frau G ö t z e : Die Aussprache hat für mich zu ganz demselben Ergebnis geführt, wie es Herr Stadtverordneter Jasper angeführt hat. (Zuruf Lehnert: Das mußten wir schon lange!) Es handelt sich nicht mehr um den Antrag Testmann, sondern darum, daß wir den Ausschluß ~~erhöhen~~ erhöhen. Wenn der mit den heutigen Verhältnissen nicht mehr stimmt, dann muß in der Armendirektion darüber verhandelt werden, ob ein Mensch damit leben kann oder nicht. Die Annahme dieses Antrages des Herrn Testmann führt zu großer Ungerechtigkeit, das habe er schon in der Finanzkommission hervorgehoben. Es ist ausgeschlossen, daß wir Invalidenrente und Arbeitsverdienst den einen nicht anrechnen, wohl aber den andern. Es bliebe unter Umständen also nichts anderes übrig, als die Höhe des Existenzminimums zu ändern. - Außerdem möchte ich den Herren, die da sagen, jeder Mensch habe Anrecht auf Armenunterstützung, antworten: Er hat nur

dann

dann Anrecht darauf - der Wortlaut des Gesetzes ist mir natürlich nicht genau im Kopfe -, wenn er nicht im Stande ist, durch eigene Arbeit oder durch vorhandenes Eigentum seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Nicht nur in Braunschweig, sondern überall wird die Sache so gehandhabt, daß, wenn bei einem Menschen noch Arbeitskräfte oder andere Existenzquellen vorhanden sind, die Armenunterstützung nur als Ergänzung auftritt. Das sollte eigentlich uns allen sympathisch sein, denn jeder Mensch muß so viel Würde in sich haben, daß er, wenn er arbeiten kann, auch arbeiten will. Ich weiß nicht, ob Herr Hill in der Arnenpflege tätig ist, aber dort hat uns diese Frage schon oft beschäftigt. Das Problem der Anrechnung der Arbeit haben schon manche Soziologen zu lösen versucht und ist mit Schlagworten, wie Prämie auf die Faulheit, nicht im Hundundrehen zu erledigen, sondern

werden

~~wird~~ werden uns noch weiter beschäftigen müssen. Auf die Weise ist es nicht einfach zu ~~bestimmen~~, ^{schließen} ~~bestimmen~~, ^{daß} wir sagen: Wir wollen dies alles nicht mit anrechnen. Übertragen sie diese Maßnahme doch einmal auf Fälle, wie sie in der Wirklichkeit vorkommen, wie wir es in der Finanzkommission schon getan haben. Da soll eine Frau, die für Kinder zu sorgen hat, nicht auf Arbeit ^{zu} ~~gehen~~ gehen können und keine Invalidenrente usw. bekommt, mit diesen Sätzen fertig werden, während andere, die in der Beziehung frei gewesen sind und Renten bekommen, deswegen ein besseres Leben führen können? Das ~~ist~~ wäre eine Ungerechtigkeit im höchsten Grade.

Herr Stöckert von Frankenberg darauf aufmerksam, daß die gesetzlichen und rechtlichen Vorschriften nicht überschritten dürfen, mindestens diese durch Anwendungsermittlung nicht beeinträchtigt werden, die den Existenzminimum haben. Da, das Existenzminimum ist doch über 100 M nicht abgehen.

Ende

Stadtv. T o s t n a n n: Meine Damen und Herren ! Der Antrag, den ich gestellt habe, kann doch nur so gedeutet werden, daß den tatsächlichen Armenunterstützungsempfängern der Arbeitsverdienst nicht mit angerechnet werden soll. Wir müßten ja Idioten sein, wenn wir anders vorgingen - dann könnte ja auch der Herr Oberbürgermeister kommen und sagen: Auch ich will Armenunterstützung haben ! Wer den Antrag so auffaßt, den kann ich nicht begreifen. Im Ausschuß habe ich zum Ausdruck gebracht, wie ich mir die Wirkung des Antrages gedacht habe. Selbstverständlich sollen nur die in Betracht kommen, die neben ihrer Armenunterstützung etwas zuverdienen. Nun macht Herr Stadtrat von Frankenberg darauf aufmerksam, daß wir die gesetzlichen und rechtlichen Vorschriften nicht übertreten dürfen, mindestens dürfen ~~denen~~ Armenunterstützung nicht beilligt werden, die das Existenzminimum haben. Ja, das Existenzminimum ist doch aber mit 100 M nicht abgetan.

Herr

Wer die Einkäufe für den Haushalt besorgt, der wird konstatieren können, was heute ein Haushalt kostet, und darnach kann er wissen, was jeder heutzutage an Geld unbedingt nötig hat, ohne sich Zeug anschaffen zu können. Es brauchen keine großen Untersuchungen vorgenommen zu werden, ob 100 M monatlich als Existenzminimum hinreichen oder nicht; das kann leicht festgestellt werden. -

Herr Mante, bitte erzählen Sie sich nachher mit Ihrem Nachbar etwas. Ich finde es nicht schön, wenn die Stadtverordneten hierher kommen und sich etwas erzählen, wenn sie mit den Anregungen von der Gegenseite nicht einverstanden sind. Bitte, gehen Sie zum Erzählen draußen hin, dort wird es vielleicht schöner gehen und besser aussehen.

Der Vorsitzende bittet um Aufmerksamkeit und auch, die Zwischenrufe einzuschränken.

Stadtp.

AB Stadtv. T o s t m a n n (fortfahrend): Es wurde gesagt, daß diejenigen, die Invaliden- und Altersrenten beziehen, bei völliger Nichtanrechnung derselben sich besser stehen würden als die übrigen. Es ist doch aber festgestellt, daß die Armenunterstützung zum Lebensunterhalt nicht hinreicht. Wenn es Armenrentenempfängern möglich ist, noch etwas zuzuverdienen und sich damit besser zu stellen, so soll man das diesen Leuten gönnen und nicht sagen: Weil Du noch etwas zuverdienst, wird Dir die Armenunterstützung gekürzt. In solchen Fällen könnte ich es keinem verdenken, wenn er dann sagte: „Es fällt mir nicht mehr ein, noch etwas zuzuverdienen. Ich hole alle Monat meine Armenunterstützung und setze mich ruhig zu Hause hin, dann kann ich mich bedeutend billiger einrichten.“ Es arbeiten alle doch nur, um ihre Existenz besser zu gestalten.

Herr Mädge führt aus, daß er in dem Falle, daß festgestellt würde, daß das Existenzminimum höher

höher ist als 100 M, unbedingt dafür sein würde,
daß die Armenunterstützung erhöht wird. Diese
Gelegenheit werden wir ihm geben, wenn der heutige
Antrag abgelehnt wird, und werden sehen, was er
dann sagen wird. Wir werden mit bei denjenigen
sein, die mit Herrn Dr. Jasper sagen, daß das
Existenzminimum höher gesetzt werden muß. Das
wir zu dem dann geltenden Minimum 100 M zuziehen
müssen. Schreiben wir also in die Beschlüsse:
„Jeder hat das Minimum von der Stadt zu be-
ziehen“, dann gibt es keinen Streit mehr darüber,
wer um Grunde berechtigt ist und wer nicht.

Stadt. H e s s e n i u s: Meine Damen und Herren! Ich glaube, diese ganze Debatte hätten wir nicht gehabt, wenn wir keine festen Sätze gehabt hätten, sondern einfach feststand: Jeder hat das zum Leben Notwendige zu bekommen. Bei den jetzigen fortwährend steigenden Preisen können wir vielleicht in vier Wochen wieder dazu, daß wir zu den dann geltenden Sätzen 100 M. zulegen müssen. Schreiben wir also in die Bestimmungen: „Jeder hat das Notwendige von der Stadt zu beziehen“, dann gibt es keinen Streit mehr darüber, wer zum Bezuge berechtigt ist und wer nicht.

Unsere Sätze stellen keine Forderung dar, aber doch eine Regel, nach der die verschiedenen Leute in den 26 Familien arbeiten können. Wenn Sie die Grundätze des Herrn Hesse nicht annehmen, dann haben Sie, da die Menschen alle verschiedenen sind, ein Durcheinander, das ich nicht verstehen könnte.

Stadtrat von Frankenberg: Vor diesem Vorschla-
ge des Herrn Hesselius möchte ich denn doch war-
nen; so einfach ist die Sache nicht. ^{Man mußte} ~~Ich möchte~~
~~dann~~ die 320 verschiedenen Arznenpfleger auf Draht zie-
hen, die nach diesen Grundsätzen einheitlich
verfahren ^{fallten!} ~~würden~~. Ich bin dankbar für jede Anregung des Herrn Hesselius oder der anderen Herrschaften, aber mit diesem Vorschlage können wir beim besten Willen nichts anfangen. Wir haben absichtlich feste Grundsätze aufgestellt, und die Bezirksvorsteher und Arznenpfleger sind uns dafür dankbar, sie wünschen eine Richtschnur und Bindung. Unsere Sätze stellen keine Fesselung dar, aber doch eine Regel, nach der die verschiedenen Leute in den 26 Bezirken arbeiten können. Wenn Sie die Grundsätze des Herrn Hesselius annehmen, dann haben Sie, da die Menschen alle verschieden sind, ein Durcheinander, das ich nicht vertragen könnte.

Stadtv. M ä d g e : Wenn hier von verschiedenen Seiten, besonders von Herrn Stadtrat von Frankenberg darauf hingewiesen ist, daß die Unterstützungsfraße erst vor einem Monat geregelt ist, so möchte ich demgegenüber darauf hinweisen, daß wir gerade in dieser Zeit einen katastrophalen Sturz unserer Markwährung erlebt haben. Daraus ist ohne weiteres zu erkennen, um wieviel weniger unser Geldwert ^{geringer} geworden ist. Wenn vor einem Monat das bewilligt worden ist, was zum Leben unbedingt nötig ist, so wird man sich zu der Überzeugung durchringen müssen, daß der bewilligte Satz heute für das Notdürftige nicht ausreicht. Ich werde selbstverständlich dafür sein, daß das Notwendige und Notdürftige bewilligt wird, wenn ein dahingehender Antrag gestellt wird. Ich kann nicht recht verstehen, wie von Seiten des Herrn Postmann unterstellt werden kann, daß ich irgend welche Ansreden gebrauchen würde. Es liegt mir nichts ferner als das. Was ich sage, das verrete ich

ich auch, und ich versahre mich ganz entschieden gegen eine derartige Unterstellung, daß ich Ausreden gebrauchen wolle. Daß selbstverständlich auch bei der Armenunterstützung eine Grenze in der Leistungsfähigkeit der Stadt liegt, das bedarf keiner Ausführungen. Das wird einem Stadtverordneten wie Herrn Tostmann auch klar sein, daß es nicht möglich ist, als Richtschnur allein das hinzunehmen, was man bewilligen möchte, sondern daß man selbstverständlich mit berücksichtigen muß, ob die Möglichkeit für die Stadt vorliegt, solche Bewilligungen aufzubringen. Gerade deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß eine Heufestsetzung der Unterstützungssätze stattfinden muß, wenn die heutigen Summen nicht ausreichen, kann ich mich nicht dazu entschließen, einen Antrage zuzustimmen, der eine mir unbillig scheinende Ungleichförmigkeit in diese Kreise hineinträgt, während zum Leben zugebilligt werden muß, was unbedingt nötig ist. Wenn Sie wissen, daß die heutigen Sätze nicht ausreichen - und gerade die Herren,

die

die in der Armenpflege tätig sind, müssen darüber
urteilen können - , dann sorgen Sie dafür, daß
die Sache neu geregelt wird. Ich kenne die Armen-
pflege nicht so genau wie Herr Lehnert oder ande-
re Herren, die darin tätig sind. Deshalb kann
nicht von mir aus ein Antrag formuliert werden,
sondern er muß unter allen Umständen von der
Seite ausgehen, die in erster Linie als ~~Sicher-~~
~~ständige bezeichnet werden müssen~~ / ~~verantwortlich~~ ist.

Stadt. S t e g m a n n: Ich wundere mich darüber, daß ^{man} ~~er~~ meint, da die Arzensätze vor vier Wochen erhöht worden sind, könnte das nicht jetzt schon wieder geschehen. Der damalige Beschluß in der Stadtverordnetenversammlung ist nur dadurch zustande gekommen, daß in der Sitzung schnell abgestimmt wurde und dadurch der Antrag des Herrn Hill nicht mehr zum Zuge kommen konnte. Nur dadurch ist dieser Antrag des Herrn Postmann veranlaßt. Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß die Arzensätze in ganzen erhöht werden und wollte mit meinem Antrage nur den Mißstand beseitigen, daß schon von ⁵⁰ ~~100~~ M an der Arbeitsverdienst zur Anrechnung kommt. Ich bin durchaus der Meinung, daß in eine Neuregelung der Armenunterstützungssätze eingetreten werden müsse und möchte das zum Antrag erheben - ich brauche ihn wohl nicht schriftlich einzureichen. Ich bitte auch, diese Neuregelung schnellstens vorzunehmen. Es ist nicht

nicht so, wie von einigen Seiten gesagt ist, sondern es ist tatsächlich in diesen vier Wochen eine wesentliche Änderung in den Preisen eingetreten. Sprunghaft sind die meisten Preise für Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände, Schuhreparaturen, neues Schuhwerk usw. in die Höhe gegangen, und Tag für Tag geht es damit weiter. Das Bürgertum, das Geld hat, kauft die Läden leer, weil man befürchtet und Sachverständige versichern, daß die Inflation in erheblicher Weise weitergehen wird, sodaß im nächsten Frühjahr die Preise der meisten Sachen noch um 100% gestiegen sind. Deshalb muß man sagen, daß keine Möglichkeit gegeben ist, daß die jetzige Armenunterstützung noch genügen kann. Ich bitte also, meine Anregung als Antrag zu behandeln.

Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg darauf verwiesen hat, daß die Arbeiter nur die Hälfte der Beiträge zu den Alters- und Invalidenrenten

be-

bezahlen und zu den Unfallrenten überhaupt nichts, so liegt die Sache doch in Wirklichkeit so, daß der andere Teil auch nicht von den Arbeitgebern gezahlt wird, sondern daß die Löhne der Arbeiter um den Betrag, den die Beiträge für sie ausmachen würden, an Arbeitslöhne von den Unternehmern gekürzt wird; es ist also eine indirekte Zahlung seitens des Arbeiters.

Frau Götzte empört sich darüber, wenn nicht jeder arbeitet, der arbeiten kann, und daß diejenigen, denen ihr Arbeitsverdienst von der Armenunterstützung abgezogen wird, sagen könnten, er würde mit arbeiten aufhören; die Mürde erfordere es, daß jeder arbeite. Darüber ist leicht reden. Wie viele würden gern arbeiten, aber sie können es nicht, weil sie zu alt oder zu schwach sind. Wer nimmt sie denn zur Arbeit an? Gibt es nicht genug kräftige junge Leute, als man einstellen kann. Sobald ein Arbeiter in die 40er Jahre kommt, wird er in vielen Betrieben nicht mehr angenommen. Wer das Unglück hat, als Arbeiter 50-60

Jahre

Jahre alt zu werden, ist zu bedauern, daß er noch
am Leben ist, denn Arbeit bekommt er nicht mehr
und ist gezwungen von Bettelrenten und Armenun-
terstützung zu leben. Deshalb muß die Unterstüt-
zung so eingerichtet werden, daß damit ein Exi-
stenzminimum gegeben ist. Wenn ausgeführt wurde,
es sei eine Ungerechtigkeit gegenüber den Krüp-
peln oder denen, die keine Renten bekommen, wenn
die anderen mehr bekommen, dann sollte man doch
dafür, daß alle so gestellt sind, daß sie nicht
elend verhungern müssen. Wenn Herr Dr. Jasper
Anwalt ^{darüber für}, dann könnten auch die kleinen Rentner,
die ein geringes Kapital haben und durch die
Geldentwertung in großer Notlage sich befinden,
auch kommen und Armenunterstützung fordern.
Selbstverständlich ist es so, daß derjenige, der
keine wesentliche Arbeit mehr leisten kann und
sonst keine wesentlichen Einkünfte hat, Unter-
stützung bekommen muß, auch wenn er Kleinrentner
ist. Darüber kann es gar keine ^{Abmangelungsfrage} geben. In

Übri-

Übrigen wundere ich mich nicht, daß Herr Stadtrat von Frankenberg alle Mienen springen läßt, um zu verhüten, daß in dieser Sache eine Änderung eintritt, und ich nehme es ihm in gewisser Weise auch nicht übel, denn er ist der Ratsdegrement, der das dafür sorgen soll, daß die Mittel für das städtische Gemeinwesen aufgebracht werden, ^{die Aufgabe aber,} und dadurch, daß er seit langer Zeit in Dienste des Armenwesens steht, ^{T hat} ~~hat~~ wohl seine edleren Gefühle für die Armen etwas abgestumpft. (Heiterkeit. Zuruf des Stadtrats von Frankenberg: Bitte sehr!) Wenn Sie bedenken, wie sehr die Beuten geschrien haben um Aufbesserung ihrer Bezüge, dann kann ich wohl auch an Sie appellieren, daß Sie den Anträge Postmann und seinen Anträge zustimmen, damit die angeführten Mängel beseitigt werden und überhaupt eine Erhöhung der Arzessätze vorgenommen wird.

T hat an das Amt gerichtet ist,

V o r s i t z e n d e r : Ich habe mitzutheilen,
daß von Herrn Dr. Jasper folgender Antrag einge-
gangen ist:

„Ich beantrage, unverzüglich eine Nachprüfung
der Arzengelder und Ausschlußsätze vorzunehmen
und die Arzendeputation mit der vorläufigen Neu-
regelung zu betrauen.“

Ich lese diesen Antrag noch mit deshalb vor,
weil er vielleicht den noch angemeldeten Rednern
Veranlassung gibt, auf ihre Ausführungen heute
zu verzichten.

(Stadtpr. Harth verzichtet auf das Wort)

Stadtv. L e h n e r t: Ich gehöre mit zu den 320, die inbetriffe der Arznpflege von Herrn Stadtrat von Frankenberg auf Brühl gezogen werden sollen, möchte aber doch wohl dabei eine schlechte Karikatur abgeben. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß ich hier als Mensch zu handeln habe, menschlich zu erwessen und über das Juristische hinwegzugehen habe. Leider habe ich als Arznpfleger die Erfahrung machen müssen, daß in den Fällen, wo der Unterstützungsempfänger einen Invalidengelder bekommen hat und wir glaubten, wir könnten das unberücksichtigt lassen, von dem Bezirksvorsteher uns mitgeteilt wurde: „Sie haben das im nächsten Monat einzubehalten.“ Bei den Juristen muß alles genau bis zum Tüpfelchen über den i innegehalten werden. Sie sagen manchmal: Ich muß allerdings dafür plädieren, aber aus deinem Herzen darfst du keine Mördergrube machen, sonst geht der Klient zu einem andern hin und dein Verdienst wird kleiner. Man hat erklärt, die Arbeitgeber hätten genau so viel zu den

Bei-

Beiträgen für die Renten zugezahlt wie die Arbeitnehmer. Aber die Hand- und Kopfarbeiter sind es doch, die das meiste dazu beitragen, daß Werte geschaffen werden, und aus den Mehrwerten, die die Arbeiter geschaffen haben, zahlen die Arbeitgeber die Beiträge, sonst wäre es ihnen nicht möglich.

So weltfremd ist doch Herr Dr. Jasper nicht, daß er die zunehmende Teuerung in der letzten Zeit nicht gemerkt hätte. Oder hat er keine Zeit gehabt in die Läden hineinzusehen und zu merken, wie in diesen vier Wochen die Preise für Butter, ^{Schmalz,} Speck, Wurst usw. gestiegen sind? Oder ob er einen billigen Schuster hat, der ihm die Stiefel umsonst beschlitt, weil es der Herr Dr. Jasper ist? Auch diejenigen, die einigermaßen mit dem Kurse unserer Mark Bescheid wissen, haben Kenntnis davon, in welchem großen Umfange die Mark in den letzten Wochen entwertet worden ist. Wenn wir vor vier Wochen die Mark mit 9 Pfg. zu bewerten hatten,

so haben hat sie heute kaum noch einen Wert von 2 Pfg. Das sollte doch auch an Herrn Dr. Jasper nicht spurlos vorübergegangen sein; er hätte doch den Kursbericht sich einmal ansehen müssen. Wenn man behauptet will, innerhalb der letzten vier Wochen habe sich in den Preisen und den Wert des Geldes keine Veränderung gezeigt, dann hat man in dieser Zeit Blindenkuh gespielt.

Stadto.Br. J a s p e r: Ich glaube, wir reden aneinander vorbei, und auf die geschmacklosen Ausdrücklichkeiten des Herrn Lehnert nicht einzulassen, dafür danke ich. Ich habe lediglich gesagt, daß ich bezweifle, daß die zum Leben notwendigen Ausgaben in den letzten vier Wochen um das $2\frac{1}{2}$ fache gestiegen seien. Herr Lehnert hat z.B. an Schmalz erinnert; das ist von 13 K auf 18 K gestiegen.

*(Widerpruch und Zwischenrufe gegen die
für den Redner selbst erwachte!)*

In ganzen ging die Aussprache weniger um den Antrag Tostmann. Die Grundsätze der Armenverwaltung zu ändern, dazu werden wir in der Stadt Braunschweig kaum in der Lage sein. Was wir können, ist: im Rahmen der bestehenden Gesetze uns den Verhältnissen anzupassen. Ich habe nicht verkannt, daß gewisse Veränderungen seit dem Beschlusse über die Höhe der Armenunterstützungssätze

sätze eingetreten sind, doch davon redet der Antrag gar nicht, sondern er redet von der sonstigen Ausgestaltung der Grundsätze der Armenpflege. Weil nun die Änderung in der Preislage der notwendigen Lebensbedürfnisse allgemein anerkannt wird, deshalb erscheint es mir angemessen, daß eine Nachprüfung, die vielleicht die Arrendirektion uns von selbst hätte vorschlagen können, von uns angeregt wird, und zwar möglichst bald. Herr Kollege Stegmann war so freundlich, auf dieselbe Notwendigkeit hinzuweisen. Wir werden praktisch richtiger gehen, wenn wir so vorgehen, als wenn wir einige Sätze herausgreifen, die doch auch erst durch die berufenen Stellen werden vorbereitet werden müssen.

Ein weiteres Ergebnis unserer Aussprache scheint mir zu sein, daß unser bisheriges Verfahren vielleicht nicht ganz geeignet ist, den sich überstürzenden wirtschaftlichen Veränderungen nachzukommen, und deshalb ist mein Antrag zweitens darauf

darauf gerichtet, eine andere Form zu finden, um den Armen eher das zu geben, was ihnen werden muß, und das ist der Weg der sogenannten Notverordnung: eine erteilte Vollmacht an eine Deputation, in der beide städtische Körperschaften vertreten sind. Ich halte die Armendeputation an sich für die berufene Stelle dazu, möchte aber das endgültige Bestimmungsrecht unserer Versammlung nicht ausgeschaltet wissen und deshalb die Vollmacht als eine vorläufige ansehen. Damit ist eine schnelle und sachkundige Erledigung gesichert, und wir behalten das Heft in der Hand. Wenn man den Antrag trotzdem mit zur Prüfung hinübernehmen will, dann kann auch eine Nachprüfung der ganzen Grundsätze in der Deputation stattfinden.

Stadt v. F a v: Es entspricht meiner Überzeugung,
daß unseren Armen geholfen werden muß, und deshalb
würde ich dem Antrage Tostmann zugestimmt haben,
wenn ich nicht ^{noch der} in den letzten Ausführungen des
Herrn Tostmann ^{in dem Antrage selbst} eine Ungerechtigkeit erblicken
würde gegenüber den Ärzten der Armen zugunsten
derjenigen Armenunterstützungsempfänger, die
noch arbeitstätig sind, deren Verdienstmöglich-
keit die Armenpfleger nicht genau kontrollieren
können und die eine ungerechte Konkurrenz für
die ^{Ärzte} darstellt, die keine Nebeneinkünfte
haben. Deswegen erscheint mir der Antrag des
Herrn Stegmann sympathisch. Nun ist aber gesagt
worden, daß bei der Festsetzung des Höchstsatzes
des freigegebenen Arbeitsverdienstes die heutige
Teuerungswelle berücksichtigt werden solle, ^{nur} daß
das, was heute gelten soll, vielleicht in vier
Wochen nicht mehr Geltung haben kann. Läßt sich
da nicht der Ausweg finden, daß man jedesmal die
^{Preis} Kreis-Index-Ziffer der Bestimmungen der Höhe

zu-

frühe festzulegende Forderung

zugrunde legt. Dem ~~heutigen Bestimmung~~ würde man
dann die heutige Indexziffer zugrunde legen, und bei dem
Steigen der Ziffer würde ~~nach~~ ein entsprechender
Zuschlag ^{berechnung} ~~genommen~~. Dahingehend möchte ich den An-
trag des Herrn Stegmann erweitern. ~~er würde vorschlagen,~~
~~mindestens zu berücksichtigen, ob für eine neue~~
~~Vorlage entsprechende Gründe vorliegen, worauf hat~~
~~Herr Stegmann seinen Antrag nicht begründet, das~~
~~die Staatsgarantie erhöht werden soll. Deshalb will der~~
~~Antrag Passat. Der Antrag Passat lautet sich~~
~~auf die Satzung, die vorschlägt zur Zuerkennung von~~
~~nach dieser Anzahlung sollte durch den Antrag~~
~~Passat getroffen werden, indem die Anzahlung~~
~~erhöht werden sollte. Ich glaube deshalb, dass die Abstim-~~
~~mung der Satzung dadurch erleichtert werden könnte,~~
~~dass die übrigen Satzen auf ihrer Forderung begründet~~
~~das Antragsgesetz vorschreiben. Auch das ist nicht~~
~~schwierig, es müsste die der Abstimung der Satzen~~
~~entsprechende Anzahlung sein.~~

V o r s i t z e n d e r : Bei der Abstimmung haben wir zu berücksichtigen den Antrag Tostmann (s.S. 70.) den Antrag Stegmann (s.S. 90.) und den Antrag Jasper (s.S. 116.) . Die Aussprache hat ergeben, daß eine Nachprüfung notwendig erscheint, mindestens um festzustellen, ob für eine neue Vorlage dringende Gründe vorliegen, deshalb hat Herr Stegmann seinen Antrag dahin erweitert, daß die Arzengelder erhöht werden. ^(s.S. 112) Dasselbe will der Antrag Jasper. Der Antrag Tostmann bezieht sich auf die Sätze, die zurzeit zur Anrechnung kommen, auch diese Ausschußsätze sollen durch den Antrag Jasper getroffen werden, indem sie nachgeprüft werden sollen. Ich glaube deshalb, daß die Abstimmung am besten dadurch erledigt werden könnte, daß die übrigen Herren auf ihren Antrag zugunsten des Antrages Jasper verzichten. Wenn sie das nicht wollen, so müßten wir zur Abstimmung über die einzelnen Anträge schreiten.

Stadt v. S t e g m a n n: Ich bin mit dem An-
trage Jasper einverstanden; das schließt aber ~~n~~
nicht aus, daß ich meinen Antrag aufrecht erhalte.
Ich bin noch mit in die Überprüfung hinein-
gezogen worden.

Stadtv.Dr. J a s p e r: (Zur Abstimmung)
Der Antrag Tostmann ist vorberaten und kann
verabschiedet werden. Den Antrag Stegmann möchte
ich als neuen mit in die Nachprüfung hinein-
zugeben bitten. •

Für den Antrag Postmann stimmen 13 Stadtverordnete, dagegen 19.

Der Antrag Jasper wird nahezu einstimmig angenommen.

Die in der Anlage 1 des Beschlusses des Ausschusses für die Angelegenheiten der Presse vom 1. März 1934 enthaltene Liste der in der Reichspressegesetzgebung vorgesehenen Verordnungen ist dem Reichsminister des Innern zur Ausführung zugewiesen worden. Die Ausführung der in der Anlage 1 des Beschlusses des Ausschusses für die Angelegenheiten der Presse vom 1. März 1934 enthaltene Liste der in der Reichspressegesetzgebung vorgesehenen Verordnungen ist dem Reichsminister des Innern zur Ausführung zugewiesen worden.

For the purpose of the investigation, the
fact that the defendant's statement was
given to the defendant, and the fact that the
defendant's statement was given to the defendant
is not sufficient to establish the fact that the
defendant's statement was given to the defendant.

Als der Vorsitzende im Begriff ist, über den Antrag Stegmann abstimmen zu lassen, erbittet Herr Stadtv. Dr. Jasper das Wort. Ist der Stadt mit Übersetzung wird. Dann werden wir sowohl zu den Stadtv. Dr. J a s p e r: Ich glaube, der Antrag ist gegenstandslos, nachdem die Nachprüfung der Deputation zugewiesen ist, denn der Antrag behandelt die Ausschlußsätze, die ja durch die Deputation neu geregelt werden soll.

V o r s i t z e n d e r: Ein Unterschied ist noch da. In dem Antrage Stegmann sind bestimmte Sätze genannt, während Ihr Antrag volle Freiheit läßt.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich würde sehr gern sehen, wenn der Antrag Stegmann, wie er gestellt ist, den Rat der Stadt mit überwiesen wird. Dann werden wir sowohl zu dem Antrage Jasper, den ich mit ~~großer~~ Freude begrüße, wie auch zu dem Antrage Stegmann die Araendirektion hören und mit dem Rat zu diesen Anträgen Stellung nehmen.

Stadt. S t e g m a n n berichtet auf die
Abstimmung und der Vorsitzende überweist die
Anträge der Finanzkommission. Der Herr über-
sichts werden sollte, um darüber als der Angelegen-
heiten zu verhandeln. Jetzt sei der Antrag
der Finanzkommission überlassen werden. Das ist
gibt es, nicht im Sinne der Herrn Dr. Jäger,
sondern es würde besser sein, damit die Sache
unverzüglich erledigt werde, wenn gleich der Rat
die Sache behält. Ich habe mich deshalb bereits
erklärt, die Sache in Rat zu behalten.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Vorschlag des Herrn Dr. Jasper ging dahin, daß diese Angelegenheit dem Rat der Stadt überwiesen werden möchte, um darüber mit der Arrendeputation zu verhandeln. Jetzt ist der Antrag der Finanzkommission überwiesen worden. Das liegt, glaube ich, nicht im Sinne des Herrn Dr. Jasper, sondern es würde besser sein, damit die Sache unverzüglich weiter kommt, wenn gleich der Rat die Sache bekommt. Ich habe mich deshalb bereit erklärt, die Sache im Rat zu behandeln.

Stadto. Dr. J a p e r : Meine Auffassung war, daß sofort die Armendeputation handeln soll und die Sache einer vorläufigen Regelung unterzieht, und das Ergebnis ihrer Beratungen uns zur endgültigen Beschlußfassung vorliegt.

entschiedener Auffassung. Das ist erforderlich. Handelt es sich für die Stadt, solange die nicht steten ^{Einwirkung} ~~Einwirkung~~ ^{Einwirkung} ~~Einwirkung~~ haben, um jeden Tag an ganz erhebliche Verluste.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r (zur Tagesordnung): Da heute eine allgemeine ~~Ver-
sammlung~~ ^{Meeting} vorhanden zu sein scheint, lange Reden zu halten, so möchte ich zur Eröf-
nung stellen, ob wir jetzt nicht erst zur Beratung der Wert-
zunachsteuer übergehen. Wie ich erfahren habe, handelt es sich für die Stadt, solange wir nicht diesen ^{Salz} ~~Staat~~ erledigt haben, an jedem Tage um ganz erhebliche Verluste.

Nachdem Herr Stadtv. Dr. R o p e k o
vorgeschlagen hat, wenigstens die Begründung
für die beiden schon längere Zeit zurückgestell-
ten Anträge zu hören, und

Herr Stadtv. L e h n e r t für die Anre-
gung des Herrn Oberbürgermeisters gesprochen
hat („Wer damit Bescheid weiß, hat auch Kenntnis
davon, daß die Stadt täglich um Tausende be-
troffen wird.“)

entscheidet sich die Versammlung für
sofortige Beratung des Entwurfs für die Ab-
änderung der Wertzuwachssteuer.

- 133 1/2 -

Herr Stadtv. S t e g m a n n übernimmt
den V e r s i t z .

7. Abänderung des Wertzuwachssteuerstatuts

(Nr. 64 vom 12. Dezember 1918).

Stadtv. F r e d e : Meine Herrschaften !
Zunächst einen kleinen Überblick über den Werdegang der Zuwachssteuer in der Stadt Braunschweig, der nicht nur den Wert einer geschichtlichen Erinnerung haben soll, sondern auch das Ziel verfolgen soll, zu zeigen, wie die Sachlage augenblicklich im Reiche ist und welche Auffassungen in anderen Staaten über die Wertzuwachssteuer herrschen.

Die Wertzuwachssteuer ist in der Stadt Braunschweig im Jahre 1806 zur Einführung gekommen. Im Jahre 1911 hat das Reich ein Wertzuwachssteuergesetz erlassen und eine wesentliche Bestimmung desselben war folgende :
Bei einem Besitzwechsel dürfen ^{an} bis zu 30 % des Wertzuwachses besteuert werden. In den

Steuer-

Steuerbetrag, der dadurch aufkommt, teilen sich Reich, Einzelstaat und Gemeinde. Das Reich nimmt 50 %, der Einzelstaat 10 % und die Gemeinde 40 %. Im Jahre 1913 hat das Reich auf seinen Anteil verzichtet, und zwar aus Anlaß der Einführung der Besitzwechselsteuer. Bei der Besitzwechselsteuer wurde der Wertzuwachs jeder Art von Vermögen getroffen, also sowohl Kapitalvermögen, wie Betriebsvermögen und auch das Vermögen d in Grundbesitz. Das Reich sagte: Eine doppelte Besteuerung des Wertzuwachses im Grundbesitz vorzunehmen, liegt kein Anlaß vor. Der Staat Braunschweig hatte im Jahre 1913 ebenfalls auf seinen Anteil verzichtet, und die Stadt Braunschweig hat auch ungefähr von der Zeit ab keine Wertzuwachssteuer mehr erhoben. Durch die Notlage, in welche die Stadtgemeinden während des Krieges kamen, wurde auch die Stadt Braunschweig genötigt,

1918

1918 wieder eine Wertzuwachsteuerordnung aufzustellen. Diese unterschied sich von der früheren dadurch, daß erheblich höhere Sätze zur Einführung kamen - auf das Reichsgesetz nahm man dabei keine Rücksicht mehr. Es wurde, mit 4 % anfangend, eine Besteuerung des Wertzuwachses bis zu 40 % erhoben. Dem seßhaften Grundbesitze hat man in 7 Jahre 1918 Vergünstigungen gewährt, die bei der heutigen Vorlage wesentlich eingeschränkt sind. Nachdem sich die Finanzlage der Stadt verschlimmert hatte, hat Herr Dr. Jasper gelegentlich der Statberatung in diesem Jahre den Antrag gestellt, die Wertzuwachssteuer wesentlich zu verschärfen, und der Rat wurde aufgefordert, eine dahingehende Vorlage zu machen. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich diesem Antrage angeschlossen und das Ergebnis davon ist die heutige Vorlage, die zu neuen Sätzen führen

sc11

sc11.

Der neue Satzungsentwurf hat dem Finanz-
ausschuß zur Vorberatung vorgelegen, und ich
habe dabei als Berichterstatter von vornherein
darauf aufmerksam gemacht, daß ein deutscher
Staat (Preußen) in eine besondere Lage gekommen
ist dadurch, daß sein oberster Verwaltungsge-
richtshof daraufhin erkannt hat, daß das Reichs-
gesetz von 1911 über die Wertzuwachssteuer
~~nicht~~ noch zu Recht besteht und deshalb eine
Überschreitung einer Besteuerung von insgesamt
30 % - wie es damals das Reichsgesetz bestimmt
hatte - nicht statthaft sei. Die Zuwachs-
steuerordnung der Stadt Berlin sieht eine
Höchstbesteuerung von insgesamt 55 % vor, wie
das auch in unserer Vorlage der Fall ist. Die
Stadt Berlin behält 50 % , und 10 % von dem
Steuerbetrage werden an den Staat abgeführt.
Ich habe gefragt : Wenn dieses die Rechtslage

ist

ist, ist es dann nicht angebracht, sich zunächst zu vergewissern, ob auch für die Stadt Braunschweig eine solche Entscheidung zu erwarten ist, denn dann könnte man sich die Beratung des neuen Statuts ersparen. Der Anschluß ist der Meinung gewesen, daß dieser Umstand vorläufig als unbeachtlich angesehen werden soll und man in die Beratung des Entwurfs eintreten solle. Das haben wir getan, und bei der Generalversammlung wird die Versammlung Gelegenheit haben, nachzuprüfen, ob der angegebene Standpunkt zu billigen ist.

Bei der Beratung des Statuts in der Finanzkommission habe ich im allgemeinen darauf hinweisen müssen, daß die Tendenz, die man früher hatte, den spekulativen Verkauf von Grundstücken, bebauten und unbebauten, besonders zu treffen und den selbsten Besitz zu schonen, nicht mehr so aufrecht erhalten ist

wie

wie früher. Ich habe das bedauert, denn neben der Finanzlage der Stadt ist sicher auch ein Grund zu der gegenwärtigen Vorlage, daß in dieser Zeit massenhafte Hauskäufe gezeitigt werden, ja daß die Verkäufe sich in kurzer Zeit mehrfach wiederholen, und da muß man sich sagen, es hätte diesem Umstand gegenüber der seßhafte Hausbesitz dadurch ausgezeichnet werden müssen, daß die früheren Vergünstigungen bestehen blieben. Das ist nicht geschehen, und bei den einzelnen diesbezüglichen Punkten werde ich noch einmal darauf hinweisen.

Wir können nun wohl gleich zur Beratung der einzelnen Paragraphen übergehen; es empfiehlt sich das mehr, als daß im allgemeinen über die Sache geredet wird.

Auf Anfrage des V o r s i t z e n d e n
beschließt die Versammlung von einer General-
debatte Abstand zu nehmen.

wenn man die letzte Stelle nicht, kann man das
nicht als erwünscht betrachten.

Die Verhältnisse gegenüber den früher-
ren Status und neue Einrichtungen aus der Kommi-
sion gegenüber der Ratverordnungen werde ich
herausheben.

In Nr. 1 sind keine Veränderungen
angebracht.

In Nr. 2 ist eine Veränderung hinsichtlich zu
verzeichnen als in der Vorlage gesagt wird.

Die aus demselben Preise (Kaufpreis)
sind auch derjenige Vorteil mitgerechnet,
welcher dem Verkaufer dadurch entsteht, daß
der Käufer (Käufer) vorzugsweise die
Verkaufserlöse ganz oder teilweise ver-
braucht.

Stadtv. F r e d e : Es wäre nicht unangebracht, die Mitglieder der Versammlung zu bitten, wirklich eine Versammlung zu bilden - wenn man die leeren Stühle sieht, kann man das nicht als erfreulich bezeichnen.

Die Verschiedenheiten gegenüber dem früheren Statut und neue Einfügungen aus der Kommission gegenüber den Ratsvorschlägen werde ich hervorheben.

In § 1, Nr. 1 sind keine Veränderungen eingetreten.

In Nr. 2 ist eine Veränderung insofern zu verzeichnen, als in der Vorlage gesagt wird :

„Zu dem vereinbarten Preise (Kaufpreis) wird auch derjenige Vorteil mitgerechnet, welcher dem Verkäufer dadurch entsteht, daß der Erwerber (Ersteher) vertragsmäßig die Wertzuwachssteuer ganz oder teilweise übernimmt.“

Dazu

Dazu haben wir in der Kommission einen Zusatz gemacht. Um zu vermeiden, daß die Sache eine Form annimmt, daß man kein Ende sehen kann, soll ausgesprochen werden, daß die Hinzurechnung nur einmal geschieht. Wir haben den Rat ersucht, das in eine Fassung zu bringen. Herr Stadtrat von Frankenberg hat sie mir vorhin mitgeteilt, sie lautet : „Der Kaufpreis wird bei der Berechnung in diesem Falle einmalig um den Betrag erhöht, den der Veräußerer an Zuwachssteuer hätte zahlen müssen, wenn er diese vom Kaufpreise entrichtet haben würde.“ Auf Tauschgeschäfte ist dieser Grundsatz sinngemäß anzuwenden.“

Weiter bitte ich um Streichung von ein paar Worten ebenfalls in § 2, Ziffer 1 (im Entwurf auf Seite 2 in der 3. und folgenden Zeilen). Es heißt da: „Ein Kupon von Zinsen wegen oder auf Grund einer Schenkung oder“

Druck

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Ich darf mich den Ausführungen des Herrn Bericht-
erstatters anschließen und bitte nur namens des
Rats noch zwei unbedeutende, bei Nr.1 des
Paragraphen 1 einzuschaltende kleine Verände-
rungen vortragen zu dürfen, die ich mir schon
erlaubte dem Herrn Berichterstatter mitzutei-
len, die er aber in der Hitze des Gefechts
vorzutragen versäumt hat.

In der 8. Zeile bitte ich das Wort
„gegenwärtigen“ zwischen „höheren“ und „Ver-
äußerungswert“ zu streichen. Es ist selbst-
verständlich, daß nur der gegenwärtige Ver-
äußerungswert gemeint sein kann.

Weiter bitte ich um Streichung von ein-
paar Worten ebenfalls in § 1, Ziffer 1 (im
Entwurf auf Seite 2 in der 3. und folgenden
Zeile). Es heißt da: „Ein Erwerb von Todes-
wegen oder auf Grund einer Schenkung unter

Lebenden

Lebenden im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (Reichsgesetzblatt Seite 654) bleibt von der Steuer frei. Der Rat hält es für zweckmäßig, wenn die Worte „Im Sinne des Reichserbschaftssteuergesetzes vom 3. Juni 1906 (Reichsgesetzblatt Seite 654)“ gestrichen werden, und zwar aus dem Grunde, weil das genannte Gesetz durch das neue Reichsgesetz überholt ist und jeden Augenblick weiter überholt werden kann.

Ich darf wegen der von Herrn Bericht-
erstatter schon mitgeteilten Ergänzung - die
sich auf den Fall bezieht, wo der Verkäufer es
fertiggebracht hat, seinen Käufer zu bewegen,
die Wertzuwachssteuer zu übernehmen - darauf
hinweisen, daß es sich hier um einen wichtigen
Umstand handelt. Ich habe in der Kommission
den Fall vorgetragen, wo bei einem Verkaufe der
Veräußerer nur zu der Wertzuwachssteuer heran-

gezogen war, die sich bei einem weit geringeren Verkaufspreise ergibt. Dies lag daran, daß die Summe für das bewegliche Inventar auffällig hoch war. Gegen solche „Schiebungen“ muß man sich unbedingt wehren. Auch die Abwälzung der Wertzuwachssteuer auf den Käufer verschiebt das Bild.

Das, was der Verkäufer durch eine solche Vertragsbestimmung an Wertzuwachssteuer für seinen Teil ersparen würde, soll den Kaufpreise zugerechnet werden. Dadurch wird ein gerechter Ausgleich geschaffen, aber man kann diese Hinzuzählung rechnerisch nur ein einziges Mal vornehmen, weil sonst eine Schraube ohne Ende entsteht.

Stadtva. Dr. J a s p e r : Ich bin einverstanden mit der vom Rat beantragten, durch den Herrn Berichterstatter mitgeteilten Änderung. Es würde eine unendliche Reihe geben, wenn immer das Ersparte zugerechnet werden müßte, und es ist zweckmäßig, in der angegebenen Weise zu verfahren. Wir haben dies im Ausschuß einmütig beschlossen und lediglich die Fassung war nicht sogleich zu finden.

Hinsichtlich der beiden anderen Anträge kann ich dem einen nicht ohne weiteres zustimmen. Dem Antrage auf Streichung der Bezugnahme auf das Reichsgesetz vom 3. Juni 1906 stimme ich zu. Dieses Gesetz ist überholt, und es ist sachgemäß nur auf einen Erwerb von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden Bezug zu nehmen. Die Absicht aber, die bei Streichung des Wortes „gegenwärtigen“ vorliegt, ist mir nicht ganz klar.

Ich

Ich nehme an, daß der Veräußerungswert immer ein "gegenwärtiger" sein soll, wenn er es nicht sein soll, so muß etwas dahinter stecken, aber ich sehe nicht, was. Ich werde also mißtrauisch, und da ich nicht einsehe, was bezweckt wird, und keinen Zweifel habe, daß bisher bei der alten Fassung Unzuträglichkeiten nicht entstanden sind, möchte ich wissen, weshalb man diese Fassung ändern will.

Kraft tritt. Das ist allgemeiner Grundsatz. Wenn Sie nicht wollen, daß "gegenwärtig" diesen Tag des Inkrafttretens des Gesetzes bezeichnet, sondern einen Tag, der vielleicht weit in der Zukunft liegt, dann ist der Ausdruck "gegenwärtig" nicht richtig. Wie wir wissen, wissen wir ganz genau, daß das eine Seite nicht ist. Das ist die andere Seite, die bei den juristischen Kauf-geheimnissen, aber das ist dann nicht mehr

die Frage, Oberbürgermeister Re t e m e y e r :
was dahinter steckt, kann ich beantworten; es
steckt der Oberbürgermeister dahinter. Ich
habe schon bei dem früheren ~~Statut~~ *Verkauf* gegen diese
Fassung meine Bedenken gehabt. Wenn da ge-
sprochen wird von dem höheren, gegenwärtigen
Veräußerungswert, dann kann man das dahin aus-
legen : Es ist der gegenwärtige Augenblick
gemeint, wo ~~das Statut~~ *der Maßnahme* in Kraft tritt. Das
ist allgemeiner Grundsatz. Wenn Sie nicht
wollen, daß „gegenwärtig“ diesen Tag des
Inkrafttretens ~~des Statuts~~ *der Maßnahme* bezeichnet, sondern
einen Tag, der vielleicht weit in der Zukunft
liegt, dann ist der Ausdruck „gegenwärtig“
nicht richtig. Was wir wollen, wissen wir
ganz genau : Auf der einen Seite ~~steht~~ steht
der Verkaufspreis und auf der anderen
(der Veräußerungspreis bei dem jeweiligen Kauf-
geschäfte, aber das ist dann nicht mehr

„gegen-

„gegenwärtig“. Hat Herr Dr. Jasper eine andere Fassung vorzuschlagen, so wird der Rat wohl damit einverstanden sein; ich glaube aber, er große Bedenken braucht er ^{wegen der Ausführung} deswegen nicht zu haben. Hinzuweisen, daß der Ausdruck „gegenwärtig“ nicht passen würde, wenn wir erst 3 Jahre nach dem Veräußerungsgeschäft durch Zufall davon erfahren. Wir dürfen nur den Veräußerungswert fassen, der im Augenblick der Veräußerung vor dem Amtsgericht erscheint, und da kann man nicht von „gegenwärtig“ sprechen. Gemeint ist der derzeitige Veräußerungswert, wo die Veräußerung sich vollzieht. Da jeder jetzt weiß, was gemeint ist und insbesondere aus dem Gegensatz zu dem früheren Eigentumsrecht hervorgeht, welcher Beitrag zur Steuer herangezogen werden soll, möchte ich bitten, die kleine Verbesserung durch die Streichung sich gefallen zu lassen.

Stadtrat von Frankenberg:

Der Herr Oberbürgermeister hat jedenfalls schon die Wolke des Mißtrauens bei Herrn Dr. Jasper zu zerteilen, ————— ich will aber noch darauf hinweisen, daß der Ausdruck „gegenwärtig“ nicht passen würde, wenn wir erst 2 Jahre nach dem Veräußerungsgeschäft durch Zufall davon erführen. Wir dürfen nur den Veräußerungswert fassen, der im Augenblick der Auflassung vor dem Amtsgericht erscheint, und da kann man nicht von „gegenwärtig“ sprechen. Gemeint ist der derzeitige Veräußerungswert, wo die Veräußerung sich vollzog. Da jeder jetzt weiß, was gemeint ist und insbesondere aus dem Gegensatz zu dem früheren Eigentumsrecht hervorgeht, welcher Betrag zur Steuer herangezogen werden soll, möchte ich bitten, die kleine Verbesserung durch die Streichung sich gefallen zu lassen.

Stadtver. H ö d g e : Ich hatte mich schon
zum Wort gemeldet, bevor über diesen § 1 gespro-
chen wurde. Ich möchte nicht unterlassen, auf
ein Bedenken hinzuweisen, das mir aufgestiegen
ist. Das Reichsgesetz von 1911 ist noch in
Kraft und es besteht eine Entscheidung eines -
allerdings preussischen - ~~Verwaltungsgerichts~~^{am Gericht} und
diese geht nach Zeitungsausschnitten - die Akten
habe ich natürlich nicht gesehen - dahin, daß
ein Statut, wie es jetzt hier beschlossen wor-
den soll, für ungültig erklärt worden ist. Wenn
eine derartige Rechtslage gegeben ist, erscheint
es mir eigenartig, daß wir jetzt womöglich
gleichfalls ein Statut beschließen sollen, von
dem sich in Wege einer Klage herausstellen kann,
daß wir nicht berechtigt waren, es zu erlassen.
Bevor wir als Stadtverordnetenversammlung be-
schließen, sondern soll die Sache geregelt wer-
den, müßten wir doch absolut sicher sein, daß

das

das zu beschließende Statut rechtlich haltbar ist. Ehe diese Frage nicht entschieden ist, können wir uns unmöglich schon über die Einzelheiten unterhalten. Bevor wir beschließen muß zum mindesten auseinandergesetzt werden, aus welchen Gründen in Braunschweig andere Rechtsgrundsätze gelten sollen als bei dem absoluten analogen Falle in Berlin. Man müßte sehen können, inwiefern Abweichungen vorhanden, sind und wir berechtigt sind, gegen das Reichsgesetz zu beschließen. Es müßte gezeigt werden, ob die getroffene Entscheidung falsch ist. Nun stehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß man aus solchen Zeitungsmeldungen allein nicht eine solche Klarheit bekommen kann. Es können noch andere Umstände mitgespielt haben, ^{sonst} ~~die~~ Gesichtspunkte beachtlich sein, die klarlegen, daß diese reichsgesetzlichen Bestimmungen tatsächlich für Braunschweig nicht anwendbar sind. Deshalb halte ich

es für erforderlich, daß wir versuchen, diese Entscheidung selber zu bekommen, damit wir nachprüfen können, wie die Sache liegt und hier nicht eine Arbeit leisten, von der man nachher sagt: Sie ist unnötig gewesen, und damit die Stadt nicht Prozesse um beträchtliche Objekte führen muß, bei den das Endresultat ist, daß die Stadt nur Kosten hat. Dann würde das Ende sein, daß wir ein Statut beschlossen haben, obwohl uns bekannt war, daß ein ^{Löffner} ~~Rechts~~gerichtshof sich auf den Standpunkt gestellt hat: die Städte sind nicht zum Erlaß eines solchen Statuts befugt. Ich halte es also für wichtig, daß zur Klärung der Rechtslage das Material, soweit es möglich ist, herbeigeschafft wird. Dann werden wir sehen, ob wir das Recht haben, ein solches Statut zu beschließen oder nicht.

V o r s i t z e n d e r : Die Ausführungen des Herrn Hädke hätten gemacht werden müssen, als es sich darnach handelte, ob in die Beratung der einzelnen Paragraphen eingetreten werden sollte. Leider habe ich übersehen, daß sich Herr Hädke gemeldet hatte. - In Finanzausschuß ist dasselbe Bedenken erhoben worden. Seitens der Ratsmitglieder wurden aber die vorgebrachten Bedenken zerstreut, da es für uns nicht maßgebend sei, was ein außerbraunschweigischer Gerichtshof beschließt. Die Entscheidungen der Gerichtshöfe widersprechen oftmals einander und wie das Braunschweigische Verwaltungsgericht beschließt, kann man nicht wissen. - Ich bin nun aber doch gezwungen, auf den aufgeworfenen Zweifel zurückzukommen und die Frage aufzuwerfen: Soll das Statut überhaupt beraten werden, nachdem diese Einwendungen gemacht sind?

Stadtrat von Frankenberg:
Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn Sie zu dem Ergebnis kämen, die Beratung für heute auszusetzen. Wir haben vom Herrn Oberbürgermeister gehört, was uns das täglich kosten würde. Ich kann es wohl Herrn Mädge vollständig nachfühlen, wenn er diesen wichtigen Punkt vorher klargestellt sehen will, ich glaube aber, daß wir ohne weiteres dazu in der Lage sind. Die Sache liegt so, daß nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen von 1911 und 1913 ein Statut ungültig war, das damals über 30% hinausging. Ich halte es nun sehr wohl für möglich, daß bei den Sprüche des Preussischen Obergerichtes von Januar d. Ja., den Herr Frede mitzuteilen in der Lage war, es sich um ein aus jenen Jahren stammendes Statut handelt. Dann kann man den Spruch verstehen und sagen: Da zu jener Zeit das Statut über die reichsgesetzlich festgelegte

Grenze

Grenze hinausging, ist es ungültig. Wenn wir dagegen jetzt ein neues Wertzunwachsteuerstatut beschließen, würde diese Grenze nicht mehr anerkannt werden können. Es ist auch möglich - wir sind alle Menschen und auch ein Berliner Oberverwaltungsgerichtsrat gehört zu den Menschen -, daß es sich um einen Fehlspruch handelt, der es übersehen hat, daß seit 1913 sich die Reichssteuergesetzgebung und auch die gemeindliche Zuständigkeit ganz gewaltig geändert hat. Wie wenig man uns auch gegeben hat, so hat man uns doch das Recht gegeben, Wertzunwachsteuerstatute zu erlassen und zwar nach der neuen Landessteuerordnung, ohne Einschränkungen. Von diesem Rechte machen die Städte Gebrauch, und das scheint der Berliner Gerichtshof sehr wenig berücksichtigt zu haben. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, darauf zu bestehen, daß wir Ellenbogenfreiheit haben und nicht mehr gebunden sind

sind durch die Gesetze von 1911 und 1913, nachdem die Landessteuerordnung uns die Befugnis gibt, diese Sache neu und selbständig zu regeln. Ich kann nicht annehmen, daß das Reichsfinanzministerium und unser Staatsministerium geschlossen haben, die uns mitgeteilt haben, wir dürften bei dieser Steuer bis 55% gehen; von den 30% des Berliner Gerichtshofs war dabei nicht die Rede. Wenn uns das von den höheren Behörden des Reichs und des Landes mitgeteilt wird, dann ist selbstverständlich anzunehmen, daß solche Mitteilungen nicht ohne weiteres in den Wind geschlagen werden können. Unser Deutscher Städtetag ist seit langer Zeit bemüht, für unsere Rechte einzutreten. Außerstenfalls würde alsbald ein Reichsnotgesetz erlassen werden können, das uns die ersuchte Freiheit wieder gewährt. Lassen wir uns nicht in dieser Stunde einschüchtern und durch Bedenklichkeiten ins Bockshorn jagen. Das Statut wird

wird seinen Weg durch das Ministerium gehen müssen und es wird noch manches zu erörtern sein, ehe das Statut in Kraft tritt. Selbst wenn diese Knebelung fortbestehen sollte, was ich kaum für erträglich halte, dann würde doch der sonstige Inhalt des Statuts einwandfrei sein, und wir würden nur insoweit eingeengt werden, als es über die 30% hinausgeht, was ich aber nicht befürchte.

Die Sachverhalte, die sich aus dem Statut ergeben, sind im Grunde genommen sehr einfach. Es geht darum, die Rechte der Studierenden zu regeln, die in der Regel aus dem Ausland kommen. Die Rechte der Studierenden sind im Statut festgelegt, und es ist zu erwarten, dass die Studierenden die Rechte, die ihnen zustehen, auch in Anspruch nehmen werden. Die Rechte der Studierenden sind im Statut festgelegt, und es ist zu erwarten, dass die Studierenden die Rechte, die ihnen zustehen, auch in Anspruch nehmen werden.

Stadt. H ü d g e : Ich habe niemals die Möglichkeit bestritten, daß es sich aus den Urteile des Preussischen obersten Verwaltungsgerichts ergeben kann, daß die braunschweigischen Verhältnisse anders liegen, daß wir berechtigt sind, ein solches Statut zu schaffen. Aber eben-
sogut liegt auch die Möglichkeit vor, daß aus dem Urteil mit aller Klarheit hervorgeht, daß von Preussischen Gericht schon alle die Gesichtspunkte berücksichtigt sind, die von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgetragen sind, und daß es auf Grund seiner Prüfung zu der Ansicht gekommen ist: Die Stadt ist nicht berechtigt, das Statut zu erlassen. Ich sage deshalb: Nachdem nun einmal ein derartiges Urteil vorliegt - die dort sitzenden Juristen werden die Sache eingehend geprüft haben -, kann man nicht sagen: Wir lassen das alles auf sich beruhen! Nach meiner Auffassung haben wir die Pflicht, zu prüfen,

welche

welche Bedeutung für uns diese Entscheidung hat und ob noch die Möglichkeit für uns vorliegt, in dieser Sache anders zu verfahren. Vielleicht ergibt sich die Möglichkeit, zu sagen, das in dem Urteil Angeführte, trifft für uns nicht zu. Daß die Durchberatung des Statuts so eilig nötig wäre, das gebe ich nicht zu. Selbst wenn eine spätere Herausgabe des Statuts für die Stadt ungünstige Folgen haben könnte, würde man innerhin noch das Statut mit rückwirkender Kraft erlassen ^{können} (Zuruf: Na, na!) Das ist allerdings unangenehm, aber die Möglichkeit dazu ist nicht von der Hand zu weisen. Ich bitte, sich nicht über dieses schwerwiegende Bedenken einfach hinwegzusetzen, sondern bitte um Nachprüfung.

Entw. Stadtv. Dr. J a n s e n : Ich pflichte dem Herrn Stadtverordneten Müdge bei, daß an sich die Frage der Zulässigkeit eines solchen Statuts geprüft werden muß. Der Herr Berichterstatter und der Herr Vorsitzende haben berichtet, daß diese Frage schon in Ausschuß geprüft worden ist. Wir haben dort die vorgebrachten Gründe gewogen und zu leicht befunden. Ich möchte die Zeit nicht in Anspruch nehmen, indem ich wiederhole, was der Herr Stadtrat darüber schon ausgeführt hat. Es erinnert mich die Stellungnahme des Herrn Müdge sehr an die Gerichtssäle. Da hat ein Kollege die Reichsgerichtsentscheidungen, wie es einmal soundso entschieden hat, aber man wird den ~~Vorgang~~ der Prozesse nicht davon abhängig machen, daß die Entscheidung noch durchgeprüft werden muß. Ausschlaggebend für mich ist hier, daß auch in diesem Falle eine Schealbe keinen Sonnen macht. Es ist für uns nicht maßgebend die

Ent-

Entscheidung von Preussischen Obergerwaltungsgericht. Wir leben nicht in Preussischen, und hier können andere Entscheidungen gefällt werden. Die neue Satzung wird erst noch vorgeprüft werden durch das Reich - das ist eine neue Vorschrift -, und ausschlaggebend ist, daß wir das Geld dringend nötig haben. Ich glaube, wir können uns ruhig darauf verlassen, daß eine ganze Reihe Gründe für die Zulässigkeit der Satzung sprechen. Auf steuerlichen Gebiete wird man heute sehr viele Kontroversen und entgegengesetzte Entscheidungen haben, und wenn man das durch alle Rechtsfakultäten und durch das Reichsoberkammergericht noch entscheiden lassen wollte, so käme man nicht zum Abschluß.

Inzwischen habe ich mich zu der Ansicht bekehrt, daß die Streichung des Ausdrucks „gegenwärtig“ hienlos gemeint ist. Ich gebe zu, daß er nicht richtig angewandt ist, obwohl ich aus der

Boden-

**Bodenreform weiß, daß man dort von Gegenwarts-
wert redet.** Der Leiter der Herrn Rönne Folge

zu geben gelangt sein, wenn aus der Frankfurter,
die die Kritik von der Entscheidung des Frankfurter
Hofes hergeleitet, herangezogen, daß es
sich um ein neues Stück handelt. Es liegt aber
nicht die Möglichkeit vor, daß es sich um ein
älteres Stück handelt. Es ist der gewöhnliche
Schluss gezogen, daß das neue Stück in Berlin
unmöglich sei; aber das ist eine Fiktion
des Blattes - es handelt sich um das „Tag“. Es
auch keiner Ansicht außerordentlich viel Zeit
verstreichen würde, bevor man von allen die
riesen eine befriedigende Auskunft erhalten
glaube ich, daß es richtig ist, wir haben die
Sperre in der Hand, denn das Licht der
Kriegsgericht hat auf den Tag seine
Wirkung.

Stadttrat von Frankenberg:

Ich würde der Anregung des Herrn Rädge Folge zu geben geneigt sein, wenn aus der Drucksache, die die Notiz von der Entscheidung des Preussischen Gerichts bringt, hervorginge, daß es sich um ein neues Statut handelt. Es liegt aber wohl die Möglichkeit vor, daß es sich um ein älteres Statut handelt. Es ist da der gewagte Schluß gezogen, daß das neue Statut in Berlin ungültig sei; aber das ist eine Privatleistung des Blattes - es handelt sich um den „Tag“. Da nach meiner Ansicht außerordentlich viel Zeit verstreichen würde, bevor man von allen Juristen eine befriedigende Auskunft erhalten hat, glaube ich, daß es richtig ist, wir nehmen den Sperling in der Hand, bevor vielleicht das Verwaltungsgericht kommt und dem Vogel einige Federn nimmt.

Stadt v. F r e d e: Der Paragraph 2 A 1 in der alten Fassung lautet: „Zur Ermittlung der Wertsteigerung sind dem Erwerbswerte hinzuzurechnen:

A. Bei allen Grundstücken

- 1) Ein einmaliger Zuschlag von 4% dieses Betrages als Ersatz veranlagter Stempel-, Gerichtskosten, Veränderungssteuern, Vermittlergebühren und sonstiger Erwerbskosten.“

In der neuen Fassung des Entwurfs heißt es:

1. „ Ein einmaliger Zuschlag von 4% dieses Betrages – also des Erwerbswertes – für alle bis zur 30. September 1919 vorgenommenen Eigentumswechsel, von 1. Oktober 1919 ab von $6\frac{1}{2}\%$ dieses Betrages für alle von diesem Tage ab erfolgten Wechsel des Eigentums, als Ersatz veranlagter Stempel-, Gerichtskosten, Veränderungssteuern, Vermittlergebühren, und sonstiger Erwerbskosten.“

Nun

Nun beantragt die Kommission zu streichen:
 „Veranschlagte Stempel-, Gerichtskosten, Verän-
 derungssteuern, Vermittlergebühren und sonstiger
 Erwerbskosten“ und dafür zu setzen: „sämtlicher
 Erwerbskosten.“

Zum Verständnis dieses Antrages habe ich
 folgendes auszuführen: *Nach* dem bis jetzt gülti-
 gen Statut ist gestattet, zu dem Erwerbswert
 einen 4 prozentigen Zuschlag zu machen. Dadurch
 erhöht sich der Erwerbswert und verringert
 sich der Wertzuwachs; es ist dies also eine
 Anerkennung derjenigen Ausgaben, die bei dem
 Erwerbe zu leisten waren. Im einzelnen war
 angeführt, worin diese Ausgaben bestanden. Nun
 ist von einer Seite in der Kommission geltend
 gemacht, daß die Vergünstigung von 6 1/2% zu ge-
 ring sei, und zwar aus folgenden Gründe:

Am 1. Oktober 1919 ist die Reichsteuer für den
Besitz-

Besitzwechsel eingeführt, die 4% ausmacht.
 Diese 4 % sind hinzugekommen zu den 4 %, die
 bisher schon gegolten haben und daraus wurde
 gefolgert, diese Bemessung von 6 1/2 % Zuschlag
 sei zu gering, es müßten 8 % sein, da man
 früher 4 % für richtig gehalten habe. Es wurde
 dabei allerdings zugegeben, daß das Wechsel
 Prozent für das Waisenhaus weggefallen ist
 und ebenso die 2/3 %, die das Reich vorübergehend
 eingeführt hatte, aber bei den 4 %, die in dem
 Statut von 1809 standen, hatte das Reich noch
 nichts erhoben. Es würde wohl zu berücksichtigen
 sein, ob hier nicht eine Erhöhung der 6 1/2 %
 eintreten könnte.

Hier wie bei allen Punkten, wo eine
 Milderung vorgeschlagen wurde, ist in Aus-
 schuß die Finanznot ^{der Stadt,} als maßgebend angesehen

worden

wurden, und so setzte man sich auch über diesen Vorschlag hinweg.

Stadtrat von Frankenberg: Ich darf bitten, es auch in diesem Falle bei der Ratsvorlage und dem Vorschlage des Finanz-
 ausschusses bewenden zu lassen, also über 6 1/2 % nicht hinauszugehen, und zwar aus dem äußeren Grunde, weil in diesen 6 1/2 % eine Pauschberechnung enthalten ist. Bei Erbgang z.B. ^{für Grundbesitz} wo ein Betrag nicht aufzuwenden gewesen ist, sind wir entgegenkommend bereit, genau denselben Zuschlag zu gestatten. Es ist nicht unbillig, gleichmäßig vorzugehen. Wenn wir allgemein über diesen Satz hinausgehen wollten, würden wir die Ergiebigkeit der Steuer für die Stadt ohne Not schädern.

Stadtv. M u n t e : Meine Damen und Herren!
 In Finanzausschuß haben wir schon über diese
 Festsetzung des Zuschlages auf 6 1/2 % einge-
 hend gesprochen und ich kann erklären, daß ich
 diese Zumessung nicht als recht begründet aner-
 kannt habe. Es ist doch tatsächlich so, daß
 seit dem 1. Oktober 1919 das Reich bei Besitz-
 wechsel 4 % für sich in Anspruch nimmt, und
 daß man, wenn man dasselbe Wohlwollen, das
 früher bei Aufstellung des Wertzuwachsstatuts
 den Hausverkäufern zugewendet wurde, erhalten
 wollte, sagen mußte: Wir lassen die 4 % des
 alten Statuts bestehen und tragen nunmehr noch
 4 % zu. Ich will aber nicht ganz soweit gehen,
 dies zu beantragen. Sie wissen, daß von der
 Veränderungssteuer 2% die Stadt bekommt - der
 Staat hat ja darauf verzichtet - und es ist auch
nicht

nicht nötig, daß die sämtlichen Kosten für Stempel-, Gerichtskosten, Veränderungssteuern usw. voll eingestellt werden. Ich würde aber doch vorschlagen, daß der Rat sich nicht so pennibel anstellt und sich damit einverstanden erklärt, daß wir 7% hierhersetzen. Was bringt denn dieses halbe Prozent? Von 5000 Mark sind es 25 Mark, und davon will die Stadt 30 % haben - das sind 7,50 Mark. Im übrigen rechnet es sich besser mit ganzen Prozenten, das halbe Prozent würde manchen Kopfschmerzen machen, der nicht gut rechnen kann.

Noch eine Änderung in diesen Paragraphen möchte ich beantragen. Die Reichsveränderungssteuer, die städtische Steuer und die Anwaltskosten machen zusammen ungefähr 7% aus. Wo bleibt da die Vermittlergebühr? Im allgemeinen ist es üblich, daß die Leute ihre Häuser durch einen Vermittler zum Verkauf bringen, erst recht

ist

ist es üblich, wenn sie bei dem Verkauf viel verdienen wollen, denn die Agenten verstehen, die Preise hoch zu treiben. Die Vermittlergebühr beträgt nun ungefähr 2% vom Verkaufspreis. Wird das Haus für 100 000 Mark verkauft, so verlangt der Vermittler 2 000 Mark. Diese 2000 Mark liegen unmöglich in den 7%, wie ich es eben vorgeschlagen habe. Es müßte deshalb vielleicht in einem Anhang unten gesagt werden: „.... als Ersatz sämtlicher Erwerbskosten mit Ausnahme der nachgewiesenen Vermittlungsgebühr“.

Wenn keine Vermittlungsgebühr in Frage kommt, dann habe ich sie nicht abzusetzen. ~~Häufig~~ aber von dem Verkaufspreise 2000 Mark an den Vermittler abgeben, dann kann die Stadt unmöglich verlangen, daß sie Nutzen von dem zieht, was ich nicht erhalten habe. Die 2000 Mark existieren doch gar nicht als Gewinn für den Verkäufer, sondern Sie müßten vielleicht den Vermittler dafür

dafür herankriegen; aber dafür besteht ja keine Möglichkeit, trotzdem er in unglaublich kurzer Zeit diese 2.000 Mark verdient.

Ich möchte bitten, sich meinen Anträge anzuschließen, hier 7% zu setzen, und die unglückliche Vermittlungsgebühr als Extra-Ausnahme noch in den Paragraphen hineinzubringen.

Es ist von dem Prinzipale her zu sehen.

Der Vorsitzende erbittet sich den Antrag schriftlich.

Der eingereichte Antrag des Herrn Munte lautet :

„Zu § 2, A, Absatz 1 beantrage ich:
Den einmaligen Zuschlag von 6 1/2 % auf 7 % zu erhöhen und die nachgewiesene Verkaufsprovision von den Wertzuschüssen abzusetzen.“

Stadtrat von Frankenberg:

Die Versammlung wird zu entscheiden haben, ob der weitergehende Antrag Frede mit 8 %, der Antrag Munte mit 7 % oder die Ratsvorlage, die 6 1/2 % vorschlägt, zur Annahme kommen sollen. Auf alle Fälle möchte ich warnen, den freundlich gemeinten Vorschlag des Herrn Munte - 7 % und Absatz der nachgewiesenen Verkaufsprovision - anzunehmen. Das würde eine fortwährende Quelle für Streitigkeiten werden (Zuruf: Schiebung!) und würde für gewandte Vermittler und Verkäufer geradezu ein Hinweis dafür sein, bei Grundstücksverkäufen einen besonderen Vorteil für sich herauszuholen, und die städtische Kasse würde dabei aufs empfindlichste getroffen werden. Mancher Grundstücksverkauf wird unmittelbar zwischen Verkäufer und Käufer abgeschlossen, ohne daß ein Vermittler weiter zu begrüßen ist. Da Sie nicht anders können,

als

als eine gewisse Durchschnittsnorm festzusetzen,
 so lassen Sie es bitte bei den Ratsvorschlage,
 aber ~~strafen~~ ^{hoffen} Sie nicht ~~den~~ ^{die} ~~Vernünftigen~~ mit einem
 besonderen ~~Steuer~~ ^{Abzüge}.

Es ist mir sehr lieb, dass Sie Herr Stadtrat
 von Frankfurt sehen und hören. Ich, sondern
 auch danach, weil es nicht der Zweck der Ab-
 änderung des Statuts sein soll, für den Kom-
 missionen einen Tag zu finden, ohne Einzelheiten
 in der Sitzung zu erörtern. Der Vorstand hat
 schon sehr eingehend darüber nachgedacht,
 und man sieht, dass man sich nicht nur
 in der Sache, sondern auch in der Form
 der Sache sehr wohl zu orientieren vermag.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.
 Ich bin sehr dankbar, dass Sie sich
 mit der Sache so eingehend befassen.

Stadtv. Dr. J a s p e r : Auch ich bitte,
 es bei der Ratsvorlage zu belassen. Besonders
 möchte ich mich gegen den Antrag Munte des-
 halb wenden, weil damit nicht nur Schiebungen
 Tür und Tor geöffnet werden, wie Herr Stadtrat
 von Frankenberg schon angeführt hat, sondern
 auch deshalb, weil es nicht der Zweck der Ab-
 änderung des Statuts sein soll, für den Haus-
 schacher einen Weg zu finden, neue Einzelheiten
 in das Statut aufzunehmen. Das Benehmen ist
 schon sehr umfangreich geworden, und jetzt
 will man wieder einen neuen Satz hineinbringen.
 Es hat der Veräußerer keinen Anspruch darauf,
 daß ihm alle Auslagen angerechnet werden und er
 infolgedessen einen geringen Steuersatz bezahlen
 zu braucht. Ich habe schon in Ausschuß darauf hin-
 gewiesen, daß früher eine Veränderungsteuer von
 2 1/6 % zu zahlen war, und die muß von den jetzt
 Erhobenen gekürzt werden. Herr Munte war in Aus-
 schuß auch dafür, hat also sein gutes Herz erst
 jetzt entdeckt.

Stadt v. F r e d e : Ich habe im Ausschuß
 nachgesehen, wie 8% Kosten vorhanden sind,
 und habe gebeten, sie zu genehmigen. Wenn nun
 Herr Hunte jetzt 7% beantragt, so will ich
 mich damit begnügen. Es ist aber doch anders
 als Herr Dr. Jasper meinte. Er sagte: „Wir
 haben die Einzelsätze weggebracht und sämtliche
 Erwerbskosten in eins gesetzt. Jetzt bringt
 Herr Hunte wieder die einzelne Vermittlerge-
 bühr hinein, und das können wir nicht gutheissen.“
 Die Sache war so: Die Aufzählung war Herrn
 Dr. Jasper nicht sympathisch, weil durch sie
 so recht plastisch hervortrat, wie die Un-
 kosten sich zusammensetzen. Es sagte deshalb:
 „Streichen wir das und sagen „sämtliche“. Es
 ist doch mindestens erlaubt, hier auf AAA die
 Quellen hinzuweisen. Richtig ist auch, daß der
 Verkauf der Grundstücke sich meistens in der
 Mehrzahl durch Vermittler vollzieht, und der

Ver-

Vermittler tut seine Arbeit nicht umsonst.
 Wenn wir den Zusatz über die Vermittlergebühr
 genehmigen, so kann das meines Erachtens zu
 Schiebungen kaum Anlaß geben. Wenn kein Ver-
 mittler tätig gewesen ist, wie kann dann eine
 Schiebung vorkommen, indem der Verkäufer sagt:
 „Ich habe eine Vermittlungsgebühr zu zahlen
 gehabt.“ Der Vermittler – es müßte ein gewerbe-
 käßiger sein – könnte doch nicht als Zeuge auf-
 gerufen werden. Ich glaube also, diese Behaup-
 tung ist nur als eine Schreckung anzusehen, die
 angewandt wird, ^{um} die Wirkung zu erzielen, daß
 man den Antrage Hunte nicht folgen soll. Ich
 möchte bitten, daß man den Antrage Hunte als
 Minimum zustimmt.

Stadtv. L e h n e r t : Herr Frede hat nicht nur als Referent gesprochen, sondern auch als Diskussionsredner. Der Rat warnt uns, dem Antrage Munte nicht stattzugeben, und auch ich kann diesem Antrage nicht folgen. Wir haben in der letzten Zeit mannigfaltige Erfahrungen genug gesammelt. Daß bei Hausverkäufen der Antrag des Herrn Munte verleiten wird, nicht zu kleine Vermittlergebühren anzugeben, um den gezahlten Preis nicht genau bekannt werden zu lassen, wie es eigentlich geschehen müßte, daß ist ohne weiteres anzunehmen. Ich muß daher ersuchen, aus praktischen Gründen nicht über das hinauszugehen, was der Rat vorgeschlagen hat, wir können sonst auf eine schiefe Ebene, und Herr Munte wird nachher sagen müssen: „Wer wird mich vor den Geistern retten, die ich gerufen habe; ich werde sie nicht wieder los.“

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Wenn Herr Frede meint, er könnte sich nicht recht denken, wie in solchen Fällen mit Hilfe der Vermittler ~~die~~ Schiedungen bewirkt werden sollten, so spricht das wohl für die Lauterkeit des Herrn Frede, entschieden aber nicht für seine Erfahrungen auf steuerrechtlichem Gebiete, soweit es sich um Grundstücksverkäufe handelt. Es ist schon jetzt bei unserer sehr zahmen und bescheidenen Wertzuwachsteuer versucht worden, in der gerissensten Weise auf das Inventar, das nicht Gegenstand des Verkaufs ist, ^{hinzu}~~so~~ ~~hinzu~~ aufzuschlagen, damit wir nicht sagen können, daß der Grundstückspreis ein höherer geworden ist. Ein Vermittler, der alle Schliche kennt, wird in solchen Dingen sehr gute Dienste leisten können - allerdings nicht umsonst. Ich warne Sie nochmals aufs Dringlichste: Öffnen Sie nicht derartige Hintertüren, sonst ^{müssen} ~~nähe~~ der Kuckuk ^{Hauskuckuck} ~~der Steuerfänger~~ sein.

Erteilt und ohne Biele ist eine Verfall-Forderung an-

183

Stadto. M u n t e : Das halbe Prozent, daß von mir mehr gefordert wird, und zwar aus Billigkeitsgründen, weil der Verkäufer nicht mit dem vom Rat Festgesetzten auskommt, ist eine derartige Kleinigkeit, daß kaum jemand im Ernst darauf Wert legen kann, es zu verweigern - ich kann es mir wenigstens nicht denken. Mit der Verkaufsprovision stellt sich daß in folgender Weise: Wenn jemand bei einem Hausverkauf an den Vermittler vielleicht 2 000 M bezahlen muß und Wertzuwachs vorliegt, so hat er nach der jetzigen Fassung des Statuts die Steuer auch von diesen 2 000 M zu zahlen, die der Agent geschluckt hat. Er muß also Steuern zahlen für etwas, daß er garnicht bekommt - das ist doch ungerecht. In einzelnen Fällen könnten wohl Fälschungen vorkommen, in dem die unwahren Behauptungen vorgebracht werden: „Mein Bruder oder sonst wer hat als Vermittler den Verkauf zustande gebracht und ihm habe ich eine Vermittlergebühr ge-

ben

ben müssen." Aber wir haben es schließlich doch nicht nur mit Spitzbuben und Verbrechern zu tun. Jedenfalls ist es eine ungerechte Forderung, wenn man auch die Vermittlergebühren zum Wertzuwachs zugerechnet sehen will. Ich selbst habe keine Häuser zu verkaufen, kann aber wohl nachfühlen, daß keiner Steuern von dem bezahlen will, was er garnicht bekommen hat. Das tun auch Sie nicht gern, Herr Lehnert! Mein Antrag lautet.

(Wird vom Redner verlesen - siehe Seite 175.)

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : An Deutlichkeit läßt es der Antrag nicht fehlen, auch nicht an Gefährlichkeit. Es liegt die große Gefahr vor, daß dem Vermittler zur Verschleierung des Kaufpreises höhere Beträge zugeschätzt werden, wenn sich Verkäufer und Vermittler ins Gehege geheim verständigen. Nicht alles, was den Verkäufer bei dem Grundstückswechsel an Kosten erwächst, kann in den Zuschlag hineingeschustert werden, zum Beispiel: wenn der Mann sein Grundstück verkauft, muß er auch umziehen. Wer ersetzt ihm die Umzugskosten?

Stadtv. M u n t e : Es ~~ist~~^{wäre} komisch, Ersatz für solche Umzugskosten zu verlangen. Wenn man das wollte, dann müßte man am Ende gar noch den Wein-
kauf mit berücksichtigen. Das ist ja ganz aus-
geschlossen, sondern es soll~~e~~ nach meinem Antrage
lediglich die Agenten-Provision in den Zuschlag
hineingenommen werden. Umzugskosten und Eisenbahn-
fahrten, die unternommen werd~~en~~^{würden} um den Käufer, der
vielleicht in Harzburg wohnt, zu besuchen, und
dergleichen Sachen hinzuzurechnen, das gibt es
nicht.

Stadt v. F r e d e bittet, über die beiden Punkte
des Antrages Munte getrennt abzustimmen. Für den ersten Teil des Antrages, 7 % anzurechnen,
stimmen 16 Stadtverordneten und in der Gegenprobe
ebensoviel Stadtverordnete dagegen. Der Vorsitzende
gibt den Ausschlag, indem er sich *gegen* den Antrag
erklärt.

Der zweite Teil des Antrages Munte, betreffend
die Vermittlergebühren wird abgelehnt.

Handwritten signature

Stadt v. Ferndorff: § 2 A 1 haben wir eben erledigt. Zu Nummer 2, 3 und 4 habe ich nichts zu bemerken, ebenso sind gegen § 2 B seitens der Kommission keine Einwendungen zu machen.

Auch zu § 3 ist nichts zu bemerken.

In § 4 A ist der Absatz A aus dem alten Statut fortgefallen. Es ist dort aufgeführt, daß das Staatsoberhaupt und die Mitglieder der landesfürstlichen Familie von der Entrichtung der Steuer befreit sein sollten, die andern beiden Abschnitte des alten Statuts b und c haben darnach in dem neuen Statut die Bezeichnungen a und b erhalten.

In § 4 B findet sich wieder eine wichtige Veränderung.

Bei dem alten Statut war man davon ausgegangen, daß kleine Gewinne von der Wertzuwachssteuer freibleiben sollten und verstand unter kleinen Gewinnen solche, die für je ein ^{sollte im letzten} ~~Werkjahr~~ bei unbebauten Grundstücken bis zu 5 % des Wertes gingen, bei be-

bauten

bauten Grundstücken bis zu 2 %. Dieser ^{betragen} ~~jeder von der~~ Steuer freigelassene Gewinn dürfte allmählich in höchsten Falle bis zu 20 % gehen. Es ^{Kommt} ~~kann~~ also der Fall eintreten, daß, wenn das Grundstück in derselben Hand blieb, ein Wertzuwachs von 20 % von der Steuer befreit bliebe. Der Rat ist von dieser Bestimmung abgewichen und hat nur die Hälfte der früheren Sätze genommen.

In der Kommission wurde der Antrag eingebracht, die alte Fassung bestehen zu lassen, aber die Mehrheit der Kommission war dagegen.

	5	10	15	20	25	30	35	40	45	50	55	60	65	70	75	80	85	90	95	100
1																				
2																				
3																				
4																				
5																				
6																				
7																				
8																				
9																				
10																				
11																				
12																				
13																				
14																				
15																				
16																				
17																				
18																				
19																				
20																				
21																				
22																				
23																				
24																				
25																				
26																				
27																				
28																				
29																				
30																				
31																				
32																				
33																				
34																				
35																				
36																				
37																				
38																				
39																				
40																				
41																				
42																				
43																				
44																				
45																				
46																				
47																				
48																				
49																				
50																				

Zu § 4 keine Wortmeldungen; er gilt als stillschweigend angenommen.

Stadt v. F r e d e (zu § 5): Wenn die Herrschaften eine klare Anschauung von dem früher geltenden und heute vorgeschlagenen Sätzen haben wollen, dann müßten Sie sich Notizen in ihre Vorlage machen.

Redner trägt folgendes Schema vor:

Al- tes Sta- tut	Antrag des Aus- schus- ses	Rats- vorla- ge			
4 %	8 %	10 %	des gesamten Wert- zunachses, wenn die dieser	bis einschließ- lich 10 % des Erwerbs- wertes festge- stellt wird	
5	10	12	"	"	auf mehr als 10 bis einschließ- lich 20 %
6	12	14	"	"	20 - 25 %
7	14	16	"	"	25 - 30 %
8	16	18	"	"	30 - 35 %
9	18	20	"	"	35 - 40 %
10	20	22	"	"	40 - 45 %
12	24	24	"	"	45 - 50 %

Al- Antrag Rate- bis einschließ-
tes des vorla- des gesamten Wert- lich 10 % des Er-
Sta- Aus- ge- zuwachses, von werbeswertes fest-
tutz schus- dieser *nenne* gestellt werden.
ses

14%	28 %	26 %	"	"	<i>auf</i>	<i>mit</i>	50 - 55 %
16	32	28	"	"	<i>unfall</i>		55 - 60 %
18	36	30	"	"			60 - 65 %
20	40	32	"	"			65 - 70 %
22	44	34	"	"			70 - 75 %
24	48	36	"	"			75 - 80 %
26	<i>52</i>	38	"	"			80 - 85 %
28	<i>55</i>	40	"	"			85 - 90 %
30		45	"	"			90 - 95 %
32		50	"	"			95 - 100 %

55
Folgendes aus in dem alten Statut

34	100 - 105 %
36	105 - 110 %
38	110 - 115 %
40	mehr als 115 %

festgestellt wird.

52 %

52 % Steuer beantragt die Kommission, wenn der Wertzuwachs 80 - 100 % beträgt, und 55 % Steuer, wenn der Wertzuwachs auf mehr als 100 % festgestellt wird.

Hierzu

Hierzu

Hierzu habe ich noch zu bemerken: Der Finanzausschuß ist zu den niedrigeren Vorschlägen zu Anfang der Skala dadurch gekommen, daß er sich sagte die höheren Gewinne sind zu milde herangezogen, die kleinen Gewinne zu stark. 8 % ist das Doppelte des bisherigen Satzes, und diese Verdoppelung der Sätze hält an bis zu 5 2 %, und dann folgt der Sprung auf 55 %. Dieser Satz darf nicht überschritten werden; ^{daran} ~~dann~~ sind wir durch Gesetz gebunden.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Je länger ich mir die Vorschläge des Finanzausschusses betrachte, denen sich der Rat jetzt angeschlossen hat, um so besser gefallen sie mir.

Ich bitte, ihnen zuzustimmen.

Diese Anträge der Finanzkommission zu § 5,1 werden einstimmig angenommen.

(betrifft Prozentsätze der Steuer).

Stadtv. F r e d e : Der Paragraph 5.² wirkt sich den Herrschaften sehr ans Herz legen; es ist der Teil des Statuts, der eine Schonung des seßhaften Grundbesitzes gestattet.

Es heißt in der Vorlage im Anfang dieses Absatzes: „Bei bebauten Grundstücken können diese Sätze nur zur Anwendung, wenn nach dem Inkrafttreten dieser Satzung bis zum neuen Eigentumsübergang nicht mehr als 15 Jahre verflossen sind.“

Nach dem Antrage der Kommission soll der zweite Teil dieses Satzes nunmehr lauten: „... wenn von Eigentumserwerb bis zum neuen Eigentumsübergang nicht mehr als 15 Jahre verflossen sind.“ – 10 Jahre waren in dem alten Statut dafür festgesetzt. – Es geht weiter: „Ist der frühere Eigentumserwerb nach dem Inkrafttreten dieser Satzung erfolgt, so wird die feststehende Frist erst von Erwerbstage an gerechnet. Beträgt der Zeitraum über 15 Jahre, so wird der nach Nr.1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes weitere angefangene Jahr

Jahr der Besitzzeit um je $1/25$," - 10 Jahre und $1/20$ waren die betreffenden Zahlen im alten Statut - „aber insgesamt nicht mehr als $15/25$ ermäßigt.“ - Im alten Statut stand $15/20$ - „Diese Ermäßigung gilt nur für die Besitzzeit des letzten Eigentümers; auch bei Erbgang werden die Besitzzeiten der beerbten Vorbesitzer nicht hinzugerechnet.“

Diese Fassung hat ihre Entstehung der Ermäßigung verdankt, daß man den Grundbesitz möglichst lange in derselben Hand halten wollte. Man hat gesagt: Die Skala soll in Geltung treten, wenn ein Grundbesitzwechsel eintritt nach 1 - 10 Jahren Besitzzeit. Man war bisher der Ansicht: Wenn eine 10jährige Besitzzeit in derselben Hand vorliegt, dann wolle man die darüber hinausgehende Besitzzeit begünstigen und für jedes angefangene Jahr die Steuer um $1/20$, insgesamt nicht mehr

als

als 15/20, erniedrigen. Jetzt sagt der Rat: Die bisherige Besitzzeit von 10 Jahren ist uns zu kurz, es müssen 15 Jahre festgesetzt werden, auch die Sätze sollen kleiner genommen werden: 1/25 statt 1/20.

Ich persönlich habe mich für Wiederherstellung der alten Fassung ins Zeug gelegt, habe daran erinnert, daß gegenwärtig mit den Grundstücken geradezu geschleudert wird, und daß wir dahin zu streben haben, daß ein Besitzwechsel nicht so leicht vorkommt. Das liegt im allgemeinen Interesse, denn um so weniger Besitzwechsel eintreten, um so weniger werden die Mieten gesteigert werden, da jeder Besitzwechsel Unkosten im Gefolge hat. Allein die Grunderwerbsteuer beträgt heute 6%, und das macht einen gewaltigen Betrag aus. Ich möchte die Herren von links und rechts bitten, diesen Gesichtspunkt sich anzueignen und dafür zu stimmen, daß die alte Fassung beibehalten wird.

- Die

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Meine geehrten Herrschaften. Ich glaube sagen zu dürfen, der Herr Berichterstatter oder vielmehr der Herr Stadtverordnete Frede hat nicht recht, wenn er sagt, der Rat der Stadt habe den Weg verlassen, auf dem er bisher den seßhaften Grundbesitz schützte. Wir gehen den Weg inner noch, aber allerdings mit etwas stärkeren zugeknöpften Taschen, und das letztere müssen wir leider tun, weil unsere Finanzen so schlecht sind. Wir kommen auch heute noch dem Grundbesitz, der die Grundstücke lange festhält, entgegen, nur nicht mehr so freigibig. Wie die Versammlung in ihrer Mehrheit sich der von durchaus richtigen Erwägungen getragenen Ansicht des Finanzausschusses angeschlossen hat, daß die Befreiung nur geschehen soll in der Hälfte des früheren Ufanges, so bitte ich, sich auch mit auf den Standpunkt zu stellen, daß die Ergiebigkeit der Steuer nicht gefährdet werden darf.

Ich

Ich bitte, den zweiten Satz dieses Paragraphen 5 zu streichen.

Nachdem wir im ersten Satze gesagt haben: „wenn von Eigentumserwerb bis zum neuen Eigentumsübergang nicht mehr als 15 Jahre verfloßen sind“, hat es keinen Sinn mehr, zu sagen: „Ist der frühere Eigentumserwerb nach dem Inkrafttreten dieser Satzung erfolgt, so wird die vorstehende Frist erst vom Erwerbstage an gerechnet.“ Ich bitte diesen eben angeführten Satz 2 dieser Nummer zu streichen.

nicht erfüllt, so ist ebenfalls kein Recht
Kaufvertrag, wenn der Käufer nach einem
oder zwei Jahren sein Recht mit dem Verkäufer
kauft, dann wird diese Frist von der Inkraft-
setzung an gerechnet. Auf demselben Grund
sollte es nicht sein, wenn der Käufer
nach zwei Jahren zu dem Verkäufer
den Kaufvertrag kauft.

Stadt Dr. J a s p e r : Herr Frede, Sie werden zugeben, daß Sie gleich in das persönliche Verhältnis übergeleitet sind, ohne Ihre Berichterstattung auszuführen. - Der Herr Berichterstatter wird noch hinzufügen, daß in Ausschuß beschlossen ist, zu dem dritten Satze in dieser Nummer eine Gegenstrophe zu bilden. Wenn der längere Besitz geschont werden soll, - den Gedanken, den der Herr Berichterstatter in Ausschuß anregte, entsprechend - *so soll* derjenige, der die angegebene Besitzzeit nicht erfüllt, um so schärfer zur Steuer herangezogen werden. Wer schon nach einem oder zwei Jahren sein Haus mit Gewinn verkauft, kann wohl etwas stärker zu der Steuer herangezogen werden. Auf einzelne Tage und Wochen glaubten wir nicht eingehen zu sollen, aber doch von Jahr zu Jahr - genau wie bei der Schonung - rechnen zu sollen. Ich weiß

nicht

nicht, ob eine Fassung schon gefunden ist, sonst würde ich in der Lage sein, eine solche vorzuschlagen. (Der Berichterstatter weist darauf hin, daß schon eine Fassung vorliegt) nun, dann will ich der Fassung des Herrn Berichterstatters nicht vorgreifen.

Der Streichung des zweiten Satzes gegenüber bin ich freundlich gesinnt. Es ist richtig, daß dieser Satz nicht mehr notwendig ist, wenn die gleichfalls von dem Herrn Berichterstatter nicht erwähnte Änderung in ersten Satze ^{beliebt} ~~erwünscht~~ wird, daß das Wort „Eigentumserwerb“ eingeschaltet wird.

Die persönlichen Ausführungen des Herrn Stadtverordneten Frede halte ich für irrtümlich und bitte, ihnen nicht zu folgen. Nicht das neben die Vorlage ^{Geschrieben} ~~Geschrieben~~ bitte ich zur Abstimmung zu nehmen, sondern die

Vor- .

Vorläge selber; das ist das Rechte. In diesen
Paragrafen noch denjenigen Zügen, die
drinsteht, ist wohl ersichtlich, dass ich mich des
Zusatzes nicht in der Absicht bediene,
sondern dass ich eben in der Absicht
erhöhen. Die Sache ist auch zu interpretieren,
als ob Herr Dr. Jürgens selber, so
hat: Ich habe selbst immer bemerkt, dass
in der Gegend sich wohl einigemale Vor-
käufe vernehmen, oft in einer Reihe oder in
vielerlei Tagen, so dass die von
Hinterlegungsmittel erfahren haben. Ich habe
selbst Verkauft, so dass ich die
Sache dadurch in die Höhe bringen konnte,
und habe dadurch meine Sache, so dass
Sie die Sache haben; das ist die Sache,
die ich eben in der Absicht zu machen
habe, dass ich diese verschiedenen Verhältnisse
besonders treffen. Ich habe eben

Adm. H.

den Stadto. F r a g e : Daß ich den zu diesen Paragraphen noch anzufügenden Zusatz nicht brachte, ist sehr erklärlich, denn ich habe den Zusatz nicht in der Kommission erfahren, sondern habe ihn eben in der Sitzung erhalten. Die Sache ist anders zu interpretieren, als sie Herr Dr. Jasper interpretiert hat. Ich habe selbst darauf verwiesen, daß in der Jetztzeit schnell wiederholte Verkäufe vorkommen, oft in einer Woche oder in vierzehn Tagen mehrmalige, wie wir ~~von~~ den Mieteintungsaunt erfahren ~~haben~~. Ich habe solche Vorkommnisse gemäßbilligt, weil die Preise dadurch in die Höhe getrieben werden, und habe deshalb gesagt: Bitte, stellen Sie die alte Fassung her; ~~ich~~ ^{ich} bin ~~ich~~ ^{ich} bereit, eine andere Quelle in der Weise zuzuschließen, daß wir diese notorischen Spekulationsverkäufe besonders treffen. Ich habe aber ~~aber~~

nicht

nicht gesagt, daß wir dem Vorschlage des Rats gegenüber eine stärkere Heranziehung der wilden Spekulationskäufe verfinden sollten, sondern nur dafür, daß die alte Fassung wieder hergestellt wird, habe ich dies~~x~~ als Äquivalent beantragt. Der Rat hat sich gesagt: „Das müssen wir überlegen“, und hat nun die Fassung, wie er sie wünscht, mir vorhin mitgeteilt. Sie lautet folgendermaßen: „Beträgt der Zeitraum seit dem früheren Eigentumserwerb weniger als 15 Jahre, so wird der nach Nummer 1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes an 15 Jahren der Besitzzeit fehlende Volljahr um je $1/25$ erhöht, darf aber in keinem Fall 55 v.H. des Wertzuwachses übersteigen. Bei dieser Erhöhung wird gleichfalls nur die Besitzzeit des letzten Eigentümers (ohne Hinzurechnung der Besitzzeit der beerbten Vorbesitzer bei Erbgang) berücksichtigt.“

Gerade

Gerade mit Rücksicht auf diese außer-
ordentliche Verschärfung, die der Stadt sehr
viel Geld einbringen wird, weil dadurch die
bilden Verkäufe besonders ergriffen werden,
bitte ich Sie, die alte Fassung wiederherzu-
stellen.

Ich habe mich durch den Kopf gehen lassen, warum ich
zu dem Ergebnis, daß es bei mehreren Fällen
eine Fälschung sein könnte, weil jemand
die Unterschriften des Herrn des Präsidiums erheben
soll und nicht wissen kann - denken Sie an
einen Funktionär, der sich aus dem Zustellungs-
geschäft hat er hat zu verabschieden, daß denken
Sie an eine minderjährige Person, die ein
Erkenntnis nicht geben kann - die Verfahren
sind unvollständig, bitten Sie in dem Falle
nicht weiter zu gehen mit Herrn Landrat, eine
Strafe zu verhängen, daß die Strafe verhängen.
Die wir erhalten nur den Spezialfall aufzuheben
sollten? Ich würde zu dem Ergebnis in dem

Vollstadtrat von Frankenberg:
Der Vorschlag, den der Herr Berichterstatter
eben gemacht hat, entspricht unserer Verstan-
digung, nachdem der Finanzausschuß sich grund-
sätzlich mit der Sache einverstanden erklärt
hat. Nachdem ich mir die Sache noch einmal
habe durch den Kopf gehen lassen, komme ich
zu dem Ergebnis, daß es bei ererbtem Besitz
eine Härte wäre, nur deshalb, weil jemand
ein Grundstück in Wege des Erbganges erworben
hat und nicht halten kann - denken Sie an
einen Beamten, der ein Haus mit Gastwirtschaft
geerbt hat; er muß es veräußern, und denken
Sie an eine minderjährige Person, die ein
Grundstück nicht halten kann -, die Vorjahre
nicht anzurechnen. Wollen Sie in dem Falle
(hier möchte ich es mit Herrn Lehnert „eine
Strafe“ nennen) auch die Strafe verhängen,
die wir eigentlich nur den Spekulanten aufdrängen
sollten? Ich komme zu dem Ergebnis: In dem

Falle

Falle, wo es sich um Erhöhung der Steuer wegen gewinnabsichtigen Verkaufs handelt, wird es gut sein, bei ererbtem Grundbesitz die Jahre des Besitzes des Erblassers anzurechnen. Ich bitte also, den letzten Satz so zu fassen:

„Bei dieser Erhöhung werden neben der Besitzzeit des letzten Eigentümers auch die Besitzzeiten der beerbten Vorbesitzer bei Erbgang berücksichtigt.“

Allerdings dürfen dann nur inner 15 Jahre angerechnet werden.

Stadtv. F r e d e : Was ich vorgelesen
habe, hat mir Herr Stadtrat von Frankenberg
zu Anfang der Sitzung diktiert. Der Finanz-
ausschuß hat sich damit noch nicht beschäftigt.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Es ist richtig, daß sich der Finanzausschuß mit dieser Fassung nicht beschäftigen konnte. Erst in letzter Stunde ist mir die Überzeugung gekommen, daß es eine Ungerechtigkeit und Härte war, für Erben die in einer bedrängten Lage sind, die Besitzzeit des beerbten Vorbesitzers ^{nicht} mit anzurechnen. Ich glaube aber, bei dem Herrn Berichterstatter und bei den anderen Herren, die für den Grundbesitz eintreten, in diesem Falle ein besonders warmes Herz zu finden.

Stadtv.

Stadtv. Dr. J a s p e r: Ich bin noch nicht klar darüber geworden, wohin diese Einschaltung kommen soll. Ich fasse den Wortlaut der Nummer 2 als in folgender Weise beantragt auf:

„Bei bebauten Grundstücken kommen diese Sätze nur zur Anwendung, wenn vom Eigentumserwerb~~bis~~^{an} ~~zum~~ ~~Neu~~ Eigentumsübergang nicht mehr als 15 Jahre verflossen sind.“

Der nächste Satz soll wegfallen. Dann geht es weiter:

„Beträgt der Zeitraum über 15 Jahre, so wird der nach Nummer 1 zu berechnende Steuerbetrag für jedes weitere angefangene Jahr der Besitzzeit um je $1/25$, aber insgesamt nicht um mehr als $15/25$ erhöht.“

Nun soll es weitergehen:

„Auch bei Erbgang werden die Besitzzeiten der beerbten Vorbesitzer nicht hinzugerechnet.“

Nun kommt die Gegenseite als zweiter Absatz dieser

Ziffer

Ziffer 2. - Hier bin ich der Sache nach einver-
standen hinsichtlich der Anrechnung der Besitzzeit.

Als ich die Sache in Betracht gezogen habe, habe ich

die Sache aus dem Ansehen heraus

Stadtv. M ä d g e : Mir will es so scheinen,
als wenn besonders die Worte in der zweiten Reihe,
Absatz 2 „Nachdem Inkrafttreten dieser Satzung,
ein Stein des Anstoßes waren.

Stadtv. F r e d e : Ich habe schon in meinem Berichte bemerkt, daß diese Worte gestrichen werden sollen.

Die Entwerfungsarbeiten, wozu die Beschlüsse zu wählen, wie wir uns in Paragraph 6. Absatz 4 bisher gehabt haben.

Stadtv.

Stadtv.

Stadtv. B u r g d o r f f : Ich stelle doch den Antrag, daß es bei der Fassung nach dem alten Statut verbleibt, möchte also, nicht daß wir nicht die Ratsvorschläge annehmen, sondern die Fassung so wählen, wie wir sie in Paragraph 5, Absatz 2 bisher gehabt haben.

Stadtv.

Herrmann

Stadtv. F r e d e : Ich wollte auch nochmals darum bitten, wir legen den größten Wert darauf. (Zuruf : Als Berichterstatter aber nicht !).

Herr Abgeordneter 3 mit der Beschreibung, wie er hier vorliegt. Vor Ihr Sinnen Antrag das Wort hat, den bitte ich, die Hände zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Wahrheit.

Schließlich die Abstimmung über den Antrag, welcher lautet in der Fassung wie er von Herrn Stadtv. von Fackenberg vorlesen worden ist. Wer dafür ist, möge die Hände erheben. (Geschlecht.) Auch das ist die Wahrheit.

Vorsitzen-

zu § 3

V o r s i t z e n d e r : Mit der Streichung des zweiten Satzes sind wohl alle einverstanden ? (Ohne Widerspruch.).

Nun Absatz 2 mit der Streichung, wie er hier vorliegt. Wer für diesen Antrag des Rats ist, den bitte ich, die Hände zu erheben. (*Geschieht.*)
19 Stimmen, das ist die Mehrheit.

Schließlich die Abstimmung über den letzten, neuen Passus in der Fassung wie er vom Herrn Stadtrat von Frankenberg verlesen worden ist. Wer dafür ist, möge die Hände erheben. (*Geschieht.*) Auch das ist die Mehrheit.

Stadtv.

Vorstand

Stadtv. M u n t e : (Zur Abstimmung) : Es
liegt noch ein Antrag vor, der nicht berücksich-
tigt ist.

Vorsit-

V o r s i t z e n d e r : Ich habe die Rats-
vorlage, die eine Verschärfung der bisherigen Be-
stimmungen bedeutet, als den weitergehenden Antrag
betrachtet. Der ist angenommen und damit der andere
Antrag gefallen..

Wart soll darauf der gleiche Wert angesetzt werden
Grundstück am 1. Januar 1924 hatte
- dieses wird es der 25. Dezember 1924 der Grund-
stücke hatte 1924 eine höhere Bewertung Wert
als 1923. Auch diese Regelung wird die gleiche
weiter, also der Wertsteigerungen größer, wenn der im
März 1924 der 1. Januar 1924 angesetzt, der 1. Jan-
uar 1924 stand.

Die

Die Paragraphen 6 und 7 ohne Besprechung. Sie gelten als stillschweigend angenommen. ~~Kommision~~
~~hat in ihrer Sitzung~~

Stadt v. F r e d e (Zu Paragraph 8): Hier ist wieder eine Verschärfung eingetreten. Als Erwerbswert soll nunmehr der gemeine Wert gelten, den das Grundstück am 1. Januar 1900 hatte.

- Bisher hieß es „am 30. Dezember 1909“. Die Grundstücke hatten 1909 einen höheren gemeinen Wert als 1900. Durch diese Fassung wird die Grenze weiter, also der Wertzuwachs größer. Ebenso ist im zweiten Absatz die Zahl 1900 eingesetzt, wo früher 1909 stand.

Joh

Ich persönlich halte das für eine durch nichts zu
rechtfertigende Verschärfung, aber die Kommission
hat in ihrer Mehrheit die vorgeschlagene Fassung
angenommen.

Herr Abgeordneter, wenn Sie mir erlauben, ich möchte Ihnen,
das Sie, was die Verhältnisse betreffen, in
Wienlichkeit nicht den Verhältnissen ist, den man
bei Einführung des Gesetzes im Auge haben. Es ist
eine fundamentale Veränderung, wenn man
sagt, das Grundgesetz ist in der Zeit auf die Ver-
fassung und die Verfassung des früheren Reiches gestiegen.
Der höhere Gehalt ist selbstverständlich nicht
weiter als die Folge unserer Verfassung, das
Gesetz, und das Grundgesetz ist nicht als
das vor Augen. Das ist das Wichtigste, und
man kann das, indem man die Verhältnisse nicht
sehen will. Das eine solche Verhältnisse nicht
und das ist die Verhältnisse.

Stadt-

Stadtv. Mä d g e : Dagegen, daß hier in Paragraph 8 an Stelle des 30. September 1909 der 1. Januar 1900 gesetzt wird, möchte ich Bedenken geltend machen. Ganz kurz weise ich darauf hin, daß das, was wir als Wertzuwachs bezeichnen, in Wirklichkeit nicht der Wertzuwachs ist, den man bei Einführung des Gesetzes im Auge hatte. Es ist eine fundamentale verkehrte Auffassung, wenn man sagt, das Grundstück ist in der Zeit auf das Doppelte und Dreifache des früheren Wertes gestiegen. Der höhere Geldpreis ist selbstverständlich nichts weiter als die Folge unserer katastrophalen Marktentwertung, und beim Grundstücksmarkt tritt sie uns vor Augen. Das muß berücksichtigt werden, und man kann das, indem man übertriebene Härten aus dem Gesetze wegläßt. Als eine solche übertriebene Härte muß ich es ansehen, wenn man die Wertsteigerung

von

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Joh^{ann} aber
mag in diesem Falle den Ausführungen des verehrten
Herrn Vorredners nicht zu folgen. Man wird sagen
müssen: Die Fälle, in denen ein Grundstück zwischen
dem 1. Januar 1900 und dem 30. Dezember 1909 aus
einem Kartoffelacker zu Bauland geworden ist, verdie-
nen es durchaus, erfaßt zu werden. Man darf diese
Frage nicht so, wie es aus den Worten des Herrn
Vorredners^{her}, ~~Kaufszuklingen~~ schien, verquicken mit der
Valutafrage. Sie ist allerdings böse, aber hoffent-
lich wird sie nicht so bleiben. Wer sich über die
Valutabedenken hinwegsetzt, der ~~sie~~ muß sich erst
recht über die Bedenken des Herrn Vorredners hin-
wegsetzen.

Stadtv.

Stadtv. R a s c h e : Ich möchte mich den Worten des Herrn Nädge anschließen. Es ist wirklich zu weit gegangen, wenn man auf eine so lange Zeit zurückgreifen will, und die Valutafrage ist ein bedeutsamer Grund, der wohl zu beachten ist. Wie geht es denn heutzutage ? Es kommt jemand in die Notwendigkeit, ein Grundstück kaufen zu müssen, um seinen Betrieb zu erweitern, aber der Eigentümer sagt: „Was soll ich mit dem Grundstücksgelde anfangen, das ich für das Grundstück bekomme ? Ich weiß nicht, was die Mark morgen wert ist.“ Aus dem Grunde wird der Preis für das Grundstück in die Höhe getrieben, aber die Wertsteigerung ist nur eine scheinbare. Ich bitte, dem Antrage des Herrn Nädge zuzustimmen.

Stadtv.

Stadtv. L e h n e r t : Ich möchte ersuchen, sich dem Gedankengange anzuschließen, der in Paragraph 8 vom Rat der Stadt niedergelegt worden ist. Ich kann nicht begreifen, daß man heute mit einem Male sagt: „Die Valuta hat Schuld daran!“ Damals, als wir im Kriege standen, hat niemand an den Valutasturz gedacht, sondern hat gesagt: „Wir sitzen fest!“ Ich habe den Beweis in Händen, daß ein Grundstück, das ^{zu} ~~zwischen~~ Anfang des Krieges mit 70 000 Mark zu Werte stand, durch den Agenten Schwanneke mit 185 000 Mark ausgebaut wurde. Sollen die Mieter fortwährend diejenigen sein, die diese Steigerungen tragen? Wer 185 000 M zahlt, kann auch die Steuern tragen. Die Betreffenden, die sich als notleidend hinstellen, wälzen ihre Kosten doch auf die Mieter ab, so wahr ich Lehnert heiße.

Die

Die Versammlung nimmt den Paragraph 8 entsprechend der Ratsvorlage an.

Zu Paragraph 9 keine Wortmeldungen, er gilt als stillschweigend angenommen.

In der ~~Gesamt~~ Abstimmung gibt die Versammlung ihre Zustimmung zu dem Statut in der heute beschlossenen Form.

Stadtrat

Stadtrat von Frankenberg: Ich bitte noch festzustellen, daß der Rat ermächtigt sein soll, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Statuts nach der Genehmigung durch das Ministerium seinerseits festzusetzen.

Vorsit-

Vorsitzender: Damit wird die Versammlung jedenfalls ohne weiteres einverstanden sein.

(Ohne Widerspruch)

Die Sitzung wird geschlossen.

Schluss der Sitzung 8 3/4 Uhr.

